

2016

GESCHÄFTSBERICHT POSTBANK KONZERN

DER POSTBANK KONZERN IN ZAHLEN 2016

		01.01. – 31.12.2016	01.01. – 31.12.2015 ¹
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	3.320	3.143
Verwaltungsaufwand	Mio €	-2.853	-2.593
Ergebnis vor Steuern	Mio €	307	584
Konzerngewinn	Mio €	317	611
Bereinigtes Ergebnis vor Steuern ²	Mio €	468	523
Cost Income Ratio	%	85,8	80,3
Return on Tangible Equity			
vor Steuern	%	6,0	12,5
nach Steuern	%	6,2	13,1
Ergebnis je Aktie ³	€	1,45	2,79

		31.12.2016	31.12.2015 ¹
Bilanz			
Bilanzsumme	Mio €	147.197	150.501
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Mio €	118.918	119.150
Forderungen an Kunden	Mio €	102.003	98.937
Risikovorsorge	Mio €	998	923
Eigenkapital	Mio €	7.226	7.164
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) regular phased-in	%	14,2 ⁴	13,7
Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) fully phased-in	%	12,4 ⁴	11,5
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) regular phased-in	%	4,1 ⁴	4,1
Verschuldungsquote (Leverage Ratio) fully phased-in	%	3,4 ⁴	3,4
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)		18.112	14.758
Langfristrating			
Fitch		BBB+ Ausblick stable	BBB+ Ausblick evolving

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Die Bereinigungen können im Konzernlagebericht im Abschnitt „Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage“ nachvollzogen werden.

³Bezogen auf 218,8 Millionen Aktien

⁴Unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2016

digital & persönlich

INHALT

01

AN UNSERE STAKEHOLDER

Brief des Vorsitzenden des Vorstands	4
Gremien	6
Entwicklungen in den Geschäftsfeldern	8
Bericht des Aufsichtsrats	12

02

KONZERNLAGEBERICHT

Geschäfts- und Rahmenbedingungen	18
Angaben nach § 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht	20
Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	22
Erklärung zur Unternehmensführung	26
Mitarbeiter	26
Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2016	27
Wirtschaftsbericht	27
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016	27
Geschäftsverlauf	31
Ertragslage	32
Segmentberichterstattung	33
Vermögens- und Finanzlage	36
Chancenbericht	38
Risikobericht	39
Prognosebericht	76

03

KONZERNABSCHLUSS

Gesamtergebnisrechnung	80
Bilanz	82
Eigenkapitalveränderungsrechnung	83
Kapitalflussrechnung	84
Anhang – Notes	86
Segmentberichterstattung (Note 40)	122
Bestätigungsvermerk	168

04

WEITERE INFORMATIONEN

Regulatorische Angaben	169
Konzernabschluss: Quartals- und Mehrjahresübersichten	193
Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht	193
Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht	195
Bilanz Mehrjahresübersicht	196
Segmentberichterstattung Mehrjahresübersicht	198
Angewandte Rechnungslegungsvorschriften	200
Adressen	202

Sehr geehrte Damen und Herren,

hinter der gesamten Branche und natürlich auch hinter der Postbank liegt erneut ein intensives Jahr in einem widrigen Marktumfeld. Dennoch konnten wir die Umsetzung unserer Strategie vorantreiben und haben dabei planmäßig unsere Hausaufgaben erledigt. Auch konnten wir wesentliche Weichenstellungen in Richtung einer ausgeglichenen Kundenbilanz sowie einer insgesamt effizienter agierenden Bank vornehmen, die sowohl digital als auch persönlich für ihre Kunden da ist.

Trotz des historisch niedrigen Zinsniveaus, eines stetig wachsenden Maßes an Regulierung und des starken Wettbewerbs ist es uns gelungen, uns mit einem bereinigten Ergebnis vor Steuern in Höhe von 468 Millionen Euro nach 523 Millionen Euro in 2015 zu behaupten. Dies entspricht einem Rückgang von rund zehn Prozent.

Dem Umfeld und der aus ihm resultierenden Ergebnisbelastung begegnete die Postbank 2016 mit zahlreichen Effizienzmaßnahmen erfolgreich, wobei wir unter Effizienz stets die Balance von Kosten und Erträgen verstehen. Die Personalkapazitäten hat die Postbank den Rahmenbedingungen entsprechend sozialverträglich um rund 3 Prozent reduziert. Auf der Ertragsseite hatte die Einführung des neuen Girokonto-Modells zum 1. November eine erste stabilisierende Wirkung, die sich in 2017 vollständig bemerkbar machen wird.

Das neue Kontomodell sowie die Einführung unserer neuen Wertpapierstrategie mit neuem Beratungskonzept in 50 Wertpapiercentern und über 200 Beratungsspezialisten werden sich 2017 in einem deutlich wachsenden Provisionsüberschuss zeigen.

Sehr erfreulich entwickelte sich auch unser Kreditneugeschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Es erreichte 19,4 Milliarden Euro und lag damit um 13,6 Prozent über Vorjahr. Ermöglicht wurde dieses neue Rekordniveau vor allem durch starke Zuwächse im Neugeschäft mit Ratenkrediten, Mittelstandskrediten sowie der gewerblichen Immobilienfinanzierung. Nicht zuletzt aufgrund des Wachstums auf der Aktivseite sind wir unserem strategischen Ziel einer ausgeglichenen Kundenbilanz auch in

2016 wieder ein gutes Stück näher gekommen und konnten den Einlagenüberhang um 3,5 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr reduzieren.

Trotz des starken Wachstums im Kreditgeschäft konnten wir unsere Kapitalisierung deutlich stärken. Die harte Kernkapitalquote (CET 1, fully phased-in) stieg deutlich auf 12,4 Prozent nach 11,5 Prozent zum Jahresende 2015. Die Leverage Ratio (fully phased-in) konnten wir dabei bei 3,4 Prozent stabilisieren. Diese Zahlen unterstreichen die Stabilität unseres Geschäftsmodells auch in schwierigen Zeiten.

Grundlage für die positive Entwicklung ist unsere Strategie „digital & persönlich“. Bei der Digitalisierung hat die Postbank im Jahr 2016 eine gute Entwicklung genommen. Zum einen haben wir aus unserer Konzernstrategie „Postbank Agenda“ im Berichtsjahr einen klaren Plan für den digitalen Transformationsprozess abgeleitet und mit der Umsetzung begonnen.

Zum anderen haben wir durch gezielte Investitionen in die Entwicklung eines ganzheitlichen digitalen Prozessmodells bereits planmäßige Fortschritte gemacht, so z. B. bei den voll digitalisierten Eröffnungsbzw. Abschlussprozessen eines Girokontos bzw. Ratenkredits oder auch bei unserem Bauspar- und Baufinanzierungsportal „Meine Immobilie“. Letzteres führte zu einer Steigerung des online abgeschlossenen Finanzierungsvolumens auf rund 300 Millionen Euro nach 120 Millionen Euro in 2015.

Die Transformation beschränkt sich dabei nicht auf digitale Kundenlösungen. Sie ist mehr als ein Prozess oder eine App. Auch für die kulturelle Veränderung in der Postbank haben wir 2016 die Weichen gestellt. Neben der Etablierung eines Chief Digital Office zur Organisation des Transformationsprozesses haben wir neue Formate der Ideengenerierung eingeführt, etwa mit unserer bundesweiten Programmier-Roadshow „Hackathon“. Unser im Dezember 2014 eröffnetes Digitalzentrum in Bonn werden wir schrittweise in eine Digital Factory umbauen, in der in neuen Arbeitsmodellen innovative Kundenlösungen und Prozesse entwickelt werden. Und mit der Berufung unseres Digital Expert Board

haben wir uns für die Transformation der Postbank die Beratung durch fünf hochkarätige Digitalexperten aus bankfernen Industrien gesichert.

Bei aller Fokussierung auf die Transformation unserer Bank in Richtung Digitalisierung bleibt der persönliche Service für unsere Kunden entscheidend.

Bundesweit bieten wir unseren Service weiterhin in mehr als 5.500 Finanzcentern und Agenturen an. Auch dieses Netzwerk modernisieren wir nachhaltig und machen es effizient. Wir investieren in mittlerweile 15 Vertriebscenter an großen Standorten, in denen wir alle Kundengruppen der Postbank inklusive unserer Mittelstandskunden betreuen. Wir werden diese Zahl bis zum Jahresende 2017 noch auf 30 Center steigern. Neben den Vertriebscentern haben wir bereits im Sommer 2016 Kompaktfilialen pilotiert, die wir in den kommenden Jahren vor allem in Regionen mit vergleichsweise niedriger Kundenfrequenz einsetzen werden. Darüber hinaus haben wir auch 2016 weiter in kundenfreundliche automatisierte Selbstbedienungsinfrastruktur in unseren Filialen investiert und insgesamt rund 3.200 Automaten installiert. Dass uns manche Wettbewerber hierbei folgen, betrachten wir als Bestätigung unserer Filialstrategie.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Postbank hat im abgelaufenen Geschäftsjahr entscheidende Weichenstellungen vorgenommen, die teilweise 2016 bereits gewirkt haben bzw. in der näheren Zukunft ihre Wirkung entfalten werden. 2017 werden wir den Fokus vor allem auf die konsequente Umsetzung unserer Strategie und die Erreichung unserer Vertriebsziele legen. Gemäß unseren Erwartungen wird sich das Zinsniveau kurzfristig nicht deutlich verbessern, wenngleich der Boden sicherlich erreicht ist. Aufgrund der 2016 eingeleiteten Maßnahmen gehen wir für 2017 dennoch von einem seit Längerem erstmals leicht wachsenden Zinsüberschuss und steigenden Provisionserträgen aus. Dies wird sich voraussichtlich in einem spürbaren Anstieg des bereinigten Ergebnisses vor Steuern niederschlagen.

All dies ist nur aufgrund der Veränderungsbereitschaft unserer Mitarbeiter möglich, die sich trotz



der Umstände mit viel Energie auf die Betreuung unserer Kunden konzentrieren und damit einen erheblichen Beitrag zur erfolgreichen Weiterentwicklung der Bank leisten. Die Positivität unserer Kolleginnen und Kollegen zeigt sich auch in der Mitarbeiterbefragung vom Spätsommer 2016, die die höchsten Zufriedenheitswerte seit langer Zeit ergab. Für die 2016 gezeigten Leistungen möchte ich mich im Namen des Vorstands bei unseren über 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie unseren rund 3.000 Handelsvertretern sehr herzlich bedanken.

Sehr geehrte Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Abschluss noch einen Hinweis. Die Deutsche Bank hat am 5. März 2017 eine Anpassung ihrer Strategie sowie eine Kapitalerhöhung angekündigt. In einer Reihe von Maßnahmen soll u. a. die Postbank mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft der Deutschen Bank zusammengeführt werden. Der Vorstand und der Aufsichtsrat sahen aufgrund dieser Strategieänderung keine Änderungsnotwendigkeit für den Konzernabschluss der Postbank zum 31. Dezember 2016 und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2016, die bereits am 21. Februar 2017 aufgestellt worden waren.

Bonn, 23. März 2017

Frank Strauß
Vorsitzender des Vorstands

GREMIEN

Vorstände

Frank Strauß, Bad Nauheim
Vorsitzender

Marc Heß, Bonn
Finanzen

Susanne Klöß-Braekler, München
Produkte

Dr. Ralph Müller, Bonn
Firmen und Märkte

Hans-Peter Schmid, Baldham
Filialvertrieb
bis 30. September 2016

Ralf Stemmer, Königswinter
Ressourcen

Hanns-Peter Storr, Bonn
Risikomanagement

Aufsichtsrat

Werner Steinmüller, Dreieich-Buchsschlag
Vorsitzender
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Frank Bsirske¹, Berlin
Stv. Vorsitzender
Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Rolf Bauermeister¹, Berlin
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesverwaltung
bis 31. März 2016

Susanne Bleidt¹, Bell
Mitglied des Gesamtbetriebsrats Postbank
Filialvertrieb AG

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung
DPR e.V.

Stefanie Heberling, Wuppertal
Marktgebietsleiterin Privatkunden Ruhrgebiet Mitte
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG

Timo Heider¹, Emmerthal
Vorsitzender des Konzernbetriebsrats Deutsche
Postbank AG und Vorsitzender des Gesamtbetriebs-
rats BHW Kreditservice GmbH

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin
Vorsitzender des Kuratoriums
Deutsche Bank Stiftung

Jens Isselmann¹, Bornheim
 Leitender Angestellter Deutsche Postbank AG
 seit 31. Dezember 2016

Hans-Jürgen Kummetat¹, Köln
 Beamter

Prof. Dr. Katja Langenbucher-Adolff, Frankfurt am Main
 Professorin für Bürgerliches Recht,
 Wirtschaftsrecht und Bankrecht,
 Goethe-Universität Frankfurt am Main

Karen Meyer, Frankfurt am Main
 Global HR Business Partner PWCC&AM
 Deutsche Bank AG
 seit 1. Februar 2016

Dr. Christian Ricken, Bad Homburg v. d. Höhe
 Chief Operating Officer PBC Deutsche Bank AG
 bis 31. Januar 2016

Christiana Riley, Bad Homburg v.d. Höhe
 CFO Corporate & Investment Banking
 Deutsche Bank AG

Karl von Rohr, Oberursel
 Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Bernd Rose¹, Menden (Sauerland)
 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
 Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH

Martina Scholze¹, München
 Gewerkschaftssekretärin Vereinte
 Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di),
 seit 21. April 2016

Christian Sewing, Osnabrück
 Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Michael Spiegel, London
 Global Head of Trade Finance and
 Cash Management Corporates Deutsche Bank AG

Eric Stadler¹, Markt Schwaben
 Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für
 Banken AG

Gerd Tausendfreund¹, Nidderau
 Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungs-
 gewerkschaft (ver.di)

Renate Treis¹, Brühl
 Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats
 Deutsche Postbank AG

Wolfgang Zimny¹, Bornheim
 Bankjurist, Abteilungsleiter Deutsche Postbank AG
 Zentrale
 bis 30. Dezember 2016

¹Arbeitnehmersvertreter

ENTWICKLUNGEN IN DEN GESCHÄFTSFELDERN 2016

Kreditgeschäft und Digitalisierung als Wachstumstreiber

Die Postbank konnte ihr Neukreditgeschäft im Geschäftsjahr 2016 auf ein Rekordniveau von 19,4 Mrd € steigern, das damit nochmals um 2,3 Mrd € bzw. 13,6 % über dem hohen Vorjahresniveau lag. Im Girogeschäft etablierte die Postbank eine neue Kontowelt inklusive Preismodell und führte die vollständig digitale Kontoeröffnung per Videolegitimation ein. Mit dem Ausbau der starken Marktposition – sowohl im digitalen Banking als auch im persönlichen Kontakt mit den Kunden – sichert sich die Postbank eine gute Ausgangsbasis für die Zukunft.

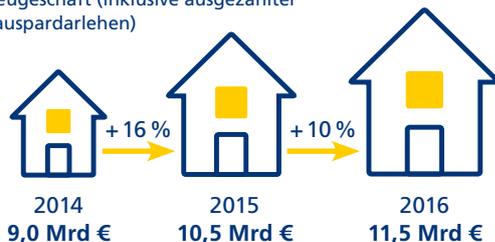
RATENKREDITE

+ 8,4 %

Im Ratenkreditgeschäft hat sich die Postbank stärker als der Markt entwickelt. Das Neugeschäft (inklusive ausbezahlter Bauspardarlehen) legte um 8,4 % auf 2,7 Mrd € zu, während der deutsche Markt um 6,2 % wuchs.¹

BAUFINANZIERUNG

Neugeschäft (inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen)



FIRMENKUNDEN

Das Neugeschäft mit Firmenkundenkrediten (inklusive Factoring, Leasing und gewerblicher Immobilienfinanzierung) konnte deutlich um 25,8 % auf 5,1 Mrd € gesteigert werden.

+ 25,8 %

KREDITVOLUMEN/BESTAND

Das Kreditvolumen konnte um 3,1 % auf 102,0 Mrd € gesteigert werden.



GIROKONTO

Nr. 1

Mit 5,05 Millionen privaten Girokonten ist die Postbank weiterhin die größte Privatbank im deutschen Markt.²

VERWALTETES VOLUMEN

in Depots und Anlagekonten



¹ Deutsche Bundesbank

² Finanzmarktdatenservice

Neupositionierung bei Girokonten erfolgreich umgesetzt

Die Neuaufstellung der Kontomodelle, beginnend ab November 2016, wurde von unseren Kunden insgesamt sachlich und allgemein verständnisvoll aufgenommen, sodass der Bestand privater Girokonten zum Jahresende weiterhin bei über 5 Millionen lag. Über 170.000 Kunden sind bereits in das neue Modell Giro *direkt* gewechselt, das sich speziell an online-affine Anwender richtet. Neben der Etablierung eines neuen Preismodells, das die Ertragsseite im Niedrigzinsumfeld stabilisieren soll, bildete auch die Einführung einer vollständig digitalen Kontoeröffnung im August 2016 eine zentrale Neuerung im Girogeschäft der Postbank. Der neue Kontoeröffnungsprozess bringt Vorteile für Neukunden sowie die Bank und steigert das Käuferlebnis.

Die knapp 360.000 neu eröffneten privaten Girokonten zeigen abermals die attraktive Positionierung der Postbank im Wettbewerbsumfeld. Im aktuellen Test bestätigt FOCUS-MONEY (Ausgabe 7/2017) durch die Auszeichnung als bestes bundesweites Girokonto mit Online- und Filialzugang, dass sich die Postbank mit der neuen Kontowelt erfolgreich am Verhalten der Kunden orientiert.

Kundeneinlagen stabil – Spargeschäft mit rückläufigem Trend

Die Höhe der Einlagen (ohne Bauspareinlagen) im Kerngeschäft der Postbank blieb mit 100,1 Mrd € im Vergleich zum Vorjahresende nahezu unverändert. Dabei ging das auf Sparprodukte entfallende Volumen mit 38,6 Mrd € um rund 3,3 Mrd € bzw. 7,8 % im Vergleich zum Vorjahr spürbar zurück. Kompensiert wurde dieser Rückgang durch einen Anstieg der täglich fälligen Einlagen um ca. 3,7 Mrd € bzw. 8,5 % auf 46,8 Mrd €. Die Postbank SparCard Rendite plus, ein klassisches und transparentes Sparprodukt in Kartenform, ist weiterhin Fokusprodukt des Sparangebots der Postbank. Das Sparvolumen dieses Produkts inklusive der Online-Variante Rendite plus direkt belief sich zum Jahresende 2016 auf rund 7,4 Mrd €.

Ratenkreditgeschäft wächst weiterhin stärker als der Markt

Das Ratenkreditneugeschäft verzeichnete im Geschäftsjahr 2016 erneut eine erfreuliche Entwicklung – mit einer Steigerung um über 0,2 Mrd € bzw. 8,4 % konnte der Vorjahreswert abermals übertroffen werden. Die Bundesbank weist für das Jahr 2016 einen Zuwachs der Konsumentenkredite um 6,3 % für alle deutschen Banken aus. Damit wächst das Neugeschäft der Postbank weiterhin stärker als der Markt. Mit einem Anteil von über 0,9 Mrd € bzw. 34,9 % am gesamten Ratenkreditneugeschäft kam dem Online-Vertriebskanal erneut eine besondere Bedeutung zu. Das Neugeschäft der Marke Postbank entwickelte sich mit einem Plus von 0,1 Mrd € bzw. 6 % gegenüber dem Vorjahr sehr erfreulich. Auch der Vertrieb der Marke DSL Bank konnte das Neugeschäftsvolumen mit einem Plus von 0,1 Mrd € bzw. 13 % maßgeblich gegenüber dem Vorjahreszeitraum steigern. Auf Basis des über alle Vertriebskanäle starken Neugeschäfts konnte der Bestand an Ratenkrediten bei unveränderter Portfolioqualität weiter gesteigert werden und lag am 31. Dezember 2016 mit über 7,4 Mrd € um etwa 0,8 Mrd € bzw. 12,9 % über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Im Ratenkredit-Test von FOCUS-MONEY (Ausgabe 25/2016) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Finanz-Service Institut (DFSI) wurde die Postbank als Gesamtsieger ausgezeichnet.

Bausparen: Gedämpftes Neugeschäft in rückläufigem Marktumfeld

Die im Geschäftsjahr 2016 neu beantragte Bausparsumme erreichte ein Volumen von rund 9,1 Mrd € und lag damit um 1,3 Mrd € bzw. 12,4 % unter dem Vorjahresniveau. Getragen wurde das Geschäft maßgeblich von der Postbank Finanzberatung mit 5,2 Mrd €. Das Neugeschäft der Postbank Filialen ging leicht auf 1,9 Mrd € zurück. In einem rückläufigen Marktumfeld konnte die BHW Bausparkasse mit diesem Ergebnis leichte Marktanteilsgewinne verzeichnen. Der Bestand an Bauspareinlagen reduzierte sich um knapp 0,5 Mrd € bzw. 2,8 % auf 18,8 Mrd €, u. a. getrieben durch die Inanspruchnahme zuteilungsreifer Bausparverträge.

Der Anteil der Finanzierungstarife am Gesamtumsatz konnte gesteigert werden. Dies unterstreicht den hohen Stellenwert des Bausparens als Finanzierungsbaustein. Im Segment der Spartarife hat die BHW Bausparkasse auf das anhaltende Niedrigzinsniveau reagiert und das Produktportfolio angepasst. Die BHW Bausparkasse als Tochtergesellschaft der Postbank wurde in einer aktuellen Studie zum Thema Kundenzufriedenheit von FOCUS-MONEY (Ausgabe 20/2016) zum wiederholten Male mit dem Gesamturteil „Sehr gut“ bewertet. Die Liste erfreulicher Auszeichnungen wurde auch 2017 bereits fortgeschrieben: Das Wohn-Riester Angebot BHW FörderBausparen Flex belegte den 1. Platz im jüngsten Tarifvergleich von FOCUS-MONEY (Ausgabe 3/2017).

Neugeschäft in der Baufinanzierung übertrifft Rekordniveau von 2015

Das Neugeschäftsvolumen inklusive ausgezahlter Bauspardarlehen betrug im Geschäftsjahr 2016 über 11,5 Mrd € und übertraf damit den entsprechenden Rekord-Vorjahreswert um knapp 1,1 Mrd € bzw. 10,0%. Im Vermittlergeschäft, in dem die Postbank mit der Marke DSL Bank als „Partnerbank der Finanzdienstleister“ positioniert ist, lag das Volumen bei 7,1 Mrd € und damit um 0,7 Mrd € über dem Vorjahreswert. Auch BHW konnte sein Neugeschäftsvolumen (einschließlich Zuteilungsauszahlungen) um ca. 0,4 Mrd € gegenüber dem Vorjahr auf 4,4 Mrd € steigern. Gerade vor dem Hintergrund der Einführung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie im März 2016, die dazu führte, dass das Neugeschäft im deutschen Markt im Jahr 2016 einen Rückgang von 3,6% aufwies, kann dies als eindrucksvoller Erfolg bewertet werden.

Die positive Neugeschäftsentwicklung bei hohen regulatorischen Anforderungen an das private Baufinanzierungsgeschäft wurde maßgeblich durch äußerst günstige Finanzierungsbedingungen und eine engagierte Vertriebsleistung getragen. Durch die erfolgreiche Verzahnung der digitalen Kontaktaufnahme mit der persönlichen Finanzierungsberatung wurde ein zusätzliches Baufinanzierungs-/Bausparvolumen von knapp 0,3 Mrd € generiert.

Die Bestände in der privaten Baufinanzierung (ohne Bauspardarlehen) konnten trotz anhaltend erhöhter Tilgungsbereitschaft der Bestandskunden auf 69,0 Mrd € (Vorjahr: 68,8 Mrd €) gesteigert werden. Dieser Erfolg basiert insbesondere auf einem nachhaltig hohen Neugeschäftsvolumen in der privaten Baufinanzierung der DSL Bank, die ein Bestandswachstum von 1,5 Mrd € erreichte, einer deutlichen Steigerung der Prolongationsquote bei Darlehen mit auslaufender Zinsbindung sowie auf den schon erfolgten Auszahlungen aus dem hohen generierten Neugeschäftsvolumen. Zudem befindet sich noch ein hoher Anteil der Kreditzusagen, die kurz- bis mittelfristig bestandswirksam werden, in der Bereitstellungsphase.

Im Baufinanzierungs-Test der Finanzberatung Max Herbst (FMH) in Zusammenarbeit mit dem Nachrichtensender n-tv erhielten die Postbank und die DSL Bank den FMH-Award 2017 für den 1. Platz als bester Baufinanzierer bundesweit bei einer Zinsbindung von 15 Jahren.

Wertpapier- und Vorsorgegeschäft gewinnt als Ertrags-säule im Provisionsgeschäft stärker an Bedeutung

Ende des Jahres wurden eine neue Wertpapierstrategie im persönlichen Kanal mit neuem ganzheitlichem Beratungsprozess sowie erste Maßnahmen im Digitalkanal umgesetzt, um die Kunden der Postbank auch im Niedrigzinsumfeld mit kapitalmarktorientierten Produkten zu attraktiven Renditemöglichkeiten beraten zu können. Das verwaltete Volumen in Depots und Anlagekonten konnte um 1,1 Mrd € bzw. 8,0% auf 15,0 Mrd € gesteigert werden. Gleichzeitig übertraf die Anzahl der Depots die Marke von 600.000, was einem Anstieg von knapp 5,9% entspricht. Das Neugeschäft mit Investmentfonds konnte im Vergleich zum Vorjahr auf einem konstanten Level von 1,7 Mrd € gehalten werden. Hier zeichnete sich ein deutlicher Trend zu Investitionen in Exchange Traded Funds (ETF) ab. Diesen Trend nahm die Postbank auf und wird 2017 ihr Angebot auf ETF-Sparpläne ausweiten.

Beim Absatz im Sachversicherungsgeschäft mit dem Kooperationspartner HUK-COBURG konnte die Postbank von effizienteren Beratungsprozessen und einer Angebotsoptimierung profitieren. Im Versicherungsgeschäft mit der PB Versicherung konnten die Anfor-

derungen aus dem Lebensversicherungsreformgesetz in Bezug auf Produktstruktur und Beratungsprozesse ebenfalls erfolgreich umgesetzt werden.

Geschäftsfeld Firmenkunden setzt positive Entwicklung fort

Die langfristige strategische Ausrichtung des Firmenkundengeschäfts auf den deutschen Mittelstand belebte das Firmenkundengeschäft bei weiterhin geringer Risikovorsorge. Das um über 1,0 Mrd € bzw. 25,8 % auf knapp 5,1 Mrd € gesteigerte Neugeschäft mit Firmenkundenkrediten sorgte für ein starkes Bestandswachstum auf 16,2 Mrd €.

In der Gewerblichen Immobilienfinanzierung fokussiert sich die Postbank auf die Finanzierung von Bestandsimmobilien für professionelle Immobilieninvestoren. Das Neugeschäft zeigte im Geschäftsjahr 2016 einen deutlichen Zuwachs um 0,5 Mrd € bzw. 18,5 % auf über 3,3 Mrd €. Der Kreditbestand in der gewerblichen Immobilienfinanzierung konnte auf knapp 7,7 Mrd € (Vorjahr: 6,7 Mrd €) ausgebaut werden. Die PB Factoring GmbH behauptete ihre Position als einer der Key Player im Markt und erzielte im Vergleich zum Vorjahr einen weiteren deutlichen Anstieg des Bestandsvolumens um 0,2 Mrd € auf über 3,2 Mrd €.

Im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr steigerte die Postbank in ihrer Hauptzielgruppe deutscher Mittelstand erneut die Zahl der abgewickelten Transaktionen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5 Millionen auf 777 Millionen. Die Einlagen der Geschäfts- und Firmenkunden lagen zum Jahresende 2016 mit 8,9 Mrd € im Wesentlichen aufgrund von gestiegenen Sichteinlagen deutlich über dem Vorjahreswert von 7,9 Mrd €.

Um ihre mittelständischen Kunden speziell bei ihren Investitionen in die Digitalisierung zu unterstützen und bei dieser Transformation als zuverlässiger Partner zur Seite zu stehen, hat die Postbank Mitte des Berichtsjahres ein Sonderkreditprogramm „Digitalisierung im deutschen Mittelstand“ mit einem Volumen von 500 Mio € aufgesetzt, das mittlerweile fast vollständig abgerufen wurde. Außerdem konnte die Postbank die Kundenzufriedenheit zum dritten Mal in Folge auf einen TRI*M Index von 76 steigern.

Financial Markets sichert Margen des Kundengeschäfts

Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern sowie die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns zu steuern.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus der Disposition des Einlagenüberhangs im Umfeld von Negativzinsen. Die Postbank ist bemüht, ihre Geldmarkttaktiva durch Bestandswachstum im Kreditgeschäft zu reduzieren, und richtet auf dem Weg zu einer ausgeglichenen Kundengeschäftsbilanz besonderes Augenmerk auf die Disposition der kurzfristigen Geldmarktanlagen. Gleichzeitig unterstützt der Bereich die Bemühungen zum Abbau von Risikoaktiva mit dem Ziel der Verbesserung relevanter regulatorischer Kennzahlen. Im Jahresvergleich konnten die Forderungen an Kreditinstitute erfolgreich um 2,8 Mrd € auf 13,1 Mrd € reduziert werden. Gleichzeitig gelang eine erfolgreiche Reduktion der Finanzanlagen um 4,0 Mrd € auf 26,8 Mrd €, die ein positives Finanzanlageergebnis sowie eine Verbesserung der Kernkapitalquote zur Folge hatte.

Non Core Operating Unit erfolgreich im Risikoabbau

Die Bestände in der Non Core Operating Unit konnten gegenüber dem 31. Dezember 2015 weiter reduziert werden. Die diesem Segment zugeordneten Aktiva, die im Wesentlichen aus ausgewählten Finanzanlagebeständen, bestimmten Auslandsaktivitäten und nicht mehr im Vertrieb befindlichen Produkten aus dem Kundengeschäft bestehen, reduzierten sich von 8,9 Mrd € auf 6,3 Mrd €.

Der Abbau der zum Teil hochverzinslichen Passiva setzte sich mit der Verringerung von 25,2 Mrd € am Jahresende 2015 auf 21,3 Mrd € per 31. Dezember 2016 konsequent weiter fort.

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Postbank AG (nachfolgend auch Postbank) hat sich im Geschäftsjahr 2016 trotz der schwierigen Rahmenbedingungen gut im Wettbewerb behaupten können. Ein historisch niedriges Renditeniveau, geringe Margen und erhöhte Kosten für die Einlagensicherung haben die Geschäftsentwicklung in der deutschen Banken- und Finanzdienstleistungsbranche im abgelaufenen Geschäftsjahr belastet. Der geldpolitische Kurs der Europäischen Zentralbank scheint auch für die kommenden Jahre ein weitestgehend konstant niedriges Zinsniveau vorzuzeichnen.

Dem weiterhin herausfordernden Marktumfeld und dem anhaltenden Niedrigzinsniveau begegnete die Postbank 2016 mit der Umsetzung zahlreicher Maßnahmen, wie der Neuorganisation ihrer Kontomodelle und der Einführung einer neuen Wertpapierstrategie, die ihre vollständige positive Ergebniswirkung erst in Folgeperioden zeigen werden. Dennoch erzielte die Postbank in einem schwierigen Kapitalmarktumfeld ein zufriedenstellendes Ergebnis. Eine spürbar verbesserte Risikovorsorge sowie ein leicht gesunkener Verwaltungsaufwand – unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands, der den Servicegesellschaften in der Vergleichsperiode zuzuordnen gewesen wäre – lieferten einen wesentlichen Beitrag zu einem guten Ergebnis in diesem schwierigen Marktumfeld.

Im Sinne einer intensiven und konstruktiven Zusammenarbeit informierte uns der Vorstand im Geschäftsjahr 2016 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Strategie, der Planung, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, der Risikolage, des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems und der Compliance. Wir erörterten mit dem Vorstand zudem die Veränderungen des Vergütungssystems, strategische Maßnahmen, die Entwicklungen im regulatorischen Umfeld sowie wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben. Abweichungen im Geschäftsverlauf von der Planung und von den Zielen in den einzelnen Segmenten wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle uns vorgelegten zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend



beraten. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben und Beschlüsse gefasst. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Zudem wurden der Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Vorsitzenden des Prüfungs- und des Risikoausschusses auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand darüber hinaus in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.

Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2016 hat sich der Aufsichtsrat zu insgesamt fünf ordentlichen Sitzungen zusammengefunden. In den Sitzungen wurden wir vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche und geschäftliche Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung sowie über das Risikomanagement und neue gesetzliche und regulatorische Anforderungen unterrichtet. In einer ganztägigen Klausurtagung haben wir gemeinsam mit dem Vorstand über die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung der Postbank vertiefend beraten und diese eingehend diskutiert.

Weitere Schwerpunkte der Beratungen im Berichtszeitraum bildeten die Risikostruktur der Postbank, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger regulatorischer Änderungen und die Anforderungen aus der Digitalisierung. Ferner haben wir über einen neuen Geschäftsverteilungsplan für die Postbank beraten, der die Neustrukturierung des Privat-

kundengeschäfts zur Folge hatte. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden regelmäßig Informationen über die aktuelle Lage des Unternehmens zur Verfügung gestellt.

Im Geschäftsjahr 2016 haben alle Mitglieder des Aufsichtsrats mindestens an der Hälfte der abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse teilgenommen.

In der ordentlichen Sitzung am 1. Februar 2016 haben wir über die Zielerreichung des Vorstands im Geschäftsjahr 2015 beschlossen. Ferner fand in dieser Sitzung die Wahl einer neuen Vorsitzenden des Prüfungsausschusses statt.

In der Bilanzsitzung am 22. März 2016 haben wir nach umfassender eigener Beratung und Prüfung sowie vorhergehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den Jahres- und den Konzernabschluss 2015 der Postbank gebilligt. Hierzu haben wir uns auch in der Sitzung durch den Vorstand und den Wirtschaftsprüfer über die wesentlichen Feststellungen im Jahr 2015 berichten lassen. Daneben haben wir den Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung gemäß § 171 Abs. 2 AktG und die Erklärung zur Unternehmensführung inklusive Corporate Governance Bericht beschlossen. Ferner haben wir die Ziele des Vorstands 2016 auf Basis der vorgelegten Mittelfristplanung beschlossen. Im Rahmen der Beteiligungsangelegenheiten erfolgte der Beschluss zur Entlastung nach § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) für Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank Filialvertrieb AG sowie Vorstand und Aufsichtsrat der Betriebs-Center für Banken AG. Weitere Themen der Aufsichtsratssitzung waren die Risikosituation der Gesamtbank, der Personal- und Sozialbericht sowie der Jahresbericht der Revision. Ferner haben Aufsichtsrat und Vorstand gemeinsam den Status wesentlicher laufender Projekte erörtert und diskutiert. Außerdem haben wir auf dieser Sitzung die Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten für die Hauptversammlung am 5. April 2016 genehmigt.

In der Aufsichtsratssitzung am 25. Mai 2016 hat uns der Vorstand über die Geschäftsentwicklung für

das erste Quartal 2016 informiert und einen aktuellen Stand zur Postbank Agenda gegeben sowie über erforderlich gewordene Veränderungen in der Vorstandsbesetzung informiert. Ferner wurden wir vom Vorstand über die Risikosituation der Gesamtbank unterrichtet und erörterten und diskutierten den Vergütungskontrollbericht 2016.

Im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 8. September 2016 wurde der Aufsichtsrat zur Bestellung eines neuen Vergütungskontrollbeauftragten angehört, zudem wurden dem Aufsichtsrat ein aktualisierter Vergütungskontrollbericht sowie eine Ergänzung zum Vergütungskontrollbericht vorgestellt. Weiter haben wir über die Bedingungen der Aufhebungsvereinbarung mit einem Vorstandsmitglied zum 30. September 2016 beraten und entsprechend Beschluss gefasst. Ferner wurden wir vom Vorstand über die Geschäftsentwicklung im zweiten Quartal 2016 unterrichtet. Des Weiteren hat der Vorstand den Personal- und Sozialbericht sowie den Gesamtbankrisikobericht vorgestellt und ein Update zur Postbank Agenda gegeben.

In der letzten Aufsichtsratssitzung des Geschäftsjahres am 9. Dezember 2016 standen die Geschäftsentwicklung, die Geschäftsplanung 2017, die Risikosituation der Gesamtbank, die Geschäfts- und Risikostrategie der Postbank und die Effizienzprüfung nach § 25d Abs. 11 Satz 2 Nr. 4 KWG im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrats. Weiterhin haben wir uns über den vertikalen Vergütungsvergleich 2016 berichten lassen. Gemeinsam mit dem Vorstand haben wir die Geschäfts- und Risikostrategie 2017 der Postbank erörtert.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden drei Mal im Wege der schriftlichen Stimmabgabe Beschlüsse gefasst.

Interessenkonflikt

Es wurden im Geschäftsjahr 2016 keine Interessenkonflikte von den Mitgliedern des Aufsichtsrats angezeigt und es sind solche dem Aufsichtsrat auch nicht bekannt.

Arbeit der Ausschüsse

Der Aufsichtsrat der Postbank hat für seine Arbeit im Geschäftsjahr 2016 sieben Ausschüsse gebildet.

Die aktuelle Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse stellt sich wie folgt dar:

Besetzung des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und seiner Ausschüsse

Aufsichtsrat

Werner Steinmüller (Vors.)	Timo Heider	Karen Meyer	Christian Sewing
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Dr. Tessen von Heydebreck	Christiana Riley	Michael Spiegel
Susanne Bleidt	Jens Isselmann	Karl von Rohr	Eric Stadler
Prof. Dr. Edgar Ernst	Hans-Jürgen Kummetat	Bernd Rose	Gerd Tausendfreund
Stefanie Heberling	Prof. Dr. Katja Langenbucher-Adolff	Martina Scholze	NN

Präsidialausschuss (§ 11 GO AR)

Werner Steinmüller (Vors.)	Karl von Rohr
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Personalausschuss (§ 14 GO AR)

Frank Bsirske (Vors.)	Stefanie Heberling
Werner Steinmüller (stv. Vors.)	Timo Heider
Susanne Bleidt	Karen Meyer

Risikoausschuss (§ 12 GO AR)

Michael Spiegel (Vors.)	Timo Heider
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Jens Isselmann
Stefanie Heberling	Bernd Rose

Nominierungsausschuss (§ 15 GO AR)

Werner Steinmüller (Vors.)	Frank Bsirske
Karl von Rohr (stv. Vors.)	Eric Stadler

Prüfungsausschuss (§ 13 GO AR)

Christiana Riley (Vors.)	Karen Meyer
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Bernd Rose
Timo Heider	Gerd Tausendfreund

Vergütungskontrollausschuss (§ 16 GO AR)

Werner Steinmüller (Vors.)	Karl von Rohr
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Vermittlungsausschuss (§ 17 GO AR)

Werner Steinmüller (Vors.)	Karl von Rohr
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nominierungsausschusses, die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands sowie die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und an Mitglieder des Aufsichtsrats. Außerdem gehören in seinen Aufgabenbereich die Vorbereitung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Corporate Governance, die Prüfung der Einhaltung der Entsprechenserklärung sowie besondere Themen von übergeordneter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss tagte im Berichtsjahr vier Mal.

Gegenstand der Beratungen waren u. a. die Weiterentwicklung in der Governance und die Kreditvergabe an Organmitglieder der Postbank Gruppe. Weiterhin bereitete der Präsidialausschuss in seinen Sitzungen Beschlussfassungen für den Aufsichtsrat vor und stimmte der Übernahme von Mandaten von Vorstandsmitgliedern in anderen Unternehmen zu.

Der Risikoausschuss ist für die Überwachung und Beratung von Risikobereitschaft, -profil und -strategie einschließlich grundsätzlicher Fragen des Vergütungssystems und der Gestaltung der Konditionen im Kundengeschäft zuständig. Ferner befasst sich der Ausschuss mit der Gewährung von Organkrediten, wesentlichen Kreditentscheidungen, speziellen Investitionsentscheidungen sowie grund-

sätzlichen Fragen der Kreditgewährung. Der Risikoausschuss tagte 2016 fünf Mal, davon wurde eine Sitzung gemeinsam mit dem Prüfungsausschuss abgehalten. Der Vorstand hat den Risikoausschuss in den Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklungen der Finanz- und der Risikokennzahlen informiert. Der Ausschuss hat in seinen Sitzungen auftragsgemäß über das aktuelle Marktumfeld und die jeweilige Risikosituation beraten und über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen entschieden. Darüber hinaus hat der Risikoausschuss die Risikostrategie sowie Portfoliostrategien und -strukturen mit dem Vorstand erörtert und Maßnahmen zur Steuerung von Risiken diskutiert. Ferner hat sich der Ausschuss intensiv mit Änderungen der regulatorischen Anforderungen beschäftigt, um hieraus Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Risikomanagements und der Risikokultur abzuleiten. In diesem Zusammenhang wurden die Berücksichtigung der Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur bei den durch das Vergütungssystem gesetzten Anreizen überprüft sowie die Angemessenheit der Konditionsgestaltung im Kundengeschäft erörtert. Um bei übergreifenden Themen den Aufsichtsrat und den Vorstand effizient beraten zu können, haben der Risikoausschuss und der Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, Revision, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum insgesamt sieben Mal, davon ein Mal gemeinsam mit dem Risikoausschuss. Gegenstand der Beratungen – im Beisein des Abschlussprüfers – waren die intensive Begleitung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2015, die Zwischenberichte sowie die Erörterung der Rechnungslegung. Der Halbjahresbericht und die Quartalsergebnisse 2016 wurden vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich im Berichtszeitraum von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems sowie des Revisionssystems der Postbank überzeugt. Der Ausschuss befasste sich mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und legte die Jahresabschluss-

prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr fest. Dabei überzeugte sich der Ausschuss von der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. In seinen sieben Sitzungen hat er sich 2016 umfassend mit den Prüfungsergebnissen des Abschlussprüfers, der Arbeit der Internen Revision, mit Fragen der Compliance, der Rechnungslegung und zu Rechtsrisiken sowie mit durchgeführten Sonderprüfungen und Beanstandungen der Aufsichtsbehörden befasst. Der Ausschuss hat während des gesamten Berichtsjahres die Abarbeitung der Feststellungen aus solchen Prüfungen eng begleitet. Der Vorstand informierte den Prüfungsausschuss regelmäßig über Änderungen im regulatorischen Umfeld, deren Folgen für die Postbank und über den Umsetzungsstand der in diesem Zusammenhang gestarteten Projekte. Soweit dies erforderlich war, wurden eigene Beschlüsse gefasst oder eine entsprechende Beschlussempfehlung an den Aufsichtsrat gegeben.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen der Personalarbeit der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2016 hat der Ausschuss zwei Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in den Personalausschusssitzungen waren die Personalstrategie und die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns. Dabei wurden u. a. auch die Themenbereiche Vielfalt (Diversity), Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG einschließlich Demografie, geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte einschließlich des Talentmanagements sowie Informationen zur Personalkosten- und Personalmengensteuerung behandelt. Behandelt wurden ferner auch die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung 2016 sowie das Thema Mitarbeiterabordnung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl bzw. die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner durch die Hauptversammlung vor. Der Ausschuss unterstützt den Aufsichtsrat zudem bei der Ermittlung von Kandidaten für die Besetzung im Vorstand sowie der Personen der oberen Leitungsebene und der Einhaltung der zugrunde gelegten Grundsätze. Er erarbeitet die Ziele hinsichtlich der Zusammensetzung des

Aufsichtsrats und achtet auf deren Erreichung. Ferner überprüft der Nominierungsausschuss regelmäßig Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat und bewertet die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder sowie des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit. Der Nominierungsausschuss hat im abgelaufenen Geschäftsjahr sechs Mal getagt. Insbesondere wurde im Ausschuss die Neustrukturierung des Privatkundengeschäfts ausführlich beraten, um einen noch deutlicheren Kundenfokus zu erreichen und strukturell und personell die Voraussetzungen für die Postbank zu schaffen, im Privatkundengeschäft weiter zu wachsen. Weitere Schwerpunkte waren die Vorbereitung der Wahlvorschläge an die Hauptversammlung für die Wahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat sowie die Nachfolgeplanung des Aufsichtsrats und des Vorstands. Im Rahmen der Effizienzprüfung und Evaluation hat der Ausschuss sich mit der Struktur, Größe und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat sowie Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen der einzelnen Organmitglieder und des jeweiligen Organs in seiner Gesamtheit intensiv befasst.

Der Vermittlungsausschuss ist ein nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes (MitbestG) zu bildender Ausschuss. Er unterbreitet dem Aufsichtsrat Personalvorschläge für den Fall, dass für die Bestellung oder die Abberufung von Vorstandsmitgliedern die gesetzlich geforderte Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nicht erreicht wird. Im Geschäftsjahr bestand hierfür kein Bedarf. Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum daher nicht zusammengetreten.

Der Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung einer angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Vorstand und Mitarbeiter und insbesondere der Vergütungen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion. Weiterhin bereitet er Beschlussvorschläge über die Vergütung von Geschäftsleitern unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Beschlüsse auf die Risiken und das Risikomanagement der Postbank vor und achtet darauf, dass die internen Kontroll- und alle sonstigen maßgeblichen Bereiche in die Ausgestaltung der Vergütungssysteme mit einbezogen

werden. Der Vergütungskontrollausschuss tagte im Geschäftsjahr fünf Mal. Gegenstand der Beratungen war u. a. die Bestellung eines neuen Vergütungsbeauftragten. Ferner hat der Ausschuss die Berichte des Vergütungsbeauftragten umfassend erörtert. Neben der Zielerreichung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 und den Zielen des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 hat der Vergütungskontrollausschuss die Vergütung der Vorstandsmitglieder sowie zum Vergütungsvergleich intensiv beraten.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsratsplenium regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat die Buchführung, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2016 geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Abschlussprüfer hat gemäß § 317 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 AktG einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zu Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat sowie dass das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft. Da sich für das Berichtsjahr kein ausschüttungsfähiger Bilanzgewinn ergab, hat der Vorstand dem Aufsichtsrat keinen Gewinnverwendungsvorschlag vorgelegt. Vielmehr wurde der Jahresüberschuss des Einzelabschlusses auf HGB-Basis gemäß dem Beherr-

schungs- und Gewinnabführungsvertrag bereits an die DB Finanz-Holding GmbH abgeführt.

Die Beratungen fanden in Gegenwart von Vertretern des Abschlussprüfers statt. Diese haben über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratssitzung am 22. März 2017 berichtet und haben für ergänzende Auskünfte und Fragen zur Verfügung gestanden. Die Prüfungsausschussvorsitzende hat uns zudem in der Aufsichtsratssitzung am 22. März 2017 über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss am 10. März 2017 berichtet. Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss gebilligt, der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt.

Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2016 gab es folgende Änderung in der Besetzung des Vorstands:

Herr Hans-Peter Schmid hat sein Amt als Mitglied des Vorstands der Deutschen Postbank AG zum 30. September 2016 niedergelegt.

In der Besetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende Änderungen ergeben:

Herr Dr. Christian Ricken hat sein Mandat mit Ablauf des 31. Januar 2016 niedergelegt. Durch die Hauptversammlung am 1. Februar 2016 wurden Herr Michael Spiegel als Mitglied des Aufsichtsrats bestätigt und Frau Karen Meyer als Vertreterin der Anteilseigner und als Nachfolgerin von Herrn Dr. Ricken in den Aufsichtsrat gewählt. Weiterhin hat Herr Rolf Bauermeister mit Wirkung zum Ablauf des 31. März 2016 sein Mandat als Aufsichtsrat niedergelegt. Zudem ist Herr Wolfgang Zimny mit Wirkung zum Ablauf des 30. Dezember 2016 aufgrund seines Eintritts in den Ruhestand aus dem

Aufsichtsrat ausgeschieden. Als Nachfolgerin für Herrn Bauermeister wurde Frau Martina Scholze, München, gerichtlich zum Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG bestellt. Für Herrn Zimny rückte Herr Jens Isselmann als gewähltes Ersatzmitglied in den Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG nach. Schließlich ist Frau Renate Treis aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand mit Wirkung zum Ablauf des 28. Februar 2017 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Wir danken dem ausgeschiedenen Vorstandsmitglied Herrn Hans-Peter Schmid und den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Herrn Dr. Christian Ricken, Herrn Rolf Bauermeister, Herrn Wolfgang Zimny und Frau Renate Treis für ihr großes Engagement im Vorstand bzw. im Aufsichtsrat und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens während der vergangenen Monate und Jahre.

Corporate Governance

Seit dem 14. Januar 2016 ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr börsennotiert. Seitdem unterliegen Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG nicht mehr der Pflicht zur Abgabe einer sogenannten Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG. Die zuletzt von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebene Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2015 und die darin enthaltenen Begründungen haben keine Gültigkeit mehr. Die Postbank hat sich auch nicht anderweitig verpflichtet, den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zu entsprechen.

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 22. März 2017

Der Aufsichtsrat



Werner Steinmüller
Vorsitzender

KONZERNLAGEBERICHT DER POSTBANK

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Grundlagen und Geschäftsmodell des Konzerns

Grundlagen

Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Teil des Konzerns Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main. Als notwendige Voraussetzung für die geplante bilanzielle Entkonsolidierung ist es der Postbank auf ihrem Weg in die Eigenständigkeit – auf Basis der Ergebnisse interner Projekte – im Geschäftsjahr 2016 gelungen, die Rahmenbedingungen für eine technische und operative Entflechtung von der Deutschen Bank zu schaffen. Die Deutsche Postbank AG ist damit so aufgestellt, dass sie innerhalb kurzer Zeit operativ eigenständig agieren kann.

Geschäftsmodell

Der Deutsche Postbank Konzern (Postbank) versteht sich als Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen, der mit einfachen, standardisierten Produkten auf die Bedürfnisse unserer Kundenbasis ausgerichtet ist. Als Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden vertreibt die Postbank ihre Produkte und Services über ein deutschlandweites Filialnetz von Finanz-, Beratungs- und Vertriebscentern, einen mobilen Vertrieb, Callcenter sowie im Direkt-Banking über Online-Vertriebskanäle. Zusätzlich werden ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner angeboten.

Auf Basis einer deutschlandweit einzigartigen Kooperation mit der Deutschen Post AG erwirtschaftet die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Provisionserträge durch die Erbringung von Postdienstleistungen. Die hierdurch erhöhte Kundenfrequenz sorgt für einen effizienteren Betrieb des Filialnetzes und bietet zahlreiche Ansprachemöglichkeiten für die Vermittlung von Postbank Produkten.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Retail Banking, Firmenkunden, Financial Markets und die Non Core Operating Unit (NCOU) gegliedert.

- Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank Privatkunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzdienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch den Auftritt der Postbank als Depotanbieter, Berater und Vermittler rund um die Themen Wertpapiere, Investmentfonds und Versicherungen.
- Der Geschäftsbereich Firmenkunden bietet den Geschäfts- und Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung mit europäischer Ausrichtung, Factoring und Leasing an. Geldanlageprodukte sowie Angebote aus dem Zins- und Währungsmanagement ergänzen die Produktpalette.
- Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten der Postbank verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehören zum einen die Optimierung der Bilanzstruktur durch Ausnutzung von Risikoerträgen aus der Fristentransformation und zum anderen die Sicherung

der Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken. Außerdem steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition der Postbank.

- Der Geschäftsbereich NCOU beinhaltet von der Postbank identifizierte Portfolios und Aktivitäten, die nicht zum Kern der zukünftigen strategischen Ausrichtung gehören. Zur zielgerichteten Steuerung und zum konzentrierten Abbau hochverzinslicher Passiva wurden sie aus ihren ursprünglichen Segmenten herausgelöst und in das Segment NCOU mit eigener Managementverantwortlichkeit überführt.

Details sind der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit – per Jahresende 2016 – 1.043 Finanzcentern in Deutschland sowie eine Zweigniederlassung in Luxemburg.

Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft befindet sich in Hameln.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und einer der großen Finanzdienstleister Deutschlands. Die Postbank möchte als fairer und verlässlicher Partner in finanziellen Fragen auftreten und zeichnet sich im Spar- und Einlagengeschäft wesentlich durch das bedarfsgerechte Angebot von Girokonten, Bauspar- und Anlageprodukten aus. Mit rund 6,4 Millionen Privat- und Geschäftskunden mit Online-Banking-Option zählt die Postbank zu den größten Direktbanken Deutschlands. Im Kreditgeschäft ist die Postbank bei privaten Baufinanzierungen mit ihren Marken DSL Bank und BHW – gemessen am bilanziellen Volumen – größter Baufinanzierer in Deutschland. Im Geschäft mit privaten Baufinanzierungen und Konsumentenkrediten wächst die Postbank – gemessen am Neugeschäftsvolumen – weiterhin stärker als der deutsche Markt. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, diverse Versicherungsprodukte und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Fondsgesellschaften, Banken und Versicherern. Vor dem Hintergrund der Einführung einer neuen Wertpapierstrategie in Verbindung mit einem neuen ganzheitlichen Beratungskonzept will die Postbank ihren Kunden auch im Niedrigzinsumfeld eine Anlageberatung abseits von Spar- und Giroprodukten anbieten.

In ihren eigenen 1.043 Finanzcentern inklusive der neu etablierten Vertriebscenter bietet die Postbank neben umfangreichen Bank- und Finanzdienstleistungen auch Dienstleistungen der Deutschen Post AG an. Hinzu kommen über 4.300 Partnerfilialen der Deutschen Post AG, in denen ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank erhältlich sind, sowie rund 700 Beratungcenter der Postbank Finanzberatung AG. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Marktteilnehmer – insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft –



sowie im Bereich der großen Zahlungsverkehrsadressen engagiert. Im Bereich der Zahlungsverkehrsabwicklung gehört die Postbank, genauso wie im Factoring, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Zusätzlich tritt die Postbank als Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen mit internationaler Ausrichtung im Firmenkundengeschäft auf. Auch in diesem Geschäftsbereich sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken die bedeutendsten Wettbewerber.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren bei der Postbank

Die Postbank setzt bei ihrer Unternehmenssteuerung – neben dem Einsatz von finanziellen Leistungsindikatoren – auch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ein. Bei den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren handelt es sich um die Mitarbeiterzufriedenheit und die Kundenzufriedenheit. Beide genannten wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren waren 2016 im Zielsystem als Konzernziele für alle Vorstandsmitglieder vergütungsrelevant.

Die Messung der Mitarbeiterzufriedenheit erfolgt anhand der Auswertung der Ergebnisse der jährlich durchzuführenden Mitarbeiterbefragung. In der Befragung wird eine Vielzahl von Fragen gestellt, die sich in die Dimensionen Identifikation, Führung, Geschäftserfolg/Ziele, Kundenfokus, Produktivität und Effizienz, Leitbild, Veränderungsfähigkeit, Kommunikation und Arbeitsbelastung einteilen lassen. Die Fragen können – je nach Zustimmungsgrad – von den Mitarbeitern in fünf Stufen beantwortet werden. Die Mitarbeiterzufriedenheit wird hierbei insbesondere aus dem Ergebnis zur Dimension Identifikation abgeleitet. Diese besteht aus verschiedenen Fragen zur Ermittlung der Leistungsbereitschaft und der Bindung der Belegschaft an das Unternehmen.

Die Kundenzufriedenheit wird quartalsweise mittels telefonischer Interviews erhoben. Basis der Befragung ist ein strukturierter Fragebogen mit konstantem Kerninhalt, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Trend sicherzustellen. Die der Befragung zugrunde liegende Stichprobe ist repräsentativ für die Grundgesamtheit der Postbank Kunden. Die Untersuchungsanlage erlaubt systematische Zeitreihenvergleiche und Kausalanalysen. Neben der Gesamtzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen der Postbank insgesamt wird die Zufriedenheit mit zentralen Leistungsfaktoren der Bank erfragt (z. B. Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Freundlichkeit, Korrektheit, fachliche Beratung, Zufriedenheit mit den Vertriebskanälen und Selbstbedienungssystemen, Reklamationsmanagement). Mittels einer verbalisierten 5er-Skala (1 = vollkommen zufrieden bis 5 = unzufrieden) erfolgt die Erhebung der Zufriedenheit. Mit der Durchführung der Studie ist ein externes Marktforschungsinstitut beauftragt, das die Beachtung hoher Qualitätsstandards sicherstellt.

Auch im Zielsystem für die leitenden Angestellten finden sich Zieldimensionen, die eine Ableitung der Ziele aus den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren auf Konzernebene auf die Führungskräfte der Postbank ermöglichen. Neben Zielen in der Dimension Kosten/Finanzen als finanzielles Individualziel erhält jede Führungskraft auch Ziele in den Dimensionen Markt/Kunden, Prozess/Qualität sowie Mitarbeiter/Team, die auf das jeweilige Aufgabengebiet bezogen sind. Damit besteht ein durchgängiges System, das die konzernweite Steuerung nach den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren ermöglicht.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche finanzielle Leistungsindikatoren	Definition
Ergebnis vor Steuern	Das Ergebnis vor Steuern beinhaltet als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Performance der Postbank alle Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung vor Abzug von Steuern. Dabei werden die Gesamterträge (bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Finanzanlageergebnis und Handelsergebnis), die Risikovorsorge, der Verwaltungsaufwand (bestehend aus Personalaufwand, anderen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen) und das Sonstige Ergebnis (Saldo aus Sonstigen Aufwendungen und Sonstigen Erträgen) berücksichtigt.
Bereinigtes Ergebnis vor Steuern	Aufsatzpunkt für die Ermittlung des bereinigten Ergebnisses vor Steuern bildet das Ergebnis vor Steuern, welches um folgende materielle Sachverhalte bereinigt wird: - Effekte aus Unternehmensverkäufen und -käufen im Zusammenhang mit Erst- und/oder Entkonsolidierungen - Einmaleffekte aus Abschreibungen auf Goodwill, Unternehmensbeteiligungen und immaterielle Vermögenswerte - Aufwendungen für strategische Initiativen (ESI), die außerhalb der normalen Linientätigkeit in zeitlich begrenzten Projekten mit separaten Governance-Strukturen anfallen ¹ - Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen - periodenfremde Ergebnisse (z. B. Zinsen auf Steuernachzahlungen für vorausgegangene Jahre, Nachzahlung Bankenabgabe) Etwaige Verkäufe von Finanzanlagen, die auf operative Veranlassung der Postbank getätigt werden, treten regelmäßig auf und werden nicht bereinigt. Bereinigt werden alle Effekte, die pro Sachverhalt einen Einfluss von mehr als 10 Mio € auf das Ergebnis vor Steuern eines Jahres haben.
Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern	Die Größe berechnet sich als Quotient aus dem Ergebnis nach Steuern und dem durchschnittlichen zeitgewichteten Eigenkapital abzüglich der durchschnittlichen zeitgewichteten immateriellen Vermögenswerte in der Berichtsperiode. Zur Berechnung des zeitgewichteten Eigenkapitals und der zeitgewichteten immateriellen Vermögenswerte werden Monatsdurchschnitte als Mittelwert aus Monatsanfangs- und -endbestand berechnet. Der Jahresdurchschnitt wird als Mittelwert aus den Monatsdurchschnitten ermittelt.
Cost Income Ratio (CIR)	Quotient aus Verwaltungsaufwand zuzüglich Sonstiger Aufwendungen sowie zwischen den Segmenten verrechneten Aufwendungen und Gesamterträgen zuzüglich Sonstiger Erträge vor Risikovorsorge sowie zwischen den Segmenten verrechneten Erträgen
Common Equity Tier 1 Capital Ratio (CET1-Quote)	Quotient aus dem harten Kernkapital, das den höchsten Anforderungen an Kapitalpositionen der Capital Requirements Regulation (CRR) entspricht, und den risikogewichteten Aktiva (Risk Weighted Assets)
Leverage Ratio	Quotient aus dem Kernkapital (hartes Kernkapital + zusätzliches Kernkapital) und der Gesamtrisikopositionsmessgröße (Leverage Exposure). Die Gesamtrisikopositionsmessgröße ist die Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen. Insbesondere bei Derivaten, Pensionsgeschäften und außerbilanziellen Geschäften werden spezifische regulatorische Anrechnungsvorgaben angewendet (Anforderungen gemäß Art. 429 CRR).

¹Im Geschäftsjahr 2016 gehörten hierzu insbesondere Projekte unter den Lenkungs Ausschüssen „Entflechtung“ und „Management Agenda“.

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzernheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die ausbalancierte Optimierung von Rentabilität, Effizienz und Kapitalausstattung bzw. Verschuldungsgrad (Leverage).

Zentrale Bezugsgröße für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank bilden die Eigenkapitalkosten in Form einer Hurdle Rate, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarktes abgeleitet werden. Die Erreichung dieses Renditeanspruchs auf das Eigenkapital nach IFRS wird erstmals seit Beginn des Geschäftsjahres 2016 am Return on Tangible Equity (RoTE) nach Steuern gemessen. Die Effizienz der Postbank wird anhand der Cost Income Ratio (CIR) gemessen, die zentrale Maßstab für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung ist.

Aufgrund wiederkehrender wesentlicher Sondereffekte im Ergebnis vor Steuern wird ein bereinigtes Ergebnis vor Steuern ermittelt, das zur besseren Einschätzung der unterliegenden operativen Performance der Bank dient. Entsprechend werden auch die Steuerung und die Vorstandsvergütung daran ausgerichtet. Das berichtete bereinigte Ergebnis ist identisch mit dem vom Vergütungskontrollausschuss für die Vorstandsvergütung festgestellten bereinigten Ergebnis.

Um weiteren zentralen Anforderungen aus Kapitalmarktperspektive Rechnung zu tragen, hat die Postbank konkrete Zielwerte für die Kennzahlen Leverage Ratio und CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) definiert; die Mittelfristplanung des Postbank Konzerns ist konsequent auf die Erreichung dieser Zielwerte ausgerichtet. Die CET1-Quote und die Leverage Ratio werden im Rahmen der Steuerung ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) ermittelt. Die Ermittlung der Leverage Ratio basiert auf den regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind. Der Prozess dieser regelmäßigen Reviews wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Zielen der Postbank, die an dem bereinigten Ergebnis vor Steuern und der zugehörigen CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei Vorstand, Risk Takern (Personen mit wesentlichem Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts) und unseren sonstigen Führungskräften ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Vergütungsbericht sowie im Konzernanhang in Note 55 („Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“).

Steuerungsprozess

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Postbank Konzernebene, mit Ausnahme der Kennzahl zur Kapitalausstattung (CET1-Quote) und der Leverage Ratio. Die beiden letztgenannten Kennzahlen werden ausschließlich auf Konzernebene ge-

steuert. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich nach deren ökonomischem Risikokapitalbedarf.

Auf Portfolio- bzw. Produktebene wird in der Steuerung zusätzlich eine umfassende Deckungsbeitragsrechnung berücksichtigt, die um ausgewählte risikoadjustierte Performance-Kennzahlen ergänzt wird.

Zusätzlich zu den genannten, wesentlichen Steuerungskennzahlen ermittelt die Postbank ergänzende Rendite-kennzahlen für die interne Steuerung, bezogen sowohl auf das durchschnittliche zeitgewichtete Eigenkapital (Return on Equity (RoE)) sowie das zugrunde liegende Bilanzvolumen (Return on Assets (RoA)) als auch auf die risikogewichteten Aktiva zuzüglich Kapitalabzugspositionen (Return on Total Capital Demand (RoTCD)). In Anlehnung an den RoE wird die Rendite auf das regulatorische Kapital (Return on Regulatory Capital (RoReC)) bzw. den ökonomischen Kapitalbedarf (Return on Risk adjusted Capital (RoRaC)) berechnet, die auf Portfolio- bzw. Produktebene eine wesentliche Entscheidungsgrundlage bildet. Der ökonomische Kapitalbedarf wird determiniert durch die relevanten Risikoarten je Steuerungsebene (z. B. Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Operationelles Risiko). Beide Ressourcen – regulatorisches Eigenkapital und ökonomisches Eigenkapital – werden mit Verzinsungsansprüchen in Form von Hurdle Rates belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarktes abgeleitet werden und von der Postbank insgesamt zu erwirtschaften sind.

Im Sinne einer Optimierung des Bilanzstrukturmanagements hat die Postbank vor dem Hintergrund des anhaltenden Niedrigzinsumfelds und der eingeschränkten rentierlichen Anlagemöglichkeiten von Überschussliquidität bzw. der limitierten Möglichkeit der Weitergabe von Überschussliquidität an die Deutsche Bank Gruppe darüber hinaus auch eine Zielgröße für die Loan-to-Deposit Ratio (LtD) festgelegt. Hierbei strebt die Postbank ein ausgeglichenes Verhältnis von Kundenkrediten und -einlagen an. Die Loan-to-Deposit Ratio wird als Quotient aus den Forderungen gegenüber Kunden und den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (exklusive Geld- und Kapitalmarktaufnahmen) zuzüglich aus Förderrefinanzierungen resultierender Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gebildet und wird monatlich in einem mit der Bilanzsteuerung befassten Vorstandsgremium gezeigt.

ANGABEN NACH § 315 ABS. 4 HGB UND ERLÄUTERNDER BERICHT

Die Notierung der Aktie der Deutschen Postbank AG wurde Anfang 2016 an allen Börsen eingestellt. Die Deutsche Postbank AG ist damit seit dem 14. Januar 2016 nicht mehr börsennotiert. Ferner konnten die Aktien der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2016 nicht auf eigene Veranlassung an einem multilateralen Handelssystem gehandelt werden, sodass die nachfolgenden Angaben auf freiwilliger Basis erfolgen.

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Am 31. Dezember 2016 betrug das Grundkapital 547.000.000 €, eingeteilt in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

§ 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und das Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Sofern die Gesellschaft eigene Aktien hält, können gemäß § 71b AktG hieraus keine Rechte ausgeübt werden. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hielt am 31. Dezember 2016 unmittelbar und mittelbar 100 % der Aktien der Postbank, davon 79,09 % mittelbar über die DB Beteiligungs-Holding GmbH. Diese hält ihrerseits die Anteile an der Postbank mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Sollten Arbeitnehmer Aktien der Deutschen Postbank AG halten, üben sie künftig ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über die Änderung der Satzung

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 25c Abs. 1 Kreditwesengesetz (KWG) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese fachlich geeignet und zuverlässig sind und der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ausreichend Zeit widmen. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den betreffenden Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben. Die nationale Aufsicht leitet die Informationen im Zusammenhang mit der fachlichen Eignung und der Bestellung von Vorstandsmitgliedern an die Europäische Zentralbank (EZB) zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben weiter.

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands gemäß § 84 Abs. 3 AktG widerrufen, wenn ein wichtiger Grund

vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung, es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann gemäß § 45c Abs. 1 bis 3 KWG einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse eines oder mehrerer Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr gemäß § 46 Abs. 1 KWG einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken. In diesem Fall kann deren Funktion durch den Sonderbeauftragten gemäß § 45c KWG erfüllt werden.

Die Satzung der Deutschen Postbank AG kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit auch eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Satzungsänderungen werden mit Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Abs. 3 AktG).

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder

mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter den unter Tagesordnungspunkt 9 a näher festgelegten Bedingungen bis zum 8. Juli 2019 ermächtigt, einmalig oder mehrmals Genussscheine, hybride Schuldverschreibungen, Options- und Wandelschuldverschreibungen auszugeben. Der Gesamtnennbetrag darf insgesamt 3 Mrd € nicht übersteigen. Options- bzw. Wandlungsrechte dürfen nur auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu nominal 273,5 Mio € ausgegeben werden.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber von Options- bzw. Wandelgenussscheinen, Options- und Wandelschuldverschreibungen, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter Tagesordnungspunkt 9 a auszugebenden Genussscheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind. Die bedingte Kapitalerhöhung kann bis zum 8. Juli 2019 nur insoweit durchgeführt werden, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen, auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die näheren Einzelheiten zum bedingten Kapital ergeben sich aus § 4 Abs. 8 der Satzung.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen
Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen bei Kontrollwechsel
Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen worden sind, bestehen nicht.

VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSVERGÜTUNG

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütung.

Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wird das Plenum in diesen Themen durch den Vergütungskontrollausschuss. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2016

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Überprüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue gesetzliche bzw. regulatorische Vorgaben.

Maßgebliche Zielsetzung für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Höhe der Vorstandsvergütung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Berücksichtigung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Im Rahmen eines durchgeführten horizontalen sowie vertikalen Vergütungsvergleichs wurde die Angemessenheit der Vorstandsvergütung im Marktvergleich sowie innerhalb der Postbank Gruppe für das Geschäftsjahr 2014 bestätigt. Für das Jahr 2016 wurde ein vertikaler Vergütungsvergleich innerhalb der Postbank Gruppe durchgeführt, der ebenfalls die Angemessenheit der Vergütung als Ergebnis bestätigte; ein horizontaler Vergütungsvergleich ist gemäß Aufsichtsratsbeschluss im Drei-Jahres-Turnus und damit wieder für das Geschäftsjahr 2017 vorgesehen.

Die Mitglieder des Vorstands sollen durch die Ausgestaltung des Systems motiviert werden, die Unternehmensziele zu erreichen, dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung

voranzutreiben sowie unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden. Insoweit hat der Aufsichtsrat bereits vor Einführung des gesetzlichen maximalen Verhältnisses der variablen Vergütung zur fixen Vergütung eine Obergrenze für eben dieses Verhältnis bestimmt. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des § 25a Abs. 5 KWG hat die Hauptversammlung der Postbank ein maximales Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 für die Vorstandsmitglieder gebilligt.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

a) Erfolgsunabhängige Komponenten

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Raten monatlich ausgezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagenutzung, Versicherungsprämien und dem Ersatz von geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

b) Erfolgsabhängige Komponente (variable Vergütung)

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die Höhe der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder wird, ausgehend von einem vereinbarten Zielwert für die variable Vergütung, auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Postbank Gruppen-, Ressort- und Individualzielen, auf der Basis von Messkriterien ermittelt, wobei einheitliche Postbank Gruppenziele in der Gewichtung die Hälfte der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung¹ der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutschen Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 nochmals modifiziert. Diese Modifikationen dienten dazu, die Positionierung der Postbank als künftig unabhängig von dem Deutsche Bank Konzern agierendes Kreditinstitut abzubilden und insoweit im Gefüge der Zurückbehaltungssystematik auch weiterhin die richtigen Anreize zu setzen. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2016

Die Vergabemodalitäten der festgesetzten variablen Vergütung wurden mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert und aufgrund der geänderten strategischen Planung der Deutschen Bank im Hinblick auf die

Positionierung der Postbank für 2015 erneut modifiziert. Eine erneute Änderung der Vergabemodalitäten für das Geschäftsjahr 2016 war dementsprechend nicht erforderlich.

Die variable Vergütung wird unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend, werden mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben. Zusätzlich findet die im Deutsche Bank Konzern etablierte Zurückbehaltungsmatrix Anwendung, die in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung zu einem höheren Prozentsatz aufgeschobener Vergütung führen kann. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung ist auf insgesamt 225.000 € je Vorstandsmitglied begrenzt.

Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte unmittelbar bar (Cash-Bonus) ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Zurückbehaltungs- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank Aktie ab. Für die für das Geschäftsjahr 2016 zu gewährenden aktienbasierten Vergütungselemente ist bereits vertraglich eine Umwandlung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugeteilten Deutsche Bank Aktien-Awards in Postbank Aktien-Awards bzw. ein anderes wertbasiertes Vergütungselement für den Fall vorgesehen, dass die Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern herausgelöst wird. Die Wertentwicklung der noch aufgeschobenen Vergütungselemente bleibt damit auch für diesen Fall mit den Erfolgsbeiträgen der Vorstandsmitglieder verknüpft.

Equity Upfront Award

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine weitere Haltefrist, während der besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen gelten. Für den für das Geschäftsjahr 2016 gewährten EUA beträgt die Haltefrist zwölf Monate. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert.

Restricted Equity Award

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben. Die REA unterliegen einer dreijährigen Zurückbehaltungsfrist, und sie werden in einer Tranche unverfallbar (sogenanntes „Cliff Vesting“).

An die genannte Zurückbehaltungsfrist schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine zwölfmonatige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert

¹Gewährung meint in diesem Zusammenhang die Aufteilung der für das abgelaufene Geschäftsjahr festgesetzten variablen Vergütung auf die Vergütungselemente und Inaussichtstellung der festgelegten variablen Vergütung in diesen Vergütungselementen.

werden. Während der Zurückbehaltungsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen.

Für das Geschäftsjahr 2016 bedeutet dies, dass die Vorstandsmitglieder einheitlich den Wert ihrer für das Jahr 2016 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2021 (vier Jahre nach Festlegung) realisieren können.

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2017 für das Geschäftsjahr 2016 in Form von EUA und REA gewährt werden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2017 ermittelt.

Restricted Incentive Award

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award – RIA) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Zurückbehaltungsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2016 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2020 ausgezahlt.

Die genannten Awards berechtigen nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen.

Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen

Die Vergütungskomponenten EUA, RIA und REA unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Zurückbehaltungs- bzw. Haltefristen. Diese Bedingungen und Fristen bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die entsprechenden Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Für die zurückbehalten gewährten Vergütungselemente REA und RIA gelten sogenannte Leistungsbedingungen, d. h. Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank Gruppe bzw. des Deutsche Bank Konzerns. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA- bzw. REA-Tranche verfallen, wenn die Leistungsbedingungen, bezogen auf das Ergebnis vor Steuern der Postbank Gruppe und/oder des Konzerns, nicht erfüllt sind. So können bis zu 1/3 des für 2016 gewährten REA für jedes Jahr des Zurückbehaltungszeitraums verfallen, in dem die Leistungsbedingungen nicht erfüllt sind. Eine weitere Leistungsbedingung ist die sogenannte Common-Equity-Tier-1-Leistungsbedingung. Danach verfallen bis zu 100 % des noch nicht unverfallbaren REA, wenn an einem beliebigen Quartalsende vor Ablauf der Zurückbehaltungsfrist die Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1) des Deutsche Bank Konzerns und der Postbank Gruppe unter der jeweils gültigen regulatorischen Minimumkapitalgrenze liegt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten). Der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern Rechnung tragend, ist ab 2017 keine Messung der Leistungsbedingungen mit Bezug auf die Deutsche Bank mehr vorgesehen. Das Ergebnis der Postbank bzw. die Leistung ihrer Vorstandsmitglieder wird nach der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern keinen (nennenswerten) Einfluss mehr auf das Deutsche Bank Ergebnis haben.

Sämtliche zurückbehaltene gewährte Vergütungselemente (REA, RIA) sowie der EUA und der REA während der Haltefrist unterliegen darüber hinaus dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014 und 2015

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutschen Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats nochmals mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 modifiziert, wobei die Grundstrukturen unverändert geblieben sind. Vor diesem Hintergrund kann für die Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014 und 2015 im Wesentlichen auf die vorstehenden Ausführungen für das Geschäftsjahr 2016 verwiesen werden. Dies gilt insbesondere für die Aufteilung der variablen Vergütung in die Vergütungselemente Cash-Bonus, Equity Upfront Award (EUA), Restricted Incentive Award (RIA) sowie Restricted Equity Award (REA). Folgende Besonderheiten sind zu berücksichtigen.

a) Geschäftsjahr 2015

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2016 für das Geschäftsjahr 2015 in Form von EUA und REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2016 (15,4705 €) ermittelt.

Die genannten Vergütungselemente für das Geschäftsjahr 2015 berechtigten nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen.

b) Geschäftsjahr 2014

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt.

Den Verantwortlichkeiten innerhalb des Konzerngefüges Rechnung tragend, waren die Zurückbehaltungszeiträume der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung (REA) unterschiedlich ausgestaltet. Grundsätzlich wurde der für das Geschäftsjahr 2014 vergebene REA in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar. Für Mitglieder des Vorstands, die im Geschäftsjahr 2014 zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet waren (dies betraf Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), fanden im Jahr 2014 Sonderregelungen Anwendung, und es gilt abweichend eine viereinhalbjährige Zurückbehaltungsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden (sogenanntes „Cliff Vesting“). Die sich

an die Zurückbehaltungszeiträume anschließende Haltefrist für die REA beträgt einheitlich sechs Monate. Für das Geschäftsjahr 2014 bedeutet dies, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet waren, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

Die für das Geschäftsjahr 2014 gewährten Vergütungselemente sahen folgende (Zins-)Aufschläge vor:

- **Equity Upfront Award:**
Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist.
- **Restricted Equity Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent.
- **Restricted Incentive Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe.

Die Verfallbedingungen für die aufgeschoben gewährten Vergütungselemente RIA und REA sehen eine Messung sowohl am Postbank Gruppen- wie auch am Deutsche Bank Konzernergebnis vor.

Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 waren im Jahr 2016 noch Langfristkomponenten offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstanden bzw. anstehen.

Die Langfristkomponente wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde bzw. für das Vergütungsjahr 2013 noch zur Feststellung ansteht. Im unmittelbar auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurden das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche

Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen bzw. in Phantom Shares umgewandelt wurden bzw. für das Vergütungsjahr 2013 noch zur Umwandlung ausstehen.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares, die nach Ablauf einer zwölfmonatigen Sperrfrist wieder in einen Eurobetrag umgewandelt werden.

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausgezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2016 wurden nach Ablauf der Sperrfrist die Umwandlungsbeträge aus den Phantom Shares der Langfristkomponenten aus den Basisjahren 2011 (dritte Tranche), 2012 (zweite Tranche) und 2013 (erste Tranche) ausgezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2015 in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie der letzten zehn Handelstage bis zum Ablauf der Sperrfrist (17,41 €) multipliziert. Im Jahr 2016 wurde darüber hinaus jeweils eine Tranche des Baranteils der Langfristkomponenten der Basisjahre 2012 (dritte Tranche) und 2013 (zweite Tranche) mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes (Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 23. März 2016 (17,47 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2017 an.

Für die im Jahr 2016 am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG gesperrten Phantom Shares wurde kein Dividendenäquivalent berechnet, da die Deutsche Bank für das Geschäftsjahr 2015 keine Dividende ausgeschüttet hat.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, wird die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und die Zahlung auf maximal zwei Jahresvergütungen (Abfindungs-Cap) begrenzen.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung (Grundvergütung sowie variable Vergütung) pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Im Jahr 2016 ist das Vorstandsmitglied, Herr Hans-Peter Schmid, mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2016 vorzeitig aus dem Vorstand ausgeschieden. Im Rahmen des Aufhebungsvertrags wurde eine Abfindungszahlung in Höhe von 625.000 € vereinbart. Die Abfindung wurde im Oktober 2016 ausgezahlt. Darüber hinaus wurden die im Anstellungsvertrag bereits geregelten Leistungen für diesen Fall des Ausscheidens betragsmäßig konkretisiert und die Auszahlungszeitpunkte bestimmt.

Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist begrenzt durch die maximale Höhe der variablen Vergütung von 150 % des vereinbarten Zielwertes.

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen, ein Sitzungsgeld von 500 €.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung und das Sitzungsgeld nach der Hauptversammlung, die den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat und/oder seinen Ausschüssen angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig. Die Vergütung wird auf volle Monate auf- und abgerundet. Eine zeitanteilige Vergütung für die Ausschusstätigkeiten setzt voraus, dass der betreffende Ausschuss im entsprechenden Zeitraum zur Erfüllung seiner Aufgaben getagt hat.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 55.



ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Festlegung von Zielgrößen für Frauenanteile im Aufsichtsrat, im Vorstand und in Führungsebenen

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen, bei der Bestellung von Vorständen und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wird in Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst auf eine angemessene Berücksichtigung von Frauen geachtet.

Für den Aufsichtsrat gilt die Quote von 30 % Frauenanteil. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 35 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Im Berichtszeitraum gehörten sieben Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 35 %. Der Aufsichtsrat hat damit die gesetzte Quote erreicht.

Der Aufsichtsrat hat am 9. September 2015 beschlossen, dass weiterhin mindestens eine Frau im Vorstand vertreten ist, und als erste Umsetzungsfrist den 30. Juni 2017 festgelegt.

Zudem hat der Vorstand am 18. August 2015 verbindliche Zielwerte für Frauenanteile für die ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands von jeweils 20 % mit dem Erfüllungszeitpunkt 30. Juni 2017 und jeweils 25 % für 2020 beschlossen.

Für die dem Gesetz unterfallenden Tochtergesellschaften wurden ebenfalls Zielwerte festgelegt.

MITARBEITER

Der Postbank Konzern beschäftigte am Jahresende 2016 – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 18.112 Mitarbeiter, das waren rund 3.354 mehr als am 31. Dezember 2015 (14.758). Der Bestandszugang wurde maßgeblich durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften getrieben, denen zum Ende der Vergleichsperiode 3.901 auf Vollzeitkräfte umgerechnete Mitarbeiter zugeordnet waren. Von den 18.112 Mitarbeitern sind – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 74 Beamte zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Saarbrücken abgeordnet und daher nicht operativ für den Postbank Konzern tätig.

Der Anteil der Beamten an unserer Mitarbeiterschaft lag mit – auf Vollzeitkräfte umgerechnet – 4.495 Personen bei ca. 25 %. Etwa 24 % unserer Mitarbeiter befinden sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation – berechnet als Abgangsquote, bezogen auf die Anzahl der auf Vollzeitkräfte umgerechneten Mitarbeiter zum Jahresanfang – im Jahr 2016 belief sich auf rund 7 %. Die Gründe waren im Wesentlichen Vorruhestand, der Beginn des gesetzlichen Ruhestands sowie die zum Jahresende auslaufenden Befristungen.

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 21 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

WICHTIGE EREIGNISSE BEI DER POSTBANK IM JAHR 2016

Organe

Frau Karen Meyer und Herr Michael Spiegel wurden am 1. Februar 2016 mit sofortiger Wirkung bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020 beschließt, durch Beschluss der Hauptversammlung zu Mitgliedern des Aufsichtsrats als Vertreter der Anteilseigner gewählt. Frau Meyer folgte Herrn Dr. Christian Ricken, der sein Mandat zum Ablauf des 31. Januar 2016 niedergelegt hat. Das vorgesehene Ersatzmitglied Dr. Roland Manfred Folz hatte erklärt, sein Ersatzmandat niederzulegen und nicht in den Aufsichtsrat aufzurücken. Herr Spiegel ist durch Beschluss des Amtsgerichts Bonn vom 17. November 2015 anstelle des Aufsichtsratsmitglieds Herrn Stefan Krause, welcher als Vertreter der Anteilseigner aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist, gemäß § 104 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 Nr. 2 AktG zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt worden. Frau Martina Scholze wurde durch Beschluss des Amtsgerichts Bonn vom 21. April 2016 mit Wirkung von eben diesem Tag als Vertreterin für die Arbeitnehmerseite zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Frau Scholze folgte Herrn Rolf Bauermeister, der sein Mandat zum 31. März 2016 niedergelegt hat. Herr Jens Isselmann ist am 31. Dezember 2016 als Vertreter der leitenden Angestellten zum Mitglied des Aufsichtsrats aufgerückt. Herr Isselmann war als Ersatzmitglied für Herrn Wolfgang Zimny vorgesehen. Herr Zimny ist mit Wirkung zum Ablauf des 30. Dezember 2016 aufgrund Eintritts in den Ruhestand aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Herr Hans-Peter Schmid legte sein Mandat als Mitglied des Vorstands der Deutschen Postbank AG und als Vorsitzender des Vorstands der Postbank Filialvertrieb AG zum 30. September 2016 nieder. Die kommissarische Nachfolge als für den Filialvertrieb zuständiger Vorstand übernahm Frank Strauß zusätzlich zu seinem Amt als Vorstandsvorsitzender der Postbank.

Veränderungen im Konzern

Seit dem 1. Januar 2016 gehören die fünf Servicegesellschaften Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH, Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH und BHW Kreditservice GmbH wieder zum Postbank Konzern. Organisatorisch sind diese Gesellschaften – mit Ausnahme der Postbank Direkt GmbH – dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet. Die Aktivitäten der

Postbank Direkt GmbH werden im Segment Retail Banking ausgewiesen.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN IM JAHR 2016

Volkswirtschaftliches Umfeld

Weltwirtschaft wächst erneut schwach

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2016 geringfügig abgeschwächt. Verantwortlich hierfür war die nachlassende konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern, deren durchschnittlicher Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 1,6 % nachgab. Dagegen verharrte das Wachstum in den aufstrebenden Märkten bei 4,1 % und blieb damit im langjährigen Vergleich mäßig. Gleichzeitig schwächten sich die Rezessionen in einigen großen Schwellenländern ab, wozu wiederum die Stabilisierung der Rohstoffpreise einen Beitrag leistete. Insgesamt wuchs die globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2016 nur noch um 3,1 % nach 3,2 % im Vorjahr, während der Internationale Währungsfonds (IWF) zu Jahresbeginn noch eine Beschleunigung auf 3,4 % erwartet hatte.

Der konjunkturelle Aufschwung in den USA hat im Jahr 2016 spürbar an Tempo verloren. Dies war in erster Linie auf deutlich rückläufige Unternehmensinvestitionen zurückzuführen. Eine wichtige Rolle spielten hierbei der zu Jahresbeginn sehr niedrige Ölpreis und die in der Folge schwachen Investitionen im Energiesektor. Als erhebliche Belastung für die Konjunktur erwiesen sich zudem deutlich sinkende Lagerinvestitionen. Der private Verbrauch wurde hingegen erneut kräftig ausgeweitet. Obwohl er leicht an Schwung verlor, blieb er wichtigster Wachstumsträger. Ausfuhren und Einfuhren wurden jeweils nur schwach ausgeweitet. Per saldo hatte der Außenhandel keinen größeren Einfluss auf das Wachstum. Insgesamt reduzierte sich der BIP-Zuwachs von 2,6 % im Vorjahr auf 1,6 %. Damit blieb das Wachstum hinter dem von uns zu Jahresbeginn erwarteten Wert von 2,0 % zurück. Trotz der schwächeren Wachstumsdynamik stieg die Beschäftigung in den USA weiter an, wenn auch in einem geringeren Ausmaß. Zugleich sank die Arbeitslosenquote moderat.

Die asiatischen Schwellenländer wiesen erneut die höchste wirtschaftliche Dynamik auf. Das BIP-Wachstum blieb mit 6,3 % aber leicht hinter dem Ergebnis des Vorjahres von 6,7 % zurück. Dabei schwächte sich die Konjunktur in China weiter ab. Die Exporte fielen gegenüber dem Vorjahr kräftig um 7,7 %. Gleichzeitig stabilisierte sich aber das Wachstum der Industrieproduktion, wenn auch auf einem für chinesische Verhältnisse mäßigen Niveau. Das BIP-Wachstum gab auf 6,7 % nach und fiel damit auf den niedrigsten Wert seit den frühen 90er-Jahren. Die japanische Wirtschaft entwickelte sich weiterhin verhalten. Privater Verbrauch und Bruttoanlageinvestitionen steigerten sich jeweils moderat. Die Exporte wurden infolge einer schwachen globalen Nachfrage und des in den ersten neun Monaten aufwertenden Yen nur sehr mäßig ausgeweitet. In der Summe führte dies zu einer Abschwächung des BIP-Wachstums auf 1,0 %, während wir ein Plus von 0,9 % erwartet hatten.

Im Euroraum hat sich die konjunkturelle Erholung 2016 fortgesetzt. Getragen wurde der Aufschwung von der Binnennachfrage. So wurde der private Verbrauch, den vorliegenden Daten nach zu urteilen, um 1,7 % ausgeweitet. Der Staatsverbrauch stieg demnach um 1,9 %. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden um schätzungsweise 2,8 % gesteigert. Dagegen schwächte sich die Wachstumsdynamik im Außenhandel deutlich ab. Hiervon waren die Exporte etwas stärker betroffen als die Importe, wodurch die Konjunktur leicht belastet wurde. Letztlich führte dies zu einer Abschwächung des BIP-Wachstums auf 1,7 % nach einem Zuwachs um 2,0 % im Vorjahr. Die einzelnen Länder entwickelten sich zwar weiterhin sehr unterschiedlich, erzielten jedoch durchweg positive Wachstumsraten. In der Folge ging die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt deutlich auf 10,0 % zurück, lag damit aber immer noch auf einem hohen Niveau.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa entsprach damit weitgehend unseren Erwartungen, wobei der Anstieg des BIP etwas schwächer ausfiel, als von uns zu Jahresbeginn erwartet.

Solider Aufschwung in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft wuchs 2016 kontinuierlich, wenn auch unter stärkeren Schwankungen. Kräftige Impulse kamen dabei von der Binnennachfrage. Der private Verbrauch legte wie im Vorjahr um 2,0 % zu. Er profitierte auch weiterhin von einem spürbaren Anstieg der verfügbaren Einkommen. Zugleich blieb die Inflationsrate sehr niedrig, auch wenn sie leicht von 0,3 % auf 0,5 % anzog. Der hieraus resultierende kräftige Zuwachs der Realeinkommen ermöglichte es den privaten Haushalten trotz der Konsumsteigerung, ihre Sparquote weitgehend konstant zu halten. Der Staatsverbrauch stieg ungewöhnlich stark um 4,2 %, auch bedingt durch zusätzliche Ausgaben für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen. Der Zuwachs bei den Bruttoanlageinvestitionen verstärkte sich auf 2,5 %. Dabei wurden aber die Ausrüstungsinvestitionen unterproportional um 1,7 % und damit deutlich schwächer als im Vorjahr ausgeweitet. Hierbei dürfte die Verunsicherung der Unternehmen durch das Votum der britischen Bevölkerung für einen Austritt des Landes aus der Europäischen Union (EU) eine Rolle gespielt haben. Die Bauinvestitionen legten dagegen kräftig um 3,1 % zu, was vor allem auf einen starken Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen um 4,3 % zurückzuführen war. Die Exporte wiederum wuchsen vor dem Hintergrund der insgesamt schwachen globalen Nachfrage nur mäßig um 2,5 %. Da die Importe etwas stärker gesteigert wurden, bremste der Außenhandel das Wachstum leicht. Insgesamt ist das BIP 2016 um 1,9 % gewachsen und damit etwas stärker als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund des soliden Aufschwungs entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt positiv. Die Zahl der Arbeitslosen fiel im Jahresdurchschnitt um 104.000 auf 2,69 Millionen, was zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 6,4 % auf 6,1 % führte. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 429.000 auf 43,49 Millionen.

Zusammenfassend betrachtet, entsprach die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2016 weitgehend unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts, wobei das BIP-Wachstum jedoch etwas schwächer ausfiel, als von uns prognostiziert.

Entwicklung an den Märkten

Die globalen Finanzmärkte wurden im Jahr 2016 durch politische Ereignisse wie insbesondere das Ergebnis des Referen-

dums in Großbritannien zum Austritt aus der EU, wechselnde Einschätzungen zu den globalen Wachstumsaussichten sowie durch die unterschiedliche geldpolitische Ausrichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) und der US-Notenbank (Fed) beeinflusst. Während die EZB ihre Geldpolitik nochmals expansiver gestaltete, hob die Fed ihren Leitzins erneut leicht an.

Die Kurse am deutschen Aktienmarkt standen zu Jahresbeginn unter Abwärtsdruck. Ursächlich waren in erster Linie Bedenken hinsichtlich des Zustands der chinesischen Wirtschaft, die zu Sorgen bezüglich einer spürbaren globalen Abschwächung des Wachstums führten. Dies drückte den DAX, verglichen mit seinem Stand zum Jahresende 2015, bis zum Februar 2016 im Maximum um fast 19 %. Im Anschluss an eine Erholungsphase sorgte das Ergebnis des Referendums in Großbritannien für einen erneuten Rückschlag. Dieser wurde rasch überwunden, nachdem sich die mit dem Votum verbundenen Befürchtungen im Hinblick auf das Wachstum zunächst nicht bestätigten. Gegen Jahresende ließ ein deutlich zunehmender Konjunkturoptimismus das Kursniveau kräftig steigen. Per saldo legte der DAX 2016 im Vergleich zu seinem Jahreschlussstand 2015 um 6,9 % zu. Der EURO STOXX 50 erzielte hingegen lediglich ein Plus von 0,7 %. In den USA entwickelten sich die Aktiennotierungen deutlich besser, nicht zuletzt, weil die US-Märkte von dem Ergebnis des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU nur sehr kurzzeitig belastet wurden. Der S&P 500 legte um 9,5 % zu. Die insgesamt positive Tendenz schlug sich auch an den Märkten für Unternehmensanleihen nieder. Die Risikoaufschläge für Anleihen mit schwachen Ratings profitierten von dem steigenden Konjunkturoptimismus besonders stark und sanken im Vorjahresvergleich deutlich, während die Aufschläge für Anleihen mit hoher Bonität nur leicht zurückgingen.

Die Renditeaufschläge für Staatsanleihen der Mitgliedsstaaten des Euroraums (EWU) nahmen 2016 insgesamt wieder spürbar zu, verharrten im historischen Vergleich aber überwiegend noch auf einem moderaten Niveau. Die Renditeaufschläge italienischer, spanischer und portugiesischer Staatsanleihen gegenüber Bundesanleihen weiteten sich jeweils aus, dies jedoch in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Am stärksten betroffen waren portugiesische Staatsanleihen, deren Risikoaufschläge auf das höchste Niveau seit Anfang 2014 stiegen. Ursachen dieser Entwicklung waren die anhaltende Wachstumsschwäche des Landes in Kombination mit einem weiterhin hohen Staatsdefizit sowie der Unklarheit über den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung. Ein deutlich mäßigerer, aber gleichwohl kräftiger Anstieg der Risikoaufschläge ergab sich bei italienischen Staatsanleihen. Diese litten unter der nur schwachen konjunkturellen Erholung sowie den Problemen im Bankensektor des Landes. Gegen Jahresende kam die Verunsicherung durch die Ansetzung des letztlich gescheiterten Referendums über eine Senatsreform in Italien und den anschließenden Rücktritt der Regierung hinzu. Deutlich positiver verlief hingegen die Entwicklung bei spanischen Staatsanleihen. In der ersten Jahreshälfte 2016 stiegen zwar auch hier die Renditeaufschläge moderat an. Für Verunsicherung sorgten dabei neben allgemeinen Faktoren, wie der globalen konjunkturellen Unsicherheit zu Jahresbeginn oder dem Votum der Briten im Rahmen des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU im Juni, die Probleme bei der Bildung einer neuen Regierung sowie beim nachhaltigen Abbau der zu hohen Neuverschuldung. Zugleich profitierte der spanische Kapitalmarkt aber von der anhaltend kräftigen wirtschaft-

lichen Erholung des Landes. Diese setzte sich auch in der zweiten Jahreshälfte fort. Zudem gelang es im Herbst, die politische Blockade zu überwinden und eine neue Regierung zu bilden. In diesem Umfeld gaben die Renditeaufschläge wieder an ihre Zielgröße von knapp 2 % heranzuführen. Der Einlagensatz wurde um 0,10 Prozentpunkte auf -0,40 % gesenkt, der Hauptrefinanzierungssatz um 0,05 Prozentpunkte auf 0,00 % und der Spitzenrefinanzierungssatz ebenfalls um 0,05 Prozentpunkte auf 0,25 %. Das monatliche Volumen des EZB-Anleiheankaufprogramms wurde mit Wirkung zum April 2016 um 20 Mrd € auf 80 Mrd € aufgestockt. Zugleich wurde die Mindestlaufzeit des Programms von September 2016 auf März 2017 ausgedehnt. Im Rahmen des Programms erwirbt die EZB seit Juni 2016 erstmals auch Anleihen von Unternehmen, die nicht dem Bankensektor zuzurechnen sind. Zudem beschloss sie, im Quartalsrhythmus vier neue, zielgerichtete Langfristtender (TLTRO-2) mit einer Laufzeit von je vier Jahren auszuschreiben. Der erste dieser Tender wurde im Juni 2016 aufgelegt. Der zu entrichtende Zinssatz entspricht zunächst dem im Zeitpunkt der Mittelaufnahme geltenden Hauptrefinanzierungssatz. Bei Erfüllung bestimmter Kriterien kann er aber bis auf den jeweils gültigen Einlagensatz gesenkt werden. Im Dezember beschloss die EZB dann eine weitere Verlängerung der Mindestlaufzeit ihres Anleiheankaufprogramms bis Ende 2017. Ab April 2017 wird das monatliche Ankaufvolumen aber von 80 Mrd € auf 60 Mrd € reduziert. Infolge der nochmals expansiveren Geldpolitik gaben die Geldmarktzinsen weiter nach. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2016 mit -0,32 % um 0,19 Prozentpunkte niedriger als zum Vorjahresschluss.

Die EZB hat 2016 weitere expansive geldpolitische Beschlüsse gefasst. Im März schnürte sie ein umfangreiches Maßnahmenpaket, um die Kreditvergabe anzuregen und die Inflationsrate wieder an ihre Zielgröße von knapp 2 % heranzuführen. Der Einlagensatz wurde um 0,10 Prozentpunkte auf -0,40 % gesenkt, der Hauptrefinanzierungssatz um 0,05 Prozentpunkte auf 0,00 % und der Spitzenrefinanzierungssatz ebenfalls um 0,05 Prozentpunkte auf 0,25 %. Das monatliche Volumen des EZB-Anleiheankaufprogramms wurde mit Wirkung zum April 2016 um 20 Mrd € auf 80 Mrd € aufgestockt. Zugleich wurde die Mindestlaufzeit des Programms von September 2016 auf März 2017 ausgedehnt. Im Rahmen des Programms erwirbt die EZB seit Juni 2016 erstmals auch Anleihen von Unternehmen, die nicht dem Bankensektor zuzurechnen sind. Zudem beschloss sie, im Quartalsrhythmus vier neue, zielgerichtete Langfristtender (TLTRO-2) mit einer Laufzeit von je vier Jahren auszuschreiben. Der erste dieser Tender wurde im Juni 2016 aufgelegt. Der zu entrichtende Zinssatz entspricht zunächst dem im Zeitpunkt der Mittelaufnahme geltenden Hauptrefinanzierungssatz. Bei Erfüllung bestimmter Kriterien kann er aber bis auf den jeweils gültigen Einlagensatz gesenkt werden. Im Dezember beschloss die EZB dann eine weitere Verlängerung der Mindestlaufzeit ihres Anleiheankaufprogramms bis Ende 2017. Ab April 2017 wird das monatliche Ankaufvolumen aber von 80 Mrd € auf 60 Mrd € reduziert. Infolge der nochmals expansiveren Geldpolitik gaben die Geldmarktzinsen weiter nach. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2016 mit -0,32 % um 0,19 Prozentpunkte niedriger als zum Vorjahresschluss.

Die US-Notenbank setzte aufgrund des soliden Aufschwungs am US-Arbeitsmarkt und der allmählich steigenden Inflationsrate ihren vorsichtigen Zinserhöhungskurs fort. Im Dezember 2016 hob sie ihren Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf eine Spanne von 0,50 % bis 0,75 % an.

Die Kapitalmarktzinsen gingen bis in die zweite Jahreshälfte hinein stark zurück. Hierzu trugen vor allem die neuerlichen expansiven Maßnahmen der EZB bei. Gefördert wurde der Rückgang zudem durch die zögerliche Haltung der US-Notenbank, die die avisierte und erwartete Straffung ihrer Geldpolitik aufgrund der unsicheren konjunkturellen Lage immer weiter hinausschob. Zum Ende des ersten Halbjahres kam das Ergebnis des Referendums in Großbritannien zum Austritt aus der EU hinzu. Dies stärkte die Funktion von Bundesanleihen als sicherem Hafen. Daraufhin fiel die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen von 0,63 % Ende 2015 bis zum 8. Juli 2016 auf das historische Tief von -0,19 %. Nachfolgend stiegen die Renditen aber wieder etwas an. Zunächst bestätigten sich die mit dem Ausgang des Referendums in Großbritannien verbundenen Konjunkturängste nicht. Gegen Jahresende machte sich sogar ein steigender Konjunkturoptimismus breit. Zudem erhöhte die US-Notenbank ihren Leitzins, was auch auf die europäischen Märkte ausstrahlte. Zum Jahresende 2016 lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen mit 0,21 % dennoch um 0,42 Prozentpunkte niedriger als zum Vorjahresschluss. Da die Geldmarktzinsen weniger stark nachgaben, ist die Zinskurve in Deutschland etwas flacher geworden. In den USA stieg die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen leicht an. Bei gleichzeitig etwas stärker anziehenden Geldmarktsätzen hat sich die Steilheit der US-Zinskurve leicht verringert.

jähriger Staatsanleihen leicht an. Bei gleichzeitig etwas stärker anziehenden Geldmarktsätzen hat sich die Steilheit der US-Zinskurve leicht verringert.

Trotz der nochmals expansiveren Geldpolitik der EZB konnte sich der Kurs des Euro in den ersten Monaten des Jahres gegenüber dem US-Dollar erholen: Ausgehend von einem Wert von 1,09 US \$ Ende 2015, stieg er bis Mai auf 1,15 US \$. Nachfolgend geriet der Euro aber, auch infolge des Ergebnisses des Referendums in Großbritannien, unter Abwertungsdruck. Verstärkt wurde diese Entwicklung gegen Jahresende durch deutlich gestiegene Erwartungen hinsichtlich der US-Konjunktur sowie durch die Leitzinserhöhung der US-Notenbank. Ende 2016 wurde der Euro mit gut 1,05 US \$ gehandelt. Damit hat er gegenüber dem Vorjahr um 2,9 % abgewertet.

Die Entwicklung an den Märkten entsprach nicht unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen hatten wir zum Jahresende 2016 auf einem etwas höheren Niveau erwartet als zum Jahresbeginn. Zugleich waren wir von konstanten EZB-Leitzinsen sowie einer moderaten Verteilung der Zinsstrukturkurve ausgegangen.

Branchensituation

Die nochmals ausgeweitete Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank, steigende regulatorische Erfordernisse und der wachsende Druck zur Lösung des Problems notleidender Kredite bei italienischen Banken waren 2016 die dominierenden Themen für den europäischen Bankensektor.

Die BaFin hat den 15 national systemrelevanten deutschen Banken Anfang März 2016 ihre individuellen Zuschläge übermittelt, die diese zusätzlich zu ihrer Kapitalquote vorhalten müssen. Dieser Zuschlag variiert je nach Institut zwischen 50 und 150 Basispunkten. Den global systemrelevanten Instituten wurden ihre individuellen Zuschläge zu ihren jeweiligen Kapitalquoten vom Financial Stability Board übermittelt. Die EZB definiert einmal jährlich im Rahmen des Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) die individuellen Kapitalzuschläge für die direkt von ihr beaufsichtigten Institute. Bei den rund 1.600 deutschen Banken, die nicht direkt von der EZB beaufsichtigt werden, will die BaFin den SREP sukzessive einführen.

Die EBA (European Banking Authority) hat im ersten Quartal 2016 die Banken informiert, die sich ihrem Stresstest 2016 unterziehen mussten. Alle neun von der EBA getesteten deutschen Institute erfüllten auch im Krisenszenario die Mindestkernkapitalquote. Ein Haus unterschritt in diesem extremen Szenario die Mindestanforderung an die Leverage Ratio moderat.

Die EBA hat im dritten Quartal eine Transparency Exercise bei mehr als 100 europäischen Banken durchgeführt. Die durchschnittliche Kernkapitalquote der untersuchten Institute hat sich von 12,1 % Ende Juni 2015 auf 13,2 % Ende Juni 2016 verbessert. Andererseits beurteilte die EBA den Anteil von Problemkrediten an den gesamten Kreditportfolios mit 5,4 % weiterhin als zu hoch, vor allem, da der Anteil in mehr als einem Drittel der EU-Länder mehr als 10 % beträgt.

Weitere wichtige Neuerungen im Jahr 2016 waren die Einführung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie im März sowie die EU-Datenschutz-Grundverordnung im Mai. Außerdem

hat seit Juni jeder deutsche Bürger das Recht auf ein Basis-konto. Ferner verständigten sich die Finanzminister der zehn Euroländer, die eine Finanztransaktionssteuer einführen wollen, im Oktober auf die Kernpunkte einer solchen Steuer.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite wurde in den ersten drei Quartalen des Jahres 2016 um 2,3 % auf 2.497 Mrd € ausgeweitet. Damit hat sich das Kreditwachstum gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum leicht beschleunigt. Dabei erhöhte sich das Volumen der Kredite an Unternehmen um 2,3 % auf 940 Mrd €, womit der Zuwachs etwas stärker ausfiel als im Vorjahr. Die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen kletterten um 1,4 % auf 401 Mrd €, geringfügig lebhafter als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2015. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich in den ersten drei Quartalen 2016 um 2,7 % auf 1.142 Mrd €; der Zuwachs war damit ebenfalls stärker als 2015. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 2,6 % auf 910 Mrd € gesteigert. Im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden war in den ersten elf Monaten des Jahres 2016 ein Rückgang um 4,7 % zu verzeichnen. In der insgesamt moderaten Belegung des Kreditgeschäfts spiegelt sich vor allem die Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs wider. Der Rückgang im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten ist vor dem Hintergrund einer massiven Steigerung im Jahr 2015 zu sehen und daher eher als Stabilisierung auf hohem Niveau denn als Abschwächung zu klassifizieren.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und Oktober des Jahres 2016 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreswert spürbar um 3,8 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab dabei kräftig um 6,6 % nach. Der hier bereits in den Vorjahren zu registrierende positive Trend setzte sich damit fort. Der konjunkturelle Aufschwung sowie das sehr niedrige Zinsniveau dürften hierzu beigetragen haben. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um weitere 3,1 %, nachdem es in den Vorjahren zu noch deutlicheren Rückgängen gekommen war. Die weitere Zunahme der Erwerbstätigkeit dürfte sich hier erneut positiv ausgewirkt haben.

Die Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten, kennzeichnet weiterhin den deutschen Bankenmarkt. Im Jahr 2016 waren keine nennenswerten Transaktionen zwischen den einzelnen Säulen zu beobachten. Die Fusion der beiden genossenschaftlichen Spitzeninstitute wurde am 29. Juli 2016 mit dem Eintrag ins Handelsregister rechtlich abgeschlossen. Im öffentlich-rechtlichen Sektor übernahm die Nord/LB die vom Land Bremen und vom Sparkassenverband Niedersachsen an der Bremer Landesbank gehaltenen Anteile vollständig. Ansonsten waren sowohl im öffentlich-rechtlichen als auch im genossenschaftlichen Sektor Fusionen kleinerer Institute zu beobachten. Die zunehmenden regulatorischen Erfordernisse sowie das anhaltende Niedrigzinsniveau dürften ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung sein.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir wie gewohnt die im Branchenindex Prime Standard Banken der Deutschen Börse gelisteten Kreditinstitute sowie die Postbank berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2016

mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle fünf Institute weisen sowohl vor als auch nach Steuern Überschüsse aus. Allerdings waren die Ergebnisse in beiden Abgrenzungen bei drei der fünf Banken im Vorjahresvergleich rückläufig. Das anhaltende Niedrigzinsumfeld, der harte Wettbewerb in Deutschland sowie das volatile Marktumfeld in den ersten neun Monaten 2016 hinterließen deutliche Spuren in den Bilanzen der Geldhäuser. Dies zeigt auch der Blick auf die Entwicklung einzelner GuV-Positionen. Alle fünf Banken verzeichneten einen Rückgang des Zinsüberschusses. Bei vier Instituten gaben sowohl der Provisionsüberschuss als auch das Handelsergebnis nach. Viele Geldhäuser begegnen diesen Rückgängen im operativen Geschäft mit verstärkten Maßnahmen zur Kostenkontrolle. Drei Kreditinstitute verringerten ihren Verwaltungsaufwand im genannten Zeitraum. Drei Banken konnten die Aufwand-Ertrags-Quote reduzieren. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern veröffentlichten nur vier Institute; je zwei verzeichneten einen Anstieg bzw. einen Rückgang in dieser Kennziffer.

Der DAX erreichte 2016 einen Kursanstieg von 6,9 %. Die Aktien der beiden im deutschen Leitindex gelisteten Banken verbuchten im genannten Zeitraum dagegen Kursverluste.

Vergleichbarkeit von Angaben

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurden die vom 1. April 2014 bis zum 31. Dezember 2015 in der PBC Banking Services GmbH gebündelten Servicegesellschaften (Betriebs-Center für Banken AG, VÖB-ZVD Processing GmbH – ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals der VÖB-ZVD Processing GmbH wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Bank gehalten –, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH) durch die Postbank vollständig zurück-erworben. Die aus dem Rückerwerb resultierende Erweiterung des Konsolidierungskreises hat zur Folge, dass insbesondere vormals konzernexterne Sonstige Aufwendungen für den Bezug von Dienstleistungen von den Servicegesellschaften sowie Sonstige Erträge aus der Personalüberlassung an die Servicegesellschaften im Geschäftsjahr 2016 aufgrund der seit dem 1. Januar 2016 bestehenden Zugehörigkeit zum Konsolidierungskreis nicht mehr in den entsprechenden Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten sind. Stattdessen enthält die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016 nun insbesondere die originären Verwaltungsaufwendungen sowie die von den Servicegesellschaften erzielten Erträge im Wesentlichen aus konzernexternen Dienstleistungen im Provisionsüberschuss.

GESCHÄFTSVERLAUF

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebnis- und Bilanzpositionen detailliert erläutert. Die Kommentierungen der einzelnen Ergebnispositionen der Gewinn- und Verlustrechnung beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich der Ergebnisse mit den angepassten Zahlen des Geschäftsjahres 2015. Die vorgenommenen Anpassungen können dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 6 entnommen werden.

98

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Postbank erreichte im Geschäftsjahr 2016 trotz der anhaltend schwierigen Marktbedingungen ein Ergebnis vor Steuern von 307 Mio € nach 584 Mio € im Vorjahr.

Das um wesentliche Sondereffekte bereinigte Vorsteuerergebnis verzeichnete mit 468 Mio € (Vorjahr: 523 Mio €) aufgrund der andauernden Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld, die durch das strikte Kostenmanagement und den Ausbau des Kreditgeschäfts noch nicht voll kompensiert werden konnten, einen Rückgang im mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Bereich gegenüber dem Vorjahr.

Bereinigt wurden dabei für das Geschäftsjahr 2016 Aufwendungen für strategische Initiativen (–209 Mio €), außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen (–56 Mio €) sowie einmalige Erträge aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. (104 Mio €). Zum Vergleich wurde das Ergebnis vor Steuern des Vorjahres bereinigt um den Ertrag aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trust I, Deutsche Postbank Funding Trust II, Deutsche Postbank Funding Trust III und Deutsche Postbank Funding Trust IV – im Folgenden „Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV“ – (280 Mio €), erhaltene Ausgleichzahlungen und zugehörige Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank (124 Mio €), Aufwendungen für strategische Initiativen (–204 Mio €), den Aufwand aus einer außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen und eine außerplanmäßige Abschreibung auf vorteilhafte Verträge aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse (–62 Mio €), Bewertungseffekte bezüglich der PBC Banking Services GmbH (–40 Mio €) sowie Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen (–39 Mio €).

Das Ergebnis nach Steuern lag per 31. Dezember 2016 – analog zum Ergebnis vor Steuern – mit 317 Mio € um 294 Mio € bzw. 48,1 % unter dem Vorjahreswert. Die Postbank erzielte im Berichtsjahr einen Steuerertrag in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €). Dieser resultierte zum einen aus der steuerlichen Organschaft der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Bank AG sowie zum anderen aus Steuererstattungen für Vorjahre und der Reduzierung von Wertberichtigungen auf latente Steuern.

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Postbank wird weiterhin maßgeblich durch die Ausrichtung ihrer Geschäftsaktivitäten auf Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden charakterisiert. Aufgrund des anhaltend niedrigen bzw. zum Teil negativen Zinsniveaus lag der Zinsüberschuss mit 2.169 Mio € moderat unter dem Niveau des Vorjahres (2.238 Mio €). Ohne Berücksichtigung der im Geschäftsjahr 2015 durchgeführten außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen

wäre der Rückgang des Zinsüberschusses um 59 Mio € stärker ausgefallen. Der Provisionsüberschuss stieg mit 843 Mio € um 21 Mio € bzw. 2,6 % gegenüber dem Vorjahreswert – profitierte dabei jedoch mit einem Betrag von 92 Mio € von der Erweiterung des Konsolidierungskreises. Unter Berücksichtigung der im Geschäftsjahr 2015 zusätzlich erzielten Erträge aus einer veränderten Erfassung der Provisionserlöse aus der Vermittlung von Versicherungen in Höhe von 58 Mio € sowie der im Berichtsjahr vorgenommenen veränderten Annahme zu Stornoquoten bei vermittelten Lebensversicherungen mit einem positiven Effekt in Höhe von 6 Mio € lag der unterliegende Provisionsüberschuss um 19 Mio € unterhalb des Vorjahreswertes.

Die Summe aus Handels- und Finanzanlageergebnis konnte 2016 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 225 Mio € auf 308 Mio € gesteigert werden. Wesentlicher Treiber war der positive Ergebniseffekt in Höhe von 104 Mio € aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd., während das Vorjahresergebnis negativ durch Bewertungseffekte bezüglich der PBC Banking Services GmbH in Höhe von 40 Mio € beeinflusst worden war.

Die Risikovorsorge lag mit 184 Mio € um 25 Mio € bzw. 12,0 % spürbar unter dem schon sehr niedrigen Niveau des Vorjahres von 209 Mio €. Dieses Ergebnis zeugt von einer hohen Qualität unseres Kreditportfolios und der nach wie vor guten Verfassung des deutschen Immobilienmarktes sowie der anhaltend guten Arbeitsmarktsituation in Deutschland. Die erzielte Reduktion der Nettozuführungsquote um 4 Basispunkte auf 18 Basispunkte profitierte neben der gesunkenen Risikovorsorge von dem im Berichtsjahr erzielten Bestandswachstum der Forderungen an Kunden.

Angesichts der weiterhin auf niedrigem bzw. zum Teil negativem Niveau verharrenden Zinsen legt die Postbank ein großes Augenmerk auf ein striktes Kostenmanagement. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich – im Wesentlichen bedingt durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises – um 260 Mio € bzw. 10,0 % auf 2.853 Mio €. Nach Abzug des durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises bedingten zusätzlichen Verwaltungsaufwands zeigt sich unterliegend eine Reduktion des Verwaltungsaufwands um 30 Mio € bzw. 1,0 % – und dies trotz gesteigerter Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung (+11 Mio €) sowie zusätzlicher Kosten aus der Entflechtung aus dem Deutsche Bank Konzern.

ERTRAGSLAGE

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss lag aufgrund des deutlich geringer als prognostizierten Zinsniveaus entgegen unserer Erwartung mit 2.169 Mio € moderat unter dem Vorjahreswert von 2.238 Mio €, der durch eine außerplanmäßige Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen in Höhe von 59 Mio € belastet worden war. Das anhaltend schwierige Zinsumfeld bewegte sich im Jahresverlauf auf einem sehr niedrigen Niveau und stellte damit für die Postbank wie für alle einlagenstarken Banken weiterhin eine Herausforderung für die Entwicklung der Zinserträge dar.

Die anhaltend erfreuliche Entwicklung des Kreditneugeschäfts mit einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 2,3 Mrd € bzw. 13,6 % auf 19,4 Mrd € und das daraus resultierende Bestandswachstum der Forderungen gegenüber Kunden konnten ihre Wirkung auf den Zinsüberschuss noch nicht voll entfalten und die Belastungen aus dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld nur teilweise kompensieren. Dies liegt einerseits an dem hohen Anteil der noch in der Bereitstellungsphase befindlichen Kreditzusagen und andererseits daran, dass der Zinsertrag der in der Betrachtungsperiode ausgezahlten Kredite erst in den Folgeperioden voll im Zinsüberschuss wirken wird.

Positiv beeinflusste das Zinsumfeld jedoch die Entwicklung der Zinsaufwendungen, die im Jahresvergleich um 190 Mio € bzw. 9,9 % zurückgingen, die Belastungen auf der Ertragsseite jedoch nicht voll kompensieren konnten. Spürbar entlastend wirkten sich hierbei die Reduktion der verbrieften Verbindlichkeiten und Fälligkeiten von Genussrechtskapital sowie der fortgesetzte Abbau von hochverzinslichen Verbindlichkeiten im Segment NCOU aus. Dieser Entlastung stand jedoch eine erhöhte Belastung aus negativen Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 54 Mio € (Vorjahr: 19 Mio €) entgegen. Diese resultieren im Wesentlichen aus der Anlage des vorhandenen Einlagenüberhangs zu negativen Zinsen am Geldmarkt bzw. bei der EZB.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis lag im Berichtsjahr mit 50 Mio € etwas unter dem des Vorjahres von 56 Mio €. Der Rückgang kann im Wesentlichen durch die um 5 Mio € geringeren positiven Bewertungseffekte der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände sowie der zugehörigen Zinsderivate begründet werden.

Finanzanlageergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen profitierte 2016 insbesondere von dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. in Höhe von 104 Mio € und konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich um 231 Mio € auf 258 Mio € gesteigert werden. Zusätzlich wurde im ersten Halbjahr 2016 durch die Reduzierung eines Aktieninvestments, dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt, ein weiterer positiver Ergebniseffekt (22 Mio €) realisiert. Weitere Realisierungen im Finanzanlageergebnis durch den Verkauf von Unternehmensanleihen führten zu einem positiven Ergebniseffekt in Höhe von 58 Mio € sowie zu einer Reduktion der Risikoaktiva. Im Jahr 2015 hatten Bewertungseffekte bezüglich der PBC Banking Services GmbH in Höhe von 40 Mio € das Finanzanlageergebnis belastet.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss konnte als Folge der erneuten Konsolidierung der Servicegesellschaften – nicht so stark wie erwartet – von 822 Mio € im Vorjahr um 21 Mio € bzw. 2,6 % auf 843 Mio € gesteigert werden. Unter Berücksichtigung des durch die Servicegesellschaften erzielten zusätzlichen Provisionsüberschusses in Höhe von 92 Mio € sowie eines in der Vergleichsperiode erzielten positiven Effekts aus der Umstellung der Vereinnahmung von Provisionen für die Vermittlung von Restschuldversicherungen in Höhe von 58 Mio € wird der anhaltende Ertragsdruck auch auf Ebene des Provisionsüberschusses deutlich. Dem weiterhin herausfordernden Marktumfeld und dem anhaltenden Niedrigzinzniveau begegnete die Postbank Anfang November 2016 mit der Einführung eines neuen Preismodells für Girokonten sowie zum Jahresende mit einer neuen Wertpapierstrategie auf Basis eines verbesserten Beratungsprozesses, die ihre volle Wirkung auf den Provisionsüberschuss erst im Jahr 2017 entfalten können.

Gesamterträge

Die Gesamterträge der Postbank konnten im Berichtsjahr um 177 Mio € bzw. 5,6 % auf 3.320 Mio € gesteigert werden. Wesentliche Treiber für diese Entwicklung waren die Integration der Servicegesellschaften, die konzernexterne Erträge in Höhe von 96 Mio € zu den Gesamterträgen beisteuerten, sowie der Verkauf einer strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. (104 Mio €).

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft konnte 2016, ausgehend von dem bereits historisch niedrigen Vorjahresniveau von 209 Mio €, nochmals – anders als zu Jahresbeginn erwartet – um 12,0 % auf 184 Mio € reduziert werden. Die anhaltend stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland sowie die nachhaltig guten Bedingungen am deutschen Arbeitsmarkt wirkten hier unterstützend.

Die annualisierte Nettozuführungsquote – Risikovorsorge, bezogen auf den Kundenkreditbestand – lag mit 18 Basispunkten auf erfreulich niedrigem Niveau. Die erzielte Reduktion der Nettozuführungsquote um 4 Basispunkte profitierte neben der gesunkenen Risikovorsorge von dem im Berichtsjahr erzielten Bestandswachstum der Forderungen gegenüber Kunden. Dies unterstreicht die unverändert hohe Kreditqualität und das konservative Geschäftsmodell der Postbank, das durch einen signifikanten Anteil an hoch besicherten deutschen Immobilienfinanzierungen im Privatkundengeschäft – gemessen am Loan-to-Value (LtV) – charakterisiert ist.

Verwaltungsaufwand

Die Postbank begegnet den Herausforderungen des Niedrigzinsumfelds weiterhin mit einem strikten Kostenmanagement. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich – im Wesentlichen bedingt durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises – um 260 Mio € bzw. 10,0 % auf 2.853 Mio €. Dieser Anstieg ist im Zusammenhang mit den gesunkenen konzernexternen sonstigen Aufwendungen für den Bezug von Dienstleistungen von den Servicegesellschaften sowie den gesunkenen sonstigen Erträgen beispielsweise aus der Personalüberlassung an die Servicegesellschaften zu sehen. Zur Herstellung einer vergleichbaren Betrachtungsweise müssen dem Verwaltungsaufwand der Vergleichsperiode Aufwendungen in Höhe von 290 Mio €, die den Servicegesellschaften zuzurechnen gewesen wären, berücksichtigt werden. Unter dieser

Berücksichtigung ergibt sich eine Kostenreduktion von 30 Mio € bzw. 1,0 % im Jahr 2016 trotz gestiegener Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung (+11 Mio €) sowie zusätzlicher Kosten aus der Entflechtung aus dem Deutsche Bank Konzern. Dies verdeutlicht das strikte Kostenmanagement der Postbank, das vor allem durch die erfolgreiche Umsetzung von strategischen sowie operativen Maßnahmen erreicht wurde.

Der Personalaufwand stieg im Vorjahresvergleich als Folge der Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften von 1.191 Mio € um 204 Mio € bzw. 17,1 % auf 1.395 Mio €. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 97 Mio € bzw. 7,7 % auf 1.360 Mio €, während sich die Abschreibungen um 41 Mio € bzw. 29,5 % auf 98 Mio € reduzierten. Die Vergleichsperiode war allerdings durch außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 31 Mio € belastet worden, wovon 21 Mio € im Zusammenhang mit der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank angefallen waren.

Die auf den Verwaltungsaufwand entfallenden Aufwendungen für strategische Initiativen lagen nur leicht um 5 Mio € bzw. 2,1 % unter dem Vorjahresniveau. Dies zeigt, dass die Postbank trotz der strengen Kostendisziplin weiterhin in Maßnahmen zur Effizienzsteigerung, in die Automatisierung sowie in die weitere Digitalisierung des Geschäftsmodells investiert, um die Postbank zukunftsfähig zu machen.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen lag im Geschäftsjahr 2016 mit 24 Mio € um 219 Mio € deutlich unter dem Vorjahreswert von 243 Mio €. Der Vorjahreswert war jedoch durch positive Einmaleffekte aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV (280 Mio €) sowie erhaltene Ausgleichzahlungen und zugehörige Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank (145 Mio €) beeinflusst. Demgegenüber wurden die Sonstigen Erträge im Jahr 2016 positiv durch eine Vergütung für die Teilnahme an der TLTRO-Bietergruppe (40 Mio €) beeinflusst. Vor dem Hintergrund der zum 1. Januar 2016 wirksam gewordenen erneuten Konsolidierung der Servicegesellschaften fielen im Geschäftsjahr 2016 keine konzernexternen Sonstigen Aufwendungen für den Bezug von Dienstleistungen von den Servicegesellschaften sowie keine Sonstigen Erträge aus der Personalüberlassung an die Servicegesellschaften an. Stattdessen enthält die Konzern-Gewinn und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016 nun insbesondere die originären Verwaltungsaufwendungen sowie die von den Servicegesellschaften erzielten Erträge aus konzernexternen Dienstleistungen im Provisionsüberschuss.

Ergebnis vor Steuern und Konzerngewinn

Die Postbank erzielte ein Ergebnis vor Steuern von 307 Mio €. Dies bedeutet einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 277 Mio € bzw. 47,4 %, der im Wesentlichen durch Sondereffekte sowie das weiterhin belastende Niedrigzinsumfeld erklärt werden kann.

Zu den Sondereffekten im Geschäftsjahr 2016 gehörten Aufwendungen für strategische Initiativen (–209 Mio €), außergewöhnliche Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen (–56 Mio €) sowie einmalige Erträge aus dem Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. (104 Mio €). Zu den

Sondereffekten im Geschäftsjahr 2015 gehörten der Ertrag aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV (280 Mio €), erhaltene Ausgleichzahlungen und zugehörige Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank (124 Mio €), Aufwendungen für strategische Initiativen (–204 Mio €), der Aufwand aus einer außerplanmäßigen Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen und eine außerplanmäßige Abschreibung auf vorteilhafte Verträge aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse (–62 Mio €), Bewertungseffekte bezüglich der PBC Banking Services GmbH (–40 Mio €) sowie Aufwendungen für Rechtsrisiken im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen (–39 Mio €).

Den um 177 Mio € gesteigerten Gesamterträgen stand ein um 260 Mio € erhöhter Verwaltungsaufwand entgegen, der nur in geringem Maße von einer um 25 Mio € gesunkenen Belastung aus der Risikovorsorge kompensiert werden konnte. Im Wesentlichen erklärt sich das rückläufige Ergebnis vor Steuern durch einen um 219 Mio € deutlich rückläufigen Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen, der im Vorjahr außergewöhnlich positiv durch die Vorbereitungen zur Herstellung der Fähigkeit zur operativen und technischen Entflechtung von der Deutschen Bank beeinflusst worden war.

Der Konzerngewinn verringerte sich im Jahr 2016 gegenüber dem des Vorjahres um 293 Mio € bzw. 48,0 % auf 317 Mio €. Der Konzerngewinn im Geschäftsjahr 2016 lag aufgrund eines erzielten Steuerertrags in Höhe von 10 Mio € oberhalb des Ergebnisses vor Steuern. Der Steuerertrag resultierte zum einen aus der steuerlichen Organschaft der Deutschen Postbank AG mit der Deutschen Bank AG sowie zum anderen aus Steuererstattungen für Vorjahre und der Reduzierung von Wertberichtigungen auf latente Steuern.

Das Gesamtergebnis der Postbank – einschließlich Veränderungen der Bewertungsrücklagen – reduzierte sich 2016 gegenüber dem des Vorjahres um 541 Mio € bzw. 77,3 % auf 159 Mio €. Wesentlicher Treiber war neben dem Rückgang des Ergebnisses vor Steuern das im Eigenkapital abgebildete deutlich rückläufige Sonstige Ergebnis, das im Wesentlichen durch die Reduktion des Diskontierungsfaktors für Pensionsverpflichtungen negativ beeinflusst wurde.

Der Return on Tangible Equity nach Steuern (RoTE) lag im Jahr 2016 bei 6,2 % (Vorjahr: 13,1 %).

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie lag mit 1,45 € unter dem Vorjahreswert von 2,79 €.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Aufgrund veränderter Zuständigkeiten im Vorstand der Postbank wurden im Berichtsjahr die zuvor im Segment Retail Banking ausgewiesenen Ergebnisse im Geschäft mit Geschäftskunden nunmehr dem Segment Firmenkunden zugeordnet. Die daraus resultierenden rückwirkend durchgeführten Anpassungen können dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notesangabe 40 entnommen werden.

Retail Banking

Im Segment Retail Banking belief sich das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2016 auf 494 Mio € nach 521 Mio € im Vorjahr. Neben den um 50 Mio € bzw. 1,6 % leicht rückläufigen

Gesamterträgen trug hierzu ein durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises begründeter Anstieg des Verwaltungsaufwands um 22 Mio € bei, während Entlastungen in der Risikovorsorge und den Verrechnungen kompensierend wirkten.

Der Zinsüberschuss sank um 81 Mio € bzw. 3,5 % auf 2.222 Mio €. Nach wie vor stellt das Umfeld niedriger Zinsen eine besondere Herausforderung bei der Anlage der uns überlassenen Kundengelder dar, deren Wirkung auch durch das weiterhin auf Rekordniveau befindliche Kreditneugeschäft nicht vollständig kompensiert werden konnte.

Das Handelsergebnis lag bei 13 Mio € und damit um 9 Mio € bzw. 40,9 % unter dem Wert des Vorjahres. Das Handelsergebnis dieses Segments entstand im Wesentlichen durch substantielle per saldo positive Bewertungseffekte der in der Fair-Value-Option befindlichen Baufinanzierungsbestände sowie der zugehörigen Zinsderivate, die im Vergleich zum Vorjahr um 5 Mio € niedriger ausfielen.

Das Finanzanlageergebnis wurde durch den Verkauf der strategischen Beteiligung an Visa Europe Ltd. positiv beeinflusst. Während die aus der Visa Europe Ltd. Transaktion erhaltene Cash-Komponente im Segment Retail Banking zu einem positiven Effekt in Höhe von 90 Mio € führte, wurde der positive Ergebniseffekt aus dem aktienbasierten Kaufpreisbestandteil im Segment Cost Center/Konsolidierung verbucht. Als Folge lag das Finanzanlageergebnis in derselben Höhe, also um 90 Mio €, über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Der Provisionsüberschuss ging entgegen unserer Erwartung moderat um 50 Mio € bzw. 6,8 % auf 681 Mio € zurück. Der Rückgang resultiert primär daraus, dass sich in der Vergleichsperiode ein positiver Effekt aus der Umstellung der Vereinnahmung von Provisionen für die Vermittlung von Restschulversicherungen in Höhe von 58 Mio € niedergeschlagen hatte, dem im Berichtsjahr nur ein positiver Effekt in Höhe von 6 Mio € gegenüberstand.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich 2016 – entgegen unserer Prognose – von 172 Mio € auf 128 Mio €. Dies ist der anhaltend stabilen Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt und der weiterhin hohen Kreditqualität im gesamten Privatkundengeschäft zu verdanken, das weiterhin von unserem hoch besicherten privaten Baufinanzierungsgeschäft dominiert wird. Entgegen unserer Erwartung erhöhte sich der Verwaltungsaufwand aufgrund der Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften, von denen die Postbank Direkt GmbH seit dem 1. Januar 2016 dem Segment Retail Banking zugeordnet ist, leicht um 22 Mio € bzw. 1,5 % auf 1.456 Mio €.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen wurde im Geschäftsjahr 2016 durch die außergewöhnlich hohen Belastungen aus Rückstellungen für Rechtsrisiken in Höhe von 56 Mio € negativ beeinflusst und lag aus diesem Grund mit –137 Mio € um 40 Mio € unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Die Cost Income Ratio des Segments verschlechterte sich von 79,7 % auf 81,3 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 14,1 % nach 17,2 % im Vorjahr.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden reduzierte sich das Ergebnis vor Steuern – stärker als erwartet – um 33 Mio € bzw. 15,9 % auf 175 Mio €. Dies wurde insbesondere durch den Anstieg des Verwaltungsaufwandes um 17 Mio € bzw. 18,7 % und leicht rückläufige Gesamterträge um 8 Mio € bzw. 1,7 % getrieben.

Das stark angestiegene Kreditneugeschäft und das damit verbundene Wachstum im Bestandskreditvolumen trugen dazu bei, dem Ziel einer ausgeglichenen Bilanz im Kundengeschäft zu kommen. Dennoch wirkte sich das Bestandswachstum noch nicht vollständig auf den Zinsüberschuss aus, der mit 342 Mio € um 16 Mio € bzw. 4,5 % geringer als im Vorjahr ausfiel, wobei die Vergleichsperiode durch Einmalträge positiv beeinflusst worden war. Der Provisionsüberschuss konnte nicht wie erwartet deutlich gesteigert werden, sondern blieb mit 126 Mio € stabil.

Die Summe aus Finanzanlage- und Handelsergebnis legte um 9 Mio € zu. Treiber hierfür waren vor allem erhöhte Margen aus dem Zins- und Währungsmanagement sowie eine angepasste Vertragsgestaltung im Zusammenhang mit Zinssicherung der Kunden bei variablen Krediten.

Die Risikovorsorge stieg um 6 Mio € bzw. 16,7 % an, was im Wesentlichen durch Sondereffekte des Vorjahres wie Forderungsverkäufe und die damit in der Vergleichsperiode verbundene Auflösung von Risikovorsorge zu erklären ist.

Einmalige strukturelle Aufwendungen führten zu einem gestiegenen Verwaltungsaufwand um 17 Mio € bzw. 18,7 % auf 108 Mio €.

Die Verrechnungen betragen 152 Mio € und lagen damit trotz um 8 Mio € gestiegener Einmalaufwendungen für strategische Initiativen nur um 3 Mio € über dem Vorjahresniveau.

Aufgrund der genannten Einmaleffekte aus dem Vor- und dem laufenden Jahr sowie gesteigerter Investitionen in die Verbesserung der Zukunftsfähigkeit stieg die Cost Income Ratio von 53,2 % auf 58,0 % und blieb dennoch auf sehr gutem Niveau. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 32,1 % nach 42,3 % im Vorjahr.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Financial Markets verbesserte sich deutlich um 77 Mio € auf 39 Mio €. Damit lag das Ergebnis vor Steuern nicht, wie von uns erwartet, unter dem Niveau von 2015.

Wesentlicher Treiber war das Finanzanlageergebnis, das aufgrund einer Umstrukturierung der Asset Allokation zur Reduzierung von Spread-Risiken im Bankbuch um 114 Mio € bzw. 393,1 % auf 143 Mio € angestiegen ist.

Der Zinsüberschuss bewegte sich infolge der durch die EZB verfolgten expansiven Geldpolitik gesunkenen Geldmarktzinsen im negativen Bereich bei –41 Mio € und sank damit stärker als erwartet.

Das Handelsergebnis konnte an das positive Vorjahresergebnis anknüpfen und lag mit 31 Mio € nur knapp unter dem Ergebnis der Vergleichsperiode. Analog zum Vorjahr wurde das Ergebnis durch derivatives Zinswährungsmanagement

und Bewertungsanpassungen bei Aktiva sowie durch ein positives Devisenergebnis beeinflusst.

Der Provisionsüberschuss ging von –21 Mio € im Vorjahr auf –25 Mio € zurück.

Der Verwaltungsaufwand hingegen reduzierte sich um 14 Mio € bzw. 31,8 % auf 30 Mio €, im Wesentlichen begründet durch eine veränderte Verrechnung der Bankenabgabe. Während der Ausweis der Bankenabgabe 2015 noch im Verwaltungsaufwand erfolgt war, wurde im Geschäftsjahr 2016 eine Verteilung der Bankenabgabe auf die Segmente innerhalb der Verrechnungen vollzogen.

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen verzeichnete im Berichtsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis, nachdem im Vergleichszeitraum ein leicht besseres Ergebnis erzielt worden war.

Die Verrechnungen sanken um 3 Mio € bzw. 7,1 % auf 39 Mio € trotz erstmaliger Belastung des auf das Segment Financial Markets entfallenden Teils der Bankenabgabe innerhalb der Verrechnungen.

Sowohl die Cost Income Ratio als auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern verbesserten sich aufgrund der positiven Performance auf 70,8 % (Vorjahr: 178,9 %) bzw. 2,4 % (Vorjahr: –2,6 %).

Non Core Operating Unit (NCOU)

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Non Core Operating Unit (NCOU) lag mit –415 Mio € maßgeblich durch eine gestiegene Risikovorsorge unterhalb unserer Erwartung in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Der Zinsüberschuss stieg aufgrund von Fälligkeiten hochverzinslicher Verbindlichkeiten – in geringem Ausmaß – wie erwartet nur moderat um 12 Mio € bzw. 3,3 % auf –357 Mio €. Die Zinsaufwendungen blieben weiterhin deutlich höher als die in diesem Segment erwirtschafteten Zinserträge, da das Portfolio der NCOU weiterhin durch hochverzinsliche Passiva dominiert wird.

Das Handelsergebnis blieb mit 0 Mio € unverändert auf dem Vorjahresniveau.

Das Finanzanlageergebnis konnte durch realisierte Gewinne aus der Veräußerung von Anleihen aus Peripheriestaaten des Euroraums im Geschäftsjahr 2016 mit 11 Mio € nahezu konstant gehalten werden. Der Risikoabbau wurde damit konsequent weiter fortgesetzt. Belastungen aus geschlossenen Fonds fielen im Vergleich zum Vorjahr (–13 Mio €) nicht an.

Der Verwaltungsaufwand konnte weiter um 4 Mio € bzw. 30,8 % auf 9 Mio € reduziert werden.

Die Risikovorsorge stieg aufgrund höherer Zuführungen zu Wertberichtigungen, hauptsächlich aufgrund einer Modifikation des italienischen Zwangsversteigerungsrechts (Gesetzesänderung) auf 14 Mio € gegenüber 2 Mio € im Vorjahr.

In den Sonstigen Aufwendungen wurden deutlich geringere Aufwendungen für Belastungen aus nicht mehr vertriebenen Produkten und den Rückkauf von Passiva verzeichnet, sodass sich der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen um 8 Mio € auf –4 Mio € verbesserte.

Die Cost Income Ratio verbesserte sich um 3,8 Prozentpunkte, blieb aber weiterhin mit –16,0 % negativ. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern lag bei –30,1 % (Vorjahr: –25,7 %).

Cost Center/Konsolidierung

Dieses Segment enthält neben den Konzernkonsolidierungen auch die Ergebnisse der Cost Center zusätzlich zu den Ergebnissen der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaften (siehe Note 40 des Konzernanhangs) sowie die sonstigen Überleitungen zum Konzernergebnis. Grundsätzlich werden alle Erträge und Aufwendungen auf die operativen Segmente verrechnet. Positive wie negative Ergebnisse entstehen vor allem aus Sondereffekten. Da im Geschäftsjahr 2016 der aktienbasierte Kaufpreisbestandteil aus der Visa Europe Ltd. Transaktion in Höhe von 14 Mio € im Segment Cost Center/Konsolidierung erfasst wurde, lag das Ergebnis vor Steuern entsprechend bei 14 Mio €.

Der Zinsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 62 Mio € auf 3 Mio € gesteigert werden. Die Hauptursache dieses Anstiegs lag darin, dass im Geschäftsjahr 2015 eine außerplanmäßige Anpassung von fortgeschriebenen stillen Reserven auf Kundenforderungen aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse durchgeführt worden war.

Der Provisionsüberschuss stieg infolge der Erweiterung des Konsolidierungskreises um 82 Mio € auf 62 Mio €, was im Wesentlichen auf die Erfassung der aus der Abwicklung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen erwirtschafteten externen Erträge im Provisionsüberschuss zurückzuführen ist.

Das Finanzanlageergebnis betrug 14 Mio € nach einem Vorjahreswert von –13 Mio €. Während das Vorjahresergebnis negativ durch Bewertungseffekte bezüglich der PBC Banking Services GmbH in Höhe von 40 Mio € beeinflusst worden war, ist das positive Ergebnis im Jahr 2016 auf die Erfassung des aktienbasierten Kaufpreisbestandteils aus der Visa Europe Ltd. Transaktion zurückzuführen.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich deutlich um 239 Mio € bzw. 23,6 % auf 1.250 Mio €. Begründet ist dies durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften sowie die im Jahr 2016 erstmals zu tragenden zusätzlichen Aufwendungen aus der gesetzlichen Einlagensicherung, der eine veränderte Beitragsberechnung zugrunde gelegt wurde.

Positiv mit 1.023 Mio € schlugen die Verrechnungen aus den zu Vollkosten ausgewiesenen anderen Segmenten zu Buche. Die Belastungen aus den auf die anderen Segmente verteilten Verrechnungen ergaben sich in derselben Höhe, also mit –1.023 Mio €.

Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen betrug 163 Mio € und lag damit um 187 Mio € unter dem Vorjahreswert. Zurückzuführen ist die Veränderung primär auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die Servicegesellschaften im Geschäftsjahr 2016 sowie den Wegfall von im Vorjahr verzeichneten positiven Effekten aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I–IV in Höhe von 280 Mio €, erhaltenen Ausgleichzahlungen und zugehörigen Aufwendungen aus der Beendigung der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank in Höhe von 145 Mio €.

122

VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank lag am Jahresende 2016 mit 147,2 Mrd € um 3,3 Mrd € bzw. 2,2 % unter dem Vorjahreswert von 150,5 Mrd €. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf den – im Zuge der fortgesetzten Fokussierung des Geschäfts – vorangetriebenen Abbau von Risikopositionen in Verbindung mit dem Auslaufen langfristiger Passivpositionen zurückzuführen. Auf der Aktivseite der Bilanz ist ein weiterer Schritt in Richtung der angestrebten ausgeglichenen Bilanz im Kundengeschäft gelungen, indem der vorhandene Einlagenüberhang durch das erfolgreiche Bestandswachstum der Forderungen an Kunden reduziert werden konnte. Darüber hinaus konnte der Anteil des Kreditgeschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden an der Bilanzsumme zum einen durch die deutliche Reduktion der kurzfristigen Forderungen gegenüber Kreditinstituten und zum anderen durch den Abbau von Finanzanlagen gesteigert werden. Dem Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute stand eine entsprechende Anpassung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in vergleichbarer Höhe auf der Passivseite gegenüber. Weitere nennenswerte Bewegungen auf der Passivseite ergaben sich innerhalb der Positionen „Rückstellungen“ (+0,2 Mrd €) und „Nachrangkapital“ (-0,7 Mrd €).

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden, die auch verbriefte Forderungen wie Schuldscheindarlehen enthalten, konnten gegenüber dem Jahresende 2015 um 3,1 Mrd € bzw. 3,1 % auf 102,0 Mrd € gesteigert werden. Das erfolgreiche Bestandswachstum der Forderungen an Kunden trägt maßgeblich dazu bei, dem Ziel einer ausgeglichenen Bilanz im Kundengeschäft näher zu kommen, und ist im Wesentlichen auf das weiterhin starke Neukreditgeschäft der Postbank zurückzuführen.

Die Bestände in der privaten Baufinanzierung konnten trotz anhaltend erhöhter Tilgungsbereitschaft der Bestandskunden auf 69,0 Mrd € (Vorjahr: 68,7 Mrd €) gesteigert werden. Dieser Erfolg basiert auf einem nachhaltig hohen Neugeschäftsvolumen in der privaten Baufinanzierung, maßgeblich getrieben von den außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen, resultierend aus dem Marktzinsniveau. Im Ratenkreditgeschäft erreichte die Postbank ein spürbares Bestandswachstum in Höhe von 0,8 Mrd € bzw. 12,9 % auf rund 7,4 Mrd €, das positiv durch die erhöhte Konsumbereitschaft in Deutschland beeinflusst wurde. Insbesondere im Geschäft mit Firmenkunden konnte mit dem erzielten Bestandswachstum bei den gewerblichen Krediten in Höhe von 1,6 Mrd € bzw. 13,3 % ein maßgeblicher Beitrag zur Entwicklung der Bilanz – weg von niedrig verzinsten Geld- und Kapitalmarktanlagen hin zum Kundenkreditgeschäft – geleistet werden.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute, verminderten sich im Geschäftsjahr 2016 um 6,9 Mrd € auf 40,4 Mrd €.

Entsprechend dem strategischen Ziel, den Anteil des Kreditgeschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden an der Bilanzsumme zu erhöhen, reduzierte die Postbank ihren Bestand an Finanzanlagen zum Jahresende 2016 erneut deutlich um 4,0 Mrd € bzw. 13,0 % auf 26,8 Mrd €. Die aus den Verkäufen realisierten Gewinne machten sich positiv im Finanzanlageergebnis bemerkbar.

Die Forderungen an Kreditinstitute gingen aufgrund einer weiteren Reduzierung der Wertpapierpensionsgeschäfte um 2,8 Mrd € bzw. 17,4 % auf 13,1 Mrd € zurück.

Die Handelsaktiva aus positiven Marktwerten von derivativen Finanzinstrumenten im Handelsbestand reduzierten sich im Wesentlichen aufgrund von Fälligkeiten derivativer Finanzinstrumente des Handelsbestands von 80 Mio € sowie privater Baufinanzierungen der BHW Bausparkasse im Volumen von 38 Mio € auf 475 Mio € (Vorjahr: 647 Mio €).

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite der Bilanz verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zu 2015 um 0,2 Mrd € bzw. 0,2 % auf 118,9 Mrd €. Während sich die Spareinlagen mit 38,6 Mrd € gegenüber 41,8 Mrd € im Vorjahr um 7,8 % rückläufig entwickelten, verzeichneten die täglich fälligen Sichteinlagen einen Anstieg um 3,7 Mrd € bzw. 8,5 % auf 46,8 Mrd €. Die anderen Verbindlichkeiten erhöhten sich insgesamt von 58,0 Mrd € auf 61,5 Mrd €. Die rückläufige Entwicklung bei den Spareinlagen ist überwiegend auf das historisch niedrige Zinsniveau und die damit einhergehende niedrige Sparneigung bzw. erhöhte Konsumbereitschaft zurückzuführen. Die Bauspareinlagen reduzierten sich moderat um 0,5 Mrd € bzw. 2,8 % und betragen zum Jahresende 2016 rund 18,8 Mrd €.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, die aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva bestehen, reduzierten sich im Jahr 2016 um 13,2 % bzw. 2,6 Mrd € auf etwa 16,9 Mrd €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, inklusive der zweckgebundenen über Förderbanken erhaltenen Refinanzierungsmittel, reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahreswert um 2,2 Mrd € auf 13,1 Mrd €. Dieser Rückgang ist primär auf ein vermindertes Volumen von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich im Geschäftsjahr 2016 aufgrund von Fälligkeiten um 0,1 Mrd € bzw. 3,1 % auf 3,3 Mrd €.

Weitgehend analog zu den Handelsaktiva reduzierten sich die Handelspassiva gegenüber dem 31. Dezember 2015 von 665 Mio € auf 409 Mio €.

Das Nachrangkapital konnte im Wesentlichen aufgrund von Fälligkeiten von Genussrechtskapital im Vergleich zum Jahresende 2015 um 0,7 Mrd € bzw. 20,7 % auf 2,6 Mrd € zurückgeführt werden.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahreswert um 62 Mio € bzw. 0,9 % auf 7.226 Mio €. Der im Geschäftsjahr 2016 erwirtschaftete Konzerngewinn in Höhe von 317 Mio € kompensierte gemeinsam mit der von DB Finanz-Holding GmbH und Deutscher Bank erhaltenen Einzahlung (181 Mio €) in die Kapitalrücklage der Postbank, die zum Jahresbeginn im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Servicegesellschaften vorgenommene Reduktion der Gewinnrücklage (-263 Mio €) sowie das im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufige Sonstige Ergebnis, das im Wesentlichen durch die Reduktion des Diskontierungsfaktors für Pensionsverpflichtungen negativ beeinflusst wurde.

Unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2016 konnte die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) zum Jahresende 2016 deutlich auf 12,4 % gesteigert werden, nachdem sie im Vorjahr bei 11,5 % gelegen hatte. Als Treiber für diese positive Entwicklung kann die erfolgreiche Reduktion der Risikoaktiva hervorgehoben werden.

Die CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) und des Gewinns betrug für das Geschäftsjahr 2016 14,2 % im Vergleich zum Vorjahreswert von 13,7 %. Durch die erfolgreiche Reduktion der Risikoaktiva konnte der regulatorisch vorgeschriebene Anstieg der Kapitalabzugspositionen überkompensiert werden.

Die Leverage Ratio per 31. Dezember 2016 lag unter Berücksichtigung der Übergangsregelungen (regular phased-in) und des Gewinns mit 4,1 % auf dem Niveau des Vorjahresendes von 4,1 %. Ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns bewegte sich die Verschuldungsquote zum Jahresende 2016 stabil bei 3,4 %.

Den Berechnungen liegen die regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR zugrunde. Zur Finanzlage verweisen wir auf die Ausführungen im Risikobericht „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.



Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2016

Nachdem der Investitionsschwerpunkt im ersten Halbjahr 2016 auf der Herstellung der operativen Entflechtung von der Deutschen Bank lag, stand in der zweiten Jahreshälfte die Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Postbank im Fokus.

Zu den Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit gehörten insbesondere Investitionen zur Steigerung der digitalen Effizienz und zur Stärkung der Neugeschäftsabschlüsse über digitale Kanäle. Zu diesem Zweck hat die Postbank weiter in die Etablierung ganzheitlicher digitaler Prozessmodelle (End-to-End-Optimierung) investiert. Bereits erlebbar wird dies für unsere Kunden durch die seit August 2016 mögliche digitale Kontoeröffnung. Gemäß der strategischen Ausrichtung „digital & persönlich“ wurden eine moderne Infrastruktur der Filialen mit zusätzlichen kundenfreundlichen, automatisierten Selbstbedienungsmöglichkeiten für die Kunden der Postbank geschaffen sowie gleichzeitig der Ausbau der Vertriebscenter und die Pilotierung neuer Filialkonzepte vorangetrieben. Dazu gehören mittlerweile 13 Vertriebscenter an großen Standorten, in denen alle Kundengruppen der Postbank – inklusive der Mittelstandskunden – betreut werden. Neben den Vertriebscentern wurden bereits im Sommer 2016 Kompaktfilialen pilotiert, die vor allem in Regionen mit vergleichsweise niedrigerer Kundenfrequenz eingesetzt werden sollen.

Neben Investitionen in digital gestützte Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozesse (Videolegitimation, digitale Signatur, „digital & persönlich“ verzahnte Wertpapierberatung) wurden weiterhin Investitionen zur Einhaltung regulatorischer Vorgaben getätigt. Dazu zählten u. a. die Umsetzung der Anforderungen aus den Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS 9), der neu gefassten EU-Finanzmarktrichtlinie (MiFID II), der Richtlinien über Konten- und Zahlungsdienste (PAD/PSD), der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), Basel III/IV sowie der Vorgaben der EZB und der BaFin.

Gesamtaussage Geschäftslage 2016

Die Ertragslage zeigte sich aufgrund des anhaltend herausfordernden Marktumfelds und des Niedrigzinsniveaus rückläufig. Diesen Herausforderungen begegnete die Postbank 2016 mit der Umsetzung zahlreicher Maßnahmen, die ihre vollständige positive Ergebniswirkung erst in Folgeperioden zeigen werden. Die Vermögens- und Finanzlage der Postbank wurde 2016 durch die fortgesetzte Fokussierung auf ein Wachstum des Kreditportfolios unseres – vergleichsweise wenig schwankungsanfälligen – Geschäfts mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit dem Ziel der Erreichung einer ausgeglichenen Kundenbilanz bestimmt. Die Vermögenslage wurde nach wie vor durch das Kreditgeschäft mit einem signifikanten Anteil an hoch besicherten deutschen Immobilienfinanzierungen geprägt. Während der Bestand an Finanzanlagen und verbrieften Verbindlichkeiten weiter reduziert wurde, konnte im Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden ein Bestandswachstum erzielt werden. Insbesondere das aktive Bestandsmanagement der Finanzanlagen hatte zur Folge, dass die Risikoaktiva sanken – folglich konnte die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) unter Berücksichtigung des Gewinns mit einem Anstieg von 11,5 % auf 12,4 % erneut spürbar gestärkt werden.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Steuern verzeichnete im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 277 Mio € bzw. 47,4 % auf 307 Mio €. Damit lag das Ergebnis wie erwartet um einen niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag unterhalb des Vorjahresergebnisses, das durch diverse positive Sondereffekte im Zusammenhang mit der Herstellung der operativen Eigenständigkeit, insbesondere dem Ertrag von 280 Mio € aus der Zugangsbewertung der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV, positiv beeinflusst worden war.

Das bereinigte Ergebnis vor Steuern, eine Basis für die Beurteilung der operativen Geschäftsentwicklung, lag mit 468 Mio €, wie zu Beginn des Berichtsjahres prognostiziert, unterhalb des Vorjahresergebnisses. Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen Ertragsströmen bildete unverändert die Basis für die Ergebnisentwicklung der Postbank. Der weiterhin hohen Abhängigkeit vom Zinsergebnis begegnete die Postbank mit einer strikten Kostendisziplin und diversen Maßnahmen zur Stärkung des Provisionsüberschusses.

Der Return on Tangible Equity nach Steuern betrug aufgrund des bisherigen Tiefpunkts der Niedrigzinsphase und trotz der mit einem Volumen von 209 Mio € weiterhin hohen Aufwendungen für strategische Initiativen – zur Verbesserung der Zukunftsfähigkeit der Postbank – knapp 6,2 % und lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert von 13,1 %, der durch Sonderfaktoren besonders hoch war.

Die Cost Income Ratio lag mit 85,8 % wie erwartet über dem Vorjahresniveau von 80,3 %. Wesentlicher Treiber für diese Entwicklung war der deutlich veränderte Saldo der Sonstigen Aufwendungen und Sonstigen Erträge, der aufgrund diverser Sondereffekte im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur Herstellung der Fähigkeit zur operativen und technischen Entflechtung von der Deutschen Bank im Geschäftsjahr 2015 deutlich positiver ausgefallen war.

Die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) – ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2016 – konnte gegenüber dem Jahresende 2015 von 11,5 % auf 12,4 % verbessert werden und lag damit deutlich oberhalb unserer Erwartungen. Verantwortlich für diese positive Veränderung war im Wesentlichen das erfolgreiche Management der Risikoaktiva, die durch den Abbau von Finanzanlagen wesentlich reduziert werden konnten.

Die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) und unter Berücksichtigung des Gewinns für das Geschäftsjahr 2016 konnte, wie prognostiziert, per 31. Dezember 2016 stabil bei 3,4 % gehalten werden. Den Berechnungen lagen die regulatorischen Anforderungen gemäß Art. 429 CRR zugrunde.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren gegenüber dem Vorjahr erläutert.

Das Ergebnis der im Jahr 2016 durchgeführten Mitarbeiterbefragung vermittelt, trotz des herausfordernden Umfelds, in dem sich die Postbank derzeit bewegt, eine positive Botschaft: In der Dimension „Identifikation“ (ehemals Commitment) wurde das gute Ergebnis aus dem Vorjahr bestätigt. Entsprechend befand sich die Mitarbeiterzufriedenheit im Vergleich zum letzten Jahr auf einem konstant hohen Niveau. Die Bereitschaft der Mitarbeiter, sich an das sich wandelnde Umfeld für Banken anzupassen, zeigte sich in der Dimension „Veränderungsfähigkeit“, die erneut den höchsten Zustimmungswert erzielte. Diese positive Entwicklung kann insbesondere auf die vielfältigen Maßnahmen zur Verbesserung der Führungskultur und zur Umsetzung des Leitbilds sowie der Postbank Agenda im Jahr 2016 zurückgeführt werden.

Mit der im zweiten Halbjahr 2016 neu eingeführten Girokonto-Welt hat die Postbank für ihre Privatkunden eine Maßnahme mit großer Wirkung auf die Kunde-Bank-Beziehung umgesetzt. Mit Einführung der neuen Kontomodelle gaben Zufriedenheitswerte zu Kernaspekten, die im Rahmen regelmäßiger Zufriedenheitsbefragungen erhoben werden, nach. Für das vierte Quartal zeigte sich ein Turnaround in Form einer positiven Trendwende.

Firmenkunden bescheinigen der Postbank auch weiterhin ihre hohe Kundenzufriedenheit. Die positive Entwicklung der Kundenzufriedenheit bestätigt den eingeschlagenen Weg der Ausrichtung auf den Mittelstandskunden.

CHANCENBERICHT

Die Postbank verfügt über ein breit gestreutes Geschäft im Privat-, Geschäfts- und Firmenkundenbereich und operiert vornehmlich in Deutschland. Aufgrund ihres hohen Bestands an Sicht- und Spareinlagen verfügt sie im Vergleich zum bestehenden Kreditgeschäft über einen Einlagenüberhang, der in Zeiten von negativen Geldmarktzinsen in Verbindung mit einer konservativen Anlagestrategie für eine Belastung des Zinsüberschusses sorgt. Das weiterhin historisch niedrige Zinsniveau stimuliert die Nachfrage nach privater Wohnbaufinanzierung. Die Postbank konnte hiervon 2016 durch ein anhaltend reges Neugeschäft bei Wohnungsbaukrediten (10,4 Mrd €) profitieren. Ferner profitierte die Postbank von einem Anstieg der Konsumbereitschaft in der deutschen

Bevölkerung und konnte das Neugeschäft bei Konsumentenkrediten auf 2,7 Mrd € steigern. Sollte der vorhandene Einlagenüberhang schneller als erwartet reduziert werden können, würde sich dies positiv auf das Ergebnis der Postbank auswirken.

Sollten darüber hinaus Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz eine stärkere Wirkung als geplant entfalten, könnte sich dies, ebenso wie eine über den Erwartungen liegende Kundennachfrage und ein höherer Marktanteil, positiv auf das Ergebnis sowie die regulatorischen Kennziffern wie Leverage Ratio und CET1-Quote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio) auswirken.

Sollten sich die ökonomischen Bedingungen in Deutschland, das Zinsumfeld und die Wettbewerbsbedingungen in der Finanzdienstleistungsbranche besser als angenommen entwickeln, könnte dies zu höheren Erträgen führen, die nur teilweise durch zusätzliche Kosten aufgezehrt werden würden. In Summe könnte dies zu einer Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern und der Cost Income Ratio führen.

Ein Richtungswechsel in der europäischen Geldpolitik als verändertes Makroszenario könnte neben steigenden Zinserträgen auch neue Überlegungen für die Positionierung privater Vermögensanlagen auslösen und damit zu einer Belebung des Provisionsgeschäfts beitragen. Ein breiteres Verständnis der Bankkunden für die Überarbeitung von Gebührenmodellen vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds könnte sich ebenfalls positiver als erwartet auf das Provisionsgeschäft auswirken.

Die veränderten Anforderungen der Bankkunden von einer persönlichen Beratung hin zu Multikanalberatung und -dienstleistungen haben das Bankgeschäft spürbar verändert und bieten Wachstumschancen. Eine schneller als erwartet steigende Akzeptanz und Nutzung von digitalen Ansprachemöglichkeiten in der Kundenberatung sowie von vollständig digitalisierten End-to-End-Prozessen könnten die Generierung zusätzlicher Erträge positiv beeinflussen und gleichermaßen Kosteneinsparungen ermöglichen. Die Postbank hat mit ihrer Positionierung „digital & persönlich“ den Trend zur Digitalisierung aufgegriffen und investiert weiterhin in die Digitalisierung ihres Geschäfts, wie beispielsweise Videoberatungs-Calls sowie vollständig digitale Abschlüsse von Spar- und Kreditprodukten. Mit der Schaffung einer Digital Factory mit interdisziplinären Teams und dem Ziel der kontinuierlichen Weiterentwicklung ihrer digitalen Produkte und Services sieht sich die Postbank für den Wettbewerb um zunehmend digitalaffine Kunden gut gerüstet.

Den kurzfristigen Chancen für Verbesserungen der Erträge und Aufwendungen der Postbank aufgrund der oben genannten möglichen Entwicklungen sind auf mittlere und längere Sicht Risiken entgegenzustellen, die insbesondere im Bereich der Kredit-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken auftreten könnten.

RISIKOBERICHT

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Der Schwerpunkt des Risikoprofils der Postbank liegt auf den Kredit- und Einlagengeschäften mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Der Fokus im Risikomanagement der Postbank lag 2016 auf der Stärkung unserer regulatorischen und ökonomischen Kapitalbasis unter Einhaltung unseres Risikoprofils. Dies fand vor dem Hintergrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie zeitweise historisch niedriger Renditeniveaus am Anleihemarkt statt; steigende langfristige Zinsen konnten erst wieder im vierten Quartal beobachtet werden. Zudem war das Berichtsjahr von weiter wachsenden regulatorischen Erfordernissen für die Bankenbranche gekennzeichnet. Die Postbank bewegt sich weiterhin in einem soliden konjunkturellen Umfeld. Der aktuell gute Zustand des Arbeitsmarktes, dokumentiert in einer sinkenden Arbeitslosenquote bei gleichzeitig steigender Erwerbstätigkeit, und die positive Entwicklung sowohl der Immobilienpreise als auch der deutschen Industrie bieten Wachstumsmöglichkeiten für das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden. Gleichzeitig wirkt diese gesamtwirtschaftliche Situation in Deutschland positiv auf die Kreditrisiken im Bestandsgeschäft. Auch die nachhaltigen risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank trugen zu einer positiven Entwicklung der Risikovorsorge bei. Die Risikovorsorge und der ökonomische Kapitalbedarf für Kreditrisiken reduzierten sich im Jahres- bzw. Ultimovergleich.

Der Marktrisikokapitalbedarf der Postbank lag zum 31. Dezember 2016 unter dem Niveau zum Vorjahresultimo. Marktrisiken entstehen der Postbank dabei allein aus Positionen des Anlagebuchs, Handelsbuchaktivitäten fanden im Berichtsjahr wie auch schon im gesamten Vorjahr nicht statt. Die aktivisch ausgerichtete strategische Zinsrisikoposition im Anlagebuch wurde dabei im Vergleich zum Vorjahresende leicht reduziert, ebenso sank die Credit-Spread-Sensitivität des Portfolios.

In Bezug auf die Operationellen Risiken ist das Risikoprofil der Postbank maßgeblich durch ihre strategische Positionierung als Multikanalbank mit einem flächendeckenden Filial- und Servicenetz sowie Online-Geschäft im deutschen Retail-Markt bestimmt.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell für die Postbank und ihre Tochtergesellschaften nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen abweichende, verschärfte Entwicklung der europäischen Staatsschulden oder eine lang andauernde Niedrigzinsphase, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte jedoch die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch die der Postbank beeinträchtigen.

Gesamtbankrisiko

Die Risikonahme zur Ergebniszielsetzung stellt für die Postbank eine Kernfunktion der unternehmerischen Tätigkeit dar. Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Berichtsjahr 2016 wurden alle auf Konzernebene festgesetzten Limite, insbesondere die Limite für Markt-, Kredit- und Operationelle Risiken,

stets eingehalten. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben. Im Folgenden gehen wir auf die wesentlichen operativ gesteuerten Risiken für den Postbank Konzern ein.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag 2016 aufgrund des weiterhin positiven Verlaufs im Kundengeschäft – auch zurückzuführen auf ein anhaltend vorteilhaftes makroökonomisches Umfeld, in dem sich die Bank bewegt, gute Erlöse im Rahmen der Sicherheitenverwertung in der Baufinanzierung sowie ein konsequentes Risikomanagement – moderat unter dem Vorjahresniveau.

Für 2017 erwarten wir eine weiterhin positive Entwicklung der Risikosituation, einhergehend mit einem soliden konjunkturellen Umfeld, getragen durch eine stabile Entwicklung des Wirtschaftswachstums sowie des Arbeitsmarktes.

Marktrisiken

Das Marktrisiko der Postbank wird insbesondere von der Zins- und der Credit-Spread-Entwicklung am europäischen Kapitalmarkt beeinflusst. In den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres sanken die Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt im Zusammenhang mit der weiterhin expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) auf historisch niedrige Niveaus mit teilweise negativen Renditen. Erst im vierten Quartal konnte wieder ein Anstieg der längerfristigen Zinsen beobachtet werden. Aufgrund einer Reduktion der offenen Zins- und Credit-Spread-Risikoposition ist der operative Value-at-Risk (VaR) des Anlagebuchs zum Stichtag deutlich zurückgegangen.

Auch der auf Basis eines Stressed-Value-at-Risk-Ansatzes berechnete Risikokapitalbedarf für Marktrisiken ist gegenüber dem Vorjahresultimo deutlich gesunken. Ursächlich hierfür ist ebenfalls die oben beschriebene Reduktion des Zins- und Credit Spread Exposure. Ausblickend können aber die unvermindert vorherrschende Unsicherheit der Märkte und eine damit einhergehende erhöhte Volatilität 2017 wieder zu einer im Vergleich zum aktuellen Niveau erhöhten Marktrisikoauslastung führen.

Liquiditätsrisiken

Im Jahr 2016 wurden stets ausreichende Liquiditätspuffer für die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der regulatorischen Liquiditätsanforderungen vorgehalten. Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Im Berichtsjahr wurde die hohe Überschussliquidität bewusst reduziert.

Auf Basis unserer Liquiditätsprognosen und -planungen werden wir die Überschussliquidität weiter reduzieren, erwarten aber auch in absehbarer Zukunft eine angemessene Liquiditätsausstattung.

Operationelle Risiken

Das Schadenprofil für Operationelle Risiken der Postbank spiegelt im Wesentlichen die strategische Ausrichtung einer Retail-Bank mit Mengengeschäft wider. Ein Schwerpunkt lag in den letzten Jahren stets auf den sogenannten High-Frequency/Low-Impact-Schäden, also den Schadenfällen, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe aufweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten.

In den letzten Jahren ist außerdem eine Zunahme von Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung zu verzeichnen. Ein Großteil dieser bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds. Dieser Trend hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt, obwohl der Vertrieb von geschlossenen Fonds bereits 2012 eingestellt wurde. Auch bei Klagen im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen war im Gesamtjahr eine Zunahme zu beobachten.

Aufgrund der initiierten und bereits umgesetzten Maßnahmen geht die Postbank für die nächsten Jahre von einem sukzessiven Rückgang der Schäden aus Operationellen Risiken aus.

Die Risikosituation und das Risikomanagement der Postbank sowie die ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Firmenkunden, Banken sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen Inland und UK (Commercial Real Estate). Mit voraussichtlicher Zulassung im Jahr 2017 erfolgt eine Überführung des Ratingmodells für Privatkunden-Dispositions Kredite in den A-IRBA.

Den aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf für Operationelle Risiken ermittelt die Postbank seit Ultimo 2015 unverändert nach dem Standardansatz.

Im Berichtszeitraum hat die Postbank zahlreiche neue bankaufsichtsrechtliche Anforderungen umgesetzt. Dies betraf insbesondere die erweiterten Anforderungen zum Meldewesen der Risikotragfähigkeit, der zusätzlichen Parameter für die Liquiditätsüberwachung gemäß Durchführungsverordnung (EU) 2016/313 und der Leverage Ratio.

Daneben war die Postbank im Jahr 2016 mit umfangreichen weiteren regulatorischen Neuerungen konfrontiert, deren Umsetzung aktuell in entsprechenden Projekten vorangetrieben wird. Hierzu gehören u. a. die Grundsätze für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS # 239), das „Analytical Credit Dataset“-Projekt (AnaCredit-Projekt) der EZB sowie die diversen neuen Regulierungsvorschläge des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Vervollständigung bzw. Reformierung des Basel-III-Regelwerks und deren Umsetzung in europäisches Recht (CRR II – Capital Requirements Regulation II/CRD V – Capital Requirements Directive V).

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement befindet sich die Postbank seit 2011 fortlaufend in Projekten zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen. Im Jahr 2016 stand die Weiterentwicklung von Datenbasis,

Systemen und Prozessen zur Umsetzung der zusätzlichen Parameter für die Liquiditätsüberwachung sowie zu den Änderungen der Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß Delegierter Verordnung im Fokus. Den Schwerpunkt bildeten 2016 die Erstmeldung der zusätzlichen Parameter für die Liquiditätsüberwachung sowie die Aufnahme des laufenden Meldeprozesses. Daneben fanden 2016 erste Entwicklungen zur Risikomessung und -überwachung der Innertagesliquidität auf Basis der Anforderungen aus BCBS # 248 statt.

Die Postbank Gruppe hat im Rahmen der Entflechtung die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der eigenständigen Funktionen für das Risikomanagement zum 30. Juni 2016 erfolgreich umgesetzt. Die Einbeziehung der Postbank in das Risikomanagement der Deutschen Bank erfolgt im Sinne des Gruppenrisikomanagements ungeachtet dessen über die etablierte Vernetzung der Gremien sowie über die funktionalen Berichtslinien zwischen der Postbank und der Deutschen Bank. Es erfolgt eine regelmäßige Risikoberichterstattung durch die Postbank an die Deutsche Bank zur übergreifenden Erfassung und Steuerung von Risiken. Für die wesentlichen Managementreports sowie Kernkennzahlen ist ein gemeinsames Reporting aufgesetzt.

Risikomanagement im Rahmen des Deutsche Bank Konzerns

Die Postbank ist unter Beachtung der maßgeblichen gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement der Deutsche Bank AG eingebunden, um ein gemeinsames, angemessenes und wirksames Risikomanagement auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zu gewährleisten. Hierzu ist die Postbank in die Verfahren zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation von Risiken integriert, welche einen vollständigen Überblick über die Risikosituation sowie das institutsbezogene Sicherungssystem insgesamt liefern und dem Konzern die entsprechende Einflussnahme ermöglichen. Durch eine etablierte einheitliche Risk-Governance-Struktur wird zudem eine gemeinsame Risikokultur gelebt.

Die Postbank ist über die Deutsche Bank Gruppe in den Single Supervisory Mechanism (SSM) eingebunden. Die Postbank unterliegt daher als Teil der Deutsche Bank Gruppe der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB). Bei Anfragen der EZB-Bankenaufsicht an die Deutsche Bank wird die Postbank daher miteinbezogen. Zudem steht die Postbank in einem regelmäßigen Austausch mit den nationalen Aufsichtsbehörden.

Aufgrund der von der Deutschen Bank als Eigentümerin der Postbank angekündigten Strategie, die Postbank vorzugsweise an der Börse zu platzieren oder zu veräußern, hat die Postbank im Rahmen der Entflechtung die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der eigenständigen Funktionen für das Risikomanagement ergriffen und zum 30. Juni 2016 erfolgreich umgesetzt. Hierzu wurden die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen und eine Vielzahl von einzelnen Aktivitäten in den verschiedenen Disziplinen vorangebracht.

Unabhängig hiervon werden die Aufgaben hinsichtlich des gemeinsamen Gruppenrisikomanagements mit der Deutschen Bank parallel vollständig weiter übernommen.

Arten von Risiken

Die innerhalb der Postbank betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt.

Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Zuge der mindestens jährlich durchgeführten Risikoinventur überprüft. Die Postbank greift bei der Risikoinventur auf Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken. Die in der Risikoinventur als wesentlich identifizierten Risikoarten werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung quantifiziert und mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos mit Risikokapital unterlegt. Es erfolgt eine regelmäßige Überwachung dieser Risikoarten. Eine Darstellung zur Quantifizierung enthält Note 49 des Konzernabschlusses.



Im Rahmen der im vierten Quartal 2016 durchgeführten Risikoinventur wurden die Risikoarten überprüft und teilweise die Risikoartendefinitionen geschärft.

Die Postbank unterscheidet folgende Risikoarten:

• **Marktrisiken**

Marktrisiken entstehen durch die Unsicherheit hinsichtlich der Änderungen von Marktpreisen sowie marktwertbestimmenden Faktoren (z. B. Zinssätzen, Credit Spreads, Fremdwährungskursen), ihrer wechselseitigen Korrelationen und spezifischen Volatilitäten.

Marktrisiken entstehen der Postbank aus ihren Positionen im Handels- und im Bankbuch. Sie umfassen somit insbesondere

a) Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch (Interest Rate Risk in the Banking Book – IRRBB): Risiken einer Verschlechterung der finanziellen Lage des Instituts aufgrund von Veränderungen der allgemeinen Marktzinsen. Hierbei werden zwei Ausprägungen des IRRBB berücksichtigt:

- Einkommenseffekt, d. h. die Wirkung auf das periodische Zinsergebnis,
- Barwerteffekt, d. h. die Wirkung auf den ökonomischen Wert der Geschäfte.

b) Marktrisiken in Bezug auf die leistungsorientierten Pensionspläne infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwertes der Aktiva oder einer Zunahme des Marktwertes der Pensionsverpflichtungen.

Zu den Marktpreisrisiken im weiteren Sinne zählt die Postbank auch:

- c) Immobilienrisiken: Mietausfallrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz der Postbank Gruppe.
- d) Beteiligungsrisiken: Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden.

Die Immobilien- und Beteiligungsrisiken sind im Rahmen der Risikoinventur als für die Postbank nicht wesentlich identifiziert, werden aber dennoch mit Risikokapital unterlegt.

• **Kreditrisiken**

Kreditrisiken entstehen bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder den direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (außerbörslich gehandelte Derivate, Devisentermingeschäfte und Zins-terminengeschäfte). Die Postbank unterscheidet drei Arten von Kreditrisiken:

- a) Adressausfall- und Bonitätsrisiken: Während Bonitätsrisiken die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners messen, bestehen Adressausfallrisiken darin, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen in Bezug auf die zuvor beschriebenen Ansprüche nicht erfüllen. Für angekaufte Forderungen im Factoring-Geschäft werden Verwässerungsrisiken berücksichtigt, hierunter fällt das Risiko, dass der Forderungsverkäufer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und die angekaufte Forderung dadurch einen geringeren Wert besitzt.
- b) Abwicklungsrisiken entstehen, wenn die Abwicklung oder die Verrechnung von Transaktionen scheitern. Dabei handelt es sich um potenzielle Verluste beim Ausfall des Kontrahenten im Zusammenhang mit dem nicht zeitgleich vollzogenen Austausch von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten.
- c) Länderrisiken entstehen auf Basis einer Reihe von makroökonomischen oder sozialen Geschehnissen durch unerwartete Ausfall- oder Abwicklungsrisiken mit entsprechenden Verlusten in Ländern, die in erster Linie die Kontrahenten in diesem Rechtsraum beeinträchtigen. Dazu gehören eine Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, politische Unruhen, die Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, die staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden oder die extreme Ab- und Entwertung der Landeswährung. Länderrisiken beinhalten auch Transferrisiken. Transferrisiken entstehen, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.

• Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken entstehen durch die Unsicherheit, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig, nicht zeitgerecht oder nur zu erhöhten Kosten nachkommen zu können. Im Management von Liquiditätsrisiken unterscheidet die Postbank drei Arten:

- a) Zahlungsunfähigkeitsrisiko beschreibt das Risiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen – auch Intraday – nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können. Der Fokus liegt auf einer unterjährigen Betrachtung und der Vorhaltung eines angemessenen Puffers an liquiden Aktiva.
- b) Finanzierungsrisiko beschreibt das Risiko, dass die erwarteten Refinanzierungskapazitäten im Rahmen der Funding-Strategie nicht ausreichen, um mögliche Refinanzierungslücken rechtzeitig zu schließen.
- c) Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) beschreibt das Risiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristeninkongruenz aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko ist im Rahmen der Risikoinventur als für die Postbank nicht wesentlich identifiziert und wird daher nicht mit Risikokapital unterlegt.

• Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können.

- a) Rechtsrisiken sind Teil der Operationellen Risiken. Sie beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben. Nicht gemeint sind die Kosten für die Veränderung der Prozesse zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen. Compliance-Risiken sind gemäß Vorgaben der EBA ebenfalls Teil der Operationellen Risiken. Sie sind definiert als „bestehendes oder künftiges Ertrags- oder Kapitalrisiko infolge von Verletzungen oder der Nichteinhaltung von Gesetzen, Vorschriften, Rechtsvorschriften, Vereinbarungen, vorgeschriebenen Praktiken oder ethischen Standards“. Daher überschneiden sich Compliance-Risiken zu einem großen Teil mit Rechtsrisiken.
- b) Verhaltensrisiken (Conduct Risk) sind bestehende oder künftige Risiken von Verlusten eines Instituts infolge der unangemessenen Erbringung von Finanzdienstleistungen, einschließlich Fällen vorsätzlichen oder fahrlässigen Fehlverhaltens. Hierunter fasst die Postbank Gruppe alle OpRisk-Schäden zusammen, die den Ereigniskategorien „Kunden, Produkte, Geschäftsgepflogenheiten“ und „Interner Betrug“ zugeordnet werden.

c) Modellrisiken (Model Risk) sind Risiken aus der Fehlschätzung der Eigenmittelanforderungen im Rahmen aufsichtlich zugelassener interner Modelle und aus der Entwicklung, Einführung oder fehlerhaften Anwendung anderer Modelle, die zur Entscheidungsfindung herangezogen werden.

d) IT-Risiken sind bestehende oder künftige Risiken von Verlusten aufgrund der Unzweckmäßigkeit oder des Versagens der Hard- und Software technischer Infrastrukturen, welche die Verfügbarkeit, Integrität, Zugänglichkeit und Sicherheit dieser Infrastrukturen oder von Daten beeinträchtigen können.

• Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken:

- a) Spar- und Girorisiken: Mögliche Verluste, die, ausgelöst durch unerwartete Verhaltensweisen von Spar- und Girokunden, als Folge von Volumen- oder Margenänderungen auftreten können.
- b) Kollektivrisiken als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG bezeichnen mögliche negative Effekte in der Vermögens-, Risiko- und Ertragslage aufgrund einer von der Prognose abweichenden tatsächlichen Entwicklung des Bauspar-kollektivs.
- c) Reputationsrisiken: Gefahr von Ereignissen, die das Ansehen der Postbank bei ihren Anspruchsgruppen (Stakeholdern) derart beschädigen, dass daraus ein mittelbarer oder unmittelbarer finanzieller Schaden für die Postbank entstehen kann.
- d) Residuale Geschäftsrisiken bezeichnen Risiken eines Ergebnismrückgangs aufgrund unerwarteter Abweichungen der Ertragszahlen und der korrespondierenden Kosten von der ursprünglichen Planung, die nicht auf andere Risiken zurückzuführen sind.

Für alle quantifizierbaren Risikoarten erfolgt im Rahmen der internen Steuerung eine Zuweisung des Risikokapitals auf Segmentebene. Durch das interne Transferpricing werden grundsätzlich alle Zinsänderungsrisiken in das Segment Financial Markets übertragen.

Im Rahmen dieses Risikoberichts werden ein Überblick über das Risikomanagement im Allgemeinen gegeben und im Weiteren die operativ steuerbaren Risikoarten, d. h. Marktrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken, ausführlich dargestellt.

Organisation des Risikomanagements

Die Postbank verfügt über eine Risikomanagement-Organisation, die durch die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung bildet. Risiken werden im Rahmen des ICAAP unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten zur Erzielung des Risk>Returns und zur Nutzung von Marktopportunitäten limitiert und gesteuert.

Das Risikomanagement wird konzernweit durch die zentralen und die angebundene dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Tochtergesellschaften werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für den Konzern in das Risikomanagement einbezogen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Das innerhalb der Postbank eingerichtete Risikomanagementsystem stellt die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit den einzelnen Geschäftssegmenten verbundenen Risiken sicher. Die entsprechenden Prozesse haben eine permanente Verbesserung der Ertrags-, Kapital- und Risikosteuerung zum Ziel, wobei die stetige Steigerung der Qualität als ressortübergreifende Aufgabe verstanden wird. In diesem Kontext werden die Portfolios im Rahmen der Gesamtbanksteuerung auch Analysen aus Risk/Return-Perspektive unterworfen, um Chancen für eine risikoadäquatere Weiterentwicklung der Geschäfts- und der Risikostrategie der einzelnen Geschäftsfelder zu identifizieren.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements sowie die Steuerung und Überwachung des Risikos aller Geschäfte und stellt eine adäquate Kapital- und Liquiditätsausstattung sicher.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat und dessen Risikoausschuss. Der Risikoausschuss berät den Aufsichtsrat vor allem zu Fragestellungen des Risikoappetits, des Risikoprofils sowie der Risikostrategie und widmet sich Themen aufgrund des aktuellen Marktgeschehens oder von Ereignissen mit bemerkenswerten Auswirkungen auf das Risikoprofil bzw. auf Einzelportfolios. Der Aufsichtsrat und der Risikoausschuss des Aufsichtsrats werden regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil der Postbank unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten. In Umsetzung der SREP-Guidelines wurde mit der Risikostrategie 2017 neben dem ICAAP-Steuerungskreis auch eigens ein ILAAP-Steuerungskreis (ILAAP – Internal Liquidity Adequacy Assessment Process) definiert.

Art und Umfang der Risikonahme sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen der Postbank. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Zielsetzung des Risikomanagements sind die Ergebnis-sicherung und die Optimierung des Risiko-Ertrag-Profiles durch eine verbesserte Kapitalallokation und durch operationelle Exzellenz. Dabei werden durch die integrierte Risikomanagement-Funktion die Zukunftsfähigkeit der Postbank gestärkt sowie die Risikokultur und die Risikodisziplin weiterentwickelt.

Durch die Fortsetzung der restriktiven Risikopolitik soll nachhaltig Raum für Wachstum geschaffen werden. Als Maßnahme gehört hierzu ebenfalls die Stärkung der regulatorischen und der ökonomischen Kapitalbasis (z. B. durch Kapitalthesaurierung). Für die Geschäftsfelder gibt es daher keine systematische Ausweitung ihres Risikoappetits.

Risikokomitees

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der Vorstand durch das Bankrisikokomitee (BRK) als das zentrale Risikokomitee unterstützt. Als Steuerungs- und Überwachungsausschuss des Vorstands verfügt das BRK über wesentliche Entscheidungsbefugnisse. Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an weitere nachgeordnete Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben des Bankrisikokomitees und der ihm nachgelagerten Risikokomitees

	Bankrisiko- komitee (BRK)	Kreditrisiko- komitee (KRK)	Marktrisiko- komitee (MRK)	OpRisk- Komitee (ORK)	Deckungs- geschäfts- komitee (DGK)	Modell- und Validierungs- komitee (MVK)	Auslagerungs- komitee (AusKo)	Data-Quality- Komitee (DQK)	Regulatorik- RADAR- Komitee (RRK)
Tagungs- frequenz	monatlich	vierteljährlich	monatlich	halbjährlich	monatlich	monatlich	vierteljährlich	vierteljährlich	monatlich, nach Bedarf
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> Beratung des Vorstands hinsichtlich: • Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) • Risikostrategien und Risikoprofil • Allokation von Risikokapital • Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbankrisikopositionen 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Analyse und Bewertung der Kreditrisiken Vorgabe von Leitlinien zur Steuerung der Kreditrisiken 	<ul style="list-style-type: none"> Limitallokation der Marktrisiken Festlegung des Liquiditätsrisikoprofils Analyse und Bewertung der Kollektiv- sowie der Spar- und Giro-risiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und der Risikosituation 	<ul style="list-style-type: none"> Definition der Mindestanforderungen für Konzern-einheiten Definition der Rahmenbedingungen für OpRisk Allokation der Risikokapitalbeträge auf die Geschäftsfelder 	<ul style="list-style-type: none"> Regelung von Deckungsgeschäftsregisterthemen Umsetzung regulatorischer Anforderungen bezüglich des Pfandbriefgeschäfts Sicherung der Zielkonformität bezüglich der strategischen Ausrichtung und hinsichtlich der Emissionsfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> Überwachung und Validierung aller Rating-systeme und Risikoklassifizierungsverfahren Jährliche Validierung sämtlicher Modelle Änderungen von Rating-systemen, Risikoklassifizierungsverfahren und internen Modellen 	<ul style="list-style-type: none"> Deckungsgeschäftssteuerung Sicherstellung der Einhaltung sämtlicher regulatorischer Anforderungen in Bezug auf das Pfandbriefgeschäft Aufbau und Pflege (Risiko-) Management-Informationssystem für das Pfandbriefgeschäft Entwicklung der Deckungsgeschäftsstrategie 	<ul style="list-style-type: none"> Etablierung und Weiterentwicklung des DQ-Frameworks im Rahmen der festgelegten Leitplanken Überwachung und Analyse der Datenqualität Weiterentwicklung des DQ-Frameworks sowie Budget- und Ressourcenbeschaffung 	<ul style="list-style-type: none"> Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Compliance der Postbank Gruppe Strukturierung der regulatorischen Agenda Eskalationsinstanz

Das Bankrisikokomitee agiert konzernweit als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung. Es trägt alle Risikothemen aggregiert an den Gesamtvorstand heran. Vom Senior Management geleitet werden das Kreditrisikokomitee (KRK), das Marktrisikokomitee (MRK), das OpRisk-Komitee (ORK – Komitee für Operationelle Risiken), das Deckungsgeschäftskomitee (DGK) sowie das Modell- und Validierungskomitee (MVK). Das Deckungsgeschäftskomitee entwickelt Steuerungsimpulse für das Deckungsgeschäft der Postbank. Das Modell- und Validierungskomitee ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig. Als weitere Gremien sind das Data-Quality-Komitee (DQK), das Auslagerungskomitee (AusKo) und das Regulatorik-RADAR-Komitee (RRK) eingerichtet, die ihre Aufgaben in enger Abstimmung mit dem Bankrisikokomitee und den für die operative Steuerung zuständigen Einheiten erfüllen.

Zur Steuerung ihrer Reputationsrisiken hat die Postbank ein gesondertes Reputationskomitee mit Vorstandsbesetzung eingerichtet.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Risikocontrolling-Funktion

Der Chief Risk Officer (CRO) ist konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er ist Leiter der Risikocontrolling-Funktion und berichtet direkt dem Gesamtvorstand, dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs ist Basis für die aktive risikoartenübergreifende Portfoliosteuerung und dient der Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen. In einem Chief Operating Office (COO) werden die Einhaltung

der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich umgesetzt. Das Auslagerungsmanagement, das Business Continuity Management und das Berechtigungsmanagement für die Postbank gehören zu den Aufgaben des COO.

Über die Bereiche Risikosteuerung und Kreditrisikocontrolling wird die Steuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das Credit Office mit den Bereichen Kreditanalyse sowie Kreditsanierung und Abwicklung bündelt alle Kreditentscheidungen und gestaltet in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie. Der Bereich Operations Financial Markets ist verantwortlich für die Abwicklung von Handelsgeschäften und das Collateral Management.

Der Bereich Pfandbriefmanagement, in dem auch die Abteilung Treuhänderwesen angesiedelt ist, ist ebenfalls dem CRO-Ressort zugeordnet. Die Abteilung Treuhänderwesen achtet auf die vorschriftsmäßige Deckung für die Pfandbriefe der Postbank und führt das Deckungsregister. Die Abteilung arbeitet daher auch eng mit dem im Ressort Produkte eingerichteten Bereich Steuerung Deckungsgeschäft zusammen.

Nachstehende Übersicht veranschaulicht die Aufgaben der einzelnen Bereiche des CRO-Ressorts.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben

Bereich	Aufgaben
Chief Operating Office	Ressourcenmanagement und Projekte Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien Einhaltung von Prozessstandards in der Kreditbearbeitung Qualitätssicherung Internes Kontrollsystem Auslagerungsmanagement Business Continuity Management (BCM) Berechtigungsmanagement
Risiko-steuerung	Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit, integrierter Stresstests und Betreuung der Risikokomitees Definition der Risikostrategie und des Risikoprofils Management und Reporting der Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationellen Risiken Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung
Kreditrisiko-controlling	Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren Portfoliomanagement Kreditrisikoreporting Koordination des Risikovorsorgeprozesses und der Watch-List Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung
Kreditanalyse	Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen Sicherheitenmanagement der Kreditprozesse
Kreditsanierung und Abwicklung	Problemkreditbearbeitung Abwicklung der Kreditbeziehung Beitreibung Sicherheitenverwertung Erhöhung der Recovery Rate
Operations Financial Markets	Kontrolle und Abwicklung der Treasury Handelsgeschäfte Collateral Management
Pfandbrief-management	Treuhänderwesen Führung Deckungsregister und vorschriftsgemäße Deckung für die Pfandbriefe der Postbank

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt und durch die Qualifizierungsangebote der Postbank unterstützt, dazu gehören auch Maßnahmen, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Risikosteuerung je Risikoart

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie der Bereich Financial Markets (inklusive Non Core Operating Unit), die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts. Darüber hinaus steuern die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, PB Factoring GmbH und PB Leasing GmbH ihre Risiken eigenständig im Rahmen separat definierter Risikolimits. Die Zweigniederlassung Luxemburg ist in die Steuerung der Deutschen Postbank AG eingebunden und wird separat limitiert.

Die operative Steuerung der Marktrisiken im Konzern erfolgt grundsätzlich zentral im Bereich Financial Markets im Ressort „Firmen & Märkte“ der Deutschen Postbank AG. Die Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion der Marktrisiken werden zentral von der Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung wahrgenommen.

Die Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort CRO. Hauptaufgabe der Abteilung Liquiditätsrisikomanagement ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten. Die operative Steuerung des Liquiditätsrisikos und des hierfür erforderlichen Liquiditätspuffers erfolgt zentral im Ressort „Firmen & Märkte“ der Deutschen Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG steuert ihre Risiken eigenständig, ist jedoch Teil der konzernweiten Risikoüberwachung auf Basis einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Falle eines lokalen Liquiditätsengpasses übernimmt die Deutsche Postbank AG die Funktion des „Lender of Last Resort“.

Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion der Kreditrisiken in der Abteilung Kreditrisikocontrolling Kreditrisikomanagement wahrgenommen werden. Die Abteilung Chief Operating Office Risikostandards erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung der Erträge und Risiken bei.

Die operative Risikosteuerung und -überwachung der Kollektivrisiken erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Giro Risiken sowie residuale Geschäftsrisiken nimmt die Abteilung Marktrisikomanagement wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Marktbereichen.

Die Postbank geht im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ein geringes Reputationsrisiko ein. Im Fokus steht das Risiko gegenüber der Anspruchsgruppe „Kunden“ im kleinteiligen Retail-Geschäft. Die konzernweite Steuerung bedeutender Reputationsrisiken erfolgt über das Reputationskomitee der Postbank.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird neben der Eigenmittelausstattung nach CRR sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) beurteilt. Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Die Risikodeckungsmasse wird hierbei als sogenannter ökonomischer Substanzwert aus der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellten Konzernbilanz abgeleitet und dient vor allem dem Schutz erstrangiger Verbindlichkeiten in einem Liquidationsszenario.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital gemäß CRR/CRD IV (Capital Requirements Directive IV) und einem dem Risikoappetit der Postbank entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Die Postbank begleitet aktiv die aktuelle aufsichtliche Diskussion zur Anpassung der bankinternen Methoden zur Berechnung der Risikotragfähigkeit und des ICAAP. Nach Verabschiedung kann dies auch zu Anpassungen des bisherigen Vorgehens bei der Postbank führen.

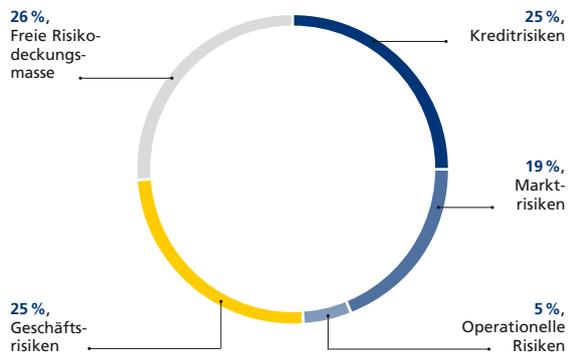
Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom Bankrisikokomitee überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie, falls erforderlich, Adjustierungen der Einzellimite der Risikoarten erfolgen durch die Risikokomitees.

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten wesentlichen Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des Reputationsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos hält die Postbank einen Liquiditätspuffer aus hochliquiden und liquiden Vermögensgegenständen für eine zweimonatige Survival Period im Stressszenario gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vor.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Berichtsjahr 2016 (Berechnung per 31. Dezember 2016) stellt sich wie folgt dar:

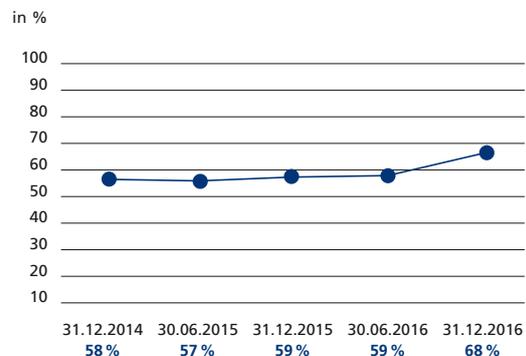
Verteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ der Postbank nach Risikoarten (genehmigtes Risikokapital)



Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2016 und Vorjahresresultimo) werden in Note 49 des Konzernabschlusses dargestellt.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:

Entwicklung Relation genehmigtes Risikokapital zu Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“



Die Auslastung der Risikodeckungsmasse (im ökonomischen Gläubigerschutz), bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, belief sich zum Berichtsstichtag auf 68%. Insgesamt hat sich im Berichtsjahr das gesamte allokierte Kapital im Vergleich zum Jahresende 2015 im Kreditrisiko leicht verringert. Die Risikodeckungsmasse reduzierte sich gegenüber dem 31. Dezember 2015, sodass sich die Auslastung im Jahresvergleich um 9 % erhöhte. Der Rückgang der Risikodeckungsmasse ist im Wesentlichen auf eine Verringerung der Position „Stille Lasten und Reserven“ durch den Tausch von sonstigen Aktiva (vgl. Note 6) sowie die Erhöhung der Abzugspositionen für Modellunsicherheiten bei Kreditrisiken zurückzuführen.

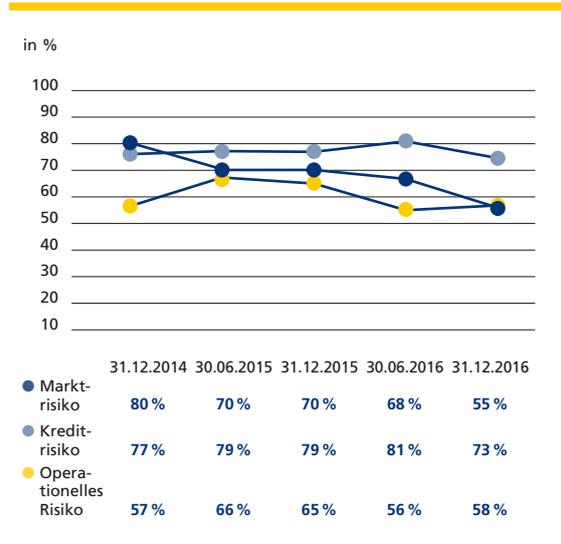
Auch in einer Going-Concern-Perspektive ist das ermittelte Risikopotenzial ausreichend durch die zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse gedeckt.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Für Marktrisiken wird ein Stressed-Value-at-Risk-Konzept (Stressed-VaR-Konzept) verwendet, das als Methode für die Kalkulation der Kapitalunterlegung von Marktrisiken einen gestressten Zeitraum unterstellt. Der zum Jahresende 2016 für die Ermittlung des Stressed-VaR herangezogene Zeitraum war der vom 4. August 2011 bis zum 26. Juli 2012, da dieser historische Zeitraum, bezogen auf die aktuelle Positionierung der Bank zum Berichtsstichtag, eine signifikante Stressperiode darstellte. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen an Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite für die Gesamtbank und je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden durch konzernweit gültige Limite gesteuert.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf. Die Postbank verfolgt das Ziel eines aktiven Limitmanagements, um eine effektive Steuerungswirkung auf die Risiken zu erreichen.

Entwicklung Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten



Zum Stichtag 31. Dezember 2016 betrug die Auslastung des für Marktrisiken im engeren Sinne genehmigten Risikokapitals 55 % und ist damit im Vergleich zum Vorjahresende

deutlich gesunken (31. Dezember 2015: 70 %). Dazu haben sowohl der im Berichtsjahr erfolgte Rückgang der Credit-Spread-Sensitivität des Portfolios, der auch mit einem Abbau von Risikokonzentrationen einherging, als auch die Reduktion der Zinsrisikoposition beigetragen. Die Limitauslastung für Kreditrisiken lag zum 31. Dezember 2016 bei 73 % (31. Dezember 2015: 79 %). Das gestiegene Geschäftsvolumen in den strategischen Geschäftsfeldern in den Segmenten Retail Banking und Firmenkunden führte zu einem Risikoanstieg, der durch den Portfolioabbau im Segment Non Core Operating Unit sowie eine Parameteraktualisierung im Retail-Portfolio (Absenkung der Korrelationskoeffizienten im Portfoliomodell und gleichzeitige Einführung eines Kapitalabschlags aufgrund von Modellunschärfen) überkompensiert wurde. Die Verringerung der Limitauslastung des für Operationelle Risiken genehmigten Risikokapitals von 65 % zum Jahresultimo 2015 auf 58 % zum 31. Dezember 2016 basiert u. a. auf einer Anpassung des OpRisk-Kapitalmodells (Verschiebung der Flankengrenze der Verlustverteilung im Geschäftsfeld Retail Banking von 6 Mio € auf 10 Mio €). Diese Anpassung war erforderlich, da sich die Struktur der vom ORX-Konsortium (Operational Riskdata eXchange Association) bezogenen Daten zu externen Schäden signifikant verändert hat.

Die Risikotragfähigkeit der Postbank war jederzeit gegeben.

Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Markt- und Geschäftsrisiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert, überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (beispielsweise im Bereich Zins- und Credit-Spread-Risiken) begrenzt. Sensitivitätsanalysen und Stressszenarien beschreiben hierbei hypothetische zukünftige Entwicklungen der jeweiligen Portfolios, Wert- und Risikotreiber. Über alle Risikoarten hinweg werden makroökonomische Szenarien hinsichtlich Inflation, Rezession sowie weitere hypothetische oder historische Szenarien berechnet.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Konzerncontrolling/Treasury. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Das Management der Konzentrationsrisiken erfolgt im Rahmen der Steuerung. Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind insbesondere die Bestände an europäischen Staats- und Länderanleihen relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration sind in den Organisationsanweisungen verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die

– über die gültige Limitmatrix für Firmenkunden hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segment-spezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel werden Risikokonzentrationen zeitnah eng überwacht.

Aktuell ist auf Basis des ökonomischen Kapitals eine Risikokonzentration insbesondere im Bereich des Staaten-Exposure erkennbar. Die monatliche Berichterstattung zum ökonomischen Kapitalbedarf aus Kreditrisiken und Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreportings der Postbank.

Im Segment Non Core Operating Unit hat die Postbank weitere Konzentrationsrisiken im Rahmen des Auslaufs von Beständen der Finanzanlagen reduziert.

Für das Commercial-Mortgage-Portfolio wird eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken verfolgt. Der Fokus liegt weitgehend auf Deutschland bzw. auf Europa.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, Geschäfts- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung

regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stress-tests unterzogen. Neben den risikoartenübergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stress-tests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Neue-Produkte-Prozess systematisch identifiziert, dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung der Postbank eingebunden.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting

Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Risikokonzentrationen, periodische und barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Risikoausschuss, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Markt Risiken	Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, wesentliche Transaktionen	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	Marktentwicklung, Entwicklung der wesentlichen Markt Risiken, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Risikokonzentrationen, Backtestingergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
Kreditrisiken	Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Economic-Capital (EC)-Berichterstattung, Key Performance Indicators, Länderrisiko, Risikoversorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich	monatlich	Operative Marktfolgeeinheiten
	Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko, Limitauslastungen inklusive EC/Risikotragfähigkeit (RTF)-Entwicklung, Risikoversorgeentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA (Risk-Weighted-Assets)-Entwicklung, Expected-Loss (EL)-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Risikoausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, Financial Markets
	Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Bankrisikokomitee, operative Markteinheiten
	Liquiditätsstatus, Stresstest, Liquiditätsreserve, Funding-Struktur, Überschussliquidität, Liquidity Coverage Ratio (LCR)	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee
Operationelle Risiken	Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud-Gremium, OpRisk-Komitee
	Schadenfälle, Risikoindikatoren, Ergebnisse aus Szenarioanalysen und Self-Assessments, Auslastung der VaR-Limite, Risikoeinschätzungen zu neuen Produkten und Auslagerungssachverhalten	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	Risikokennzahlen Spar- und Girisiko, Stresstestergebnisse Spar- und Girisiko	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Überwachung und Steuerung von Marktrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktrisiken im engeren Sinne verwendet die Postbank zum einen VaR-Limite und barwertige Verlustlimite auf Konzernebene sowie für Subportfolios. Zum anderen werden als weitere Steuerungskennzahlen Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen. Die Wertveränderungen der mit Marktrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktrisikopositionen erfolgt primär mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktrisiken werden auf VaR-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt.

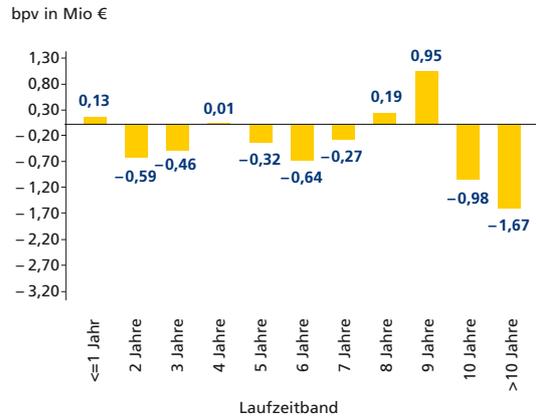
Um der relativen Bedeutung der Marktrisiken für die Postbank gerecht zu werden, sind für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen sicherstellen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken als wesentlicher Teil der Marktrisiken bezeichnen das Risiko von einem aus einer Marktzinsänderung resultierenden Rückgang des Marktwertes zinsensitiver Finanzinstrumente bzw. einer Verschlechterung des periodischen Zinsergebnisses aufgrund von Veränderungen der allgemeinen Marktzinsen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen der Deutschen Postbank AG, die Positionen des Bausparkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Die im Rahmen der Modellierung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos verwendeten Annahmen und Parameter werden laufend auf ihre Angemessenheit überprüft.

Zinsänderungsrisiken werden in der Postbank im Rahmen des ICAAP primär barwertig gemessen und gesteuert. Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen der Postbank zum 31. Dezember 2016 in Form einer Basis-point-value (bpv)-Darstellung. Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe ist die Postbank zum 31. Dezember 2016 weiterhin mit einem aktivischen Zins-Exposure positioniert.

Zinspositionen (bpv) des Postbank Konzerns per 31.12.2016



Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge der offenen Zinspositionen zum Stichtag 31. Dezember 2016 über nahezu alle Laufzeitbereiche verteilen, allein im unterjährigen Bereich und im Laufzeitbereich von 8 bis 9 Jahren dominieren passivische Zinsrisikoüberhänge. Der Gesamt-bpv lag zum 31. Dezember 2016 bei –3,6 Mio € nach –4,0 Mio € am 31. Dezember 2015. Die Zinssensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro-Positionen; die Zinssensitivitäten in anderen Währungen sind unwesentlich. Als Instrument zur aktiven Steuerung der Zinsänderungsrisiken dienen der Postbank vorwiegend Zinsswaps. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk (VaR)-Konzepts. Der VaR eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktrisiken behafteten Positionen konsistent und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt in der Postbank einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99 % und eine dem täglichen Risikomanagement angemessene Haltedauer von 10 Tagen zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zinssätze und Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Im Laufe des ersten Halbjahres 2016 wurde das zur Quantifizierung der Marktrisiken eingesetzte VaR-Modell in Bezug auf die Zinsrisikomodellierung vollständig an das aktuelle Niedrigzinsumfeld angepasst.

Volatilitäten und Korrelationen zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungen ab. Während für die operative Steuerung stets die historisch beobachteten Werte der letzten 250 Handelstage herangezogen werden, liegt dem VaR für die Risikotragfähigkeitsbetrachtung ein

historischer Zeitraum zugrunde, der, bezogen auf die Positionierung zum Berechnungstichtag, eine signifikante finanzielle Stressperiode darstellt (Stressed VaR).

Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Diversifikationseffekte zwischen den Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Kennzahlen für die Unterarten des Marktrisikos (Zins-, Credit-Spread-, Aktien- und Währungsrisiken) täglich ermittelt und analysiert.

Die Marktrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite gesteuert. Das Gesamtrisikokapital für Marktrisiken wird vom Bankrisikokomitee beschlossen und vom Marktrisikokomitee in Form von operativen Sublimiten den einzelnen Einheiten bzw. Portfolios zugeteilt. Neben Risikolimiten, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktrisikos, werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt auf täglicher Basis. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Berichtszeitraum wurden die eingeräumten VaR-Limite auf Konzernebene jederzeit eingehalten.

Neben den VaR-Limiten sind vom Marktrisikokomitee Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig validiert und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den hypothetischen Gewinnen und Verlusten infolge von eingetretenen Marktwertveränderungen, bei unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting). Per 31. Dezember 2016 liegen die Backtesting-Ergebnisse (einseitiger Binomialtest gemäß Baseler Ampel-Ansatz) auf Konzernebene mit drei „Ausreißern“ im grünen Bereich und bestätigen damit die grundsätzliche Angemessenheit des Marktrisikomodells.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen sowie zur Identifikation von Risikokonzentrationen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests

durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen der Postbank. Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle innerhalb des Marktrisikos wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen und Stressparameter werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Bei den regelmäßig durchgeführten internen Stresstests für Marktrisiken zeigen sich die größten Anfälligkeiten aufgrund der Positionierung weiterhin im Zins- und im Spread-Bereich. Aufgrund der geringen Anzahl von Positionen sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen demgegenüber deutlich geringer.

Auch bei Eintreten des nachteiligsten der betrachteten historischen und hypothetischen Stressszenarien war das für Marktrisiken zur Verfügung stehende Risikokapital im Berichtsjahr 2016 jederzeit ausreichend, um resultierende marktwertere Verluste zu decken.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Hierzu werden regelmäßig die Stresstest-Auswirkungen je Assetklasse und Segment analysiert und mithilfe von Sensitivitätsanalysen vorhandene Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgap-Strukturanalysen, nach Emittenten, Assetklassen oder Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

Risikokennzahlen

Für das Berichtsjahr 2016 (sowie für das Vergleichsjahr 2015) wurden folgende VaR-Werte ermittelt:

Value-at-Risk Marktrisiken Postbank Konzern

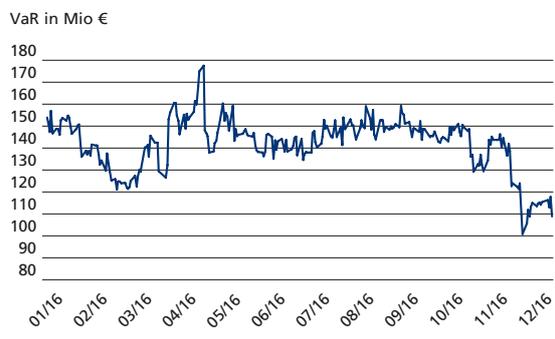
Konzern VaR (10 Tage, 99 %)	VaR am Jahresende		Maximaler VaR		Minimaler VaR		Durchschnittlicher VaR	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €
Zinsrisiken	58,5	87,9	87,8	102,8	39,7	38,2	69,0	62,0
Aktien-/Aktienindexrisiken	6,3	8,6	9,9	9,3	6,1	3,5	8,0	6,2
Währungsrisiken	7,2	3,4	8,6	7,1	3,2	0,3	4,5	3,8
Sonstige Marktrisiken (Spread)	73,2	105,2	120,3	120,0	71,3	93,6	96,4	105,1
Diversifikationseffekte	-36,9	-43,7	-55,9	-56,7	-0,5	-30,0	-36,1	-42,5
Gesamt	108,3	161,3	177,3	170,3	100,4	109,0	141,8	134,6

Zum 31. Dezember 2016 betrug der Marktrisiko-VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) insgesamt 108 Mio € (zum Vergleich: 161 Mio € per 31. Dezember 2015).

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktrisikotragenden Bestände inklusive der Pensionsverpflichtungen und des entsprechenden Planvermögens einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie der Postbank, die eine klare Fokussierung auf das Kundenkredit- und das Einlagengeschäft beinhaltet, wird die Höhe der Marktrisiken im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken entstehen vor allem durch die Geschäftsaktivitäten der Niederlassung in Luxemburg. Sie haben für das Marktrisiko eine untergeordnete Bedeutung, da nur unwesentliche offene Fremdwährungspositionen existieren. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken sind gering, da die Postbank im Rahmen ihrer Financial-Markets-Aktivitäten derzeit nicht in Aktien oder Aktienindexprodukte investiert.

Die Entwicklung des VaR (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) im Berichtsjahr für die Postbank ist der folgenden Grafik zu entnehmen.

Value-at-Risk (99 %, 10 Tage) Postbank Konzern für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016



Der VaR-Verlauf im Anlagebuch der Postbank ist im Wesentlichen durch die Entwicklung der Risikofaktoren Zins- und Credit Spread getrieben. Nachdem die operativen VaR-Kennzahlen im ersten Halbjahr, primär getrieben durch die Modell- und Marktparameter, wie z. B. gestiegene Zinsvolatilitäten, deutlich angestiegen waren, stabilisierte sich der VaR im dritten Quartal 2016 auf einem Niveau von ca. 140 Mio € bis 150 Mio €. Gegen Ende des Berichtsjahres sank der VaR als Folge einer Reduktion der Zins- und Credit Spread Exposures auf zuletzt 108 Mio €.

Das Handelsbuch der Postbank weist seit Mai 2014 keinen aktiven Bestand mehr auf. Im Berichtsjahr fanden keine Handelsbuchgeschäfte statt und strategisch ist in diesem Bereich auch kein Neugeschäft geplant.

Risikosteuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen

Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen.

Risikosteuerung von Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungen werden sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ und „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 Aktiengesetz (AktG). Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 hielt die Deutsche Postbank AG 45 (per Vorjahresresultimo: 42) unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt- bzw. Leistungsfeldern der Postbank sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für die Postbank. Die Postbank hielt per 31. Dezember 2016 zur Veräußerung bestimmte Beteiligungen (im Sinne von IFRS 5) in Höhe von 14 Mio € (vgl. Note 28).

Die Postbank hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Konzernebene sicherstellen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Die Postbank orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Retail, Firmenkunden inklusive Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken und Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielportfolio. Dieses Zielportfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise wird das aktuelle Forderungsportfolio mit dem Zielportfolio abgeglichen. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem regulatorischem Kapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielportfolios nicht grundsätzlich anteilmäßig limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien der Postbank enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger (bei Organkrediten unter Einbezug des Risikoausschusses bzw. des Präsidialausschusses) zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden, Commercial-Mortgage-Finanzierungen und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel) und Marktfolge, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank Kredite im Volumen bis 1 Mio € versteht, für die grundsätzlich vereinfachte und standardisierte Verfahren gelten.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach CRR und Solvabilitätsverordnung zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren sowie mindestens jährlich und anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die methodische Überwachung, die Kalibrierung aller eingesetzten und die Implementierung der in internen Datenverarbeitungen umgesetzten internen Ratingverfahren obliegt der Abteilung Kreditrisikocontrolling Risikomodelle. Die im November 2015 neu geschaffene Funktion „Modellrisiko und Validierung“ hat seit 2016 schrittweise die Verantwortung für die Konzeption und Sicherstellung eines übergeordneten Validierungsprozesses für alle (relevanten) Modelle der Bank übernommen. Zusätzlich werden ab 2017 alle internen Ratingverfahren von der neu eingerichteten Einheit turnusmäßig und bei Bedarf anlassbezogenen Validierungen unterzogen. Ein für die Prozessunterstützung eingerichtetes Modell- und Validierungskomitee (MVK) stellt – gemeinsam mit dem ihm untergeordneten Model-Change-Policy-Komitee (MCPK) – auch die Einbindung der Ergebnisse aus der Überwachung der internen Ratingverfahren in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig von den zuständigen Gremien (BRK, KRK, MVK) über die Funktionsfähigkeit der Ratingssysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt in der im Chief Operating Office des CRO-Bereichs angesiedelten Abteilung „Risikostandards“. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellte auch im vergangenen Jahr neben den laufenden Dekonsolidierungsprojekten einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikocontrollings der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers bzw. eines Kredits. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwertungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Ausnutzungsgrad der offenen Linien zum Ausfallzeitpunkt geschätzt.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Bilanzrating oder einer Simulation der erwarteten Zahlungsströme bestehen und zusätzlich über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an. 2016 wurde die Ratingklasse CCC um die Ausprägungen CCC+ und CCC- erweitert.

Die explizite Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich insbesondere auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten, beleuchtet aber auch qualitative Aspekte rund um das Ratingverfahren. Auf diese Weise wird eine ganzheitliche Bewertung der Angemessenheit des jeweiligen Ratingsystems sichergestellt. Im Rahmen der Validierung werden – sofern erforderlich – in einer anschließenden Rekalibrierung auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der einzelnen Verantwortlichkeiten zur Betreuung der Ratingverfahren in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des Erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft der Postbank werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den Erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken

Das Sicherheitenmanagement ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Die Werthaltigkeit der Sicherheit wird nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzern-einheitlicher Standards kontinuierlich überwacht. Die entsprechenden Sicherheitenprozesse werden regelmäßig hinsichtlich regulatorischer Anforderungen überprüft und weiter verbessert.

Als aufsichtsrechtliche Kreditrisikominderungstechniken nutzt die Postbank folgende Sicherungsinstrumente:

- Grundpfandrechte zur Absicherung von privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierungen,
- Netting-Rahmenvereinbarungen,
- Garantien, Warenkreditversicherungen sowie
- finanzielle Sicherheiten (Barsicherheiten).

Sonstige Sachsicherheiten (z. B. Forderungsabtretungen) rechnet die Postbank in den nach IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios für die Eigenkapitalermittlung nicht an.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge (mit partiellen Erleichterungen für das nicht risikorelevante Geschäft der Deutschen Postbank AG) und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der anrechenbaren Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positions-führenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der anrechenbaren Sicherheiten werden in der Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Warenkreditversicherungen müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen. Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähig-

keit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten. Die Postbank nutzt zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Für das Mengengeschäft und die in den fortgeschrittenen IRB-Ansätzen kalkulierten Portfolios werden die Grundpfandrechte grundsätzlich bei der Berechnung der aufsichtlichen Verlustquote direkt berücksichtigt.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis der Marktwertschwankungskonzepte der vdpResearch GmbH (Immobilienmarktforschungsgesellschaft des Verbands deutscher Pfandbriefbanken e. V.) sowie – für Hotelimmobilien – der Deutschen Kreditwirtschaft. Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Sicherheitenbearbeiter überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvolleren Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Bei der aufsichtsrechtlichen Kreditrisikominderung durch Netting-Vereinbarungen wird die Bemessungsgrundlage entweder durch die Verrechnung gegenläufiger Einzelgeschäfte oder durch die Verwendung von Aufrechnungsvereinbarungen reduziert. Die Postbank nutzt im Rahmen des Collateral Management Netting-Vereinbarungen für derivative Finanzgeschäfte und Pensionsgeschäfte. Die Vereinbarungen erfolgen auf der Basis international gebräuchlicher Rahmenverträge unter Beachtung der CRR-Anforderungen. Netting-Vereinbarungen werden mit den meisten wichtigen Handelspartnern abgeschlossen. Der Besicherungsprozess erfolgt DV-gestützt nach vorgegebenen Standards zur Sicherheitenverwaltung. Die aufgerechneten Positionen sind in die Risikosteuerung für die jeweiligen Kontrahenten sowie in die des Gesamtkreditrisikos integriert.

Mit Blick auf Kreditrisikokonzentrationen innerhalb der Kreditrisikominderung berücksichtigt die Postbank positive Korrelationen zwischen dem Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers und dem Risiko einer Wertverschlechterung der Sicherheit in konservativer Weise. Einer Risikokonzentration bei der Anrechnung von Sicherheiten wird bei der Postbank durch den Sicherheitenhereinnahme- und -überwachungsprozess Rechnung getragen. Insbesondere Gewährleistungen überwacht die Postbank zusammen mit den Krediten des Garanten.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines

Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Kreditheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 750 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Frühwarn- und Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten sowie Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand der Frühwarn- und Risikoindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer bei Vorliegen von Frühwarnindikatoren in die Beobachtungskategorie und bei Risikoindikatoren als Intensivbetreuungs-, Sanierungs- oder Abwicklungsengagement (Watch-List) eingestuft. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter („regelgebundener“) Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher („prinzipienorientierter“) Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten in Zusammenarbeit mit den Sanierungsspezialisten einzustufen. Der Watch-List Report wird vierteljährlich erstellt und dem KRK vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Überfällige und notleidende Engagements

Die Einordnung in die Kategorie „in Verzug geratenes Engagement“ bzw. „überfälliges Engagement“ erfolgt bei einem Zahlungsverzug, d. h., wenn der Schuldner ein ihm mitgeteiltes externes Limit überschritten oder ohne Zustimmung Kredit in Anspruch genommen hat, die entsprechenden Positionen aber noch nicht als „notleidend“ klassifiziert sind.

Die Klassifizierung „notleidend“ orientiert sich an der Bildung von Risikovorsorge durch die Postbank bzw. der Feststellung des Ausfalls. In die Kategorie „notleidend“ gehören sämtliche Forderungen, die Einzelwertberichtigungen, Abschreibungen sowie Rückstellungen für ausgefallene Engagements, bezogen auf Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, aufweisen, bzw. die Forderungen, bei denen der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtschuld mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Die regulatorische Kategorisierung „notleidend“ ist – z. B. aufgrund der Vererbung des Ausfallereignisses auf sämtliche Forderungen eines Kunden – umfassender definiert als die in der Rechnungslegung vorgenommene Klassifizierung „wertgemindert“.

Der Kreditausfall eines Kreditnehmers liegt gemäß Art. 178 CRR vor, wenn der Schuldner mit einem wesentlichen Teil seiner Gesamtverpflichtung aus der Kreditgewährung gegen-

über dem Institut über mehr als 90 aufeinanderfolgende Kalendertage überfällig ist. Bereits vor dieser Frist kann der Ausfall eines Kreditnehmers vorliegen, und zwar dann, wenn das Institut der Ansicht ist, dass es unwahrscheinlich ist, dass der Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllen kann, ohne dass das Institut auf weitere kreditsichernde Maßnahmen zurückgreifen muss, wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten.

Im Mengenkreditgeschäft erfolgt eine automatisierte Ausfallerkennung anhand der für die einzelnen Geschäfte jeweils als relevant gekennzeichneten Datenfelder. Für angekaufte Forderungen erfolgt ebenfalls eine automatisierte Ausfallerkennung. Bei den Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute und Unternehmen einschließlich Spezialfinanzierungen werden Ausfallkriterien manuell in einem separaten System (ABIT Banknology) gepflegt. Bei Kapitalmarktiteln sowie Wertpapier- und Derivatepositionen der Investmentfonds erfolgen Analyse und Erfassung im Rahmen der täglichen Mark-to-Market-Bewertung.

Kreditrisikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen aus den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird generell der ursprüngliche Effektivzinssatz, bei variabler Verzinsung der Effektivzinssatz der aktuellen Fixing-Periode verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird in Abhängigkeit von vorliegenden Risikomerkmale quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf sogenannte Flow Rates sowie die Verlustquote (LGD) zurückgegriffen. Die kombinierte Flow Rate gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit ein Forderungsanteil in einen zu kündigenden Bestand überführt werden wird. Die LGD gibt die Höhe bzw. den prozentualen Anteil des wirtschaftlichen Verlusts vom ausstehenden Betrag des Engagements an. Die Quote wird regelmäßig aus den Mittelrückflüssen des Beitreibungsprozesses ermittelt. Die Postbank bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (Loss Identification Period – LIP) jeweils in Abhängigkeit von der Produktart und der Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfoliobasis werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Uneinbringliche Forderungen werden direkt ergebniswirksam abgeschrieben.

Für Bürgschaften, Avale sowie Kreditzusagen, für die ein akutes Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen gebildet.

Forbearance bzw. Forborne und Non-Performing Exposure

Unter dem Begriff „Forbearance“ bzw. „Forborne“ werden sämtliche Geschäfte einer Bank subsumiert, für die aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Schuldners Modifikationen am Kreditvertrag vorgenommen wurden. Dies können Nachverhandlungen, Restrukturierungen und auch Refinanzierungen sowie Garantien für Refinanzierungszwecke sein.

Als „Non-Performing“ werden alle Geschäfte betrachtet, bei denen ein wesentlicher Teil mit mehr als 90 Tagen in Verzug ist oder bei denen – unabhängig von einem Verzug – ein erkennbares Risiko besteht, dass eine vollständige Rückzahlung nicht erfolgen kann. Dies beinhaltet alle notleidenden (regulatorisch ausgefallenen) Engagements sowie einzelwertberichtigten bzw. pauschaliert einzelwertberichtigten Engagements. Bei der Non-Performing-Bestimmung ist außer Betracht zu lassen, dass das Institut auf kredit-sichernde Maßnahmen wie die Verwertung von Sicherheiten zurückgreifen könnte. Die EBA-Definition für Non-Performing lehnt sich stark an die Ausfalldefinition der CRR und die Vorgaben zu Impairments gemäß IFRS an, ist aber bezüglich Forborne Exposures nicht vollständig deckungsgleich. Unterschieden wird zudem zwischen dem Ausfall einer Forderung und dem Ausfall des Schuldners, der dazu führt, dass alle Forderungen dieses Schuldners als Non-Performing (sogenanntes Pulling) zu deklarieren sind.

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfoliobene

Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus ermittelt die Postbank das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand des Konzerns. Das von der Postbank genutzte Kreditportfoliomodell berücksichtigt interne und externe Risikoparameter, Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie Wiederanlageeffekte bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Bei der Postbank ist das EC die potenzielle negative Veränderung des Barwertes des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kredit-

risiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den Unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen.

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ im Abschnitt „Portfoliostruktur“ angegebene Erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der Erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelations-effekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Forderungsausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Konzernkreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Konzernkreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Segmente zum 31. Dezember 2016 im Vergleich zum Jahresende 2015 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: IFRS-Buchwerte).

Kreditrisiken	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital (EC) ¹	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Retail Banking ²	76.737	75.486	318	318	569	877
Firmenkunden	16.336	14.495	56	41	392	354
Financial Markets	42.977	47.336	5	5	379	382
Non Core Operating Unit	6.414	8.989	6	8	582	581
Pensionsfonds	k.A.	k.A.	1	0	49	11
Gesamt²	142.464	146.306	386	373	1.971	2.205

98

¹Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

²Werte für 2015 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

Das Economic Capital (EC) ist im Vergleich zum Vorjahresultimo gesunken, der Erwartete Verlust (EV) dagegen gestiegen. Der Anstieg des EV resultiert aus gestiegenen Volumina in den strategischen Geschäftsfeldern innerhalb der Segmente Retail Banking und Firmenkunden (Ratenkredite, Commercial Mortgages, Firmenkundengeschäft) sowie einzelnen Ratingverschlechterungen.

Die EC-Entwicklung wurde durch eine Aktualisierung von Modellparametern für das Retail-Portfolio beeinflusst, die zu einer EC-Reduktion im Gesamtportfolio und im Segment Retail Banking führte. Der EC-Anstieg im Segment Firmenkunden wurde durch gestiegene Volumina, einzelne Ratingverschlechterungen und die Verschiebung des Geschäftskunden-Portfolios (vorher im Segment Retail Banking) verursacht. In der Non Core Operating Unit führte eine Ratingverschlechterung dazu, dass das EC trotz Portfolioabbau stabil blieb. In den Pensionsfonds fand eine das EC erhöhende Umschichtung von Staatsanleihen in Unternehmensanleihen statt.

Nachfolgende Grafik zeigt Bestand, EC und EV im Zeitablauf. Der Anstieg zum Jahresultimo 2011 war die Folge der Einführung eines neuen Kreditportfoliomodells und der damit verbundenen Verbesserungen in der Modellmethodik. Die Entwicklung im Jahr 2016 ist auf die im vorangehenden Absatz genannten Ursachen zurückzuführen. Der EC-Anstieg in der ersten Hälfte des Berichtsjahres ist durch steigende Volumina begründet. Die EC-Reduktion im zweiten Halbjahr hat ihre Ursache in der oben erwähnten Parameteraktualisierung.

Gesamtbankbestands- und Risikoentwicklung über die Zeit



Die Tabelle „Maximale Adressenausfallrisiken“ zeigt einen Aufbruch des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente sowohl vor als auch nach Berücksichtigung der Risikovorsorge und der Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist.

57

Maximale Adressenausfallrisiken¹

Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressenausfallrisikobetrag		Risikovorsorge ¹		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Risikovorsorge		Sicherheiten		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfallrisikobetrag nach Risikovorsorge und nach Kreditrisikominderung	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Handelsaktiva	475	647	-	-	475	647	51	88	-	-	424	559
Held for Trading	475	647	-	-	475	647	51	88	-	-	424	559
Derivate	422	556	-	-	422	556	-	-	-	-	422	556
Darlehen	53	91	-	-	53	91	51	88	-	-	2	3
Hedging-Derivate	112	78	-	-	112	78	-	-	-	-	112	78
Forderungen an Kreditinstitute	13.108	15.876	-	-	13.108	15.876	5.832	13.094	-	-	7.276	2.782
Loans and Receivables	13.108	15.876	-	-	13.108	15.876	5.832	13.094	-	-	7.276	2.782
Wertpapierpensionsgeschäfte	5.832	13.144	-	-	5.832	13.144	5.832	13.094	-	-	-	50
Tagesgelder	6.381	837	-	-	6.381	837	-	-	-	-	6.381	837
Darlehen	92	68	-	-	92	68	-	-	-	-	92	68
Namenschuldverschreibungen	300	425	-	-	300	425	-	-	-	-	300	425
Termingelder	500	1.100	-	-	500	1.100	-	-	-	-	500	1.100
Sonstige Forderungen	3	302	-	-	3	302	-	-	-	-	3	302
Forderungen an Kunden²	102.003	98.936	998	923	101.005	98.013	74.808	74.549	645	814	25.552	22.650
Loans and Receivables ²	98.358	94.527	998	923	97.360	93.604	71.256	70.279	645	814	25.459	22.511
Private Baufinanzierungen ^{2, 3}	65.384	64.305	292	351	65.092	63.954	61.873	61.664	-	-	3.219	2.290
Bauspardarlehen ³	2.992	3.243	5	5	2.987	3.238	2.912	3.142	-	-	75	96
Gewerbliche Kredite ²	13.677	12.073	153	159	13.524	11.914	6.471	5.473	645	814	6.408	5.627
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.205	4.621	4	4	5.201	4.617	-	-	-	-	5.201	4.617
Ratenkredite ²	7.438	6.589	389	268	7.049	6.321	-	-	-	-	7.049	6.321
Kontokorrentkredite	2.085	2.176	155	134	1.930	2.042	-	-	-	-	1.930	2.042
Schuldscheindarlehen	1.537	1.485	-	-	1.537	1.485	-	-	-	-	1.537	1.485
Sonstige Forderungen	40	35	-	2	40	33	-	-	-	-	40	33
Fair-Value-Option	3.645	4.409	-	-	3.645	4.409	3.552	4.270	-	-	93	139
Private Baufinanzierungen	3.645	4.409	-	-	3.645	4.409	3.552	4.270	-	-	93	139
Finanzanlagen	26.766	30.769	-	-	26.766	30.769	-	-	-	-	26.766	30.769
Loans and Receivables	12.196	17.408	-	-	12.196	17.408	-	-	-	-	12.196	17.408
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.196	17.408	-	-	12.196	17.408	-	-	-	-	12.196	17.408
Available for Sale	14.570	13.361	-	-	14.570	13.361	-	-	-	-	14.570	13.361
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.252	13.035	-	-	14.252	13.035	-	-	-	-	14.252	13.035
Investmentfondsanteile	270	261	-	-	270	261	-	-	-	-	270	261
Beteiligungen	43	60	-	-	43	60	-	-	-	-	43	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	5	5	-	-	5	5	-	-	-	-	5	5
Zwischensumme	142.464	146.306	998	923	141.466	145.383	80.691	87.731	645	814	60.130	56.838
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	379	426	18	22	361	404	-	-	0	-	361	404
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen²	20.861	19.702	27	21	20.834	19.681	-	-	13	34	20.821	19.647
Widerrufliche Kreditzusagen ^{2, 4}	13.095	13.902	13	9	13.082	13.893	-	-	-	-	13.082	13.893
Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	7.766	5.800	14	12	7.752	5.788	-	-	13	34	7.739	5.754
Gesamt	163.704	166.434	1.043	966	162.661	165.468	80.691	87.731	658	848	81.312	76.889

¹Die Darstellung der Tabelle wurde im Vergleich zum Vorjahr um die Risikovorsorge erweitert

²Werte in den Spalten „Maximaler Adressenausfallrisikobetrag“ und „Sicherheiten“ für 2015 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

³Aufteilung der Werte zwischen Privaten Baufinanzierungen und Bauspardarlehen für 2015 angepasst

⁴In dieser Position sind unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen (Einlagensicherungsfonds und Barsicherheit Bankenabgabe) enthalten (siehe Note 40).

In der Tabelle sind zum Berichtsjahr 2016 Netting-Effekte in Höhe von 7,1 Mrd € (31. Dezember 2015: 8,0 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, sowie 4,0 Mrd € (31. Dezember 2015: 5,1 Mrd €), bezogen auf Wertpapierpensionsgeschäfte, im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten eingerechnet.

Bei dem Ausweis zum Berichtsstichtag in der Position „Finanzanlagen“ handelt es sich in Höhe von 4,1 Mrd € (31. Dezember 2015: 4,9 Mrd €) um gedeckte Schuldverschreibungen.

In den folgenden Darstellungen der Risikokonzentrationen werden die Bruttositionen vor Risikovorsorge und Kreditrisikominderungstechniken dargestellt.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Bilanzposition, Haltekategorie und Produktgruppe.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen

Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/Versicherungen/Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Real-kredite		Dienst-leister/Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Handelsaktiva	53	91	211	319	-	-	97	97	26	35	23	22	65	83	475	647
Held for Trading	53	91	211	319	-	-	97	97	26	35	23	22	65	83	475	647
Derivate	0	0	211	319	-	-	97	97	26	35	23	22	65	83	422	556
Darlehen	53	91	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	53	91
Hedging-Derivate	-	-	112	78	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	112	78
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	13.078	15.876	-	-	30	-	-	-	-	-	-	-	13.108	15.876
Loans and Receivables	-	-	13.078	15.876	-	-	30	-	-	-	-	-	-	-	13.108	15.876
Wertpapier-pensionsgeschäfte	-	-	5.832	13.144	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.832	13.144
Tagesgelder	-	-	6.381	837	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.381	837
Darlehen	-	-	62	68	-	-	30	-	-	-	-	-	-	-	92	68
Namenschuld-verschreibungen	-	-	300	425	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	300	425
Termingelder	-	-	500	1.100	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	500	1.100
Sonstige Forderungen	-	-	3	302	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	302
Forderungen an Kunden¹	80.723	80.165	342	443	5.693	5.052	7.669	6.719	4.030	3.258	2.573	2.261	973	1.038	102.003	98.936
Loans and Receivables ¹	77.081	75.759	342	443	5.693	5.052	7.669	6.719	4.029	3.257	2.573	2.261	971	1.036	98.358	94.527
Private Baufinan-zierungen ^{1,2}	65.271	64.178	0	0	1	1	-	-	20	23	0	0	92	103	65.384	64.305
Bauspardarlehen ²	2.988	3.239	-	-	0	-	-	-	0	-	0	-	4	4	2.992	3.243
Gewerbliche Kredite ¹	336	673	299	347	20	6	7.669	6.719	2.992	2.182	1.861	1.587	500	559	13.677	12.073
Forderungen an öffentliche Haushalte	-	-	-	-	5.135	4.544	-	-	1	1	-	-	69	76	5.205	4.621
Ratenkredite ¹	7.437	6.588	0	0	-	-	-	-	1	1	0	0	0	0	7.438	6.589
Kontokorrent-kredite	1.049	1.081	12	69	0	0	-	-	567	574	329	352	128	100	2.085	2.176
Schuldschein-darlehen	-	-	31	27	533	501	-	-	446	470	383	322	144	165	1.537	1.485
Sonstige Forderungen	-	-	0	-	4	-	-	-	2	6	-	-	34	29	40	35
Fair-Value-Option	3.642	4.406	-	-	0	0	-	-	1	1	-	-	2	2	3.645	4.409
Private Baufinan-zierungen	3.642	4.406	-	-	0	0	-	-	1	1	-	-	2	2	3.645	4.409
Finanzanlagen	-	-	8.963	12.632	15.319	15.658	-	-	1.284	1.140	675	685	525	654	26.766	30.769
Loans and Receivables	-	-	4.171	7.537	6.860	8.869	-	-	669	405	279	302	217	295	12.196	17.408
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.171	7.537	6.860	8.869	-	-	669	405	279	302	217	295	12.196	17.408
Available for Sale	-	-	4.792	5.095	8.459	6.789	-	-	615	735	396	383	308	359	14.570	13.361
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	4.484	4.778	8.459	6.789	-	-	611	735	396	383	302	350	14.252	13.035
Investmentfonds-anteile	-	-	270	261	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	270	261
Beteiligungen	-	-	38	56	-	-	-	-	0	0	-	-	5	4	43	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	-	0	-	-	-	-	4	0	-	-	1	5	5	5
Zwischensumme	80.776	80.256	22.706	29.348	21.012	20.710	7.796	6.816	5.340	4.433	3.271	2.968	1.563	1.775	142.464	146.306
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	6	26	13	6	-	-	9	7	199	227	84	102	68	58	379	426
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen¹	17.778	17.061	136	64	140	29	233	140	1.458	1.345	766	696	350	367	20.861	19.702
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	11.624	12.620	12	32	20	-	-	-	748	671	450	415	241	164	13.095	13.902
Unwiderrufliche Kreditzusagen ¹	6.154	4.441	124	32	120	29	233	140	710	674	316	281	109	203	7.766	5.800
Gesamt	98.560	97.343	22.855	29.418	21.152	20.739	8.038	6.963	6.997	6.005	4.121	3.766	1.981	2.200	163.704	166.434

¹Werte für 2015 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

²Aufteilung der Werte zwischen Privaten Baufinanzierungen und Bauspardarlehen für 2015 angepasst

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken und Staaten eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielportfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat die Postbank länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings sowie die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Die Postbank nutzt für die Überwachung der Länderlimite zusätzlich eine Frühwarnsystematik.

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten

Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €						
Handelsaktiva	377	439	95	206	3	2	475	647
Held for Trading	377	439	95	206	3	2	475	647
Derivate	324	348	95	206	3	2	422	556
Darlehen	53	91	–	–	–	–	53	91
Hedging-Derivate	5	5	70	51	37	22	112	78
Forderungen an Kreditinstitute	12.301	6.104	779	9.751	28	21	13.108	15.876
Loans and Receivables	12.301	6.104	779	9.751	28	21	13.108	15.876
Wertpapierpensionsgeschäfte	5.832	4.122	–	9.022	–	–	5.832	13.144
Tagesgelder	5.774	288	579	528	28	21	6.381	837
Darlehen	92	66	–	2	–	–	92	68
Namenschuldverschreibungen	100	227	200	198	–	–	300	425
Termingelder	500	1.100	–	–	–	–	500	1.100
Sonstige Forderungen	3	301	–	1	–	0	3	302
Forderungen an Kunden¹	93.950	91.624	7.331	6.603	722	709	102.003	98.936
Loans and Receivables ¹	90.316	87.229	7.322	6.592	720	706	98.358	94.527
Private Baufinanzierungen ^{1,2}	62.546	61.116	2.793	3.139	45	50	65.384	64.305
Bauspardarlehen ²	2.695	2.943	296	298	1	2	2.992	3.243
Gewerbliche Kredite ¹	9.016	8.493	3.996	2.933	665	647	13.677	12.073
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.198	4.613	7	8	–	–	5.205	4.621
Ratenkredite ¹	7.409	6.565	21	19	8	5	7.438	6.589
Kontokorrentkredite	2.077	2.167	7	7	1	2	2.085	2.176
Schuldscheindarlehen	1.336	1.303	201	182	–	–	1.537	1.485
Sonstige Forderungen	39	29	1	6	–	–	40	35
Fair-Value-Option	3.634	4.395	9	11	2	3	3.645	4.409
Private Baufinanzierungen	3.634	4.395	9	11	2	3	3.645	4.409
Finanzanlagen	9.312	11.542	16.961	18.737	493	490	26.766	30.769
Loans and Receivables	5.170	6.835	6.728	10.247	298	326	12.196	17.408
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.170	6.835	6.728	10.247	298	326	12.196	17.408
Available for Sale	4.142	4.707	10.233	8.490	195	164	14.570	13.361
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.843	4.383	10.229	8.488	180	164	14.252	13.035
Investmentfondsanteile	270	261	–	–	–	–	270	261
Beteiligungen	28	59	0	1	15	–	43	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	1	4	4	1	–	–	5	5
Zwischensumme	115.945	109.714	25.236	35.348	1.283	1.244	142.464	146.306
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	341	375	38	51	–	–	379	426
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen¹	20.558	19.431	290	254	13	17	20.861	19.702
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	12.983	13.823	101	67	11	12	13.095	13.902
Unwiderrufliche Kreditzusagen ¹	7.575	5.608	189	187	2	5	7.766	5.800
Gesamt	136.844	129.520	25.564	35.653	1.296	1.261	163.704	166.434

¹Werte für 2015 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

²Aufteilung der Werte zwischen Privaten Baufinanzierungen und Bauspardarlehen für 2015 angepasst

Die nachstehende Tabelle „Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder“ beinhaltet die Positionen der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien). Ausgewiesen werden die IFRS-Buchwerte.

Engagements gegenüber Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder¹

Land	Staaten		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Retail		Unternehmen ²		Sonstige ³		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Griechenland	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	1,1	1,5
Irland	593,9	362,1	29,2	47,2	2,2	2,6	49,4	47,7	15,9	27,6	690,6	487,2
Italien	2.795,5	3.268,6	178,6	840,7	1.703,7	2.087,1	330,9	371,8	0,0	0,0	5.008,7	6.568,2
Portugal	0,0	60,0	0,0	93,6	3,0	5,1	12,9	0,9	0,0	0,0	15,9	159,6
Spanien	600,8	64,1	234,4	604,3	25,7	34,3	186,5	127,4	0,0	0,0	1.047,4	830,1
Gesamt	3.990,2	3.754,8	442,1	1.585,8	1.735,7	2.130,6	579,8	547,8	15,9	27,6	6.763,7	8.046,6

¹Basis sind die IFRS-Buchwerte. Für die Bestände in der Kategorie „Available for Sale“ ist dies der Fair Value.

²Beinhaltet auch gewerbliche Immobilien

³Beinhaltet Investorverbriefungen

Die Postbank hielt zum 31. Dezember 2016 keine der als Sicherheit hereingenommenen Wertpapiere mehr, die sie 2014 im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften von den Deutsche Bank Niederlassungen in Spanien und in Italien hereingenommen hatte (31. Dezember 2015: 6,0 Mrd €).

Wie bereits zum Vorjahresultimo hatte die Postbank auch zum Berichtsstichtag keine Credit Default Swaps gegenüber staatlichen Kreditnehmern im Bestand.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2016 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ohne „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grund wird beim Ausweis in der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung der Postbank wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 93 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €												
Handelsaktiva	-	-	18	37	74	297	211	74	75	108	44	40	422	556
Held for Trading	-	-	18	37	74	297	211	74	75	108	44	40	422	556
Derivate	-	-	18	37	74	297	211	74	75	108	44	40	422	556
Hedging-Derivate	-	-	-	-	112	78	-	-	-	-	-	-	112	78
Held for Trading	-	-	-	-	112	78	-	-	-	-	-	-	112	78
Forderungen an Kreditinstitute	5.600	121	44	350	4.970	15.112	2.414	157	21	59	59	77	13.108	15.876
Loans and Receivables	5.600	121	44	350	4.970	15.112	2.414	157	21	59	59	77	13.108	15.876
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	-	300	4.284	12.778	1.548	66	-	-	-	-	5.832	13.144
Tagesgelder	5.482	-	44	43	685	730	135	12	18	18	17	34	6.381	837
Darlehen	17	19	-	-	-	4	30	-	3	2	42	43	92	68
Namensschuldverschreibungen	99	97	-	-	-	250	201	78	-	-	-	-	300	425
Termingelder	-	3	-	-	-	1.097	500	-	-	-	-	-	500	1.100
Sonstige Forderungen	2	2	-	7	1	253	0	1	0	39	0	0	3	302
Available for Sale	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Forderungen an Kunden¹	4.666	5.232	2.450	2.657	1.971	1.530	7.301	4.884	4.117	3.226	422	707	20.927	18.236
Loans and Receivables ¹	4.666	5.232	2.450	2.657	1.971	1.530	7.301	4.884	4.117	3.226	419	704	20.924	18.233
Private Baufinanzierungen	1	13	-	13	6	20	29	32	52	8	20	19	108	105
Bauspardarlehen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4	-	4	-
Gewerbliche Kredite ¹	818	1.848	580	967	1.874	1.356	5.958	3.649	3.540	2.646	344	543	13.114	11.009
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.815	3.371	1.344	1.168	-	-	-	-	-	2	39	72	5.198	4.613
Kontokorrentkredite	-	-	-	-	1	58	500	511	422	385	-	35	923	989
Schuldscheindarlehen	32	-	522	509	67	96	813	692	103	185	-	-	1.537	1.482
Sonstige Forderungen	-	-	4	-	23	-	1	-	-	-	12	35	40	35
Fair-Value-Option	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	3	3
Private Baufinanzierungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3	3	3
Finanzanlagen	10.674	12.100	8.308	8.691	6.174	7.650	1.423	1.828	135	365	45	128	26.759	30.762
Loans and Receivables	4.109	5.659	3.668	4.735	3.488	5.851	808	870	116	286	-	-	12.189	17.401
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.109	5.659	3.668	4.735	3.488	5.851	808	870	116	286	-	-	12.189	17.401
Available for Sale	6.565	6.441	4.640	3.956	2.686	1.799	615	958	19	79	45	128	14.570	13.361
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.565	6.441	4.639	3.955	2.416	1.602	613	958	19	79	-	-	14.252	13.035
Investmentfondsanteile	-	-	-	-	270	197	-	-	-	-	-	64	270	261
Beteiligungen	-	-	1	1	-	-	1	-	-	-	41	59	43	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	4	5	5	5
Gesamt	20.940	17.453	10.820	11.735	13.301	24.667	11.349	6.943	4.348	3.758	570	952	61.328	65.508

¹Werte für 2015 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2016 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist weiterhin eine stabile Ratingentwicklung auf.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind

Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel-II-Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €								
Handelsaktiva	–	–	0	0	5	8	27	42	21	41	–	–	53	91
Held for Trading	–	–	0	0	5	8	27	42	21	41	–	–	53	91
Darlehen	–	–	0	0	5	8	27	42	21	41	–	–	53	91
Forderungen an Kunden¹	0	2	490	468	4.807	4.287	32.662	29.964	37.828	41.345	3.197	2.461	78.984	78.527
Loans and Receivables ¹	0	2	470	453	4.469	3.983	30.737	27.779	36.522	39.470	3.168	2.461	75.366	74.148
Private Baufinanzierungen ^{1,2}	0	0	173	115	3.775	3.309	28.351	24.980	29.754	32.796	2.196	1.858	64.249	63.058
Bauspardarlehen ²	0	0	73	52	597	538	1.509	1.700	688	822	86	98	2.953	3.210
Gewerbliche Kredite	0	2	214	277	4	31	61	291	31	146	25	28	335	775
Ratenkredite ¹	–	0	3	6	53	60	593	570	5.431	5.100	787	407	6.867	6.143
Kontokorrentkredite	0	0	7	3	40	45	223	238	618	606	74	70	962	962
Fair-Value-Option	0	–	20	15	338	304	1.925	2.185	1.306	1.875	29	0	3.618	4.379
Private Baufinanzierungen	0	–	20	15	338	304	1.925	2.185	1.306	1.875	29	0	3.618	4.379
Gesamt	0	2	490	468	4.812	4.295	32.689	30.006	37.849	41.386	3.197	2.461	79.037	78.618

¹Werte für 2015 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

²Aufteilung der Werte zwischen Privaten Baufinanzierungen und Bauspardarlehen für 2015 angepasst

Die nachstehende Tabelle zeigt das valutierte Kredit-Exposure für das Portfolio Private Baufinanzierungen, gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen (LtV-Klassen).

Der LtV (Loan-to-Value) ermittelt sich als Verhältnis zwischen dem valuierten Kredit-Exposure je Darlehensnehmer und dem Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit. Der Wertansatz der jeweiligen Immobiliensicherheit basiert dabei auf dem aktuellen Objektwert, der sich aus der Fortschreibung des ursprünglichen Marktwertes auf den aktuellen Berichtstichtag ergibt.

In die Berechnung des Loan-to-Value fließt das valutierte Kredit-Exposure der Forderungen des Portfolios Private Baufinanzierungen ein, für das eine Immobilienbesicherung besteht. Das valutierte Kredit-Exposure, das durch Bausparguthaben (5,3 % des Bestands, 31. Dezember 2015: 6,4 %) unterlegt oder durch Ersatzsicherheiten und blanko mit Negativerklärung (7,9 % des Bestands, 31. Dezember 2015: 4,2 %) besichert ist, fließt nicht in die LtV-Kalkulation ein.

**Private Baufinanzierungen,
gruppiert nach Loan-to-Value-Klassen**

Loan-to-Value-Klasse	31.12.2016 in %	31.12.2015 in %
<= 50 %	29,9	30,8
> 50 %, <= 70 %	27,1	28,4
> 70 %, <= 90 %	25,5	25,2
> 90 %, <= 100 %	9,9	9,3
> 100 %, <= 110 %	5,5	4,8
> 110 %, <= 130 %	1,7	1,3
> 130 %	0,4	0,2
Gesamt	100,0	100,0

Zum 31. Dezember 2016 verzeichneten 57,0 % des Bestands an privaten Baufinanzierungen einen LtV-Wert kleiner oder gleich 70 % (31. Dezember 2015: 59,2 %).

7,6 % des Gesamt-Exposure sind in den LtV-Klassen größer 100 % vertreten (31. Dezember 2015: 6,3 %). Hierbei handelt es sich um Forderungen, die durch Immobiliensicherheiten sowie ergänzend regelmäßig durch hochliquide Zusatzsicherheiten besichert werden.

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen
Die nachfolgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2016 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten

Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente										Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertge- minderter Finanzinstrumente	
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr		Gesamt		31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €		
Forderungen an Kunden	169	248	17	31	32	55	127	129	345	463	313	361
Loans and Receivables	168	247	16	31	28	51	121	122	333	451	302	351
Private Baufinanzierungen	154	182	13	26	23	36	112	111	302	355	276	329
Bauspardarlehen	4	4	3	3	5	4	8	8	20	19	18	17
Gewerbliche Kredite	0	7	–	–	0	11	0	0	0	18	8	5
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	0	–	–	–	–	–	–	–	0	–	–
Ratenkredite	1	3	–	0	0	0	0	0	1	3	–	–
Kontokorrentkredite	9	51	0	2	0	0	1	3	10	56	–	–
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0	0
Fair-Value-Option	1	1	1	0	4	4	6	7	12	12	11	10
Private Baufinanzierungen	1	1	1	0	4	4	6	7	12	12	11	10
Gesamt	169	248	17	31	32	55	127	129	345	463	313	361

Wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2015 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Wertberichtigungen gebildet wurden; für Forderungen an Kreditinstitute wurden keine Wertberichtigungen gebildet. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente

Wertgeminderte risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Forderungen an Kunden	1.747	1.710	798	725	949	985	702	796
Loans and Receivables	1.735	1.695	798	725	937	970	691	782
Private Baufinanzierungen ¹	725	787	209	263	516	524	569	660
Bauspardarlehen ¹	15	14	5	3	10	11	14	13
Gewerbliche Kredite ²	228	271	127	140	101	131	108	109
Forderungen an öffentliche Haushalte ²	7	8	4	4	3	4	–	–
Ratenkredite	570	443	313	193	257	250	–	–
Kontokorrentkredite	190	169	140	122	50	47	–	–
Schuldscheindarlehen	–	3	–	–	–	3	–	–
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	–	–	–	–
Fair-Value-Option	12	15	–	–	12	15	11	14
Private Baufinanzierungen	12	15	–	–	12	15	11	14
Finanzanlagen	70	69	63	62	7	7	–	–
Loans and Receivables	70	69	63	62	7	7	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	70	69	63	62	7	7	–	–
Gesamt	1.817	1.779	861	787	956	992	702	796

¹Aufteilung der Werte zwischen Privaten Baufinanzierungen und Bauspardarlehen für 2015 angepasst

²Aufteilung der Werte zwischen Gewerblichen Krediten und Forderungen an öffentliche Haushalte für 2015 angepasst

Insgesamt ist der leichte Anstieg der wertgeminderten Finanzinstrumente im Berichtsjahr 2016 mit einem deutlichen Anstieg im Ratenkreditportfolio zu begründen, der teilweise durch einen Rückgang insbesondere im Bereich der Baufinanzierungen und der gewerblichen Kredite kompensiert wurde. Innerhalb der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ betrug das Verhältnis der Einzelwertberichtigungen zum Buchwert der wertgeminderten Finanzinstrumente (Coverage Ratio) zum Jahresultimo 46 % (31. Dezember 2015: 42 %).

Forborne und Non-Performing Exposure

Die nachstehende Tabelle zeigt für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ – getrennt nach Forborne und Non-Forborne Exposure – die Werte für Performing und Non-Performing Loans.

Forborne- und Non-Performing-Forderungen an Kunden

Finanzinstrumente der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“	Performing Loans				Non Performing Loans				Gesamt	
	nicht wertberichtigt		wertberichtigt		nicht wertberichtigt		Summe		31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €		
Forborne	375	323	401	395	99	94	500	489	875	812
Loans and Receivables	373	320	401	395	98	94	499	489	872	809
Private Baufinanzierungen	52	54	23	20	51	50	74	70	126	124
Bauspardarlehen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Kredite ¹	37	35	159	195	0	3	159	198	196	233
Forderungen an öffentliche Haushalte ¹	0	0	7	8	0	0	7	8	7	8
Ratenkredite	218	185	152	111	42	38	194	149	412	334
Kontokorrentkredite	61	46	60	58	5	3	65	61	126	107
Schuldschein-darlehen	5	0	0	3	0	0	0	3	5	3
Sonstige Forderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Fair-Value-Option	2	3	0	0	1	0	1	0	3	3
Private Baufinanzierungen	2	3	0	0	1	0	1	0	3	3
Non Forborne	99.044	95.988	1.346	1.315	738	821	2.084	2.136	101.128	98.124
Loans and Receivables ²	95.481	91.671	1.334	1.300	671	747	2.005	2.047	97.486	93.718
Private Baufinanzierungen ²	63.974	62.844	702	767	582	570	1.284	1.337	65.258	64.181
Bauspardarlehen	2.935	3.141	15	14	42	88	57	102	2.992	3.243
Gewerbliche Kredite ²	13.383	11.694	69	76	29	70	98	146	13.481	11.840
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.198	4.613	0	0	0	0	0	0	5.198	4.613
Ratenkredite ²	6.595	5.912	418	332	13	11	431	343	7.026	6.255
Kontokorrentkredite	1.824	1.950	130	111	5	8	135	119	1.959	2.069
Schuldschein-darlehen	1.532	1.482	0	0	0	0	0	0	1.532	1.482
Sonstige Forderungen	40	35	0	0	0	0	0	0	40	35
Fair-Value-Option	3.563	4.317	12	15	67	74	79	89	3.642	4.406
Private Baufinanzierungen	3.563	4.317	12	15	67	74	79	89	3.642	4.406
Gesamt	99.419	96.311	1.747	1.710	837	915	2.584	2.625	102.003	98.936

¹Aufteilung der Werte zwischen Gewerblichen Krediten und Forderungen an öffentliche Haushalte für 2015 angepasst

²Werte für 2015 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

Für die Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ betrug das Forborne Exposure zum 31. Dezember 2016 insgesamt 875 Mio € (31. Dezember 2015: 812 Mio €), wobei die spürbare Erhöhung insbesondere auf einen deutlichen Anstieg der Raten- und Kontokorrentkredite zurückzuführen ist, der durch einen signifikanten Rückgang bei gewerblichen Krediten teilweise kompensiert wird. Das Non-Performing Exposure lag zum Berichtsstichtag bei 2.584 Mio € (31. Dezember 2015: 2.625 Mio €). Der Rückgang betrifft insbesondere die Produkte der privaten Baufinanzierung und gewerbliche Kredite.

Ergänzend zu dem Ausweis in der obigen Tabelle, verzeichnete die Postbank per 31. Dezember 2016 ein Non-Performing Exposure in Höhe von 2 Mio € bei Handelsaktiva und 7 Mio € bei Finanzanlagen (davon 7 Mio € Forborne Exposure).

Der Anteil des Non-Performing Exposure am Gesamtvolumen der risikobehafteten Kredite (NPL-Ratio), definiert als Forderungen an Kunden plus Forderungen an Kreditinstitute ohne Wertpapierleihegeschäfte, betrug 2,4 % (31. Dezember 2015: 2,6 %).

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungsbestände übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die nachfolgenden Originator-Verbriefungstransaktionen wurden gekündigt, befinden sich in der Deferred Redemption und werden daher regulatorisch nicht berücksichtigt. Zum Berichtsstichtag waren folgende Bestände (Class Principal Amount after Distribution) ausstehend:

Provide Blue 2005-1	9,0 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
Provide Blue 2005-2	25,6 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicilio 2007-1	37,8 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicile 2006-1	18,4 Mio €	(Deutsche Postbank AG)

Die Postbank tritt in geringem Umfang als Investor im Bereich zurückgenommener Eigenverbriefungen auf. Das Portfolio hatte per 31. Dezember 2016 einen – bedingt durch Tilgungen verringerten – Buchwert in Höhe von 17 Mio € (Stand per 31. Dezember 2015: 28 Mio €). Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe von Arranger Quotes bzw. eines eigenen Bewertungsmodells.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich die Postbank und ihre Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und im Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Hauptaufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in bestimmten Stresssituationen zu gewährleisten.

Die Postbank hat hierfür in der übergreifenden Risikostrategie u. a. die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert. Aufgrund der Risikoinventur 2016 wurde die Definition der Liquiditätsrisiken unter Berücksichtigung der Anforderungen an den neuen ILAAP überarbeitet. Hierbei wurden mit Gültigkeit ab 2017 die Definition des Zahlungsunfähigkeitsrisikos geschärft und die Definition des Finanzierungsrisikos ergänzt. Zur Implementierung des vollständigen Steuerungskreises wurden auf Basis der neuen Risikoartendefinition Maßnahmen für 2016 und 2017 aufgesetzt.

Der Steuerungsprozess von Liquiditätsrisiken wird von mehreren Säulen getragen und erfolgt im Wesentlichen stressbasiert. Szenarien für den Liquiditätsstress bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im MaRisk-Szenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im MaRisk-Szenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, ein eingeschränkter Zugang zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert. Die intern festgelegte Survival Period geht über die aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen hinaus und beträgt zwei Monate. Für alle Stressszenarien wurde als Anforderung festgelegt, den Bestand an Kundenkrediten auch im Stress mindestens konstant zu halten. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses werden Barmittel, Zentralbankguthaben sowie ein erheblicher Bestand an frei verfügbaren, hochliquiden sowie zentralbankfähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann.

Auf der Grundlage von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikomanagement geschäftstäglich den Liquiditätsstatus der Postbank sowohl unter Normal- als auch unter oben geschilderten Stressbedingungen fest. Darüber hinaus erfolgt die Steuerung über einen monatlichen Forecast unter Berücksichtigung der erwarteten Produktvolumen auf Basis beschlossener Maßnahmen. Dazu wird monatlich die sogenannte Überschussliquidität, die ebenfalls das MaRisk-Szenario reflektiert, für jeden der 12 kommenden Monate ermittelt. Das Minimum auf Sicht von 12 Monaten wird als Frühwarnindikator im Rahmen der Risikostrategie limitiert und von der Abteilung Liquiditätsrisikomanagement überwacht.

Für eine darüber hinausgehende, längerfristige Liquiditätsbetrachtung hat die Postbank den Ansatz der Überschussliquidität auch in der jährlichen Liquiditäts- und Fundingplanung im Rahmen des bankweiten Planungsprozesses implementiert. Hierbei wird vom Liquiditätsrisikomanage-

ment sichergestellt, dass der vom Vorstand festgelegte Risikoappetit zum Liquiditätsrisiko auch über den mehrjährigen Planungshorizont auf Basis konkreter Maßnahmen planerisch eingehalten wird und somit ausreichende Liquiditätspuffer vorgehalten werden.

Seit 2016 bildet das Liquiditätsrisikomanagement die vom Vorstand verabschiedete Geschäftsplanung einschließlich der Maßnahmen zur Refinanzierung auch im EBA Funding Plan der Postbank Gruppe ab und meldet diesen an die Aufsicht.

Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Bank für Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden über eine breite, stabile Refinanzierungsbasis aus dem Kundengeschäft und ist weitgehend unabhängig vom Geld- und Kapitalmarkt.

Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden implizit im Rahmen der oben dargestellten Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Zur

weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen. Während die Emission öffentlicher Pfandbriefe im Rahmen des Registers E weiterhin nicht geplant ist, ist die Emission von Hypothekendarlehen im Rahmen des Registers D als Instrument der langfristigen Refinanzierung im Rahmen der mehrjährigen Funding-Planung vorgesehen.

Die Daten zur Stabilität der Refinanzierungsstruktur werden im Rahmen von internen Analysen regelmäßig aufbereitet und beurteilt. Darüber hinaus wird zur Einschätzung auch die Net Stable Funding Ratio (NSFR) genutzt. Hierfür wird die NSFR seit 2016 vierteljährlich gemäß den Vorgaben der quantitativen Auswirkungsstudien des Basler Komitees (QIS) für die Postbank Gruppe ermittelt sowie im Rahmen des Short-Term-Exercise der Aufsicht bereitgestellt. Die NSFR per 31. Dezember 2016 lag bei 130 %.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2016 sowie zum 31. Dezember 2015, differenziert nach Restlaufzeiten.

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten

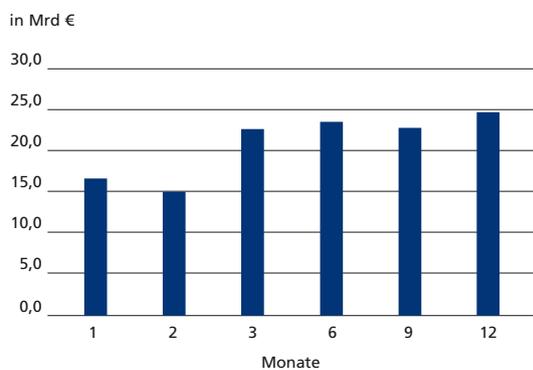
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Nicht derivative Verbindlichkeiten¹	67.281	61.732	43.753	48.508	21.878	20.804	15.742	15.885	14.033	17.317	162.687	164.246
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	369	64	3.334	5.574	1.439	661	5.325	5.453	4.784	4.898	15.251	16.650
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	45.672	41.540	39.787	42.372	20.163	19.192	7.019	7.796	5.275	7.168	117.916	118.068
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	72	82	103	121	2.611	1.711	1.094	2.181	3.880	4.095
Nachrangkapital	-	-	19	14	173	830	787	925	2.880	3.070	3.859	4.839
Sonstige Passiva	-	-	541	466	-	-	-	-	-	-	541	466
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	379	426	-	-	-	-	-	-	-	-	379	426
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen ¹	20.861	19.702	-	-	-	-	-	-	-	-	20.861	19.702
Widerrufliche Kreditzusagen ¹	13.095	13.902	-	-	-	-	-	-	-	-	13.095	13.902
Unwiderrufliche Kreditzusagen ¹	7.766	5.800	-	-	-	-	-	-	-	-	7.766	5.800
Derivative Verbindlichkeiten	-	-	63	131	91	82	113	310	182	349	449	872
Hedging-Derivate	-	-	7	46	-	18	16	75	18	69	41	208
Handelsspassiva	-	-	56	85	91	64	97	235	164	280	408	664
Gesamt	67.281	61.732	43.816	48.639	21.969	20.886	15.855	16.195	14.215	17.666	163.136	165.118

¹Wert für 2015 angepasst (siehe Note 6 im Konzernanhang „Anpassung von Vorjahreszahlen“)

Hierbei werden die vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cashflow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber – statistisch gemessen – deutlich länger zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus der Postbank zum 31. Dezember 2016 eine kumulierte Darstellung der unter normalen Bedingungen für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:

Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31.12.2016

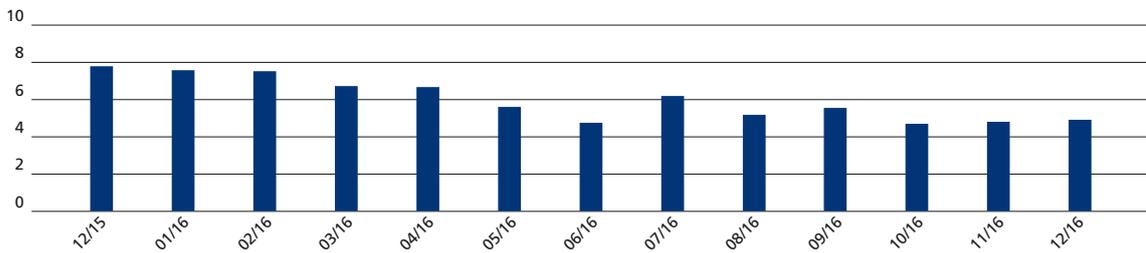


Der Liquiditätsstatus beinhaltet u. a. Erwartungswerte hinsichtlich der Entwicklung von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen sowie Kreditprolongationen, welche zum Teil auf Einschätzungen der Produktbereiche und zum Teil auf historischen Beobachtungswerten basieren. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition der Postbank unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der täglichen Stresstests im Jahr 2016 bestätigen die solide Liquiditätsposition der Postbank. So ergaben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im MaRisk-Szenario stets komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition innerhalb der Survival Period sowie darüber hinaus. Auch die Überschussliquidität im MaRisk-Szenario, in welcher der Risikoappetit der Bank bereits berücksichtigt ist, zeigt die komfortable Liquiditätslage. Der folgenden Grafik sind jeweils die Monatstiefststände der Überschussliquidität vom 31. Dezember 2015 bis zum 31. Dezember 2016 zu entnehmen. Die Überschussliquidität lag im Berichtsjahr 2016 stets über 4,6 Mrd €.

Überschussliquidität des Postbank Konzerns 2016

in Mrd €



Im Liquiditätsnotfall besteht auf Postbank Konzernebene eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfallgremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und der Auslandsniederlassungen.

Die Postbank ist in den Liquiditätsrisikomanagement-Prozess der Deutschen Bank integriert.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die einzelnen Geschäftsfelder anhand des OpRisk-Kapitalmodells AMOR (Advanced Measurement of Operational Risk) ermittelt. Das EC-Kapitalmodell der Postbank basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen interne und externe Verlustfälle sowie Szenarioanalysen. Die Ergebnisse der Szenarioanalyse werden in zweierlei Art genutzt. Einerseits fließen die Schätzungen als Eingangsgrößen in die Modellierung des Risikokapitals ein und ergänzen damit die Verlustdatensammlung um Risikoschätzungen zu Verlusten, die äußerst selten vorkommen, jedoch große Auswirkungen haben können. Andererseits sind die Ergebnisse Ausgangspunkt für konkrete Steuerungsmaßnahmen und dienen damit der Verbesserung der Risikosituation.

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene lag zum Jahresultimo 2016 unverändert bei 700 Mio €. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den Geschäftsfeldern der Postbank sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regelmäßigen Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende qualitative Instrumente konzernweit ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),

- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self-Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Unternehmensbereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling im CRO-Ressort wahrgenommen.

Die Schäden aus Operationellen Risiken sind im Berichtsjahr mit rund 117 Mio € im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (2015: 124 Mio €).

Wesentliche Treiber der Schadenfallentwicklung im Jahr 2016 waren die im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt immer noch hohe Anzahl an Klagen und Beschwerden von Kunden im Zusammenhang mit der inzwischen eingestellten Vermittlung von geschlossenen Fonds sowie Klagen und Beschwerden im Zusammenhang mit Verbraucherschutzurteilen. Die Schäden aus Betrugsdelikten, die überwiegend extern verursacht wurden, lagen im Berichtsjahr mit 27 Mio € über dem Vorjahreswert (2015: 19 Mio €). Ursächlich waren vor allem zwei im Jahr 2016 aufgedeckte Betrugsfälle im Firmenkundengeschäft. Die sonstigen Schäden aus externen Betrugsdelikten, die im Einzelfall nur eine geringe Schadenhöhe ausweisen, dafür jedoch mehrfach pro Jahr auftreten (High-Frequency/Low-Impact-Schäden), lagen auf dem niedrigen Niveau des Vorjahres. Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen weiterhin die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Komitee sowie die Sensibilisierung der in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Die bereits in den Vorjahren ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen haben sich weiterhin bewährt.

Im Rahmen der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken erstattet der Rechtsbereich dem Vorstand regelmäßig Bericht und erstellt Analysen, um sicherzustellen, dass den Geschäftsbereichen differenzierte Einschätzungen zur Entscheidungsfindung zur Verfügung stehen. Der Rechtsbereich identifiziert Rechtsrisiken durch verschiedene Einzelmaßnahmen. Er unterstützt u. a. bei der Bewertung der Risikotoleranz der Postbank in Bezug auf Rechtsrisiken. Die zur Behebung bzw. Begrenzung von aus den Geschäftsaktivitäten der Bank resultierenden potenziellen Rechtsrisiken erforderlichen Schritte werden zwischen dem Rechtsbereich und den Geschäftsbereichen abgestimmt.

Flankierend werden innerhalb des OpRisk-Controllings die Rechtsrisiken mittels unterschiedlicher Verfahren über die etablierte Struktur der dezentralen OpRisk-Manager erhoben. So werden die Risiken sowohl systematisch und flächendeckend über die Methoden Szenarioanalyse und Self-Assessment als auch anlassbezogen bei der Einführung neuer Produkte und bei der Beurteilung von Auslagerungsvorhaben identifiziert und bewertet.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Retail Banking	268	308
Firmenkunden	41	36
Financial Markets	97	110
Postbank Gesamt	407	454

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privatkundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich per Jahresultimo 2016 mit 268 Mio € (per 31. Dezember 2015: 308 Mio €) im Geschäftsfeld Retail Banking. Auf die im Rahmen der OpRisk-Kapitalmodellierung relevanten Portfolios der Non Core Operating Unit (NCOU), die vollständig dem Retail Banking zuzuordnen sind, entfielen 107 Mio €.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) mit präventiven und reaktiven Maßnahmen entlang der Wertschöpfungskette. Ziel ist es, durch die Entwicklung und die anschließende Implementierung von BCM-Plänen (sogenannten Notfallplänen) die Fortführung, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Widerstandsfähigkeit der Geschäftstätigkeit der Bank in besonderen Ereignisfällen, wie z. B. in Notfällen, zu gewährleisten. Regelmäßige BCM-bezogene Risikoidentifizierungen/-bewertungen (Risk Identification and Assessments, RIA) und Geschäftsauswirkungsanalysen (Business-Impact-Analysen, BIA), bezogen auf die Hauptaufgaben/-geschäftsprozesse, bilden die Planungsgrundlage. Die Funktionsfähigkeit der Notfallplanung wird kontinuierlich überprüft, überwacht und dokumentiert.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Geschäftsrisiken umfassen Spar- und Girorisiken, Kollektivrisiken, Reputationsrisiken sowie residuale Geschäftsrisiken. Die Steuerung der Risiken erfolgt über die Gremienstruktur der Postbank.

Risikosteuerung von Spar- und Girorisiken

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkationen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch unerwartetes Kundenverhalten oder eine Veränderung der eigenen Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – kann es im Zeitablauf zu unerwarteten Volumen- oder Margenschwankungen kommen, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und somit auch das ökonomische Kapital beeinträchtigen können.

Die Abteilung Marktrisikomanagement im Bereich Risikosteuerung nimmt die zentrale Limitüberwachungs- und die Reportingfunktion zu den Spar- und Girorisiken wahr.

Risikosteuerung der Kollektivrisiken

Zur Risikoquantifizierung der Kollektivrisiken nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Genehmigungsregelung nach § 5 Bausparkassenverordnung (BausparkV) wurden Plausibilität und Prognosegüte des Kollektivsimulationsmodells von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung des Modells durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe baupartechnische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Bei der Modellierung der Parameter für das zukünftige Verhalten der Bausparer besteht das Risiko einer Fehleinschätzung, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrigverzinsliche Kundenmittel zur Verfügung stehen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung des für Kollektivrisiken erforderlichen Risikokapitalbedarfs wird ein szenariobasiertes Modell eingesetzt, die entsprechende Reporting- und Überwachungsfunktion nimmt das Risiko-

controlling der BHW Bausparkasse AG wahr, das funktional in den Bereich Risikosteuerung der Postbank integriert ist.

Risikosteuerung von Reputationsrisiken

Kernelement des Reputationsrisikomanagements der Postbank ist die präventive Behandlung von reputationsrisikorelevanten Sachverhalten, die sich aus bestimmten Transaktionen, Geschäftspartnern oder Geschäftspraktiken mit Kundenbezug ergeben. Die primäre Verantwortung für die Identifizierung, Beurteilung und Eskalation derartiger Sachverhalte liegt bei den Leitungsebenen der einzelnen Ressorts bzw. Tochterunternehmen. Es gilt das Prinzip der dezentralen Steuerungsverantwortung. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben werden die dezentralen Einheiten von den zentralen Infrastruktureinheiten unterstützt.

Zur Erörterung von Sachverhalten, die ein gravierendes Reputationsrisiko darstellen, ist das Reputationskomitee (RepKo) als Eskalationsgremium für die Postbank einzubeziehen. Dieses Komitee unterstützt den Gesamtvorstand im Rahmen des Risikomanagements hinsichtlich der Überwachung und Steuerung von Reputationsrisiken. Wesentliches Steuerungsziel ist es, Reputationsrisiken nach Möglichkeit vollständig durch Prävention zu verhindern oder zumindest die Auswirkungen eingetretener Reputationsschäden durch entsprechende reaktive Maßnahmen zu minimieren.

Risikosteuerung residualer Geschäftsrisiken

Die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank. Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Die mindestens quartalsweise Berichterstattung und Limitüberwachung erfolgt aus dem Bereich Risikosteuerung der Deutschen Postbank AG.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 Handelsgesetzbuch (HGB) die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit

ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts festgelegt. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie für die (Konzern-)Lagebericht-erstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Vorstandsvorsitz, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB, die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG).

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,
- ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Vorstandsvorsitz, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- Schaffung der Ansatzvoraussetzungen, Bewertung (bestmögliche Schätzung) und kontinuierliche Prüfung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie die Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- Bereitstellung weiterer relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fallen ihm die Billigung des Konzernabschlusses sowie die Feststellung des Jahresabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- Beratung und Überwachung hinsichtlich der Rechnungslegung, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements und -controllings, soweit nicht der Risikoausschuss zuständig ist, der Internen Revision und von Compliance,
- Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozessunabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen in der Postbank eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die buchhalterische Erfassung der Geschäftsvorfälle verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Tools zur Datenverarbeitung (IDV) zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des Monitoring der individuellen Datenverarbeitung überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss unter Verwendung des Systems Smartnotes.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Die qualitätsgesicherte Erstellung von Jahres- und Konzernabschluss erfolgt im Bereich Rechnungswesen und Steuern. Die Tochtergesellschaften werden monatlich über Fristen und Änderungen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert. Die Konzernrichtlinien werden regelmäßig aktualisiert und in ihrer jeweilig jüngsten Fassung an die Tochtergesellschaften kommuniziert.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. Die Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahres- und Konzernabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschlusserstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesellschaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie der Postbank, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigungen, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems in der Postbank. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften der Postbank. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Prüfungsplanung der Internen Revision basiert – angelehnt an die Methodik der Deutschen Bank – auf einem dynamischen Verfahren. In einem kontinuierlichen Risk Assessment werden die mit den Geschäftsfeldern und Kernprozessen verbundenen inhärenten Risiken und die korrespondierenden Kontrollmaßnahmen analysiert und bewertet. Hieraus sowie aus Pflichtprüfungen und einem Prüfintervall von maximal drei Jahren für wesentliche The-

men ergibt sich der risikoorientierte Prüfungsplan für das Geschäftsjahr. Mit dessen Durchführung wird die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den Erkenntnissen aus den Risk Assessments entsprechend angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme (InstitutsVergV) vom 16. Dezember 2013 definiert besondere Anforderungen an die Vergütungssysteme von Banken. Die Postbank hat dementsprechend sowohl einen Vergütungskontrollausschuss (Ausschuss des Aufsichtsrats) eingerichtet als auch die Funktion eines Vergütungsbeauftragten geschaffen und personell besetzt. Die weiteren Änderungen der InstitutsVergV wurden von der Postbank ebenfalls umgesetzt.

Die Vergütungssysteme der Postbank erfüllen die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen. Sie stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele unterstützen. Die Vergütungssysteme stehen insbesondere in Bezug auf die Höhe der zu verschiebenden Anteile der variablen Vergütung und die Zurückbehaltungszeiträume im Einklang mit den Anforderungen der InstitutsVergV. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 14 InstitutsVergV zeitnah in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

Laufende Rechtsverfahren

Die Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 28. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, sind weiterhin anhängig, nach Auffassung der Deutschen Postbank AG jedoch unbegründet.

PROGNOSEBERICHT

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliches Umfeld

Weltwirtschaft

Das globale Wachstum dürfte sich im Jahr 2017 moderat beschleunigen. Dabei sollte sich der Aufschwung in den Industrieländern leicht verstärken, voraussichtlich unterstützt durch die weiterhin niedrigen Zinsen. Zudem sollten von der Finanzpolitik in einigen großen Ländern stärkere expansive Impulse ausgehen. Für Verunsicherung dürften aber politische Ereignisse wie der zu erwartende Antrag Großbritanniens auf einen Austritt aus der EU oder die Vielzahl an Wahlen in Mitgliedsländern des Euroraums sorgen. Hierdurch könnte dann auch die Konjunktur zeitweilig belastet werden. Für die Gruppe der aufstrebenden Volkswirtschaften ist ebenfalls ein höheres Wachstum als im Vorjahr zu erwarten. Hierzu dürfte vor allem das Abklingen der zum Teil schweren Rezessionen in einigen großen Schwellenländern beitragen. Besserungstendenzen zeichnen sich aufgrund der Erholung bei den Rohstoffpreisen insbesondere für Länder ab, die auf Exporte von Rohstoffen angewiesen sind. Gleichzeitig gibt es aber weiterhin eine Reihe politischer und struktureller Risiken, deren Eintreten das Wachstum in den aufstrebenden Volkswirtschaften belasten könnte. Der IWF rechnet für 2017 mit einer Zunahme der globalen Wirtschaftsleistung um 3,4% nach einem Plus von 3,1% im Jahr 2016.

Der Konjunkturaufschwung in den USA dürfte sich 2017 beleben. Wachstumsimpulse sollten auch weiterhin vom privaten Verbrauch ausgehen, der von einer guten Beschäftigungslage und steigenden Einkommen profitieren dürfte. Zugleich sollten sich die Unternehmensinvestitionen beleben, nachdem diese 2016 unter dem nochmaligen Rückgang des Ölpreises sowie einer Abwärtskorrektur bei den Lagerinvestitionen gelitten haben. Für stimulierende Effekte könnte ein Trendwechsel in der Finanzpolitik sorgen. So hat der neue US-Präsident im Wahlkampf angekündigt, die Steuern zu senken und die Infrastrukturinvestitionen zu erhöhen. Da es aber einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte, bis entsprechende Beschlüsse gefasst und umgesetzt werden, ist von dieser Seite frühestens für die zweite Jahreshälfte mit leichten positiven Impulsen zu rechnen. Wir gehen für 2017 von einem Anstieg des BIP-Wachstums auf 2,2% aus.

Die japanische Wirtschaft sollte sich weiterhin verhalten entwickeln. Privater Verbrauch und Bruttoanlageinvestitionen dürften leicht steigen. Das Exportwachstum wird sich aufgrund der jüngsten Abwertung des Yen und der etwas regeren Zunahme der globalen Nachfrage voraussichtlich beschleunigen. Insgesamt sollte das BIP-Wachstum mit 1,1% aber erneut moderat ausfallen.

Im Euroraum dürfte sich die konjunkturelle Erholung fortsetzen. Die Wachstumsdynamik sollte aber leicht nachlassen. Politische Risiken, die von dem zu erwartenden Antrag Großbritanniens auf einen Austritt aus der EU sowie den zahlreichen Wahlen in Mitgliedsländern des Euroraums ausgehen, könnten die Investitionsbereitschaft der Unternehmen dämpfen. Zugleich sollte sich der Zuwachs des privaten Verbrauchs leicht abschwächen, da er nicht mehr durch sinkende Energiepreise gestützt wird. Exporte und Importe werden voraussichtlich in vergleichbarem Umfang

ausgeweitet, sodass vom Außenhandel keine spürbaren Wachstumseffekte ausgehen sollten. Insgesamt dürfte sich das BIP-Wachstum auf 1,4% abschwächen.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befand sich zum Jahreswechsel in einem soliden Aufschwung. Frühindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex haben sich in den letzten Monaten verbessert und signalisieren damit für sich genommen sogar eine Beschleunigung des Wachstumstrends. Wir gehen jedoch davon aus, dass politische Risiken das Wachstum von Unternehmensinvestitionen und Exporten etwas belasten werden. Dagegen ist von den Wohnungsbauinvestitionen erneut ein kräftiger Impuls zu erwarten. Zugleich dürfte sich der Zuwachs des realen Verbrauchs moderat abschwächen, da eine voraussichtlich spürbar anziehende Inflationsrate den Anstieg der realen Einkommen wohl bremsen wird. Hinsichtlich der Konsumausgaben des Staates zeichnet sich sogar ein deutlich schwächeres Wachstum ab, da der treibende Effekt, der 2016 von gestiegenen Aufwendungen für die Versorgung und die Integration von Flüchtlingen ausgegangen ist, weitgehend schwinden sollte. In der Summe rechnen wir für 2017 mit einem spürbaren Rückgang des BIP-Wachstums auf 1,4%, was aber auch auf eine gegenüber dem Vorjahr geringere Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen ist. Trotz der Wachstumsabschwächung sollte die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt nochmals zunehmen. Zugleich dürfte jedoch die Zahl der Arbeitslosen aufgrund des zunehmenden Angebots an Arbeitskräften moderat steigen.

Märkte

Der geldpolitische Kurs der EZB für das Jahr 2017 scheint aufgrund der Beschlüsse des EZB-Rats vom Dezember 2016 weitgehend vorgezeichnet. Demnach wird die EZB ihr Anleiheankaufprogramm mindestens bis Dezember 2017 fortführen. Das monatliche Volumen dieses Programms wird aber ab April 2017 von 80 Mrd € auf 60 Mrd € reduziert. Überdies hat die EZB angekündigt, dass ihre Leitzinsen noch für einige Zeit nach Beendigung des Ankaufprogramms auf dem aktuellen oder aber einem niedrigeren Niveau bleiben werden. Wir gehen daher davon aus, dass die EZB ihr Anleiheankaufprogramm wie geplant durchführt und die Leitzinsen im gesamten Jahr 2017 auf dem zum Jahreswechsel verzeichneten Niveau belässt. Im späteren Jahresverlauf sollte die EZB aber eine weitere Reduzierung des monatlichen Ankaufvolumens beschließen, die jedoch erst im darauffolgenden Jahr wirksam wird. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die EZB von dem vorgezeichneten Weg abweichen wird. Sollte die Inflation im Euroraum bei zugleich kräftigem Wirtschaftswachstum wesentlich stärker steigen, als derzeit noch erwartet wird, könnte die Notenbank das monatliche Ankaufvolumen im Verlauf des Jahres 2017 unter das bislang beschlossene Niveau senken. Sollte sich die Konjunktur hingegen deutlich abschwächen und die Inflationsrate wieder zurückgehen, könnte die EZB den Einlagensatz nochmals senken oder das monatliche Volumen ihrer Anleiheankäufe wieder ausweiten.

Die US-Notenbank dürfte ihren Leitzins im Jahresverlauf 2017 weiter anheben. In Anbetracht einer voraussichtlich deutlich steigenden Inflationsrate und eines wahrscheinlich weiterhin robusten Arbeitsmarktes rechnen wir mit zwei Zinserhöhungen um jeweils 0,25 Prozentpunkte. Zum Jahresende erwarten wir für die Fed Funds Target Rate eine Spanne von 1,00% bis 1,25%.

Als Folge der anhaltend expansiven EZB-Geldpolitik dürften die Kapitalmarktzinsen in der Eurozone niedrig bleiben, obwohl einige Faktoren für einen Renditeanstieg im Jahresverlauf sprechen. Hierzu gehört der zu erwartende, deutliche Anstieg der Inflationsrate bei Fortsetzung der konjunkturellen Erholung im Euroraum. Zudem dürften als Folge der strafferen US-Geldpolitik die Renditen von US-Staatsanleihen tendenziell steigen, was üblicherweise auch auf den deutschen Markt ausstrahlt. Die sich daraus ergebenden Aufwärtimpulse für das Renditeniveau sollten jedoch durch die weiterhin umfangreichen Anleiheankäufe der EZB weitgehend kompensiert werden. Wir erwarten einen geringfügigen Anstieg der Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bis Ende 2017. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve damit geringfügig steiler werden.

Die Aussichten für Unternehmensanleihen stufen wir als verhalten positiv ein. Die von uns erwartete Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs in den Industrieländern spricht für einen leichten Rückgang der Risikoaufschläge. Die insbesondere aus dem politischen Bereich drohenden Unwägbarkeiten könnten jedoch für Unsicherheit hinsichtlich der Aussichten für die Konjunktur sowie für einzelne Branchen oder Unternehmen sorgen und in der Folge Unternehmensanleihen belasten. Gleichwohl rechnen wir in der Summe für europäische Anleihen im Investmentgradebereich mit im Jahresverlauf leicht sinkenden Risikoaufschlägen.

Im Hinblick auf die Risikoaufschläge, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, rechnen wir nicht mit einer einheitlichen Tendenz, sondern mit länderspezifischen, differenzierten Entwicklungen. Einengungspotenzial sehen wir bei Anleihen von Staaten, denen es gelingt, ihre Neuverschuldung spürbar zu senken und nachhaltige wachstumsfördernde Reformen zu beschließen und umzusetzen. Wachstums- und reformschwachen Staaten mit anhaltend hoher Neuverschuldung droht dagegen eine Ausweitung der Risikoaufschläge für ihre Anleihen. Darüber hinaus bleibt die grundlegende Anfälligkeit der Staatsanleihemärkte für Rückschläge im Falle ökonomischer oder politischer Krisen bestehen.

Branchensituation

Das anhaltend niedrige Zinsniveau im Euroraum dürfte eine Verbesserung des operativen Geschäfts bei deutschen Banken weiterhin erheblich erschweren. Bis Ende 2017 erwarten wir keinen signifikanten Zinsanstieg, sodass eine Ausweitung der Zinsmarge den meisten Instituten schwerfallen dürfte. Dies gilt vor allem, da im deutschen Privat- und Firmenkundensegment unverändert ein harter Wettbewerb herrscht, der sowohl das Zins- als auch das Provisionsergebnis belastet. Im Kreditgeschäft mit diesen Kundengruppen sind zudem nur moderate Zuwächse zu erwarten. Deutliche Steigerungen von Provisionsergebnis und Zinsüberschuss sollten daher nur schwer erreichbar sein. Die hohe Volatilität an den Kapitalmärkten sowie das Anleiheankaufprogramm der EZB belasten zudem das Handelsgeschäft. Allerdings können sich die niedrigen Finanzierungskosten positiv auf das Emissionsgeschäft mit Schuldverschreibungen und Aktien auswirken sowie die M&A-Aktivitäten der Unternehmen stimulieren. Dies sollte sich positiv auf die Erträge im Investmentbanking auswirken. Wegen der anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen auf der Ertragsseite dürfte auch 2017 bei vielen Instituten eine weitere Kostenoptimierung auf der Agenda stehen. Die Mittel, welche die Banken für die Implementierung neuer regulatorischer Anforderungen einsetzen müssen,

belasten zusätzlich die Gewinn- und Verlustrechnung. Viele Banken investieren zudem in die Digitalisierung zahlreicher Prozesse. Dies bindet zwar Ressourcen, erscheint zur Festigung der Kundenbeziehungen und als Reaktion auf neue Wettbewerber aus der digitalen Welt aber als notwendig.

Die Entscheidung der Briten im Rahmen des Referendums in Großbritannien, die Europäische Union zu verlassen, könnte auch zu einer Belastung deutscher Banken führen. Durch die gestiegene Unsicherheit im Zusammenhang mit den vielen noch ungeklärten Fragen des EU-Austritts erhöht sich das Risiko einer Wachstumsverlangsamung in Großbritannien und bei wichtigen Handelspartnern in Kontinentaleuropa. Dies könnte dazu führen, dass die Notenbanken ihre Niedrigzinspolitik noch für eine längere Zeit fortsetzen. Gleichzeitig sinkt bei einer Wachstumsverlangsamung in der Regel auch das Potenzial für eine Ausweitung der Kreditvergabe, während sich das Risiko von Kreditausfällen erhöhen kann. Zudem kann der mit einer erhöhten Unsicherheit an den Märkten verbundene Anstieg der Volatilität das Handelsgeschäft der Banken beeinträchtigen.

Die Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes mit privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten wird nach unserer Einschätzung auch 2017 weiter Bestand haben. Fusionen bzw. Übernahmen sollten weiterhin hauptsächlich innerhalb der jeweiligen Sektoren unter Beteiligung überwiegend kleinerer Institute erfolgen.

Die Reputation und die Geschäftsergebnisse deutscher Kreditinstitute können auch künftig durch Rechtsstreitigkeiten belastet werden.

Die Deutsche Bundesbank wird 2017 gemeinsam mit der BaFin rund 1.500 kleinere und mittelgroße deutsche Finanzinstitute einem Stresstest unterziehen. Die Testergebnisse sollen im zweiten Halbjahr 2017 veröffentlicht werden und in den Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) von Bundesbank und BaFin einfließen.

Die EZB analysiert aktuell die internen Risikobewertungsmodelle der von ihr beaufsichtigten Banken. Im Rahmen dieses Targeted Review of Internal Models (TRIM) sollen größere Unterschiede innerhalb der Branche bei der internen Risikobewertung durch einzelne Institute verringert werden. Der Prozess wird nach Einschätzung der EZB noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Ausblick für den Postbank Konzern

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Die bereits Mitte 2016 vollzogene deutliche Verschiebung des Investitionsschwerpunkts auf Wachstum und Effizienz zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wird die Postbank im Geschäftsjahr 2017 beibehalten. Zu diesem Zweck wird die Postbank verstärkt in strategische Maßnahmen zur Intensivierung der Verknüpfung von „digital & persönlich“ gestützten Beratungs-, Verkaufs- und Serviceprozessen sowohl im Bereich der Ratenkreditvergabe als auch in der Wertpapierberatung investieren. Nachdem neue Vermarktungsprozesse wie beispielsweise die Online-Akquise von Baufinanzierungskunden bereits erfolgreich bei unseren Kunden angekommen sind, werden sich die Investitionen in den Ausbau der Digitalisierung weiterhin an den Kundenbedürfnissen orientieren, um ein „digital & persönlich“ verknüpftes Kundenerlebnis sicherzustellen.

Zur Steigerung der Effizienz in Front- und Backoffice sowie in Zentralbereichen wird die Postbank die Anpassung der Kapazitäten an das herausfordernde Umfeld für Banken fortsetzen und gleichzeitig in eine moderne Infrastruktur investieren.

Investitionen in eine moderne Infrastruktur der Filialen mit zusätzlichen Selbstbedienungsmöglichkeiten für Privat- und Geschäftskunden zählen – neben dem fortgesetzten Ausbau der Vertriebscenter – weiterhin zum Investitionsportfolio des Jahres 2017. Im Geschäftsjahr 2017 wird die Postbank weiterhin Investitionen tätigen müssen, um eine effiziente Reaktion auf kommende regulatorische Anforderungen zu gewährleisten. Dazu zählen u. a. die Umsetzung von Anforderungen aus den Internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS 9), aus der Fertigstellung bzw. Einführung von Basel III/IV sowie aus BCBS 239, TRIM, ICAAP und ILAAP.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Es ist zu erwarten, dass auf Basis der aktuellen Einschätzungen die Ergebnisse zur Mitarbeiterzufriedenheit zumindest das Niveau des Jahres 2016 erreichen. Für das Privatkundensegment wird angestrebt, die Kundenzufriedenheit zumindest auf dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 2016 zu stabilisieren. Diese Erwartung unterstellt keine grundlegenden Änderungen in der strategischen Ausrichtung der Postbank.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation des Postbank Konzerns

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank für das Jahr 2017 basiert auf unseren Erwartungen im Hinblick auf die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Unvorhergesehene Ereignisse wie ein erneutes Aufflammen der Staatsschuldenkrise in Europa, unerwartet veränderte geldpolitische Rahmenbedingungen, politische Risiken und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten könnten sich jedoch negativ auf die erwartete Ergebnissituation auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um weitere, unerwartete und deutliche Verschärfungen der regulatorischen Vorschriften für den Bankensektor könnte einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der im folgenden Basisszenario nicht berücksichtigt wurde.

Unsere Erwartungen für 2017 beruhen auf einer Zinsprognose, die bei Laufzeiten bis zu drei Monaten nahezu unverändert im negativen Bereich liegt und bei Laufzeiten über drei Monaten eine leichte Steigerung gegenüber dem Marktzinsniveau am Jahresende 2016 voraussieht.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden mit seinen Ertragsströmen bildet unverändert die Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank. Im Fokus stehen dabei die Stabilisierung des Zinsüberschusses, die Steigerung des Provisionsüberschusses und die Reduktion der Kostenbasis.

Im Einzelnen erwarten wir vor dem Hintergrund steigender Bestände im Kreditgeschäft, dass sich der Zinsüberschuss im Jahr 2017 trotz des anhaltend niedrigen bzw. negativen Zinsniveaus insgesamt leicht über dem Niveau des Jahres 2016 bewegen wird.

Vor dem Hintergrund der Einführung eines neuen Preismodells für Girokonten im November 2016, das seine volle Wirkung

auf die Gewinn- und Verlustrechnung im Jahr 2017 entfalten wird, sowie einer neuen Wertpapierstrategie mit einem ganzheitlichen Beratungsansatz planen wir für den Provisionsüberschuss ein Wachstum im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich.

Für das Finanzanlageergebnis erwarten wir im Vergleich zur Vorjahresperiode einen deutlichen Rückgang, da keine vergleichbaren positiven Sondereffekte – wie z. B. der im ersten Halbjahr 2016 abgeschlossene Verkauf der strategischen Beteiligung an der Visa Europe Ltd. – erwartet werden.

Im Handelsergebnis gehen wir für das Jahr 2017 von einem Rückgang im einstelligen Millionen-Euro-Bereich im Vergleich zum Jahr 2016 aus.

In der Risikovorsorge erwarten wir für 2017 aufgrund des geplanten Wachstums in unserem Kerngeschäft einen volumenbedingten Anstieg im niedrigen zweistelligen Millionen-Euro-Bereich im Vergleich zum historisch niedrigen Vorjahresniveau.

Im Hinblick auf den Verwaltungsaufwand gehen wir für das Jahr 2017 von einer moderaten Verbesserung aufgrund des strikten Kostenmanagements und der sich noch fortsetzenden Anpassung der Kapazitäten aus. In diesem Zusammenhang erwarten wir eine moderate Reduktion der Mitarbeiteranzahl, umgerechnet auf Vollzeitkräfte (FTE).

Auf Basis der vorausgesehenen Entwicklung der oben genannten Teilbereiche der Gewinn- und Verlustrechnung erwarten wir für das Ergebnis vor Steuern einen deutlichen Anstieg im Vergleich zu 2016.

Bei dem um Sondereffekte bereinigten Ergebnis vor Steuern im Jahr 2017 gehen wir von einem Anstieg im mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Bereich im Vergleich zu 2016 aus. Bereinigt werden hierbei die erwarteten Kosten für die Entflechtung von der Deutschen Bank sowie für Projekte, mit denen wir in die Steigerung der Zukunftsfähigkeit der Postbank investieren.

Auf der vorstehend beschriebenen Basis gehen wir von einer moderaten Verbesserung der Cost Income Ratio aus. Den Return on Tangible Equity nach Steuern erwarten wir in etwa auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2016.

Vor dem Hintergrund der strategiegemäßen Ausweitung im Kreditgeschäft und einem daraus resultierenden Anstieg der Risikoaktiva erwarten wir trotz der prognostizierten positiven Gewinnentwicklung bei den regulatorischen Kennzahlen eine leicht rückläufige Entwicklung der harten Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Capital Ratio nach Feststellung) ohne Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (fully phased-in). Für die Leverage Ratio ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen (fully phased-in) gehen wir aufgrund der erwarteten Reduktion im Leverage Exposure für das Jahr 2017 von einer moderaten Verbesserung aus.

Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Segmenten

Retail Banking

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung gehen wir für das Jahr 2017 von einer stabilen Entwicklung des Privatkundengeschäfts in Deutschland aus.

Es handelt sich hier um einen vergleichsweise weniger volatilen und gegenüber anderen Bereichen risikoärmeren Geschäftszweig. Wir unterstellen allerdings eine weiter steigende Wettbewerbsintensität. Mit unserer aktuellen Positionierung sehen wir uns hierfür sehr gut aufgestellt.

Für das Jahr 2017 rechnen wir mit einem moderat rückläufigen Zinsüberschuss aufgrund der weiter andauernden Belastungen aus dem Niedrigzinsumfeld insbesondere im Spar- und Girogeschäft. Kompensierend sollte sich hier eine positive Entwicklung des Zinsüberschusses im Kreditgeschäft – insbesondere im Bereich der Ratenkredite und der Baufinanzierung – auswirken. Vor dem Hintergrund der zum Jahresende 2016 erfolgten Neuorganisation unserer Girokonto-Modelle sowie der Einführung einer neuen Wertpapierstrategie mit neuem ganzheitlichem Beratungskonzept, die sich erst 2017 vollständig im Provisionsüberschuss niederschlagen werden, erwarten wir für den Provisionsüberschuss ein Wachstum im niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Bereich. Aufgrund des geplanten Bestandswachstums im Kreditgeschäft gehen wir von einem deutlichen Anstieg der Risikovorsorge aus. Als Folge der weiterverfolgten strengen Kostendisziplin, wirksamer Effizienzmaßnahmen sowie der fortgesetzten Anpassung der Kapazitäten erwarten wir, dass der Gewinn vor Steuern im Segment Retail Banking um einen mittleren bis hohen zweistelligen Millionen-Euro-Betrag höher ausfallen sollte als im Berichtsjahr.

Firmenkunden

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Firmenkunden wird im Jahr 2017 auf Basis unserer Erwartungen deutlich über dem Niveau des Berichtsjahres liegen. Maßgeblich getragen wird diese Erwartung von dem geplanten Geschäftswachstum im Bereich der Firmenkundenkredite, das sich spürbar positiv auf den Zinsüberschuss auswirken sollte. Das geplante Kreditneugeschäft sowie der fortgesetzte Ausbau der Vertriebscenter erfordern auch 2017 höhere Aufwendungen, u. a. für den Vertrieb. Dennoch gehen wir aufgrund von rückläufigen Sachaufwendungen durch weitere Effizienzsteigerungen insgesamt von einer moderaten Entlastung des Verwaltungsaufwands im Segment Firmenkunden aus.

Financial Markets

Für das Segment Financial Markets gehen wir für das Geschäftsjahr 2017 von einem um einen mittleren bis hohen zweistelligen Millionen-Euro-Betrag rückläufigen Ergebnis vor Steuern aus, was im Wesentlichen auf deutlich geringere Gewinnrealisierungen im Finanzanlageergebnis zurückzuführen sein sollte.

Non Core Operating Unit

Im Segment Non Core Operating Unit (NCOU) – das weiterhin durch hochverzinsliche Passiva charakterisiert ist – erwarten wir für 2017 eine Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern um einen mittleren zweistelligen Millionen-Euro-Betrag. Das anhaltend negative Segmentergebnis wird im Jahresverlauf 2017 im Wesentlichen durch eine deutliche Reduktion der Zinsaufwendungen aufgrund von Fälligkeiten in Höhe von ca. 3 Mrd € – die sich auf gedeckte Emissionen konzentrieren – entlastet. Bei entsprechenden Gelegenheiten werden wir die Möglichkeit eines außerplanmäßigen Positionsabbaus prüfen, was zu positiven oder negativen nicht in der Prognose enthaltenen Ergebniseffekten führen könnte.

Cost Center/Konsolidierung

Für dieses Segment erwarten wir für das Geschäftsjahr 2017 aufgrund der vollständigen Verrechnung auf die übrigen Segmente ein ausgeglichenes Ergebnis, das aufgrund der im Jahr 2016 verbuchten aktienbasierten Kompensation aus der Visa Europe Ltd. Transaktion in Höhe von 14 Mio € deutlich unterhalb des Ergebnisses im Berichtsjahr liegen wird.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 21. Februar 2017

Deutsche Postbank AG

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

GESAMTERGEBNISRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS ZUM 31. DEZEMBER 2016

Gewinn- und Verlustrechnung	Erläuterungen	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Zinserträge	(7)	3.927	4.165
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	(7)	29	15
Zinsaufwendungen	(7)	-1.733	-1.923
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	(7)	-54	-19
Zinsüberschuss	(7)	2.169	2.238
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(8)	-184	-209
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		1.985	2.029
Provisionserträge	(9)	1.099	1.074
Provisionsaufwendungen	(9)	-256	-252
Provisionsüberschuss	(9)	843	822
Handelsergebnis	(10)	50	56
Ergebnis aus Finanzanlagen	(11)	258	27
Verwaltungsaufwand	(12)	-2.853	-2.593
Sonstige Erträge	(13)	141	889
Sonstige Aufwendungen	(14)	-117	-646
Ergebnis vor Steuern		307	584
Ertragsteuern		10	27
Ergebnis nach Steuern		317	611
Ergebnis Konzernfremde		0	-1
Konzerngewinn		317	610
		2016	2015 ¹
Bereinigtes/Unbereinigtes Ergebnis je Aktie in €		1,45	2,79

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung

	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	317	611
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-158	90
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-225	108
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-225	108
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	35	-8
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	31	-10
Veränderung der Neubewertungsrücklage	31	-10
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	63	-28
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	-32	18
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	1	0
Gesamtergebnis Konzernfremde	0	-1
Gesamtergebnis	159	700

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2016 waren unverändert durchschnittlich 218.800.000 Aktien ausgegeben.

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorliegt.

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	01.01.2015 ¹ Mio €
Barreserve	(16)	2.291	1.357	1.230
Forderungen an Kreditinstitute	(17)	13.108	15.876	19.602
Forderungen an Kunden	(18)	102.003	98.937	98.340
Risikovorsorge	(20)	-998	-923	-1.361
Handelsaktiva	(21)	475	647	697
Hedging-Derivate	(22)	112	78	119
Finanzanlagen	(23)	26.767	30.768	33.477
davon: als Sicherheit übertragen	(23)	2.918	5.971	6.344
Immaterielle Vermögenswerte	(24)	1.963	1.902	1.952
Sachanlagen	(25)	699	678	683
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(26)	144	101	148
Latente Ertragsteueransprüche	(26)	198	77	73
Sonstige Aktiva	(27)	388	514	283
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(28)	47	489	-
Summe der Aktiva		147.197	150.501	155.243

Passiva	Erläuterungen	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	01.01.2015 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(29)	13.133	15.341	17.425
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(30)	118.918	119.150	120.493
Verbriefte Verbindlichkeiten	(31)	3.339	3.446	4.571
Handelsspassiva	(32)	409	665	767
Hedging-Derivate	(33)	42	208	298
Rückstellungen		907	703	854
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(34)	254	56	155
b) Sonstige Rückstellungen	(35)	653	647	699
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	98	110	104
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(36)	17	9	41
Sonstige Passiva	(37)	541	466	526
Nachrangkapital	(38)	2.567	3.239	3.699
Eigenkapital	(39)	7.226	7.164	6.465
a) Gezeichnetes Kapital		547	547	547
b) Kapitalrücklage		2.191	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		4.171	3.991	3.644
d) Konzerngewinn		317	610	259
Anteile in Fremdbesitz		-	6	5
Summe der Passiva		147.197	150.501	155.243

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Neubewertungsrücklage	Konzerngewinn	Eigenkapital vor Fremdanteilen	Anteile in Fremdbesitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 31.12.2014	547	2.010	3.303	337	259	6.456	5	6.461
Restatement	–	–	4	–	–	4	–	4
Stand 01.01.2015	547	2.010	3.307	337	259	6.460	5	6.465
Ausschüttung	–	–	–	–	–	–	–	–
Veränderung der Gewinnrücklagen	–	–	259	–	–259	–	–	–
Ergebnis nach Steuern	–	–	–	–	610	610	1	611
Sonstiges Ergebnis	–	–	100	–10	–	90	–	90
Eigene Aktien im Bestand	–	–	–	–	–	–	–	–
Übrige Veränderungen	–	–	–2	–	–	–2	–	–2
Stand 31.12.2015	547	2.010	3.664	327²	610	7.158	6	7.164
Ausschüttung	–	–	–	–	–	–	–	–
Veränderung der Gewinnrücklagen	–	–	610	–	–610	–	–	–
Erstkonsolidierungseffekt Servicegesellschaften ¹	–	–	–263	–	–	–263	–	–263
Kapitalerhöhung	–	181	–	–	–	181	–	181
Ergebnis nach Steuern	–	–	–	–	317	317	–	317
Sonstiges Ergebnis	–	–	–190	32	–	–158	–	–158
Eigene Aktien im Bestand	–	–	–	–	–	–	–	–
Übrige Veränderungen	–	–	–9	–	–	–9	–	–9
Ausweisänderung Anteile in Fremdbesitz (Fremdkapitalinstrumente)	–	–	–	–	–	–	–6 ⁴	–6
Stand 31.12.2016	547	2.191	3.812	359³	317	7.226	–	7.226

¹Siehe Note 2.²Davon entfielen im Vorjahr 78 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung.³Davon entfallen 14 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung (siehe Note 28).⁴Zu Details siehe Note Eigenkapital (Note 39).

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale, die in der Neubewertungsrücklage erfasst werden, sowie Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Versorgungsplänen, die in den Gewinnrücklagen erfasst werden, sowie darauf entfallende Ertragsteuern enthalten.

Bei den Übrigen Veränderungen handelt es sich insbesondere um Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der DB Finanz-Holding GmbH.



Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 39 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2016 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

Im März 2016 erfolgte eine Einzahlung in die Kapitalrücklage der Postbank durch die DB Finanz-Holding GmbH in Höhe von 143 Mio € und die Deutsche Bank AG in Höhe von 38 Mio €.

KAPITALFLUSSRECHNUNG

	Erläuterungen	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Konzerngewinn		317	610
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen		239	721
Veränderungen der Rückstellungen	(34), (35), (36)	-70	-77
Veränderung anderer zahlungswirksamer Posten		-51	-31
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen		-258	-47
Zugangsbewertung Trust-Refinanzierungsstruktur		0	-280
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)		-2.079	-2.332
Zwischensumme		-1.902	-1.436
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen an Kreditinstitute		2.951	3.666
Forderungen an Kunden		-3.142	-1.241
Handelsaktiva		235	136
Hedging-Derivate positive Marktwerte		-133	37
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte		13	-489
Sonstige Aktiva		99	-188
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-2.273	-2.077
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		-298	-1.284
Verbriefte Verbindlichkeiten		-312	-1.060
Handelspassiva		-256	-102
Hedging-Derivate negative Marktwerte		72	-106
Sonstige Passiva		-37	-61
Zinseinzahlungen		3.862	4.365
Zinsauszahlungen		-1.686	-1.921
Sonstige Zahlungszuflüsse		5	3
Erhaltene Dividendenzahlungen		0	0
Ertragsteuerzahlungen		-42	17
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-2.844	-1.741

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

	Erläuterungen	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		6.709	4.713
Anteilen an Tochterunternehmen		0	7
Anteilen an assoziierten Unternehmen	(2)	393	0
Sachanlagen		10	2
Immateriellen Vermögenswerten		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-2.208	-2.583
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	-357	0
Sachanlagen		-96	-55
Immateriellen Vermögenswerten		-108	-49
Cashflow aus Investitionstätigkeit		4.343	2.035
Dividendenzahlungen		0	0
Einzahlungen in die Kapitalrücklage		181	0
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		-746	-167
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-565	-167
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(16)	1.357	1.230
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-2.844	-1.741
Cashflow aus Investitionstätigkeit		4.343	2.035
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-565	-167
Effekte aus Wechselkursänderungen		0	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(16)	2.291	1.357

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge umgliedert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

ANHANG – NOTES

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Muttergesellschaft der Deutschen Postbank AG, Bonn, ist die DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main, die seit Dezember 2016 eine 100%ige Tochtergesellschaft der DB Beteiligungs-Holding GmbH, Frankfurt am Main, ist. Diese ist wiederum eine 100%ige Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main. Die Unternehmen des Postbank Teilkonzerns sind in den Konzernabschluss der Deutsche Bank AG einbezogen.

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Deutsche Postbank AG, Bonn (Amtsgericht Bonn, HRB 6793), hat als kapitalmarktorientierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2016 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Geschäftsbericht enthält die Bestandteile eines Jahresfinanzberichts im Sinne des § 37v WpHG.

200

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2016) enthält die Anlage zum Geschäftsbericht.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung (bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung und verkürzter Gesamtergebnisrechnung), die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Risikovorsorge, der immateriellen Vermögenswerte und der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit der latenten Steuern. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getrof-

125

fenen Annahmen bei der Erläuterung des entsprechenden Postens im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Für Wertpapierbestände in Form von Staatsanleihen, Pfandbriefen, Banken- und Unternehmensanleihen erfolgt die Fair-Value-Ermittlung anhand beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter.

Die Steuerung der Markt-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 32 Tochterunternehmen (31. Dezember 2015: 28) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

49

51

68

39

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding AG, Hameln	100,0	
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
Postbank Immobilien GmbH, Hameln		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	

In den Konsolidierungskreis werden darüber hinaus unverändert acht Teilgesellschaftsvermögen gemäß IFRS 10 einbezogen. Es handelt sich bei allen Teilgesellschaftsvermögen um strukturierte Unternehmen gemäß IFRS 12.

Im Rahmen der Entflechtung von der Deutschen Bank AG hat die Postbank 100 % der Gesellschaftsanteile an ihren Servicegesellschaften Betriebs-Center für Banken AG, Postbank Direkt GmbH, Postbank Service GmbH und BHW Kreditservice GmbH sowie 75 % der Gesellschaftsanteile an der VÖB-ZVD Processing GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2016 von der PBC Banking Services GmbH zurückerworben. Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals der VÖB-ZVD Processing GmbH wird treuhänderisch vom Bundesverband

Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Bank gehalten. Die Servicegesellschaften werden von diesem Zeitpunkt an als Tochtergesellschaften gemäß IFRS 10 im Postbank Konzern vollkonsolidiert.

Der Erwerb der Anteile an den Servicegesellschaften stellt einen Unternehmenserwerb unter einheitlicher Beherrschung dar, da die Postbank Servicegesellschaften und die Postbank sowohl vor als auch nach der Transaktion von der Deutschen Bank AG beherrscht werden. Der im Rahmen des Rückerwerbs der Servicegesellschaften entstandene Differenzbetrag – zwischen der gewährten Gegenleistung in Höhe von 409 Mio € (inklusive der in der Berichtsperiode erfolgten nachträglichen Kaufpreiszahlung in Höhe von 2 Mio €) und dem Saldo der

zu Konzernbuchwerten der Deutschen Bank übernommenen Vermögenswerte und Schulden der Servicegesellschaften – reduzierte die Gewinnrücklagen des Postbank Konzerns um 263 Mio €.

Der Kaufpreis (inklusive nachträglicher Kaufpreiszahlung) für die Anteile an den Servicegesellschaften wurde ausschließlich als Zahlungsmittel entrichtet. Zum Erwerbszeitpunkt betragen die Vermögenswerte der Gesellschaften 391 Mio € und die Verbindlichkeiten beliefen sich auf 245 Mio €. Bei den zugegangenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um Zahlungsmittel (52 Mio €), Forderungen (188 Mio €), Ertragsteueransprüche (77 Mio €) und Sonstige Aktiva (60 Mio €). Die zugegangenen Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen aus Sonstigen Passiva (94 Mio €), Rückstellungen (80 Mio €) und Verbindlichkeiten (66 Mio €). Im Geschäftsjahr trugen die Servicegesellschaften Erträge in Höhe von 109 Mio €, im Wesentlichen Provisionserträge, zu den in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Erträgen des Konzerns bei. Der Anteil am Konzernergebnis für die Berichtsperiode betrug –275 Mio €.

Gleichzeitig hat die Postbank mit Wirkung zum 1. Januar 2016 die von ihr gehaltenen Anteile an der PBC Banking Services GmbH in Höhe von 49,9975 % an die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG verkauft. Da die Beteiligung an der PBC Banking Services GmbH sowie die Ansprüche auf entsprechende Ausgleichszahlung bereits zum 31. Dezember 2015 zum Fair Value abzüglich der Veräußerungskosten gemäß IFRS 5 bewertet worden war, ergab sich aus dem Anteilsverkauf im Jahr 2016 kein weiterer Ergebniseffekt.

Die Postbank Filial GmbH wurde am 8. April 2016 mit der Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2016 auf die Postbank Filialvertrieb AG verschmolzen.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor.

Zur Reduktion der Komplexität in der Konzernstruktur ist im ersten Quartal 2017 rückwirkend auf den 1. Januar 2017 die Verschmelzung der BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH auf die BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH geplant.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IFRS 10.19 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt gemäß IFRS 10.B86. Die Buchwerte der Anteile an den Tochterunternehmen bei dem Mutterunternehmen werden durch die Vermögenswerte und Schulden der einbezogenen Unternehmen ersetzt.

Die aus der Erstkonsolidierung nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 3 entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge (Geschäfts- und Firmenwerte) werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen, bei denen es sich um kündbare Finanzinstrumente gemäß IAS 32 handelt, werden ab 2016 unter den Sonstigen Passiva als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IFRS 10.B86 eliminiert.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden blieben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Fair Value und aktiver Markt

Der Fair Value ist der Preis, der bei der Veräußerung eines Vermögenswertes oder bei Übertragung der Verbindlichkeit im Rahmen eines geordneten Geschäftsvorfalles zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag erhalten bzw. gezahlt würde. Sofern verfügbar, werden für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente auf dem aktiven Markt notierte Preise verwendet, dazu wird der jeweilige Hauptmarkt bzw. der vorteilhafteste Markt bestimmt (IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34).

Der aktive Markt ist insbesondere durch ein hohes Handelsvolumen bzw. Liquidität gekennzeichnet. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

Bei der Bestimmung des Hauptmarktes berücksichtigt die Postbank die folgenden kumulativen Kriterien:

- Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität,
- die Bank hat Marktzugang zu dem definierten Hauptmarkt.

Als Hauptmarkt werden dabei in Abhängigkeit von der Produktart der Interbankenmarkt, der Brokermarkt, die Börsenplätze oder die Terminbörsen herangezogen.

Sofern die Bank zu dem Hauptmarkt keinen Zugang hat, wird für die Bestimmung des Fair Value der vorteilhafteste Markt betrachtet.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie Loans and Receivables). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option gemäß IAS 39 ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebnisfassung (Accounting Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B12 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung einer aktuellen Swaprenditekurve und darlehens-

125

spezifischer Risiko- bzw. Kostenaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 42. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter dem Posten „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten sowie Hedge-Agien und Bereitstellungszinsen (wenn die Inanspruchnahme der Kreditzusage wahrscheinlich ist) werden die Laufzeit der Forderungen nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden, erfolgt anhand beobachtbarer Marktpreise oder auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung von aktuell am Markt beobachtbaren Swaprenditekurven sowie Credit Spreads. Weitere Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beinhaltet Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

125

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzposten und Produktarten. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz hat die Postbank die Angaben zum Kreditrisiko nach IFRS 7.36 f. im Risikobericht des Konzernlageberichts, differenziert nach den einzelnen Klassen, angeben.

39

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing aktiviert die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen. Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter

den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden aufgeteilt, wobei der erfolgswirksame Ertragsanteil als Zinsertrag erfasst wird und der erfolgsneutrale Tilgungsanteil gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand gebucht wird. Die Postbank hat weder als Leasinggeber noch als Leasingnehmer Finanzierungsleasingverhältnisse mit Bezug auf Immobilien.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen bzw. immateriellen Vermögenswerten aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleasten Vermögenswerte im Verwaltungsaufwand erfasst.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalisierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis der Parameter erwartete Verlustquote, Ausfallwahrscheinlichkeit und Loss Identification Period (LIP)-Faktor ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen von definierten qualitativen und ratingbezogenen Trigger-Events, wie z. B. Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohender Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen, angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten sind, entweder über eine Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung erfolgswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert;
- unter Verwendung eines beobachtbaren Marktpreises, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Forderungen, die seitens der Bank als endgültig uneinbringlich eingestuft werden, werden in entsprechender Höhe direkt erfolgswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag (Trade Date).

Die Bewertung der Handelsaktiva erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 vorliegen, werden diese öffentlich notierten Marktpreise grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IFRS 13.61 ff. i.V.m. IFRS 13.B5 ff) ermittelt. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen von der Fair-Value-Option zugeordneten derivativen Geschäften werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Eingebettete Derivate, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit dem Basisvertrag verbunden sind und die Kriterien entlang der Regelungen des IAS 39.10 ff. erfüllen, werden abgespalten und als trennungspflichtige eingebettete Derivate wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen.

125

Eine detaillierte Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) in Pension gegebenen Wertpapiere werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird entsprechend der Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgezinst. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen bzw. positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten erfasst.

Reverse Repos werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zins-

erträge bzw. negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabepflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Zinsänderungsrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Änderungen ihres beizulegenden Zeitwertes (Fair Value) abgesichert.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren, langfristigen Forderungen und emittierten Schuldverschreibungen Zinsswaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variabel verzinsliche Positionen umzuwandeln. Hierbei handelt es sich um einen Mikro-Fair-Value-Hedge, d. h., es werden Einzelgeschäfte gegen Zinsänderungsrisiken abgesichert. Daneben wendet die Postbank den Portfolio-Fair-Value-Hedge nach IAS 39 an und nutzt diesen zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken aus Forderungen an Kunden auf Portfolioebene. Es werden keine einzelnen Geschäfte abgesichert, sondern Zahlungsströme aus dem abzusichernden Portfolio, die nach Laufzeitbändern gegliedert sind. Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikrohedger bezeichnet.

Derivative Sicherungsinstrumente werden in erster Linie als Mikrohedgerbeziehungen zur Sicherung von Zinsänderungsrisiken eingegangen. Das Ergebnis aus den effektiven Sicherungsbeziehungen (Hedgeergebnis) wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

Sofern keine effektiven Mikrohedgerbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Sicherungsinstrumente gemäß IFRS erfolgswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzins-

position der Gesamtbilanz werden sowohl neue Swaps als Sicherungsinstrumente für Mikrohedgebeziehungen abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgebeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die erfolgswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Die Effektivitätsprüfung für Fair Value Hedges erfolgt prospektiv grundsätzlich durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument. Im Falle des Portfolio-Fair-Value-Hedge wird zur prospektiven Effektivitätsprüfung die Regressionsanalyse genutzt. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig anhand eines retrospektiven Effektivitätstests überprüft.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ umfasst Schuldverschreibungen, Aktien und andere festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen, die alle nicht zu Handelszwecken gehalten werden.

Finanzanlagen der Postbank werden als Loans and Receivables (LaR) oder als Available for Sale (AfS) kategorisiert.

In die Bewertungskategorien LaR und AfS werden Finanzinstrumente klassifiziert, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht und die nicht zur Bewertung zum Fair Value designed wurden. Umfasst das Finanzinstrument feste und bestimmbare Zahlungen und liegt kein aktiver Markt vor, erfolgt grundsätzlich die Kategorisierung als LaR, allerdings ist auch eine Zuordnung in die Kategorie AfS möglich.

Eigenkapitalinstrumente werden der Kategorie AfS zugeordnet. Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen der Bewertungskategorie AfS werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese kein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt und ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit dem Fair Value. Finanzinstrumente der Kategorie Available for Sale (AfS) werden zum Handelstag bilanziell erfasst, während für Finanzinstrumente der Kategorie Loans and Receivables (LaR) die Erfassung zum Erfüllungstag (Settlement Date) erfolgt.

Die Folgebewertung der LaR-Bestände erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, Finanzanlagen der Kategorie AfS werden mit dem Fair Value bilanziert, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Fair Value werden bei Finanzanlagen der Kategorie AfS in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt.

Bei den LaR-kategorisierten Finanzanlagen werden Fair-Value-Schwankungen bilanziell nicht erfasst, sondern fließen in die stillen Lasten bzw. Reserven ein.

Wird für Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Agien und Disagien sowie Hedge-Agien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant amortisiert.

Bei Schuldtiteln erfolgt eine Abschreibung (Impairment) nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (Objective Evidence) festgemacht. Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (Recoverable Amount) als Impairment in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Bei AfS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen.

Bei Eigenkapitalinstrumenten werden bei signifikantem oder länger anhaltendem Rückgang des Fair Value erfolgswirksame Abschreibungen vorgenommen.

Sofern die Gründe für ein Impairment weggefallen sind, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe der (fortgeführten) Anschaffungskosten, die im Fall von Fremdkapitalinstrumenten erfolgswirksam, im Fall von Eigenkapitalinstrumenten erfolgsneutral über das Eigenkapital vorzunehmen ist.

Ergebnisse aus Impairments bzw. aus ergebniswirksam erfasster Wertaufholung sowie aus Veräußerungen werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

Die Fair Values von Unternehmensanleihen, Staatsanleihen, Pfandbriefen und Bankanleihen werden auf Basis beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter gemäß IFRS 13.72 ff. i.V.m. IFRS 13.B34 ermittelt.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 42 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(i) Zugang und Ausbuchung von Finanzinstrumenten

Der bilanzielle Zugang eines finanziellen Vermögenswertes bzw. einer finanziellen Verpflichtung erfolgt grundsätzlich, wenn die Bank Vertragspartei eines Finanzinstruments wird. Der erstmalige Ansatz eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit erfolgt grundsätzlich zu ihrem beizulegenden Zeitwert, wobei der Transaktionspreis in der Regel dem beizulegenden Zeitwert entspricht. Liegen Nachweise vor, dass der Transaktionspreis nicht dem beizulegenden Zeitwert entspricht, wird die Differenz gemäß IAS 39.AG76 behandelt.

Ein Abgang von finanziellen Vermögenswerten erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erloschen oder übertragen sind bzw. eine Verpflichtung übernommen wurde, diese Cashflows weiterzuleiten, und diese Verpflichtung die

Kriterien einer Durchleitungsvereinbarung gemäß IAS 39.19 erfüllt. Dementsprechend erfolgt ein Abgang, sobald substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurden. Sofern substantiell alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen weder zurückbehalten noch übertragen werden, erfolgt eine Ausbuchung, wenn die Verfügungsmacht über den Vermögenswert aufgegeben wurde. Ansonsten erfolgt eine bilanzielle Behandlung im Umfang des fortgeführten Engagements. Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen finanziellen Vermögenswert desselben Kontrahenten zu signifikant abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird, erfolgen eine Ausbuchung des bestehenden finanziellen Vermögenswertes und der Zugang eines neuen Vermögenswertes. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird erfolgswirksam erfasst.

Eine finanzielle Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung erfüllt, aufgehoben oder erloschen ist. Der Rückerwerb eigener Schuldtitel führt ebenfalls zur Ausbuchung der finanziellen Verpflichtungen. Unterschiedsbeträge beim Rückkauf zwischen dem Buchwert der Verpflichtung (einschließlich Agien und Disagien) und dem Kaufpreis werden erfolgswirksam erfasst. Wenn eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine andere finanzielle Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird bzw. die Vertragsbedingungen der bestehenden Verbindlichkeit wesentlich modifiziert werden, dann wird die ursprüngliche Verbindlichkeit ausgebucht und eine neue Verbindlichkeit erfasst. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird erfolgswirksam erfasst.

(j) Immaterielle Vermögenswerte

Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte sowie erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21-23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können. Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a) – (f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 20 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. In der Berichtsperiode haben keine Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer mit wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis dieser bzw. künftiger Perioden stattgefunden. Die immateriellen Ver-

mögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Ist das der Fall, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft.

Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich um Markenwerte und erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte. Für Geschäfts- oder Firmenwerte sowie für den Markenwert erwartet die Bank, dass hieraus grundsätzlich zeitlich unbegrenzt Cashflows generiert werden können. Daher werden diese als immaterielle Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer klassifiziert. Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung.

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die sonstigen immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden jährlich auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte den entsprechenden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36 zugeordnet. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 bestimmt. Für den Impairment-Test auf den Geschäfts- oder Firmenwert wird anschließend festgestellt, ob der erzielbare Betrag den jeweiligen Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Aufgrund veränderter Zuständigkeit im Vorstand der Postbank wurden in der Berichtsperiode die zuvor im Segment Retail Banking ausgewiesenen Ergebnisse im Geschäft mit Geschäftskunden nunmehr dem Segment Firmenkunden zugeordnet. Die den beiden Segmenten zugeordneten erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte wurden entsprechend der vorgenommenen Neuordnung im Verhältnis der relativen Nutzungswerte ebenfalls realloziert. Der Impairment-Test der Geschäfts- oder Firmenwerte wird ab nun auf Basis der jeweiligen Werte nach der Reallokation der Segmente durchgeführt.

Der Impairment-Test der Markenwerte erfolgt auf der Ebene des einzelnen Vermögenswertes. Hierzu wird der beizulegende Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten mit einem kapitalwertorientierten Verfahren ermittelt und mit dem Buchwert der Markenwerte verglichen. Der Wertbeitrag der Markenwerte wird dabei auf Basis des zusätzlichen Neugeschäfts abgeleitet, welches aufgrund des Markennamens BHW abgesetzt werden kann.

Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugrunde gelegt. Der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (Management Approach). Der Planungszeitraum umfasst fünf Jahre. Im

Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate von 1 % (Vorjahr: 1 %) – sogenannte ewige Rente – angesetzt. Für die Ermittlung der Nutzungswerte der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Retail Banking wurde ein Abzinsungssatz von 7,24 % (Vorjahr: 7,48 %) berücksichtigt, für die zahlungsmittelgenerierende Einheit Firmenkunden belief sich der Abzinsungssatz auf 7,11 % (Vorjahr: 7,48 %). Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins zuzüglich einer unternehmensspezifischen Risikoprämie, die sich aus dem systematischen Marktrisiko (Betafaktor) sowie der aktuellen Marktrisiko­prämie ableitet.

Bezugnehmend auf IAS 36.134 (d) (ii) basieren die in der Planungsrechnung ermittelten Segmentergebnisse sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank sowie auf den Einschätzungen der Produktmanager bezüglich der Marktentwicklungen im Verhältnis zur geplanten Entwicklung der Postbank Produkte. Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikovorsorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der Segmentergebnisse aufbaut.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland wird für den Planungszeitraum 2017 bis 2021 mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,3 % gerechnet; zugleich wird davon ausgegangen, dass sich die Arbeitslosigkeit in den Jahren 2017 bis 2021 zwar leicht erhöht, aber bis zum Ende des Planungszeitraums auf einem immer noch sehr niedrigen Niveau liegt. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften über den gesamten Planungszeitraum hinweg überdurchschnittlich ansteigen. Ausgehend von einer sehr moderaten Inflation von 0,5 % im Jahr 2016, wird 2017 mit einem raschen Anstieg in Richtung 1,5 % gerechnet. In den darauffolgenden Jahren sollte sich die Inflation bei knapp 2 % stabilisieren. Der private Konsum dürfte im gesamten Planungszeitraum mit durchschnittlichen Raten wachsen, wobei sich die Sparquote auf einem niedrigen Niveau einpendelt. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft vom niedrigen Zinsniveau profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat ausgeweitet wird. Trotz einer gestiegenen politischen Unsicherheit ist die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Verschärfung der Staatsschuldenkrise im Jahr 2017 wegen der von Politik und EZB beschlossenen Maßnahmen eher gering. Risiken für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Rahmendaten im Planungszeitraum sieht das Management vor allem in dem geplanten Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union sowie in einem veränderten wirtschafts- und handelspolitischen Kurs unter dem neuen US-Präsidenten.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter bei den Sparprodukten, der Ratenkredite und der Bausparprodukte der Postbank für den Kernmarkt Deutschland ergibt eine insgesamt leichte Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Postbank.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Veräußerungskosten für die Markenwerte erfolgt auf Basis der prognostizierten Neugeschäftsentwicklung. Die nachhaltige Fortschreibung wird mit einem Wachstumsfaktor von 1 % (Vorjahr: 1 %) vorgenommen. Der verwendete Abzinsungssatz beträgt 7,25 % (Vorjahr: 7,48 %).

(k) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Zu der sonstigen Betriebs- und Geschäftsausstattung gehören u. a. die Mietereinbauten, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gemäß IAS 16.16 ermittelt und über 10 Jahre bzw. über die verbleibende Mietlaufzeit linear abgeschrieben werden.

Kosten für Reparaturen und Instandhaltung werden in voller Höhe erfolgswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Komponenten des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungskosten von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

(l) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (IAS 39.47).

Der Buchwert von Verbindlichkeiten, die Teil einer Hedgebeziehung sind, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagioträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Verbindlichkeiten für die Rückertstattungen von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinsatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Die Berechnung der Verbindlichkeitshöhe erfolgt auf Basis von vorab definierten rationalen Entscheidungsmustern der Kunden. Für jeden einzelnen Kunden wird eine Einschätzung getroffen, ob die Inanspruchnahme des Bauspardarlehens und damit der Verzicht auf die Rückerstattung der Abschlussgebühren sowie die rückwirkende Vergütung von Zinsboni aus Kundensicht wirtschaftlich vorteilhaft sein kann. Ergänzend werden die historischen Erfahrungen über tatsächliches, gegebenenfalls

nicht den Erwartungen entsprechendes Kundenverhalten in Form eines gesonderten Aufschlags berücksichtigt. Da das Kundenverhalten grundsätzlich nicht nur durch rationale Entscheidungsmuster erklärt werden kann und die Historie nicht immer dem künftigen Kundenverhalten entspricht, ergeben sich gewisse Unsicherheiten hinsichtlich der Verbindlichkeitshöhe. Im Berichtsjahr wurde auf der Basis aktueller Analysen die geschätzte durchschnittliche Restlaufzeit der relevanten Bauspareinlagen um 0,5 Jahre reduziert.

(m) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zweck der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs unter den Handelspassiva erfasst. Bewertungsgewinne und -verluste sowie Gewinne und Verluste aus der Veräußerung von derivativen Finanzinstrumenten werden im Handelsergebnis bilanziert. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen.

Eingebettete Derivate, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit dem Basisvertrag verbunden sind und die Kriterien entlang der Regelungen des IAS 39.10 ff. erfüllen, werden abgespalten und als trennungspflichtige eingebettete Derivate wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen.

(n) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
Bei der Deutschen Postbank AG und ihren Tochtergesellschaften bestehen Zusagen auf betriebliche Versorgungsleistungen. Die Zusagen werden in Abhängigkeit von den grundlegenden Leistungsbedingungen und -voraussetzungen des jeweiligen Plans entweder als beitragsorientierte oder als leistungsorientierte Pläne klassifiziert.

Für die beitragsorientierten Pläne wird ein jährlich bereitzustellender Beitrag versicherungsmathematisch in eine Leistung umgewandelt und einem Versorgungskonto gutgeschrieben.

Der Konzern ist mit anderen Trägerunternehmen für einen kleinen Teilbestand seiner Beschäftigten Mitgliedsunternehmen des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (BVV), der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechnigte Mitarbeiter leistet. Sowohl Arbeitgeber als auch die betreffenden Arbeitnehmer leisten regelmäßig Beiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt grundsätzlich die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge der eigenen Mitarbeiter. Der Konzern haftet nicht für Verpflichtungen dritter Unternehmen. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsdefinierten gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögenswerte und die auf die gegenwärtigen und die ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflich-

tungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Dies liegt maßgeblich in der Tatsache begründet, dass der BVV seine Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet.

Die bestehenden leistungsorientierten Versorgungszusagen sehen nach Berechtigungsgruppen unterschiedliche Leistungen vor. Bei dem überwiegenden Teil der Leistungen handelt es sich um unmittelbare Versorgungszusagen. Seit der Übernahme der BHW Gruppe bestehen darüber hinaus auch mittelbare Versorgungszusagen über die Pensionskasse des BHW Bausparkasse VVaG.

Unmittelbare Versorgungszusagen: Die unmittelbaren Versorgungszusagen sehen Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen vor, zumeist in Form von lebenslangen Rentenzahlungen. Im Einzelnen existieren, auch bedingt durch die Übernahmen von Versorgungsplänen im Zusammenhang mit Unternehmenstransaktionen, unterschiedliche Ausgestaltungen in Form von

- Rentenbausteinplänen, bei denen sich die spätere Rente jährlich in Abhängigkeit des bezogenen Gehalts erhöht;
- endgehaltsabhängigen Zusagen, bei denen sich die spätere Rente in Abhängigkeit von der verbrachten Dienstzeit und den vor Eintritt des Leistungsfalls bezogenen Gehältern ergibt;
- (dynamischen) Festrenten, bei denen die spätere Rentenhöhe festgesetzt wird, teils aber jährlich um einen festen Prozentsatz dynamisiert wird.

Die Zusagen der in den Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Postbank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer finanziert die Postbank im Durchführungsweg der Direktzusage.

Pensionskasse des BHW Bausparkasse VVaG: Die Pensionskasse ist ein rechtlich selbstständiger Träger der betrieblichen Altersversorgung in Form eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG) und gewährt den Versicherten einen Rechtsanspruch auf ihre Versorgungsleistungen. Sie unterliegt als regulierte Pensionskasse der uneingeschränkten Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) auf Grundlage des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Die Finanzierung der Pensionskasse erfolgt im Wege der Kapitaldeckung – hierzu leisten die Trägerunternehmen regelmäßig Beiträge an die Pensionskasse. Die Solvabilität der Pensionskasse wurde im Geschäftsjahr für den Vorjahresstichtag gegenüber der BaFin bestätigt. In der Pensionskasse versicherte Arbeitnehmer und Rentner haben in der Regel auch unmittelbare Versorgungszusagen, die durch Anrechnungslösungen mit den Pensionskassenversicherungen verbunden sind.

Zur Finanzierung der unmittelbaren Verpflichtungen, die nicht über die Pensionskasse gedeckt sind und die nicht bereits ausfinanziert waren, hat die Postbank im Jahr 2013 ein CTA (Contractual Trust Arrangement) eingerichtet. Das darin vorgehaltene Vermögen ist qualifiziert als Planvermögen unter IAS 19. Die Dotierungen des CTA unterliegen keinen gesetzlichen Mindestbeitragsanforderungen, sondern können von der Postbank frei, unter Berücksichtigung interner Vorgaben, bestimmt werden.

Die Höhe des Verpflichtungsumfangs wird jährlich von unabhängigen Versicherungsmathematikern unter Verwendung der von IAS 19 vorgeschriebenen Projected Unit Credit Method ermittelt. Der für die Diskontierung der Pensionsverpflichtungen anzuwendende Rechnungszins wird zum Bilanzstichtag auf Basis der Renditen hochwertiger langfristiger Unternehmensanleihen ermittelt und seit 2016 auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet. Die Annahmen zum Gehaltstrend spiegeln die Erwartungen der Postbank über die langfristige Entwicklung wider. Die nominale Rate der erwarteten Gehaltssteigerungen bestimmt sich dabei über die Inflation zuzüglich des langfristig erwarteten realen Gehaltstrends (Building Block Approach). Als Referenz für die langfristige Inflationsentwicklung wird die implizite Inflation von in Euro notierten Inflationsswaps am Bilanzstichtag herangezogen.

Die zukünftigen Rentenanpassungen orientieren sich an der Inflation bzw. an der Gehaltsentwicklung entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, sofern keine garantierte Anpassung von 1 % p. a. zugesagt ist.

Die für die Berechnungen angewendeten Parameter sind der folgenden Übersicht zu entnehmen:

	2016	2015
Abzinsungssatz	1,75 %	2,4 %
Gehaltsdynamik	2,0 %	2,1 %
Inflationsrate	1,8 %	1,6 %
Sterblichkeit	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G

Sonstige Rückstellungen

Verpflichtungen aus anderen kurzfristigen oder langfristigen Leistungen an Arbeitnehmer werden unter Anwendung der Vorschriften des IAS 19 überwiegend unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen. Dies gilt insbesondere für Altersteilzeit und Vorruhestandsleistungen.

Rückstellungen für gerichtliche und außergerichtliche Rechtsstreitigkeiten werden gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses aus den laufenden Rechtsstreitigkeiten größer als 50 % ist und die Höhe der Verpflichtung verlässlich ermittelt werden kann. Bei der Bestimmung, ob die Wahrscheinlichkeit des Mittelabflusses größer als 50 % ist, und bei der Schätzung der Höhe der möglichen Verpflichtung berücksichtigt die Bank eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen u. a. die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung der Bank und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten. Da die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Höhe der Verpflichtung aus Rechtsstreitigkeiten mit Unsicherheiten verbunden ist, könnte die tatsächliche Verpflichtung am Ende des Gerichtsverfahrens bzw. der außergerichtlichen Beilegung von der Höhe der gebildeten Rückstellung eventuell abweichen.

(o) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es

sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet.

Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich zum Stichtagskurs des jeweiligen Monats des Geschäftsvorfalles umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Posten werden, entsprechend der den Posten zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

(p) Ertragserfassung

Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und grundsätzlich im Zinsertrag bzw. im Zinsaufwand ausgewiesen. Bei der Anwendung der Effektivzinsmethode werden die erwarteten Cashflows über die gesamte Laufzeit des Vermögenswertes bzw. der Verbindlichkeit mit dem Effektivzins diskontiert. In die Berechnung des Effektivzinssatzes fließen alle direkt zurechenbaren Transaktionskosten, Gebühren und andere erhaltene oder geleistete Zahlungen ein. Existiert ein zugehöriges Finanzinstrument, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses ebenfalls einbezogen.

Sofern auf finanzielle Vermögenswerte negative Zinsen gezahlt werden, werden diese nicht im Zinsertrag erfasst, sondern in einem gesonderten Posten des Zinsergebnisses „Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte“. Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten werden nicht im Zinsaufwand erfasst, sondern in einem gesonderten Posten des Zinsergebnisses „Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten“. Somit fließen atypische Zinsen in den Zinsüberschuss ein und werden in der Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Bei Zinsswaps erfolgt – in Analogie zu der in einem normalen Zinsumfeld vorgenommenen Saldierung der Zahlungsströme – eine Aufsummierung der Zinszahlungsströme je Swap.

Die Erfassung der Erträge erfolgt in der Periode, in der die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich geschätzt werden kann und es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft der Bank zufließen wird.

Die wiederkehrenden Gebühren und Entgelte für bestehendes Geschäft und die übrigen Gebühren aus Dienstleistungen (im Wesentlichen im Girogeschäft) werden zum Zeitpunkt der jeweiligen Leistungserbringung erfasst. Die Erfassung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung.

Im Wertpapier- und Fondsgeschäft erwirtschaftet die Bank neben Abschlussprovisionen, die mit dem Vertragsabschluss über das jeweilige Produkt erfasst werden, auch Vertriebs-

folgeprovisionen. Die Vertriebsfolgeprovision bezieht sich im Wesentlichen auf die Bestandsbetreuung. Diese steht der Bank so lange zu, wie der jeweilige Vertrag dies vorsieht, und wird bei Leistungserbringung erfasst. Sofern Unsicherheiten über den Zeitpunkt der Leistungserbringung bestehen, erfolgt die Ertragserfassung bei Zahlungseingang.

Für die Vermittlung von Lebensversicherungen erhält die Bank insbesondere Abschlussprovisionen. Der Anspruch auf die Abschlussprovision entsteht mit der Zahlung des ersten Kundenbeitrags. Die Abschlussprovision wird mit ihrem erwarteten Barwert unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen somit direkt nach erfolgter Leistungserbringung als Ertrag erfasst. Die Bank erfasst die Provisionen für die Vermittlung von Restschuldversicherungen, die der Bank über die Laufzeit dieser Versicherungen gezahlt werden, auf Basis einer zuverlässigen Schätzung des erwarteten Barwertes ebenfalls direkt nach erfolgter Leistungserbringung. Im Berichtsjahr hat die Bank die Grundlage der Schätzung von internen Berechnungen auf Auswertungen der Versicherung umgestellt. Hieraus ergab sich ein positiver Effekt im Provisionsüberschuss.

Die Postbank nimmt als Mitglied der von der Deutschen Bank als Leitinstitut geführten Bietergruppe an dem Refinanzierungsprogramm der Europäischen Zentralbank – Targeted Longer-Term Refinancing Operations II (TLTRO II) – teil, wobei keine Weiterleitung der Refinanzierungsmittel durch die Deutsche Bank an die Postbank erfolgt. Für den Beitritt zur vorgenannten Bietergruppe erhält die Postbank auf Basis einer Vereinbarung mit der Deutschen Bank eine Dienstleistungsvergütung, die in ihrer Höhe vom erzielten Refinanzierungsvorteil (abhängig von gestellten Sicherheiten) sowie dessen Laufzeit abhängt. Die Postbank hat zum 31. Dezember 2016 jene Erträge aus der Vereinbarung in der Position Sonstige Erträge erfasst, die gemäß IAS 18.20 bereits verlässlich geschätzt werden konnten.

(q) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12 unter Berücksichtigung der seit dem Veranlagungsjahr 2012 bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft zur Deutschen Bank nach der „formaljuristischen Betrachtungsweise“. Danach werden Ertragsteuern der zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften nicht ausgewiesen, da diese vom Organträger, der Deutschen Bank AG, geschuldet werden.

Bei der Beurteilung der Ertragsteuerforderungen und -verbindlichkeiten müssen teilweise Einschätzungen getroffen werden. Eine abweichende steuerliche Beurteilung der Finanzbehörden kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Der damit verbundenen Unsicherheit wird dadurch Rechnung getragen, dass ungewisse Steuerforderungen und -verpflichtungen dann angesetzt werden, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit aus Sicht der Postbank höher als 50 % ist. Eine Änderung der Einschätzung, z. B. aufgrund von finalen Steuerbescheiden, wirkt sich auf die laufenden und latenten Steuerposten aus. Für bilanzierte unsichere Ertragsteuerposten wird als beste Schätzung die voraussichtlich erwartete Steuerzahlung zugrunde gelegt.

Für die weiterhin von den nicht zum Postbank Organkreis gehörigen Gesellschaften geschuldeten Steuern gelten die nachstehenden Ausführungen:

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist. Der Ansatz von latenten Steueransprüchen für steuerliche Verlustvorträge erfolgt aufgrund von zukünftig zu versteuerndem Einkommen im Rahmen eines Planungszeitraums von grundsätzlich fünf Geschäftsjahren.

Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um künftige Steuerminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst erfolgswirksam behandelt wird. Eine erfolgsneutrale Erfassung im Sonstigen Ergebnis erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie Available for Sale.

(r) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Langfristige Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn ihr Buchwert im Wesentlichen durch einen Verkauf realisiert wird und der Verkauf höchstwahrscheinlich ist.

Die als zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte werden grundsätzlich mit dem niedrigeren Wert von bisherigem Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt und im Bilanzposten „Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte“ ausgewiesen. Ausnahmen von dieser Bewertungsregelung finden gemäß IFRS 5.5 u. a. auf Finanzinstrumente Anwendung. Die mit diesen Vermögenswerten verbundenen Verbindlichkeiten werden in dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten“ ausgewiesen, sofern diese ebenfalls übertragen werden sollen.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten, deren Bewertung in den Anwendungsbereich des IFRS 5 fällt, werden, sofern der Vermögenswert an einem aktivem Markt gehandelt wird, insbesondere entweder die auf dem aktiven Markt notierten Kaufpreise oder bereits vorliegende Kaufangebote bzw. vereinbarte Preise herangezogen.

Die Bewertung der Vermögenswerte, deren Bewertung aus dem Anwendungsbereich des IFRS 5 ausgeschlossen ist, erfolgt weiterhin nach den jeweiligen Standards.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen für das Geschäftsjahr 2016

In der Berichtsperiode wurden erstmals folgende Standards angewandt:

IAS 1 „Disclosure Initiative“

Die Postbank wendet in der Berichtsperiode erstmals die Änderungen in dem Standard IAS 1 „Disclosure Initiative“ an. Bei der Änderung handelt es sich um eine Klarstellung in Bezug auf die Gliederung und den Inhalt der Gewinn- und Verlustrechnung, der verkürzten Gesamtergebnisrechnung und der Bilanz. Die Änderungen beziehen sich auf die Anwendung des Wesentlichkeitsgrundsatzes, die Disaggregation von Abschlussposten und die Darstellung von Zwischensummen sowie auf die Struktur der Anhangangaben.

IAS 16 und IAS 38 „Clarification of Acceptable Methods of Depreciation and Amortisation“

Ebenfalls erstmals werden die Änderungen an den Standards IAS 16 und IAS 38 „Clarification of Acceptable Methods of Depreciation and Amortisation“ angewandt. Nach diesen Änderungen ist eine umsatzabhängige Abschreibungsmethode für Sachanlagen nicht zulässig, während es für immaterielle Vermögenswerte nur eine widerlegbare Vermutung gibt, dass ein solches Verfahren nicht angemessen ist.

Annual Improvements 2012–2014

Zusätzlich wendet die Bank erstmals die im Rahmen der Annual Improvements 2012–2014 entstandenen Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS an.

Aus der Anwendung der vorgenannten geänderten Standards haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank ergeben.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwendenden Standards und Interpretationen

Die nachfolgenden Ausführungen geben einen Überblick zu den wesentlichen Standards und Interpretationen sowie die daraus erwarteten Auswirkungen auf die Postbank.

IAS 7 „Disclosure Initiative“

Die Änderungen des IAS 7 betreffen die Angaben über die Änderungen solcher Finanzverbindlichkeiten, deren Einzahlungen und Auszahlungen in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Ebenfalls sind Angaben zu den dazugehörigen finanziellen Vermögenswerten zu machen. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten. Die Angaben zu den Cashflows aus Finanzierungstätigkeit werden entsprechend erweitert.

Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IAS 12 „Recognition of Deferred Tax Assets for Unrealised Losses“

Die Änderung stellt klar, dass die aus einer Veränderung des Marktzinsniveaus resultierenden Abwertungen von Schuldinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, zu abzugsfähigen temporären Differenzen führen.

Zusätzlich beinhalten die Änderungen Klarstellungen bezüglich der Werthaltigkeitsprüfung von aktiven latenten Steuern. Demnach sind die abzugsfähigen temporären Differenzen dann werthaltig, wenn ausreichend zu versteuerndes Einkommen vor Umkehrwirkungen abzugsfähiger temporärer Differenzen erwartet wird. Für die Verlustvorträge ist das zu versteuernde Einkommen maßgeblich. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IFRS 2 „Classification and Measurement of Share-based Payment Transactions“

Durch die Neuregelung wird klargestellt, dass im Rahmen der Bewertung anteilsbasierter Vergütungen mit Barausgleich die Marktbedingungen und die Nicht-Ausübungsbedingungen im beizulegenden Zeitwert, Dienstbedingungen und andere Leistungsbedingungen im Mengengerüst zu berücksichtigen sind. Zusätzlich wird bezüglich der anteilsbasierten Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente klargestellt, dass die Behandlung von Anteilen, die ein Unternehmen zur Erfüllung von Steuerverpflichtungen der Berechtigten einbehält, wie ein Rückkauf von Eigenkapitalinstrumenten zu erfolgen hat. Ebenfalls wird die Bilanzierung einer Änderung der Bedingungen, wenn die Vergütung ursprünglich in bar erfüllt werden sollte, nachfolgend jedoch durch Eigenkapitalinstrumente erfüllt wird, geregelt. Demnach ist die Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente mit ihrem zeitanteiligen Zeitwert im Zeitpunkt der Änderung als Eigenkapitalerhöhung zu erfassen, und die etwaige Differenz zur Ausbuchung der Schuld wird ergebniswirksam erfasst. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IFRS 9 „Financial Instruments“

Der Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ beinhaltet insbesondere überarbeitete Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zum Impairment und zum General Hedge Accounting (ohne Macro Hedge Accounting). Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten erfolgt in Abhängigkeit der beiden Kriterien „Business Model“ und „Solely Payments of Principal and Interest“. Je nach Ausgestaltung dieser beiden Kriterien erfolgt nun die Folgebilanzierung entweder zu „Amortised Cost“ oder zum „Fair Value“ (erfolgswirksam oder -neutral).

Bei den Regelungen zum Impairment wird das bisherige Incurred-Loss-Modell durch ein Expected-Credit-Loss-(ECL)-Modell abgelöst. Mit diesem Modell können erwartete Ausfallrisiken zeitnäher in der Rechnungslegung abgebildet werden. Die neuen Regelungen zum General Hedge Accounting folgen weitgehend der internen Risikosteuerung.

Die Postbank rechnet als Folge der neuen Regeln zum Impairment ceteris paribus mit einer Erhöhung der Risikovorsorge, im Wesentlichen aufgrund der Umstellung auf einen 12-Monats- bzw. Lifetime-ECL.

Durch die Einführung von IFRS 9 wird das bilanzielle Eigenkapital voraussichtlich um einen mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag belastet. Aus den Regelungen zur Klassifizierung werden Verschiebungen zwischen den Bewertungen zu Fair Value through Profit or Loss, Fair Value through Other Comprehensive Income und Amortised Cost erwartet. Darüber hinaus ist ein nennenswerter Teil der Eigenkapitalbelastung auf die Erhöhung des Risikovorsorgebestands zurückzuführen. Der erwartete IFRS-9-Erstanwendungseffekt kann von der aktuellen Schätzung abweichen, da wesentliche Annahmen, u. a. hinsichtlich signifikanter Kreditverschlechterung, noch nicht final festgelegt wurden, die Entwicklung der Modelle zur Berechnung der Risikovorsorge noch nicht abgeschlossen ist und Entwicklungen im Geschäftsvolumen bzw. bei den makroökonomischen Rahmenbedingungen Veränderungen bewirken können.

Der IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Standard wurde mit der EU-Verordnung 2016/2067 vom 22. November 2016 in europäisches Recht übernommen.

IFRS 15 „Revenue from Contracts with Customers“

Bei IFRS 15 handelt es sich um einen neuen Standard zur Umsatzrealisierung, der die Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenführt und einheitliche Grundprinzipien festsetzt, die für alle Branchen und für alle Kategorien von Umsatztransaktionen anwendbar sind. Nach IFRS 15 ist der Betrag als Umsatzerlös zu erfassen, der für die Übertragung von Gütern oder Dienstleistungen an Kunden als Gegenleistung erwartet wird.

Der Standard ist grundsätzlich auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden, in denen der Verkauf der Güter und Dienstleistungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens vereinbart ist. Im April 2016 hat das IASB die „Clarifications to IFRS 15 – Revenue from Contract with Customers“ veröffentlicht. Diese beinhalten Klarstellungen bezüglich der Identifizierung von Leistungsverpflichtungen, der Prinzipal-Agenten-Beziehungen, der Lizenzen sowie der Übergangsvorschriften für modifizierte und abgeschlossene Verträge und sind ebenfalls verpflichtend anzuwenden.

Bei der Postbank ist der IFRS 15 insbesondere in Bezug auf die Gebühren und Entgelte, die unter der Position „Provisionserträge“ der Gewinn- und Verlustrechnung der Bank ausgewiesen werden, anwendbar. Die Einführung des Standards ist voraussichtlich mit keinen wesentlichen qualitativen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns verbunden. Die Auswirkungen der neuen Regelungen zur Ertragsfassung werden im Rahmen eines Projekts zur Implementierung des IFRS 15 derzeit final untersucht. Eine verlässliche Quantifizierung der möglichen Effekte ist jedoch zum Stichtag der Berichtsperiode nicht möglich.

Der IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Standard wurde mit der EU-Verordnung 2016/1905 vom 22. September 2016 in europäisches Recht übernommen. Die Clarifications to IFRS 15 sind gleichzeitig mit dem IFRS 15 anzuwenden. Ein EU-Endorsement liegt jedoch bisher nicht vor.

Annual Improvements 2014–2016

Das IASB hat im Rahmen des Annual-Improvements-Projekts 2014-2016 Klarstellungen, Änderungen und Ergänzungen in bestehenden IFRS vorgenommen. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2017 bzw. dem 1. Januar 2018 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IFRS 16 „Leases“

IFRS 16 regelt den Ansatz, die Bewertung, den Ausweis sowie die Angabepflichten bezüglich Leasingverhältnissen und ersetzt den aktuellen IAS 17 „Leasingverhältnisse“. Das neue Bilanzierungsmodell für den Leasingnehmer sieht vor, dass sämtliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sind. Die bisher unter IAS 17 geregelte Differenzierung zwischen Finanzierungs- und Operating-Leasingverträgen entfällt für den Leasingnehmer somit komplett. Das Bilanzierungsmodell von IFRS 16 für den Leasinggeber unterscheidet sich nicht wesentlich von den aktuellen Regelungen des IAS 17. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.

Der IFRS 16 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

IFRIC 22 „Foreign Currency Transactions and Advance Consideration“

Bei IFRIC 22 handelt es sich um eine neue Interpretation zu IAS 21 „Auswirkungen von Wechselkursänderungen“, in der klargestellt wird, auf welchen Zeitpunkt der Wechselkurs für die Umrechnung von Transaktionen in Fremdwährungen zu ermitteln ist, die erhaltene oder geleistete Anzahlungen beinhalten. Maßgeblich für die Ermittlung des Umrechnungskurses für den zugrunde liegenden Vermögenswert, Ertrag oder Aufwand ist demnach der Zeitpunkt, zu dem der aus der Vorauszahlung resultierende Vermögenswert bzw. die resultierende Schuld erstmals erfasst wird. Wesentliche Effekte auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Postbank sind aus den Neuregelungen nicht zu erwarten.

Die Interpretation tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.

(6) Anpassung von Vorjahreszahlen

In der Berichtsperiode hat die Bank die bisherige nicht einheitliche Behandlung von gezahlten Provisionen für die Vermittlung von Baufinanzierungs- und Ratenkrediten sowie von Aufwendungen für Immobilienwertgutachten angepasst.

Danach werden im Zusammenhang mit der Vermittlung von Krediten bzw. für Immobilienwertgutachten anfallende Aufwendungen in die Effektivverzinsung einbezogen. In diesem Zusammenhang wurde zur sachgerechten Darstellung der Produktergebnisse auch der Ausweis rückwirkend angepasst. Darüber hinaus wurden erhaltene Bereitstellungszinsen aus Baufinanzierungskrediten ebenfalls in die Effektivverzinsung der ausgereichten Kredite einbezogen, anstatt diese sofort ertragswirksam zu vereinnahmen.

Aus der retrospektiven Betrachtung der vorgenannten Anpassungen ergaben sich zum 1. Januar 2015 eine Erhöhung der Forderungen an Kunden um 526 Mio € sowie eine Reduzierung der sonstigen Aktiva um 527 Mio €. Die latenten Ertragsteueransprüche erhöhten sich um 5 Mio € sowie die Gewinnrücklagen um 4 Mio €. Für die rückwirkende Betrachtung zum 31. Dezember 2015 erhöhten sich die Forderungen an Kunden um 642 Mio € und die latenten Ertragsteueransprüche um 5 Mio €. Gleichzeitig reduzierten sich die Sonstigen Aktiva um 641 Mio €.

Im Geschäftsjahr 2015 verringerten sich die Zinserträge um 165 Mio €, die Provisionsaufwendungen reduzierten sich um 36 Mio € und der Verwaltungsaufwand um 131 Mio €.

Hieraus ergibt sich eine Erhöhung des Konzernergebnisses 2015 um 2 Mio €, das zu einem um 0,01 € gestiegenen Ergebnis je Aktie führt. Die Änderungen betreffen die Segmente Retail Banking und Non Core Operating Unit.

Des Weiteren hat die Bank in der Berichtsperiode festgestellt, dass es sich bei einem bisher bilanzierten Kreditportfolio um risikofreie Durchleitungsgeschäfte handelt. Aus der hieraus resultierenden retrospektiven Anpassung ergab sich jeweils eine Verringerung der Positionen „Forderungen an Kunden“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ zum 1. Januar 2015 in Höhe von 158 Mio € sowie zum 31. Dezember 2015 in Höhe von 102 Mio €. Diese Änderungen betreffen das Segment Retail Banking.

Alle vorgenommenen Anpassungen werden in der Kapitalflussrechnung entsprechend in der Zusammensetzung des Cashflows aus operativer Geschäftstätigkeit berücksichtigt. Auswirkungen auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit insgesamt ergaben sich nicht.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(7) Zinsüberschuss

	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	3.453	3.607
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	474	557
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	-5	-2
	3.922	4.162
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Beteiligungen	5	3
	5	3
	3.927	4.165
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	29	15
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	1.343	1.467
Verbrieften Verbindlichkeiten	75	130
Nachrangkapital	165	173
Swaps	150	153
	1.733	1.923
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	54	19
Gesamt	2.169	2.238

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 14 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €) enthalten (Unwindung nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Weiterhin sind im Zinsüberschuss die Zinsen aus derivativen Geschäften in Höhe von 185 Mio € (Vorjahr: 197 Mio €) enthalten, denen Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designiert sind.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen in Höhe von -35 Mio € (Vorjahr: -44 Mio €) wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind

Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2016 Mio €	2015 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	104	-36
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	-109	34
Gesamt	-5	-2

(8) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2016 Mio €	2015 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	316	367
Portfoliowertberichtigungen	79	90
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	27	25
Direkte Forderungsabschreibung	30	51
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	140	228
Portfoliowertberichtigungen	77	45
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	21	24
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	30	27
Gesamt	184	209

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrifft unverändert nicht die Forderungen an Kreditinstitute.

In Höhe von 178 Mio € (Vorjahr: 208 Mio €) entfällt der Risikovorsorgeaufwand auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables, in Höhe von 6 Mio € ergibt sich ein Risikovorsorgeaufwand auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und Kreditzusagen (Vorjahr: 1 Mio €).

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2016 Mio €	2015 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	98	115
Bauspardarlehen	2	2
Gewerbliche Kredite	20	40
Ratenkredite	145	146
Kontokorrentkredite	51	64
Portfoliowertberichtigungen	79	90
Gesamt	395	457

	2016 Mio €	2015 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	75	93
Bauspardarlehen	1	1
Gewerbliche Kredite	17	26
Ratenkredite	26	65
Kontokorrentkredite	21	43
Portfoliowertberichtigungen	77	45
Gesamt	217	273

(9) Provisionsüberschuss

	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Girogeschäft	367	336
Wertpapiergeschäft	56	60
Kredit- und Avalgeschäft	48	39
Filialgeschäft	196	209
Sonstiges Provisionsgeschäft	176	178
Gesamt	843	822

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 4 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

Für die Vermittlung von Lebensversicherungen erhält die Bank Abschlussprovisionen. Im Berichtsjahr hat die Bank die Grundlage der Schätzung der Abschlussprovisionen von internen Berechnungen auf Auswertungen der Versicherung umgestellt. Hieraus ergab sich ein positiver Effekt in Höhe von 6 Mio €.

In den Provisionserträgen waren 555 Mio € (Vorjahr: 533 Mio €) und in den Provisionsaufwendungen 154 Mio € (Vorjahr: 172 Mio €) enthalten, die aus Geschäften mit Finanzinstrumenten resultieren, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

(10) Handelsergebnis

	2016 Mio €	2015 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	0	0
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Darlehen (Held for Trading)	1	-4
	1	-4
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	2.316	1.900
Aufwand aus Derivaten	-2.286	-1.871
	30	29
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	-120	-158
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	132	175
	12	17
Devisenergebnis	7	14
Provisionsergebnis Handelsbestand	0	0
Gesamt	50	56

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 49 Mio € (Vorjahr: 53 Mio €). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Sicherungsbeziehung nach IAS 39.

(11) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2016 Mio €	2015 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	84	16
davon Verkaufsergebnis	84	18
Verkaufsgewinne	92	19
Verkaufsverluste	8	1
davon Wertaufholungs-/ Wertminderungsergebnis	0	-2
Ergebnis aus Finanzanlagen und sonstigen Beteiligungen Available for Sale	174	29
davon Verkaufsergebnis	176	30
Verkaufsgewinne	181	31
Verkaufsverluste	5	1
davon laufendes Ergebnis	0	0
davon Wertminderungsergebnis	-2	-1
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	-18
davon laufendes Ergebnis	0	20
davon Bewertungsergebnis	0	-38
Gesamt	258	27

	2016 Mio €	2015 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	131	39
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0
Ergebnis aus Beteiligungen	129	-9
Impairment	-2	-3
Gesamt	258	27

Das Ergebnis aus Beteiligungen enthält im Wesentlichen den Erfolg aus der Veräußerung der Anteile an der Visa Europe Ltd. (104 Mio €) sowie aus der Verringerung eines Aktieninvestments (22 Mio €), dem eine Vertriebskooperation zugrunde liegt. Im Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren sind Verkaufsgewinne in Höhe von 58 Mio € aus dem Verkauf von Unternehmensanleihen an die als Planvermögen (CTA) gehaltenen Sondervermögen enthalten.

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen -1 Mio € auf geschlossene Fonds (Vorjahr: 0 Mio €). Im Vorjahr waren Impairments in Höhe von -3 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen vorgenommen worden.

(12) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.106	932
Soziale Abgaben	130	94
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	159	165
	1.395	1.191
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.360	1.263
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	44	82
Abschreibungen auf Sachanlagen	54	57
Gesamt	2.853	2.593

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 96 Mio € (Vorjahr: 95 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 37 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €) enthalten. Weiterhin ist im Verwaltungsaufwand der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 64 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €) erfasst.

Die Deutsche Postbank AG hat zum 1. Mai 2016 Beamte zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgeordnet. Seitdem anfallende Beamtenbezüge werden von der Behörde erstattet. Die Erstattungen in Höhe von 2 Mio € werden mit den Personalaufwendungen verrechnet.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 452 Mio € (Vorjahr: 413 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 88 Mio € (Vorjahr: 91 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 171 Mio € (Vorjahr: 158 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 88 Mio € (Vorjahr: 85 Mio €), Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 75 Mio € (Vorjahr: 69 Mio €) und Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von 23 Mio € (Vorjahr: 20 Mio €) enthalten.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 147 Mio € (Vorjahr: 134 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte, Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

Im Geschäftsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen (Vorjahr: 7 Mio €) und auf immaterielle Vermögenswerte (Vorjahr: 24 Mio €) vorgenommen.

(13) Sonstige Erträge

	2016 Mio €	2015 Mio €
Vergütung für die Teilnahme an der Bietergruppe zum Refinanzierungsprogramm der EZB	40	–
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	18	41
Erstattungen aus Sozialbereichen	11	11
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	4	10
Erträge aus Beziehungen mit Servicegesellschaften	–	302
Übrige	68	525
Gesamt	141	889

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 15 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 35 Mio €).

Darüber hinaus ist in den übrigen Erträgen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Sonstige Aufwendungen

	2016 Mio €	2015 Mio €
Aufwendungen aus Prozessen und Regressen	58	53
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	12	19
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StfPT)	12	11
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	10	12
Aufwendungen für sonstige Steuern	3	6
Aufwendungen aus Beziehungen mit Servicegesellschaften	–	521
Übrige	22	24
Gesamt	117	646

Die Aufwendungen für sonstige Steuern betreffen im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von unverändert 3 Mio €.

Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(15) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2016 Mio €	2015 Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	15	16
Gewerbeertragsteuer	12	6
	27	22
Ertragsteuern Vorjahr	-22	-3
	5	19
Latente Ertragsteuern		
Temporäre Differenzen	-22	-40
Steuerliche Verlustvorträge	7	-6
	-15	-46
Gesamt	-10	-27

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand/-ertrag:

	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Ergebnis nach Steuern	317	611
Ertragsteuern	-10	-27
Ergebnis vor Steuern	307	584
Anzuwendender Steuersatz	31,04%	30,63%
Rechnerische Ertragsteuer	95	179
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	0	-1
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und im Ausland	0	0
aus nicht abzugsfähigen Aufwendungen	18	24
aus steuerfreien Erträgen	-45	-10
wegen Hinzurechnungen/Kürzungen für lokale Ertragsteuer	3	2
aus Organschaft	-65	-224
aus Veränderung der Wertberichtigung von aktiven latenten Steuern	-5	0
für Steuern aus Vorjahren	-11	3
Sonstige	0	0
	-105	-206
Ertragsteueraufwand (+)/ Ertragsteuerertrag (-)	-10	-27

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Aufgrund der formaljuristischen Betrachtungsweise wird beim anzuwendenden Steuersatz der gewichtete durchschnittliche Steuersatz verwendet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ**(16) Barreserve**

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Kassenbestand	1.485	963
Guthaben bei Zentralnotenbanken	806	394
Gesamt	2.291	1.357

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 803 Mio € (Vorjahr: 390 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2016 beträgt 872 Mio € (Vorjahr: 852 Mio €).

(17) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	4.908	1.270
Andere Forderungen	6.000	9.463
	10.908	10.733
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.475	264
Andere Forderungen	725	4.879
	2.200	5.143
Gesamt	13.108	15.876

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 2.045 Mio € (Vorjahr: 3.225 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	13.108	15.876
davon Fair Value Hedge	-	78
Gesamt	13.108	15.876

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	5.832	13.144
Täglich fällige Gelder	6.381	837
Darlehen	92	68
Namenschuldverschreibungen	300	425
Termingelder	500	1.100
Sonstige Forderungen	3	302
Gesamt	13.108	15.876

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	5.123	14.038	1.008	1.006
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	5.123	14.038	1.008	1.006

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2016 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 5.832 Mio € (Vorjahr: 13.144 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute sowie Industrielandschuldverschreibungen.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 12,6 Mrd € (Vorjahr: 9,1 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 0,5 Mrd € (Vorjahr: 6,8 Mrd €).

(18) Forderungen an Kunden

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Private Baufinanzierungen	69.029	68.715 ²
Bauspardarlehen	2.992	3.243 ²
Gewerbliche Kredite	13.677	12.073
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.205	4.621
Ratenkredite	7.438	6.589
Kontokorrentkredite	2.085	2.176
Schuldscheindarlehen	1.537	1.485
Sonstige Forderungen	40	35
Gesamt	102.003	98.937
davon:		
Inländische Kunden	93.634	92.203
Ausländische Kunden	8.369	6.734
Gesamt	102.003	98.937

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Aufteilung der Werte zwischen Privaten Baufinanzierungen und Bauspardarlehen für 2015 angepasst

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,7 % (Vorjahr: 1,6 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet (vgl. Note 50).

In den Forderungen an Kunden sind Kommunalkredite mit einem Restkapital von 5.050 Mio € (Vorjahr 4.118 Mio €) sowie durch Grundpfandrechte besicherte Forderungen mit einem Restkapital von 43.869 Mio € (Vorjahr: 42.564 Mio €) enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 81.762 Mio € (Vorjahr: 76.343 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 89,4 Mrd € (Vorjahr: 87,3 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 12,6 Mrd € (Vorjahr: 11,6 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Buchwert der Forderungen an Kunden wie folgt:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Loans and Receivables	98.358	94.528
davon Fair Value Hedge	2.482	1.535
Fair-Value-Option	3.645	4.409
Gesamt	102.003	98.937

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwertes von 3,6 Mrd € (Vorjahr: 4,4 Mrd €). Die Änderung des beizulegenden Zeitwertes, soweit dies auf Änderungen beim Ausfallrisiko der finanziellen Vermögens-



werte zurückzuführen ist, beträgt für das Berichtsjahr 4,2 Mio € (Vorjahr: 8,8 Mio €).

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen enthalten.

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 295 Mio € (Vorjahr: 259 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	113	67
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	59	94
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	52	40
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	35	32
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	20	17
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	16	9
Gesamt	295	259

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	295	259
Nicht garantierte Restwerte	3	3
Bruttogesamtinvestition	298	262
Nicht realisierter Finanzertrag	13	14
Nettoinvestition	285	248
Barwert der nicht garantierten Restwerte	2	3
Barwert der Mindestleasingzahlungen	283	245

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 3 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

(19) Kreditvolumen

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	13.108	15.876
Forderungen an Kunden	102.003	98.937
Bürgschaften und Garantien	362	404
Gesamt	115.473	115.217

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

(20) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikovorsorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	998	923
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	45	43
Gesamt	1.043	966

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2016 Mio €	2015 Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €
Stand 1. Januar	725	1.208	198	153	923	1.361
Umgliederung wegen IFRS 5	-1	-196	-	-	-1	-196
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	316	367	79	90	395	457
Abgänge						
Inanspruchnahme	88	412	-	-	88	412
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	140	228	77	45	217	273
Unwinding	14	18	-	-	14	18
Währungsumrechnungsdifferenzen	-	4	-	-	-	4
Stand 31. Dezember	798	725	200	198	998	923

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	209	263
Bauspardarlehen	5	3
Gewerbliche Kredite	127	140
Forderungen an öffentliche Haushalte	4	4
Ratenkredite	313	193
Kontokorrentkredite	140	122
Portfoliowertberichtigungen	200	198
Gesamt	998	923

Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1.747 Mio € (Vorjahr: 1.710 Mio €) wurden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Im Geschäftsjahr 2016 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 30 Mio € (Vorjahr: 51 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 30 Mio € (Vorjahr: 27 Mio €).

(21) Handelsaktiva

Im Geschäftsjahr 2016 bestanden die Handelsaktiva im Wesentlichen aus Derivaten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Baudarlehen Held for Trading	53	91
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	1	81
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	421	475
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	0	0
Gesamt	475	647

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 409 Mio € (Vorjahr: 473 Mio €) fällig.

(22) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	0	0
	0	0
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	15	12
Verbriefte Verbindlichkeiten	9	8
Nachrangkapital	85	55
	112	78
Gesamt	112	78

Bestände in Höhe von 102 Mio € (Vorjahr: 68 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(23) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	16.042	16.462
von anderen Emittenten	10.406	13.980
	26.448	30.442
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Investmentfondsanteile	271	261
	271	261
Beteiligungen	43	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	5	5
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	0	0
Gesamt	26.767	30.768

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind analog dem Vorjahr am Bilanzstichtag keine fälligen Wertpapiere und Zinscoupons enthalten.

Bestände in Höhe von 22.266 Mio € (Vorjahr: 26.179 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 24,9 Mrd € (Vorjahr: 28 Mrd €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 1,5 Mrd € (Vorjahr: 2,4 Mrd €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 72 Mio € (Vorjahr: 83 Mio €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	12.196	17.408
davon Fair Value Hedge	2.090	4.614
Available for Sale	14.252	13.034
davon Fair Value Hedge	8.870	6.457
	26.448	30.442
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	271	261
	271	261
Beteiligungen (Available for Sale)	43	60
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	5	5
Gesamt	26.767	30.768

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26.436	30.428
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Beteiligungen	14	48

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Verbindlichkeiten	7.625	11.924
Eventualverbindlichkeiten	21	0
Gesamt	7.646	11.924

Es wurden Finanzanlagen, die weiterhin in der Bilanz ausgewiesen werden, in Höhe von 2.956 Mio € (Vorjahr: 6.009 Mio €) als Sicherheiten übertragen. Davon könnten Finanzanlagen in Höhe von 2.918 Mio € (Vorjahr: 5.971 Mio €) vom Empfänger aufgrund vertrags- und gewohnheitsmäßiger Rechte weiterveräußert oder verpfändet werden (IAS 39.37(a)).

Für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 3.147 Mio € (Vorjahr: 5.335 Mio €) wurden Sicherheiten in Form von Finanzanlagen in Höhe von 2.918 Mio € (Vorjahr: 5.971 Mio €) übertragen.

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –63 Mio € (Vorjahr: –39 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Erfassung von Impairments wurden in der Berichtsperiode per saldo 111 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €) der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Wertminderungen in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 31. Dezember 2016 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 5,6 Mrd € sowie einen Buchwert von 5,4 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2016 um weitere 167 Mio € (Vorjahr: 367 Mio € Entlastung) entlastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartete, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 31. Dezember 2016 ergaben sich auf sämtliche umgegliederte Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 621 Mio €) und Veräußerungsgewinne aus umgegliederten Wertpapieren von 88 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €).

Im Berichtsjahr sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 124 Mio € (Vorjahr: 170 Mio €) angefallen.

(24) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	253	248
Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte, selbst erstellte Software	54	46
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	75	27
Gesamt	1.963	1.902

92

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.424 Mio € (Vorjahr: 1.568 Mio €) auf das Segment Retail Banking und mit 157 Mio € (Vorjahr: 13 Mio €) auf das Segment Firmenkunden (vgl. Note 4j sowie Note 40).

122

In dem Posten „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke BHW in Höhe von 139 Mio € enthalten. Die Marke BHW ist dem Segment Retail Banking zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 54 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 8 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €).

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2015	1.603	1.050	217	31	2.901
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	-	0
Zugänge	0	9	15	25	49
Umbuchungen	-	0	16	-16	0
Abgänge	0	0	4	13	17
Endbestand 31.12.2015	1.603	1.059	244	27	2.933
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	35	-	-	35
Zugänge	-	34	20	60	114
Umbuchungen	-	0	11	-11	0
Abgänge	0	17	37	1	55
Endbestand 31.12.2016	1.603	1.111	238	75	3.027

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwick- lung befindliche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2015	22	773	154	0	949
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	-	0
Abschreibungen	0	38	44	-	82
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	0	0	0	-	0
Endbestand 31.12.2015	22	811	198	0	1.031
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	32	-	-	32
Abschreibungen	-	27	17	-	44
Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	12	31	-	43
Endbestand 31.12.2016	22	858	184	0	1.064
Buchwert 31.12.2015	1.581	248	46	27	1.902
Buchwert 31.12.2016	1.581	253	54	75	1.963

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2016	Veränderungen des Konsolidierungs- kreises	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	Abschrei- bungen	Buchwert 31.12.2016
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.581	–	–	0	–	–	1.581
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	248	3	46	17	0	27	253
Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte und Software	46	0	51	37	11	17	54
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	27	–	60	1	–11	–	75
Gesamt	1.902	3	157	55	0	44	1.963

Im Geschäftsjahr 2016 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) wie im Vorjahr keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Zum 31. Dezember 2016 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 16 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 59 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €).

(25) Sachanlagen

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Grundstücke und Gebäude	480	513
Betriebs- und Geschäftsausstattung	176	143
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43	22
Gesamt	699	678

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Ge- schäfts- ausstat- tung	Geleis- tete Anzah- lungen und Anlagen im Bau	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2015	925	437	9	1.371
Zugänge	0	41	14	55
Umbuchungen	0	1	–1	0
Abgänge	5	3	0	8
Endbestand 31.12.2015	920	476	22	1.418
Veränderungen des Konsolidierungs- kreises	–	19	–	19
Umgliederung wegen IFRS 5	–27	0	–	–27
Zugänge	0	72	24	96
Umbuchungen	16	3	–3	16
Abgänge	0	59	0	59
Endbestand 31.12.2016	909	511	43	1.463

	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2015	393	295	–	688
Abschreibungen	19	38	–	57
Zuschreibungen	–	–	–	–
Umbuchungen	–5	–	–	–5
Abgänge	0	0	–	0
Endbestand 31.12.2015	407	333	–	740
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	16	–	16
Umgliederung wegen IFRS 5	–6	–	–	–6
Abschreibungen	12	42	–	54
Zuschreibungen	–	–	–	–
Umbuchungen	16	0	–	16
Abgänge	0	56	–	56
Endbestand 31.12.2016	429	335	–	764
Buchwert 31.12.2015	513	143	22	678
Buchwert 31.12.2016	480	176	43	699

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2016	Veränderungen des Konsolidierungskreises	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Umgliederung IFRS 5	Zuschreibungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2016
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	513	0	0	1	–	–20	–	12	480
Betriebs- und Geschäftsausstattung	143	3	72	3	3	0	–	42	176
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22	0	24	–	–3	0	–	–	43
Gesamt	678	3	96	4	0	–20	0	54	699

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 43 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €).

(26) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	144	101
Latente Ertragsteueransprüche		
temporäre Differenzen	194	66
steuerliche Verlustvorräte, davon	4	11
inländisch	4	11
ausländisch	0	0
	198	77
Gesamt	342	178

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorräten gebildet:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Aktivposten		
Forderungen	0	5
Risikovorsorge	2	2
Handelsaktiva	176	118
Finanzanlagen	3	9
Sachanlagen	6	7
Sonstige Aktiva	28	0
Passivposten		
Verbindlichkeiten	90	86
Handelspassiva	148	221
Hedging-Derivate	1	9
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	160	81
Andere Rückstellungen	22	7
Sonstige Passiva	4	2
	640	547
Steuerliche Verlustvorräte	4	11
Saldierung mit passiven latenten Steuern	446	481
Gesamt	198	77

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Im Berichtsjahr wurden latente Steueransprüche auf temporäre Differenzen in Höhe von 34 Mio € und auf zeitlich nicht befristete Verlustvorräte in Höhe von 11 Mio € nicht angesetzt.

Die aktiven latenten Steuern auf Verlustvorräte entfallen auf inländische Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG.

(27) Sonstige Aktiva

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	65	46
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	55	210
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	171	175
Forderungen an Finanzbehörden	32	30
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	7	7
Übrige	58	46
Gesamt	388	514

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Bestände in Höhe von 107 Mio € (Vorjahr: 70 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Realisierte, aber noch nicht erhaltene Beträge aus der Vermittlung von Versicherungsverträgen werden unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfasst (siehe Note 4(p)).



(28) Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte

Im vierten Quartal 2016 hat die Bank beschlossen, eine Beteiligung mit einem Buchwert in Höhe von 14 Mio € zu veräußern. Der Kaufvertrag wurde im Januar 2017 unter aufschiebenden Bedingungen unterzeichnet. Die Veräußerung wird voraussichtlich bis Ende des dritten Quartals 2017 vollzogen sein. Die Beteiligung ist der Bewertungskategorie Available for Sale und dem Fair-Value-Hierarchie Level 2 zugeordnet. Die Zuordnung in der Segmentberichterstattung erfolgt im Segment Cost Center/Konsolidierung.

Weiterhin plant die Bank, im ersten Halbjahr 2017 eine Immobilie mit einem Buchwert von 20 Mio € zu verkaufen. Die im ersten Quartal 2016 durchgeführte Klassifizierung der Immobilie als zur Veräußerung gehalten hat zu keiner Wertminderung geführt. Die Immobilie ist dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet.

Außerdem hat die Bank im vierten Quartal 2016 einen Verkaufsprozess über die Veräußerung einer gewerblichen Immobilienfinanzierung eingeleitet. Der Buchwert dieser Forderung belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 14 Mio €, und die für diese Forderung gebildete Risikovorsorge betrug 1 Mio €. Die Forderung ist der Bewertungskategorie Loans and Receivables und dem Fair-Value-Hierarchie Level 3 zugeordnet. Dem Buchwert steht ein entsprechender Zeitwert zum 31. Dezember 2016 in gleicher Höhe gegenüber. Die Forderung ist dem Segment Firmenkunden zugeordnet. Die Veräußerung wird voraussichtlich innerhalb des ersten Halbjahres 2017 vollzogen.

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	383	156
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	12.616	15.079
	12.999	15.235
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	125	97
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9	9
	134	106
Gesamt	13.133	15.341

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 654 Mio € (Vorjahr: 670 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 8.425 Mio € (Vorjahr: 8.961 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 12,9 Mrd € (Vorjahr: 15,2 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,2 Mrd € (Vorjahr: 0,1 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2016 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 3,1 Mrd € (Vorjahr: 5,3 Mrd €).

(30) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	38.482	41.728
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	103	113
	38.585	41.841
Bauspareinlagen	18.809	19.341
darunter: zu vergütende Zinsboni	968	1.026
darunter: zu erstattende Abschlussgebühren	50	58
darunter: auf gekündigte Verträge	91	104
darunter: auf zugeteilte Verträge	2	3
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	46.841	43.185
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	14.683	14.783
	61.524	57.968
Gesamt	118.918	119.150
Inländische Kunden	116.977	117.207
Ausländische Kunden	1.941	1.943
Gesamt	118.918	119.150

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 6.827 Mio € (Vorjahr: 7.499 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 22.424 Mio € (Vorjahr: 25.130 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 75,4 Mrd € (Vorjahr: 72,1 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 43,5 Mrd € (Vorjahr: 47,1 Mrd €).

In den Bauspareinlagen sind Zinsbonusverpflichtungen in Höhe von 968 Mio € (Vorjahr: 1.026 Mio €) enthalten, die an den Bausparer bei Darlehensverzicht zu zahlen sind. Des Weiteren wurden in Höhe von 50 Mio € (Vorjahr: 58 Mio €) zu erstattende Abschlussgebühren (Darlehensverzicht bei Altтарifen) berücksichtigt.

(31) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes) ausgewiesen.

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Öffentliche Pfandbriefe	56	67
Hypothekendarlehen	2.405	2.471
Sonstige Schuldverschreibungen	878	908
Gesamt	3.339	3.446

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 76 Mio € (Vorjahr: 2.370 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 3.195 Mio € (Vorjahr: 3.285 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 3,1 Mrd € (Vorjahr: 3,2 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,2 Mrd € (Vorjahr: 0,2 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) ausgebucht.

(32) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs ausgewiesen.

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	81	99
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	300	501
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	28	65
Gesamt	409	665

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 262 Mio € (Vorjahr: 516 Mio €) fällig.

(33) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	0	2
	0	2
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	3	30
	3	30
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39	176
	39	176
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Nachrangkapital	0	0
	0	0
Gesamt	42	208

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 35 Mio € (Vorjahr: 144 Mio €) fällig.

(34) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungszusagen ermitteln sich wie folgt:

	2016 Mio €	2015 Mio €
Barwert der Versorgungsverpflichtungen	2.837	2.249
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	-2.583	-2.193
Nettopensionsrückstellungen	254	56

Die Entwicklung der Nettopensionsrückstellung stellt sich wie folgt dar:

	2016 Mio €	2015 Mio €
Bilanzwert 1. Januar	56	155
Dienstzeitaufwand	35	43
Nettozinsaufwand	2	3
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus der Änderung demografischer Annahmen	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus der Änderung finanzieller Annahmen	330	-144
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) aus der Änderung erfahrungsbedingter Annahmen	2	15
Ertrag aus dem Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	-140	28
Arbeitgeberbeiträge an das Planvermögen	-70	-45
Erbrachte Pensionsleistungen	0	0
Transfers und Unternehmenstransaktionen	39	1
Bilanzwert 31. Dezember	254	56

Für leistungsorientierte Pensionspläne wurden im Geschäftsjahr 2016 folgende Aufwendungen erfasst:

	2016 Mio €	2015 Mio €
Dienstzeitaufwand	35	43
Nettozinsaufwand	2	3
Gesamt	37	46

Die Entwicklung des Barwertes der Versorgungsverbindungen und des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens sind in den folgenden Tabellen dargestellt:

	2016 Mio €	2015 Mio €
Barwert der Versorgungsverbindungen am 1. Januar	2.249	2.362
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Komponenten	95	90
Dienstzeitaufwand	48	43
Zinsaufwand	60	47
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand und Gewinne (-)/Verluste (+) aus Planabgeltungen	-13	0
Im sonstigen Ergebnis erfasste Komponenten	332	-129
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	332	-129
aus der Änderung demografischer Annahmen	0	0
aus der Änderung finanzieller Annahmen	330	-144
aus erfahrungsbedingten Anpassungen	2	15
Zahlungen und sonstige Änderungen	161	-74
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
Erbrachte Pensionsleistungen	-85	-78
Zahlungen für Planabgeltungen	0	0
Transfers und Unternehmens-transaktionen	243	1
Barwert der Versorgungsverbindungen am 31. Dezember	2.837	2.249

Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entstand bei einer Tochtergesellschaft im Wesentlichen durch die Einführung eines Karrieredurchschnittsplans, die Einräumung der Möglichkeit zur Kapitalauszahlung und durch die Änderung des Verfahrens zur Bewilligung einer besonderen Invaliditätsrente.

	2016 Mio €	2015 Mio €
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	2.193	2.207
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Komponenten	58	44
Zinsertrag	58	44
Im sonstigen Ergebnis erfasste Komponenten	140	-28
Ertrag aus dem Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	140	-28
Zahlungen und sonstige Änderungen	192	-30
Arbeitnehmerbeiträge	3	3
Arbeitgeberbeiträge	70	45
Zahlungen für Planabgeltung	0	0
Erbrachte Pensionsleistungen	-85	-78
Transfers und Unternehmens-transaktionen	204	0
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	2.583	2.193

Für die Versorgungsverpflichtungen bestehen keine Erstattungsansprüche.

Für das folgende Geschäftsjahr werden Beiträge in das Planvermögen (inklusive direkter Leistungszahlungen) in Höhe von 77 Mio € (Vorjahr: 73 Mio €) erwartet.

Die Aufteilung des Barwertes der Versorgungsverpflichtungen auf die verschiedenen Berechtigengruppen und die gewichtete Duration dieser Verpflichtungen zeigt die folgende Tabelle:

	2016 Mio €	2015 Mio €
Aktive Anwärter	1.051	765
Mit unverfallbarer Anwartschaft ausgeschiedene Anwärter	496	377
Rentner	1.290	1.107
Barwert der Versorgungsverpflichtungen	2.837	2.249
Gewichtete Duration der Verpflichtungen in Jahren	18,2	17,6

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens verteilt sich auf folgende Anlageklassen:

	2016 Mio €	2016 in %	2015 Mio €	2015 in %
Planvermögen auf Basis von Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt	509	19,7	1.578	72,0
Barmittel	45	1,7	19	0,9
Aktien	26	1,0	0	0,0
Staatsanleihen	438	17,0	1.559	71,1
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	0	0,0	0	0,0
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	0	0,0	0	0,0
Strukturierte Produkte	0	0,0	0	0,0
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	0	0,0	0	0,0
Derivate	0	0,0	0	0,0
Planvermögen, für das keine Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt bestehen	2.074	80,3	615	27,9
Barmittel	0	0,0	0	0,0
Aktien	0	0,0	0	0,0
Staatsanleihen	182	7,0	43	2,0
Festverzinsliche Wertpapiere mit Investment Grade	1.583	61,3	388	17,7
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	6	0,2	0	0,0
Strukturierte Produkte	36	1,4	33	1,5
Investmentfonds	0	0,0	0	0,0
Alternative Investments	159	6,2	98	4,4
Derivate	108	4,2	53	2,4
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	2.583	100	2.193	100

Im Planvermögen sind 15 Mio € (Vorjahr: 15 Mio €) eigene Finanzinstrumente der BHW Bausparkasse AG enthalten.

Die Anlage und das Risikomanagement der Vermögensmittel, mit Ausnahme derer des Pensionskassenvermögens der BHW Bausparkasse AG, orientieren sich am Anlageziel der Deutschen Bank unter Berücksichtigung Postbank spezifischer Anforderungen.

Ziel des Risikomanagements ist vorrangig die Minimierung von Schwankungen zwischen dem Barwert der Versorgungsverpflichtungen und dem Wert des Planvermögens aufgrund von Kapitalmarktbebewegungen. Zur Erreichung wird eine Anlagestrategie verfolgt, welche im Wesentlichen das Risiko­profil der Versorgungszusagen hinsichtlich Marktrisikofaktoren wie Zinsniveau und Kreditausfallrisiko widerspiegelt.

Die Anlagestrategie für das Pensionskassenvermögen der BHW Bausparkasse AG wird vom Vorstand der Pensionskasse festgelegt. Dabei werden sämtliche aufsichtsrechtliche Vorgaben (VAG in Verbindung mit der Anlageverordnung AnIV) berücksichtigt. Die Anlagestrategie wird regelmäßig auf Angemessenheit überprüft.

Die Pensionsverpflichtungen sind sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Marktbedingungen und der Bewertungsannahmen. Seitdem der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt, verursachen Veränderungen in den Verpflichtungen durch Änderung der kapitalmarktbedingten Bewertungsannahmen, hauptsächlich beim Zinssatz und bei der Inflationsrate, auch Bewegungen im Planvermögen. Um das Verständnis für das Gesamtrisiko­profil des Konzerns, bezogen auf wichtige Kapitalmarktbebewegungen, zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtungen gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch die Abteilung Marktrisikomanagement durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf Kapitalmarktbebewegungen und wesentliche Annahmen plausible Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen auf dem Kapitalmarkt oder in den Annahmen anzugeben.

Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung und die Bandbreite angemessener alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden. Obwohl das Planvermögen wie auch die Verpflichtungen sensitiv im Hinblick auf ähnliche Risikofaktoren sind, können sich tatsächliche Veränderungen im Planvermögen und in den Verpflichtungen durch eine unzureichende Korrelation zwischen Marktrisikofaktoren und versicherungsmathematischen Annahmen nicht vollständig ausgleichen. Etwas Maßnahmen des Managements zur Reduzierung verbundener Risiken in den Pensionsplänen sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

Die Sensitivitäten hinsichtlich der Veränderungen am Kapitalmarkt und der bedeutendsten Annahmen werden in der unten stehenden Tabelle dargestellt. Jeder Marktrisikofaktor bzw. jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert.

	2016 Mio €	2015 Mio €
Abzinsungssatz (-50 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen	268	202
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	191	152
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	77	50
Abzinsungssatz (+50 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen	-239	-179
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	-191	-152
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	-48	-27
Inflationsrate (-50 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen	-119	-83
Erwarteter Rückgang des Planvermögens	0	0
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	-119	-83
Inflationsrate (+50 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen	129	87
Erwarteter Anstieg des Planvermögens	0	0
Erwartete Netto-Auswirkung auf den Bilanzwert	129	87
Gehaltsdynamik (-50 bp)		
Rückgang der Versorgungsverpflichtungen = Rückgang des Nettobilanzbetrags	-23	-14
Gehaltsdynamik (+50 bp)		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen = Anstieg des Nettobilanzbetrags	25	15
Reduktion der Sterbewahrscheinlichkeiten um 10 %		
Anstieg der Versorgungsverpflichtungen = Anstieg des Nettobilanzbetrags	103	79

Die erwarteten Pensionszahlungen der leistungsorientierten Pläne zeigt die folgende Tabelle. Die ausgewiesenen Zahlungen umfassen sowohl die aus dem Planvermögen als auch die direkt von der Postbank zu erbringenden Leistungszahlungen.

	Mio €
Erwartete Zahlungen 2017	90
Erwartete Zahlungen 2018	92
Erwartete Zahlungen 2019	94
Erwartete Zahlungen 2020	96
Erwartete Zahlungen 2021	97
Erwartete Zahlungen 2022–2026	516

Beitragszahlungen an den BVV von Mitgliedsunternehmen und Arbeitnehmern aus der Postbank Gruppe werden im Jahr 2017 in Höhe von 2,9 Mio € erwartet. Rund 2.400 Arbeitnehmer aus der Postbank Gruppe sind beim BVV versichert, entsprechend 0,68 % des BVV-Gesamtversichertenbestands. Die rund 1.100 zugeordneten Rentner entsprechen 0,98 % des Gesamtrentnerbestands des BVV.

(35) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 31.12.2015/ 01.01.2016 Mio €	Veränderung Konsolidie- rungskreis Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Umbuchung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2016 Mio €
Personalbezogene Rückstellungen	218	35	98	5	–	44	194
Prozesse und Regresse	138	0	34	28	4	83	163
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	43	0	4	21	–	27	45
Übrige	248	6	109	11	–	117	251
Gesamt	647	41	245	65	4	271	653

Nach mehr als 12 Monaten sind 345 Mio € (Vorjahr: 447 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Für den überwiegenden Teil der Rückstellungen wird eine Inanspruchnahme in den Jahren 2017 bis 2019 erwartet.

Die personalbezogenen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Programmen, u. a. Vorruhestand und Altersteilzeit. Bezüglich des Zugangs des Konsolidierungskreises verweisen wir auf Note 2.

86

Die Rückstellungen für Prozesse und Regresse bestehen im Wesentlichen für Risiken im Zusammenhang mit widerrufenen Darlehensverträgen und für Klagen und Beschwerden im Bereich der Anlageberatung. Der Großteil der letztgenannten Klagen und Beschwerden bezieht sich auf Beratungen und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds, deren Vertrieb 2012 eingestellt wurde. In diesem Zusammenhang bestehen auch Eventualverbindlichkeiten (siehe dazu Note 41). Außerdem beinhaltet der Betrag die Rückstellungen für eine Vielzahl von gerichtlich geltend gemachten Kundenansprüchen in unterschiedlichen Bereichen. Da es sich bei den rechtlichen Verfahren um vergleichbare Verfahren handelt, werden diese zu einer Gruppe zusammengefasst. Die für diese Verfahren jeweils geschätzten Mittelabflüsse, soweit eine verlässliche Schätzung möglich ist, werden nicht einzeln ausgewiesen. Die Postbank geht davon aus, dass eine Offenlegung weiterer Detailinformationen zu den Rechtsstreitigkeiten den Verlauf der jeweiligen Verfahren ernsthaft beeinträchtigen könnte.

124

Die Rückstellungen für das Kreditgeschäft beziehen sich im Wesentlichen auf die Risiken aus Eventualverpflichtungen sowie Kreditzusagen.

In den übrigen Rückstellungen sind Rückstellungen für variable Vergütungsanteile in Höhe von 45 Mio € (Vorjahr: 44 Mio €), für Zinsen auf Steuernachzahlungen in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €), für Risiken aus dem Vertrieb von Produkten in Höhe von 39 Mio € (Vorjahr: 36 Mio €), für Provisionszahlungen in Höhe von 19 Mio € (Vorjahr: 20 Mio €), für Jubiläumszahlungen in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) und für eine Vielzahl von weiteren rückstellungspflichtigen Sachverhalten enthalten.

In den Rückstellungen für variable Vergütungsanteile ist der Gesamtbuchwert der Schulden aus anteilsbasierten Vergütungen in Form von Aktien-Awards und virtuellen Aktien in Höhe von 17,6 Mio € (Vorjahr: 15,2 Mio €) enthalten. Die Postbank gewährt Vorstandsmitgliedern und Geschäftsleitern, die nicht Mitglieder des Postbank Vorstands sind, sowie Risk Takern anteilsbasierte Vergütungen. Risk Taker wird die anteilsbasierte Vergütung in Form von virtuellen Aktien, orientiert am Aktienkurs der Deutschen Bank, gewährt. Vorstandsmitglieder erhalten Aktien-Awards sowie virtuelle Aktien der Deutschen Bank aus den Jahren 2011 bis 2013. Art und Bedingungen der entsprechenden Vereinbarungen für die Mitglieder des Postbank Vorstands werden in Note 55 ausführlich beschrieben. Hiervon abweichend sieht das Vergütungssystem für sonstige Risk Taker kein Cliff Vesting vor. Die Gewährung der Tranchen erfolgt ratierlich.

143

Der Anstieg gegenüber 2015 ist im Wesentlichen zurückzuführen auf eine höhere Personenanzahl in der Gruppe der Risk Taker. Vom Gesamtbuchwert der Schulden aus anteilsbasierten Vergütungen entfallen auf die Mitglieder des Vorstands 6,8 Mio € (Vorjahr: 6,7 Mio €). Der beizulegende Zeitwert der Schuld in Höhe von 17,6 Mio € wurde unter Berücksichtigung von Erwartungen über die künftige Zielerreichung, im Fall bereits gewährter virtueller Aktien unter Berücksichtigung der letzten gehandelten Xetra-Kurse zum Stichtag und erwarteter Kursschwankungen bis zum Ende der Sperrfrist bestimmt; in beiden Fällen wurde der Zeitwert des Geldes bis zum Zeitpunkt der erwarteten Auszahlung in die Berechnung einbezogen.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Gesamtaufwand für anteilsbasierte Vergütungen von 6,4 Mio € (Vorjahr: 5,1 Mio €) erfasst.

Die Anzahl der durch Umwandlung im März 2016 (Vorjahr: März 2015) gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien belief sich zum 31. Dezember 2016 auf 225 Tausend (Vorjahr: 123 Tausend) Stück der Deutschen Bank AG, die Umwandlung erfolgte auf Basis der Xetra-Kurse in Höhe von 17,47 € (Vorjahr: 24,19 €). Für die Rückwandlung und Auszahlung der gewährten unverfallbaren virtuellen Aktien nach Ablauf der einjährigen Sperrfrist im März 2017 (Vorjahr: März 2016) wurden 3,3 Mio € (Vorjahr: 3,2 Mio €) berücksichtigt. Zurückgewandelt und ausgezahlt wurden im Jahr 2016 123 Tausend (Vorjahr: 109 Tausend) Aktien der Deutschen Bank AG zu einem Kurs von 17,41 € (Vorjahr: 30,89 €), die im Jahr 2015 gewährt worden waren. Nach dem erfolgten Delisting der Deutschen Postbank AG Ende

2015 wurden die letzten virtuellen Aktien der Deutschen Postbank AG (Vorjahr: 3 Tausend) in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG umgewandelt und zu einem Kurs von 17,41 € ausgezahlt.

(36) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2016 Mio €	Veränderung Konsolidie- rungskreis Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2016 Mio €
Tatsächliche Steuern	110	5	53	23	59	98
Latente Steuern	9	-	-	4	12	17
Gesamt	119	5	53	27	71	115

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	137	173
Handelsaktiva	215	208
Finanzanlagen	3	2
Sachanlagen	5	6
Sonstige Aktiva	64	66
Passivposten		
Verbindlichkeiten	4	0
Hedging-Derivate	1	0
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28	28
Andere Rückstellungen	6	6
Sonstige Passiva	0	1
	463	490
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	446	481
Gesamt	17	9

(37) Sonstige Passiva

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	100	80
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	55	63
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	111	85
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitansprüchen	44	38
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	49	39
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	39	40
Rechnungsabgrenzungsposten	21	8
Anteile im Fremdbesitz (Fremdkapitalinstrumente)	6	0
Sonstige Verbindlichkeiten	116	113
Gesamt	541	466

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 36 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €) fällig.

(38) Nachrangkapital

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Hybride Kapitalinstrumente	1.447	1.405
Nachrangige Verbindlichkeiten	909	928
Genussrechtskapital	189	884
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	22	22
Gesamt	2.567	3.239

Von dem bilanziellen Nachrangkapital sind unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) insgesamt 1.090 Mio €¹ (Vorjahr: 1.175 Mio €) regulatorisch als Ergänzungskapital anrechenbar.

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 2.430 Mio € (Vorjahr: 2.461 Mio €) fällig.

Der Zinsaufwand für Hybride Kapitalinstrumente beträgt 92 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 17 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €); sie werden im Posten „Hybride Kapitalinstrumente“ erfasst.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 47 Mio € (Vorjahr: 121 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 24 Mio € (Vorjahr: 24 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Genussscheinhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2016 beträgt insgesamt 25 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €) werden dem Posten „Genussrechtskapital“ direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 1.508 Mio € (Vorjahr: 1.466 Mio €) gegen zinsinduzierte Änderungen des Fair Value abgesichert.

Das Nachrangkapital ist mit 1,4 Mrd € (Vorjahr: 2,1 Mrd €)² festverzinslich sowie mit 1,2 Mrd € (Vorjahr: 1,1 Mrd €)³ variabel verzinslich.

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2016, vorbehaltlich dessen Billigung

²Vorjahresangabe um 1,5 Mrd € angepasst wegen unzutreffender Zuordnung

³Vorjahresangabe um –1,5 Mrd € angepasst wegen unzutreffender Zuordnung

(39) Eigenkapital

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.191	2.010
Gewinnrücklagen	3.812	3.664
Neubewertungsrücklage	359 ²	327 ³
Andere Rücklagen	4.171	3.991
Bilanzgewinn	317	610
Anteile in Fremdbesitz	– ⁴	6
Gesamt	7.226	7.164

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Davon entfallen 14 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung (siehe Note 28).

³Davon entfielen im Vorjahr 78 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung.

⁴Im Berichtsjahr hat sich die Postbank entschieden, im Einklang mit geltenden Rechnungslegungsvorschriften, den Ausweis der Anteile in Fremdbesitz (Fremdkapitalinstrumente) nicht mehr im Eigenkapital, sondern unter den Sonstigen Passiva vorzunehmen.

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien sowie Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage in Höhe von 181 Mio € ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren und Neubewertungsgewinne/-verluste aus leistungsorientierten Plänen unter Berücksichtigung von latenten Steuern erfasst. Darüber hinaus reduziert sich die Gewinnrücklagen des Postbank Konzerns um 263 Mio € aufgrund der Erstkonsolidierung, die im Rahmen des Rückerwerbs der fünf Servicegesellschaften entstand (siehe Note 2).

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder wenn ein Abschreibungsbedarf des Vermögenswertes vorliegt.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 218,8 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Mai 2018 durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen ganz oder in Teilbeträgen, einmalig

98

112

86

oder mehrmals um bis zu insgesamt 54,7 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital II). Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Beschluss sieht ferner die Möglichkeit eines vereinfachten Bezugsrechtsausschlusses gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG vor. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die näheren Einzelheiten zu den Genehmigten Kapitalien I und II ergeben sich aus § 4 Abs. 6 und 7 der Satzung.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter den unter Tagesordnungspunkt 9a näher festgelegten Bedingungen bis zum 8. Juli 2019 ermächtigt, einmalig oder mehrmals Genussscheine, hybride Schuldverschreibungen, Options- und Wandelschuldverschreibungen auszugeben. Der Gesamtnennbetrag darf insgesamt 3 Mrd € nicht übersteigen. Options- bzw. Wandlungsrechte dürfen nur auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu nominal 273,5 Mio € ausgegeben werden.

Das Grundkapital ist um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuer, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Rechten an die Inhaber von Options- bzw. Wandelgenussscheinen, Options- und Wandelschuldverschreibungen, die mit den von der Gesellschaft oder von mit ihr verbundenen Unternehmen aufgrund der Ermächtigung des Vorstands durch Beschluss der Hauptversammlung vom 9. Juli 2014 unter Tagesordnungspunkt 9 a auszugebenden Genussscheinen bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen verbunden sind. Die bedingte Kapitalerhöhung kann bis zum 8. Juli 2019 nur insoweit durchgeführt werden, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu den gemäß der vorstehend genannten Ermächtigung jeweils zu berechnenden Options- bzw. Wandlungspreisen. Die neuen, auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Die näheren Einzelheiten zum bedingten Kapital ergeben sich aus § 4 Abs. 8 der Satzung.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

Finanzinstrumente Available for Sale

	2016 Mio €	2015 Mio €
Stand 1. Januar	327	337
Bewertungsänderungen	63	-28
Available for Sale gehedgt (nicht gesichertes Risiko)	126	11
Available for Sale nicht gehedgt	-63	-39
Bestandsänderungen	-32	18
Impairment	2	1
davon Available for Sale	2	1
davon Loans and Receivables	0	0
Verkauf/Hedge-Auflösung	-113	-13
davon Available for Sale	-174	-21
davon Loans and Receivables	61	8
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	79	30
davon Available for Sale	80	31
davon Loans and Receivables	-1	-1
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	1	0
Stand 31. Dezember	359¹	327²

¹Davon entfallen 14 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung (siehe Note 28).

²Davon entfielen im Vorjahr 78 Mio € auf eine als zur Veräußerung bestimmte Beteiligung.

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden der Neubewertungsrücklage im Berichtsjahr 111 Mio € erfolgswirksam entnommen (Vorjahr: 12 Mio €). Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Berichtsjahr 79 Mio € der Neubewertungsrücklage erfolgswirksam zugeführt (Vorjahr: 30 Mio €). Des Weiteren erhöhte sich die Neubewertungsrücklage um 63 Mio € (Vorjahr: Reduzierung 28 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Berichtsjahr um 1 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) auf einen Endbestand von -1 Mio € (Vorjahr: -2 Mio €).

112

SONSTIGE ANGABEN

(40) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Retail Banking		Firmenkunden		Financial Markets		Non Core Operating Unit		Cost Center/ Konsolidierung		Gesamt	
	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Zinsüberschuss	2.222	2.303	342	358	-41	5	-357	-369	3	-59	2.169	2.238
Handelsergebnis	13	22	7	1	31	33	0	0	-1	0	50	56
Finanzanlageergebnis	90	0	0	-2	143	29	11	13	14	-13	258	27
Provisionsüberschuss	681	731	126	126	-25	-21	-1	6	62	-20	843	822
Gesamterträge	3.006	3.056	475	483	108	46	-347	-350	78	-92	3.320	3.143
Verwaltungsaufwand	-1.456	-1.434	-108	-91	-30	-44	-9	-13	-1.250	-1.011	-2.853	-2.593
Risikovorsorge	-128	-172	-42	-36	0	1	-14	-2	0	0	-184	-209
Sonstige Erträge	34	49	2	2	1	1	1	4	103	833	141	889
Sonstige Aufwendungen	-171	-146	0	-1	-1	0	-5	-16	60	-483	-117	-646
Verrechnungen	-791	-832	-152	-149	-39	-42	-41	-38	1.023	1.061	0	0
davon Erträge	300	310	37	36	26	2	0	0	-363	-348	0	0
davon Aufwendungen	-1.091	-1.142	-189	-185	-65	-44	-41	-38	1.386	1.409	0	0
Ergebnis	494	521	175	208	39	-38	-415	-415	14	308	307	584
Externe Erträge ²	3.002	3.052	473	481	108	46	-347	-350	84	-86	3.320	3.143
Intersegmenterträge	4	4	2	2	0	0	0	0	-6	-6	0	0
Wertminderungen	-25	-27	-1	-1	-1	-1	0	0	-71	-110	-98	-139
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-25	-26	-1	-1	-1	-1	0	0	-71	-80	-98	-108
Cost Income Ratio (CIR)³	81,3 %	79,7 %	58,0 %	53,2 %	70,8 %	178,9 %	-16,0 %	-19,8 %	-	-	85,8 %	80,3 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	14,1 %	17,2 %	32,1 %	42,3 %	2,4 %	-2,6 %	-30,1 %	-25,7 %	-	-	4,3 %	8,8 %

¹Angaben angepasst (vergleiche Erläuterung innerhalb dieser Note)

²Bei den externen Erträgen handelt es sich um den Saldo der externen Teilbeträge aus den Positionen Zinserträge, Zinsaufwendungen, Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Finanzanlageergebnis und Handelsergebnis.

³Für die Segmente wurde die Kennzahl mit genauen Beträgen gerechnet, die aus dem Management Informationssystem stammen. Bei der Berechnung mit gerundeten Zahlen kann es daher zu geringfügigen Differenzen kommen.

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns.

Im Geschäftsjahr 2016 ergaben sich folgende Veränderungen bzw. Sondersachverhalte in der Rechnung nach Geschäftsfeldern:

- Aufgrund veränderter Zuständigkeiten im Vorstand der Postbank wurden im Berichtsjahr die zuvor im Segment Retail Banking ausgewiesenen Ergebnisse im Geschäft mit Geschäftskunden nunmehr dem Segment Firmenkunden zugeordnet. Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden entsprechend angepasst; so hat sich das Ergebnis vor

Steuern im Segment Firmenkunden um 52 Mio € erhöht und um den gleichen Betrag im Segment Retail Banking vermindert. Im Einzelnen erhöhten sich für Firmenkunden der Zinsüberschuss um 99 Mio € und der Provisionsüberschuss um 46 Mio €, während das Segment durch die Anpassungen mit 2 Mio € zusätzlicher Risikovorsorge, 32 Mio € Verwaltungsaufwand und 59 Mio € Aufwand für Verrechnungen belastet wurde.

- Zum 1. Januar 2016 wurden fünf Gesellschaften von der PBC Banking Services GmbH an die Postbank zurückübertragen. Diese Gesellschaften sind mit Ausnahme der Postbank Direkt GmbH dem Geschäftsfeld Cost Center/ Konsolidierung zugeordnet. Die Aktivitäten der Postbank Direkt GmbH werden im Geschäftsfeld Retail Banking ausgewiesen.

- Im Juni 2016 wurde die strategische Beteiligung an der VISA Europe Ltd., die dem Segment Cost Center/Konsolidierung zugeordnet wurde, veräußert. Die daraus resultierenden Erträge in gesamter Höhe von 104 Mio € wurden den Geschäftsfeldern Retail Banking (90 Mio €) und Cost Center/Konsolidierung (14 Mio €) zugerechnet. Dem Geschäftsfeld Retail Banking wurde die Barkomponente zugeordnet, da diese Erträge von den Transaktionsmengen abhängig waren, welche maßgeblich von den Privatkunden generiert wurden.

98

- Die in der Berichtsperiode durchgeführten Anpassungen der Vorjahreszahlen (vgl. Note 6) wurden in der Segmentberichterstattung ebenfalls berücksichtigt. Im Segment Retail Banking verringerte sich dadurch der Zinsüberschuss für das Geschäftsjahr 2015 um 161 Mio €, der Provisionsüberschuss stieg um 36 Mio €, während sich der Verwaltungsaufwand um 127 Mio € reduzierte. Das Segment Non Core Operating Unit (NCOU) wurde im Zinsüberschuss mit 4 Mio € belastet, während sich der Verwaltungsaufwand um 4 Mio € verbesserte.
- Zusätzlich wurden Barwertschäden aus vorfällig gekündigten Krediten nach überarbeiteter Methode den Segmenten verursachungsgerecht zugeordnet, was ebenfalls in den Vorjahreszahlen reflektiert wurde, um die Vergleichbarkeit der Berichterstattung im Zeitablauf zu gewährleisten. Die Umstellung entlastete den Zinsüberschuss im Geschäftsfeld Financial Markets für 2015 mit 53 Mio €, während die Segmente Retail Banking mit 45 Mio € und Firmenkunden mit 8 Mio € belastet wurden.
- Darüber hinaus wurde die im Vorjahreszeitraum in den Geschäftsfeldern Financial Markets und NCOU belastete Bankenabgabe im Jahr 2016 den Geschäftsfeldern Retail Banking (3 Mio €), Firmenkunden (3 Mio €), Financial Markets (8 Mio €) und NCOU (9 Mio €) verrechnet. Eine Anpassung des Ausweises der Vorjahreszahlung erfolgte nicht.

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privatkunden ein breites Spektrum von Post-, Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutschen Postbank AG, des inländischen Retail-Geschäfts der BHW Bausparkasse AG sowie weiterer Tochtergesellschaften, namentlich der BHW Holding AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Filial GmbH (zum 1. Januar 2016 auf die Postbank Filialvertrieb AG verschmolzen), der Postbank Direkt GmbH (ab 1. Januar 2016) und der Postbank P.O.S. Transact GmbH (bis zum 31. Juli 2015). Darüber hinaus wird das Ergebnis aus der Fortschreibung der Effekte der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb der BHW Bausparkasse AG dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank für Geschäfts- und Firmenkunden Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Einen weiteren Bereich dieses Geschäftsfelds bilden

Factoring und Leasing. Darüber hinaus werden das Anlage- und das sonstige Kreditgeschäft mit den Geschäfts- und Firmenkunden in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen der PB Firmenkunden AG, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, der Geschäfte mit Firmen- und Geschäftskunden der Deutschen Postbank AG sowie aus Teilen der Ergebnisse der Zweigniederlassung Luxemburg, jeweils ohne ausgewählte Einzelengagements, sowie aus Teilen des Geschäfts im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierungen.

Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher) und der Teilgesellschaftsvermögen der PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen sowohl aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG sowie den Ergebnissen der Tochter PB International S.A. und der Zweigniederlassung Luxemburg (ohne Firmenkundengeschäft) als auch aus den Ergebnissen der Teilgesellschaftsvermögen, der Deutsche Postbank Funding Trust I, der Deutsche Postbank Funding Trust II, der Deutsche Postbank Funding Trust III, der Deutsche Postbank Funding Trust IV, der Deutsche Postbank Funding LLC I, der Deutsche Postbank Funding LLC II, der Deutsche Postbank Funding LLC III und der Deutsche Postbank Funding LLC IV.

Das Geschäftsfeld NCOU beinhaltet Portfolios und Aktivitäten, die in der aktuellen Ausrichtung der Bank nicht mehr zum Kerngeschäft gehören. Ziele des Segments sind neben der Erhöhung der Transparenz insbesondere der weitere Abbau von Risiken und die Reduzierung von Risikoaktiva.

Das Ergebnis des Segments beinhaltet Finanzanlagen mit Emittenten aus GIIPS-Staaten, Teile der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierungen sowie ausgewählte Firmenkundenkredite, bestimmte Auslandsaktivitäten im Retail-Geschäft sowie ausgewählte, nicht mehr aktiv vertriebene Retail-Produkte. Darüber hinaus sind dem Segment bestimmte besicherte und unbesicherte Emissionen zugeordnet.

Das Segment Cost Center/Konsolidierung enthält neben den Konzernkonsolidierungen – ohne die innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen – auch die Ergebnisse der Cost Center der Deutschen Postbank AG. Das Segment beinhaltet außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Tochtergesellschaften Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Postbank Service GmbH (ab 1. Januar 2016), BHW Kreditservice GmbH (ab 1. Januar 2016), Betriebs-Center für Banken AG (ab 1. Januar 2016), VÖB-ZVD Processing GmbH (ab 1. Januar 2016) sowie den Anspruch aus der Ausgleichszahlung für die Anteile an der PBC Banking Services GmbH gemäß § 304 AktG (bis Dezember 2015).

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsenertrag) statt der Zinserträge und der Zinsauf-

wendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutschen Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken, Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	2.632	2.707
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	380	370
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	314	310
Transaction Banking Insourcing	79	0
Übriges	-85	-244
Summe Erträge	3.320	3.143

¹Angaben angepasst (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note)

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Finanzanlageergebnis des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsüberschuss der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugerechnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns. Die Erträge des Segments NCOU werden unter der Position „Übriges“ ausgewiesen.

Die Ermittlung der Ergebnisse nach geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Europa enthält die Luxemburger Einheiten PB International S.A., die Zweigniederlassung Luxemburg und die Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH sowie die BHW Niederlassungen in Italien und in Luxemburg. Die Region Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögenswerte	
	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2015 Mio €
Deutschland	3.251	3.078	276	539	2.645	2.563
Europa	69	65	31	45	17	17
Gesamt	3.320	3.143	307	584	2.662	2.580

¹Angaben angepasst (vgl. Erläuterung innerhalb dieser Note)

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen.

(41) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	362	404
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	7.752	5.788
davon bereitgestellte Baudarlehen	5.325	4.019
Sonstige Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen Einlagensicherungsfonds	22	0
Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen Barsicherheit Bankenabgabe	13	9 ¹
Sonstige Verpflichtungen	13.061	13.905
Gesamt	21.210	20.106¹

¹Vorjahresangabe korrigiert um 9 Mio €

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Zusätzlich beinhaltet der Betrag eine Eventualverbindlichkeit für Beschwerden, die sich auf die Beratung und Geschäftsabschlüsse im Bereich geschlossener Fonds beziehen. Weitere Detailinformationen zu diesem Sachverhalt werden nicht gesondert dargestellt, da hieraus die Lage der Bank in den entsprechenden Verfahren ernsthaft beeinträchtigt werden kann.

Die Nichtigkeits- und Anfechtungsklagen, die sich gegen den in der ordentlichen Hauptversammlung am 18. August 2015 gefassten Beschluss über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Deutschen Postbank AG auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung richten, sind weiterhin anhängig, nach Auffassung der Deutschen Postbank AG jedoch unbegründet.

Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

Höhe und Zeitpunkt der Inanspruchnahme sind insbesondere bei Kreditlinien, Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen regelmäßig variabel.

(42) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Fair-Value-Hierarchie

Im Folgenden wird die Zuordnung der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente zur dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 13.72 ff. dargestellt. Dementsprechend ordnet die Postbank die Bestände wie folgt dem entsprechenden Level zu:

Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Level 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden

somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u. a. nicht börsengehandelte Derivate (z. B. Swaps, Caps, Floors) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum 31. Dezember 2016

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte

Klassen	Ausweis des Fair Value erfolgt in			
	31.12.2016 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	475	0	475	0
Held-for-Trading-Darlehen	53	0	53	0
Derivate	422	0	422	0
Hedging-Derivate	112	0	112	0
Forderungen an Kunden	3.645	0	3.645	0
davon private Baufinanzierungen	3.645	0	3.645 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	14.571	12.078	2.454	39
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.252	12.064	2.171	17
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	271	0	271	0
Beteiligungen	48	14	12	22
Sonstige Aktiva	140	0	0	140
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	140	0	0	140
Gesamt	18.943	12.078	6.686	179

¹Bei der Bewertung der Kredite in der Fair-Value-Option haben die nicht am Markt beobachtbaren Parameter seit Anfang 2014 als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor erlangt. Im Hinblick auf ihre erwartete geringere Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung als Level 2.

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten

Klassen	Ausweis des Fair Value erfolgt in			
	31.12.2016 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelspassiva	409	0	409	0
Derivate	409	0	409	0
Hedging-Derivate	42	0	42	0
Gesamt	451	0	451	0

Zum 31. Dezember 2015

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte

Klassen	31.12.2015 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	647	0	646	1
Held-for-Trading-Darlehen	91	0	91	0
Derivate	556	0	555	1
Hedging-Derivate	78	0	78	0
Forderungen an Kunden	4.409	0	4.409	0
davon private Baufinanzierungen	4.409	0	4.409 ¹	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	13.360	10.666	2.660	34
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13.034	10.618	2.388	28
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	261	0	261	0
Beteiligungen	65	48	11	6
Sonstige Aktiva	105	0	0	105
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	105	0	0	105
Gesamt	18.599	10.666	7.793	140

¹Bei der Bewertung der Kredite in der Fair-Value-Option haben die nicht am Markt beobachtbaren Parameter seit Anfang 2014 als Folge der Zinsentwicklung einen größeren Anteil am Abzinsungsfaktor erlangt. Im Hinblick auf ihre erwartete geringere Volatilität und ihre Insignifikanz für den gesamten Fair Value erfolgt weiterhin eine Einstufung als Level 2.

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten

Klassen	31.12.2015 Mio €	Ausweis des Fair Value erfolgt in		
		Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	665	0	665	0
Derivate	665	0	665	0
Hedging-Derivate	208	0	208	0
Gesamt	873	0	873	0

Im Rahmen der Bewertung der Level-2-Bestände – sofern nicht die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments zum Bewertungsstichtag bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten erfolgen kann – greift die Postbank auf sogenannte Discounted-Cash-Flow-Modelle zurück. Bei dem Großteil der oben genannten Finanzinstrumente (Derivate, Anleihen, Schuldscheindarlehen) werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis-Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungs-

bereichs angewandt. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und Kostenaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell berücksichtigt.

Der Anstieg der Level-1-Bestände im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus einem höheren Volumen an Finanzanlagen mit quotierten Preisen auf aktiven Märkten. Die Abgänge (im Wesentlichen Fälligkeiten) an Level-1- und Level-2-Beständen von Finanzanlagen wurden durch Zugänge in der Berichtsperiode überkompensiert, sodass insbesondere die Bestände der Finanzanlagen in Level 1 angestiegen sind.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der

verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind. Embedded Derivatives (CDS) aus den synthetischen, strukturierten Kreditprodukten werden dem Level 3 zugeordnet.

Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich in der Berichtsperiode wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte

Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2016							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS			Gesamt
	Handels-aktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kredit-institute/Kunden	Finanz-anlagen	Forderungen an Kredit-institute/Kunden	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	34	0	105	140
Summe Gewinne oder Verluste	-1	0	0	1	0	0	0
in GuV	-1	0	0	-1	0	0	-2
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	2	0	0	2
Erwerbe	0	0	0	26	0	96	122
Veräußerungen	0	0	0	-11	0	0	-11
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-11	0	-61	-72
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Endbestand	0	0	0	39	0	140	179
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	-1	0	0	1	0	0	0

Zum 31. Dezember 2015 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte

Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2015							
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS			Gesamt
	Handels-aktiva	Hedging-Derivate	Forderungen an Kredit-institute/Kunden	Finanz-anlagen	Forderungen an Kredit-institute/Kunden	Sonstige Aktiva	
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anfangsbestand	1	0	0	74	0	27	102
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0	-1	0	0	-1
in GuV	0	0	0	0	0	0	0
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	-1	0	0	-1
Erwerbe	0	0	0	0	0	78	78
Veräußerungen	0	0	0	0	0	0	0
Emissionen	0	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-45	0	0	-45
Wechselkurseffekte	0	0	0	0	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	6	0	0	6
Endbestand	1	0	0	34	0	105	140
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	-1	0	0	-1

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2016		
	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Gesamt Mio €
Anfangsbestand	0	0	0
Summe Gewinne oder Verluste	0	0	0
in GuV	0	0	0
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	0	0	0
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 hatten sich im Vorjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Ausweis des Fair Value nach Level 3 zum 31.12.2015		
	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Gesamt Mio €
Anfangsbestand	2	0	2
Summe Verluste	-2	0	-2
in GuV	-2	0	-2
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0
Wechselkurseffekte	0	0	0
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	0	0	0
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	-2	0	-2

Die Bewertung der strukturierten Kreditprodukte innerhalb der Finanzanlagen, die dem Level 3 zuzuordnen sind, erfolgt derzeit mittels Arranger/Dealer Quotes, die durch ein internes Bewertungsmodell validiert werden. Im internen Bewertungsmodell wird neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der zuvor ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Unter der Annahme einer Veränderung der Arranger/Dealer Quotes um ± 100 Basispunkte würde sich der Fair Value um $\pm 0,2$ Mio € verändern.

Die Bestände an geschlossenen Fonds werden mit Cashflow-Modellen, die risikoadjustierte Planannahmen der einzelnen Fonds berücksichtigen, bewertet. Sofern die Planannahmen um $\pm 10\%$ von den bei der Fair-Value-Ermittlung getroffenen Annahmen abweichen, würde sich eine Änderung des Fair Value von ± 1 Mio € ergeben.

Die Level-3-Forderungen aus Lieferungen und Leistungen beziehen sich auf Provisionsforderungen im Zusammenhang mit der Vermittlung von Versicherungen und auf Forderungen aus erbrachten Dienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen. Die Fair Values der für die Vermittlung von Versicherungen zu erhaltenden Abschlussprovisionen werden unter Berücksichtigung zukünftiger Stornierungen/erwarteter vorzeitiger Beendigungen ermittelt. Die zuverlässige Ermittlung der Fair Values der oben genannten Provisionen basiert auf dem Berichtssystem des Produktgebers und enthält Annahmen über die Stornoquote/erwartete vorzeitige Beendigungen der abgeschlossenen Versicherungen. Unter der Annahme der Veränderung der Stornoquoten von $\pm 5\%$ würde sich eine Änderung des Fair Value der Forderung von ± 8 Mio € ergeben, die als Änderung der Zahlungsströme erfolgswirksam erfasst werden würde. Der Fair Value der Forderung aus der erbrachten Dienstleistung im Zusammenhang mit einem Refinanzierungsprogramm der Europäischen Zentralbank wird auf Basis von Erwartungen über die Laufzeit und die Höhe des Refinanzierungsvorteils sowie den daraus abgeleiteten künftigen Zahlungen an die Postbank ermittelt. Aufgrund bestehender hoher Unsicherheiten über die vorgenannten Parameter und der daraus resultierenden mangelnden verlässlichen Schätzbarkeit nach IAS 18.20 wurden künftig mögliche Vergütungen in Höhe eines niedrigen dreistelligen Millionen-Euro-Betrags zum 31. Dezember 2016 nicht realisiert. Die Realisierung erfolgt bei Erfüllung der Kriterien des IAS 18.20 in Folgejahren.

Nicht wiederkehrende Fair-Value-Bewertungen von Finanzinstrumenten waren in der Berichtsperiode nicht zu verzeichnen.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2016					31.12.2015 ¹	
	Buchwert	Beizulegender	Level 1	Level 2	Level 3	Buchwert	Beizulegender
	Mio €	Zeitwert	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Zeitwert
		Mio €					Mio €
Aktiva							
Barreserve	2.291	2.291	2.291	0	0	1.357	1.357
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	13.108	13.117	6.381	6.733	3	15.876	15.899
Wertpapierpensionsgeschäfte	5.832	5.834	0	5.834	0	13.144	13.149
Täglich fällige Gelder	6.381	6.381	6.381	0	0	837	837
Darlehen	92	94	0	94	0	68	70
Namenschuldverschreibungen	300	306	0	306	0	425	440
Termingelder	500	499	0	499	0	1.100	1.101
Sonstige Forderungen	3	3	0	0	3	302	302
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	98.358	102.222	0	0	102.222	94.528	99.400
Private							
Baufinanzierungen	65.384	68.890	0	0	68.890	64.306	68.798
Bauspardarlehen	2.992	2.992	0	0	2.992	3.243	3.243
Gewerbliche Kredite	13.677	13.717	0	0	13.717	12.073	12.156
Forderungen an öffentliche Haushalte	5.205	5.234	0	0	5.234	4.621	4.549
Ratenkredite	7.438	7.704	0	0	7.704	6.589	6.937
Kontokorrentkredite	2.085	2.085	0	0	2.085	2.176	2.176
Schuldscheindarlehen	1.537	1.560	0	0	1.560	1.485	1.506
Sonstige Forderungen	40	40	0	0	40	35	35
Risikovorsorge (Loans and Receivables)	-998	-998	0	0	-998	-923	-923
Private							
Baufinanzierungen	-292	-292	0	0	-292	-351	-351
Bauspardarlehen	-5	-5	0	0	-5	-5	-5
Gewerbliche Kredite	-153	-153	0	0	-153	-159	-159
Forderungen an öffentliche Haushalte	-4	-4	0	0	-4	-4	-4
Ratenkredite	-389	-389	0	0	-389	-268	-268
Kontokorrentkredite	-155	-155	0	0	-155	-134	-134
Schuldscheindarlehen	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	0	0	0	-2	-2
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	12.196	12.573	7.702	4.864	7	17.408	17.998
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.196	12.573	7.702	4.864	7	17.408	17.998
Sonstige Aktiva (Loans and Receivables)	147	147	0	0	147	318	318
	125.102	129.352	16.374	11.597	101.381	128.564	134.049
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	13.133	13.539	122	3.149	10.268	15.341	15.818
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	118.918	120.616	0	0	120.616	119.150	121.184
Spareinlagen	38.585	38.585	0	0	38.585	41.841	41.841
Bauspareinlagen	18.809	18.809	0	0	18.809	19.341	19.341
Andere Verbindlichkeiten	61.524	63.222	0	0	63.222	57.968	60.002
Verbriefte Verbindlichkeiten (Liabilities at amortised cost)	3.339	3.767	62	0	3.705	3.446	3.898
Öffentliche Pfandbriefe	56	62	62	0	0	67	74
Hypothekendarlehen	2.405	2.467	0	0	2.467	2.471	2.551
Sonstige Schuldverschreibungen	878	1.238	0	0	1.238	908	1.273
Nachrangkapital (Liabilities at amortised cost)	2.567	2.598	0	0	2.598	3.239	3.497
Hybride Kapitalinstrumente	1.447	1.385	0	0	1.385	1.405	1.398
Nachrangige Verbindlichkeiten	909	989	0	0	989	928	1.169
Genussrechtskapital	189	202	0	0	202	884	908
Vermögenseinlagen typischer stiller Gesellschafter	22	22	0	0	22	22	22
Sonstige Passiva (Liabilities at amortised cost)	318	318	0	0	318	296	296
	138.275	140.838	184	3.149	137.505	141.472	144.693

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

(43) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

	Erläuterungen	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Zinserträge und -aufwendungen (inklusive atypische Zinsen)	(7)		
Loans and Receivables		3.671	3.966
Available for Sale		206	215
Held for Trading		-155	-154
Liabilities at amortised cost		-1.553	-1.789
Nettogewinne und -verluste	(10), (11)		
Held for Trading		38	39
Designated as at Fair Value		12	17
Loans and Receivables		84	16
Available for Sale		174	29 ²

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

²Vorjahresangabe um 9 Mio € korrigiert aufgrund Erweiterung um Ergebnis aus Beteiligungen.

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Aktiva	17.199	17.171	125.553	129.558	142.752	146.729
Loans and Receivables	4.572	6.227	119.237	121.903	123.809	128.130
Forderungen an Kreditinstitute	0	78	13.108	15.798	13.108	15.876
Forderungen an Kunden	2.482	1.535	95.876	92.993	98.358	94.528
Finanzanlagen	2.090	4.614	10.106	12.794	12.196	17.408
Sonstige Aktiva	-	-	147	318	147	318
Available for Sale	8.870	6.457	5.841	7.008	14.711	13.465
Finanzanlagen	8.870	6.457	5.701	6.903	14.571	13.360
Sonstige Aktiva	-	-	140	105	140	105
Held for Trading	-	-	475	647	475	647
Handelsaktiva	-	-	475	647	475	647
Fair-Value-Option	3.645	4.409	-	-	3.645	4.409
Forderungen an Kunden	3.645	4.409	-	-	3.645	4.409
Hedging-Derivate	112	78	-	-	112	78
Passiva	9.135	12.278	129.591	130.067	138.726	142.345
Liabilities at amortised cost	9.065	12.005	129.210	129.467	138.275	141.472
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	654	670	12.479	14.671	13.133	15.341
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.827	7.499	112.091	111.651	118.918	119.150
Verbriefte Verbindlichkeiten	76	2.370	3.263	1.076	3.339	3.446
Nachrangkapital	1.508	1.466	1.059	1.773	2.567	3.239
Sonstige Passiva	-	-	318	296	318	296
Held for Trading	28	65	381	600	409	665
Handelspassiva	28	65	381	600	409	665
Hedging-Derivate	42	208	-	-	42	208

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

(44) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisenswaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps sowie Zinsoptionsgeschäfte. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Bei der Abwicklung von Derivaten über einen zentralen Kontrahenten nutzt die Postbank die bestehenden Nettingmöglichkeiten.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Derivate des Handelsbestands	138.822	146.926	422	556	409	665
Hedging-Derivate	21.785	22.167	112	78	42	208
Gesamt	160.607	169.093	534	634	451	873

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins-, kredit- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalwerte		Fair Value			
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	1.124	1.661	29	67	32	72
Devisenswaps	3.877	4.587	15	11	7	19
Devisenoptionen ¹	884	1.124	10	13	10	13
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	5.885	7.372	54	91	49	104
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	129.738	136.532	228	348	323	505
Cross Currency Swaps	866	904	137	111	33	47
Forward Rate Agreements	–	–	–	–	–	–
OTC-Zinsoptionen	46	116	0	0	0	0
Sonstige zinsgebundene Verträge	2.274	1.926	3	5	4	8
Gesamtbestand Zinsderivate	132.924	139.478	368	464	360	560

¹Inklusive Goldoptionen

	Fair Value					
	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktienoptionen (long/short)	-	2	-	0	-	-
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	-	2	-	0	-	-
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	13	74	0	1	0	1
Gesamtbestand Kreditderivate	13	74	0	1	0	1
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	138.822	146.926	422	556	409	665
davon Derivate des Bankbuchs	57.497	51.808	421	475	300	501
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	11.180	14.733	0	0	28	65
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	21.779	22.160	112	78	40	206
Cross Currency Swaps	6	7	0	0	2	2
Credit Default Swaps	-	-	-	-	-	-
Gesamtbestand Hedging-Derivate	21.785	22.167	112	78	42	208
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	160.607	169.093	534	634	451	873

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen
Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

	Hedging-Derivate			
	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	10	10	7	46
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	0	0	18
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	0	0	5	9
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2	0	8	33
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1	2	3	16
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	0	1	1	17
mehr als 5 Jahre	99	65	18	69
	112	78	42	208

Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	30	45	56	85
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	25	58	91	64
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	15	15	31	97
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	20	14	11	45
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	35	41	26	52
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	28	53	30	41
mehr als 5 Jahre	269	330	164	281
	422	556	409	665

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und die negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgliedert.

	Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Kontrahenten				
Banken in der OECD	320	396	397	791
Sonstige Kontrahenten in der OECD	214	238	54	82
Nicht OECD	0	-	0	0
	534	634	451	873

(45) Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die die Aufrechnungsvoraussetzungen des IAS 32.42 ff. erfüllen, sind zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Angaben zum 31. Dezember 2016 zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Falle von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind.

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Nettobetrag Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute	17.714	-4.606	13.108	-	-	-5.839	7.269
Handelsaktiva	6.632	-6.157	475	-191	-73	-	211
Hedging-Derivate	1.042	-930	112	-1	-19	-	92
Gesamt	25.388	-11.693	13.695	-192	-92	-5.839	7.572

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Nettobetrag Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.167	-4.020	3.147	-	0	-2.881	266
Handelspassiva	7.271	-6.862	409	-191	-289	-	-71
Hedging-Derivate	853	-811	42	-1	-30	-	11
Gesamt	15.291	-11.693	3.598	-192	-319	-2.881	206

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)“ sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der Kriterien des IAS 32.42 ff. aufgerechnet wurden. In der Spalte „Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen“ werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Netting-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen des IAS 32.42 ff. nicht aufgerechnet wurden. Die Spalten „Barsicherheiten“ und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten“ zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

Die Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos/Repos) ist Gegenstand der Bilanzpositionen „Forderungen an Kreditinstitute (inklusive Risikovorsorge)“ und „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“.

Aufrechnungen aus Derivaten spiegeln sich in den Bilanzpositionen „Handelsaktiva“, „Handelspassiva“ und „Hedging-Derivate“ wider. Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten übertragenen Barsicherheiten werden unter den „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ bzw. „Forderungen an Kreditinstitute“ bilanziert.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2015:

	Finanzielle Vermögenswerte (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Nettobetrag Mio €
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute	21.115	-5.239	15.876	-	-	-13.095	2.781
Handelsaktiva	7.276	-6.629	647	-241	-62	-	344
Hedging-Derivate	1.414	-1.336	78	-8	-9	-	61
Gesamt	29.805	-13.204	16.601	-249	-71	-13.095	3.186

	Finanzielle Verbindlichkeiten (brutto) Mio €	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto) Mio €	Bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten (netto) Mio €	Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen Mio €	Barsicherheiten Mio €	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten Mio €	Nettobetrag Mio €
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.470	-5.135	5.335	-	-	-4.982	353
Handelspassiva	8.108	-7.443	665	-241	-368	-	56
Hedging-Derivate	834	-626	208	-8	-115	-	85
Gesamt	19.412	-13.204	6.208	-249	-483	-4.982	494

(46) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2016 Anzahl	31.12.2015 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	385	491
Zwangsverwaltungsverfahren	72	32
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	377	514

(47) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Fremdwährungsaktiva	3.245	3.369
Fremdwährungspassiva	3.236	3.359

(48) Kapitalmanagement, Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die Postbank erfüllt die Anforderungen aus Basel III, die seit dem 1. Januar 2014 in Form der Capital Requirements Regulation (CRR) und der Capital Requirements Directive IV (CRD IV), die wiederum im KWG sowie in begleitenden Verordnungen deutschen Rechts umgesetzt wurden, in Kraft getreten sind. Im Jahr 2016 galten noch zahlreiche Übergangsvorschriften.

Die Ermittlungs- und Steuerungsprozesse der Postbank für die Eigenmittelausstattung sowie die Leverage Ratio entsprechen dem aktuellen Stand von Gesetzen, Verordnungen und Standards der European Banking Authority (EBA). Interne Berechnungen erfolgen dabei stets sowohl für die Ergebnisse bei Anwendung der aktuell gültigen Übergangsvorschriften (regulatory phased-in) wie auch ohne Anwendung dieser erleichternden Übergangsvorschriften (fully phased-in). Die Eigenmittelentwicklungen werden in beiden Sichtweisen überwacht und gesteuert.

Im Jahr 2016 wurden für die Postbank erstmals zusätzliche Kapitalpufferanforderungen schlagend. Diese Kapitalpuffer sind allesamt durch hartes Kernkapital (CET 1) abzudecken, das, bezogen auf die risikogewichteten Aktiva, zusätzlich zu den bestehenden Mindestanforderungen vorzuhalten ist. Die CRR regelt Übergangsfristen, die eine stufenweise Erhöhung der Kapitalpufferanforderungen im Zeitraum zwischen 2016 und 2019 vorsehen. Die Anforderungen an Kapitalpuffer werden je nach Pufferart direkt durch die CRD IV bzw. das KWG definiert oder aber instituts- bzw. landesspezifisch durch die Aufsicht festgelegt und kommuniziert.

Der Kapitalerhaltungspuffer ist in seiner Höhe bereits durch die CRD IV definiert und wurde im Jahr 2016 mit einer Kapitalanforderung von 0,625 % der risikogewichteten Aktiva berücksichtigt. Der maximale Kapitalerhaltungspuffer wird im Jahr 2019 mit 2,5 % erreicht sein. Die BaFin hat den antizyklischen Kapitalpuffer für Deutschland auf 0 % festgesetzt. Bezogen auf entsprechende ausländische Exposures, ergibt sich für die Postbank eine antizyklische Kapitalpufferanforderung in Höhe von 0,004 % der RWA. Als Teil des Deutsche Bank Konzerns hat die Postbank für 2016 keine Mitteilung über eine darüber hinaus einzuhaltende systemische Kapitalpufferanforderung erhalten.

Die Postbank hat im Jahr 2016 alle geltenden Eigenmittelanforderungen inklusive der Kapitalpufferanforderungen zu jedem Zeitpunkt erfüllt.

Die externen, durch die Bankenaufsicht vorgegebenen Eigenmittelanforderungen stellen für die Postbank eine harte Untergrenze im Rahmen der strategischen Steuerung dar. Sie sind in das Risikoappetit-Framework eingebunden. Die entsprechenden Kennzahlen werden sowohl auf der Ebene des Postbank Konzerns als auch auf der Ebene der Einzelinstitute im Konzern ermittelt und gesteuert, die unter den Anwendungsbereich der CRR fallen.

Die Steuerung der Eigenmittelanforderungen ist in den übergreifenden Kapitalsteuerungsprozess eingebunden. Dieser umfasst die regulatorische und die ökonomische Steuerungssicht. Hinsichtlich der ökonomischen Kapitalsteuerung verweisen wir auf unsere Darstellungen in Note 49 „Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital“.

Die regulatorische Kapitalsteuerung legt den Fokus auf die Anforderungen an das harte Kernkapital (CET 1) und berücksichtigt darüber hinaus das Kernkapital (Tier 1) und das Gesamtkapital (own funds). Somit werden die Anforderungen der Säule I abgedeckt. Das Kapitalsteuerungskonzept umfasst die folgenden drei Stufen:

1. Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Mindestquoten gemäß CRR/CRD IV bzw. gegebenenfalls gemäß Festsetzung durch die BaFin/EZB.
2. Beobachtung und Einhaltung der intern definierten Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung ein Handlungsimpuls im Sinne auszuarbeitender Kapitalsteuerungsmaßnahmen ausgelöst wird. Schwellenwerte wurden für die jeweiligen Ist-Kapitalquoten, die im Forecast ermittelten Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstests definiert.
3. Anstreben einer durch den Vorstand im Rahmen der Festlegung der Risikostrategie jährlich neu definierten mittelfristigen Zielquote für das CET 1.

Für die Leverage Ratio besteht bisher keine aufsichtsrechtliche Mindestanforderung. Die Bank hat jedoch zur internen Steuerung auch hier Schwellenwerte sowie interne Zielquoten festgelegt. Diese sind über die Risikostrategie in die übergreifende Kapitalsteuerung eingebunden. Der übergreifende Kapitalsteuerungsprozess beinhaltet verschiedene Überwachungs- und Prognoseprozesse für die definierten Kennzahlen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird einmal jährlich eine Vorschau auf die Entwicklung von Eigenmittel- und Verschuldungsquoten über die folgenden drei Jahre auf der Basis von Volumens-, Migrations- und Ergebnisplanungen sowie dezidierter Planungsannahmen aufgestellt. Diese Planung umfasst auch ein Downside-Szenario.

Monatlich werden die aktuellen Quoten für die Eigenmittelausstattung und den Verschuldungsgrad berechnet. Vierteljährlich werden die aktuellen Quoten sowie die Ergebnisse der Stresstestberechnungen im Gesamtbankrisikobericht an den Vorstand und den Aufsichtsrat berichtet.

Die Risikostrategie definiert entsprechende interne Schwellenwerte, bei deren Unterschreitung Handlungsimpulse ausgelöst und Handlungsempfehlungen ausgearbeitet werden. Unterjährig erfolgt darüber hinaus ein Forecast der Eigenmittelquoten mit Blick auf das Ende des Geschäftsjahres, um die Notwendigkeit von Steuerungsmaßnahmen zu prüfen.

Zentrales Gremium bei der Überwachung und Steuerung der Kapitalquoten sowie der Leverage Ratio ist das Asset & Liability Committee. Darin werden Vorschläge für Steuerungsmaßnahmen entwickelt, bewertet und entschieden sowie deren Wirkung überwacht.

Die auf Basis des aktuellen Regelwerks ermittelte Eigenmittelausstattung gemäß CRR/CRD IV (regular phased-in) stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016 ¹ Mio €	31.12.2015 ² Mio €
Adressrisiken (inklusive CVA)	36.108	39.016
Marktrisikopositionen	62	32
Operationelle Risiken	5.827	6.125
Gesamt-Risikoaktiva	41.997	45.173
regular phased-in:		
Hartes Kernkapital (CET 1)	5.952	6.209
Zusätzliches Kernkapital (AT 1)	228	75
Kernkapital (Tier 1)	6.180	6.284
Ergänzungskapital (Tier 2)	1.052	1.102
Eigenmittel (own funds)	7.232	7.386
	%	%
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	14,2	13,7
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	14,7	13,9
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	17,2	16,4
fully phased-in:		
Harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio)	12,4	11,5
Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio)	12,4	11,5
Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio)	15,9	15,1

¹Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2016, vorbehaltlich dessen Billigung

²Auf der Grundlage des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015, Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die harte Kernkapitalquote (CET 1 Capital Ratio) gemäß Meldung per 31. Dezember 2016 (regular phased-in) beträgt 13,4 %.

Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital und gebildete Rücklagen. Das Ergänzungskapital setzt sich aus längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechtsverbindlichkeiten zusammen.

(49) Risikotragfähigkeit, Risikodeckungsmasse und Risikokapital

Die Postbank sieht ihre Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist. Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS (abzüglich Goodwill und aktiver latenter Steuern) und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet. Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß CRR, KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2016 und 2015 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten

Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Kreditrisiken	2.700	2.800
Marktrisiken	2.180	2.180
Operationelle Risiken	700	700
Geschäftsrisiken	2.670	2.670
Summe vor Diversifikation	8.250	8.350
Diversifikationseffekte	1.460	1.490
Summe nach Diversifikation	6.790	6.860
Freie Risikodeckungsmasse	3.128	4.830
Risikodeckungsmasse gesamt	9.918	11.690

Weiterführende Angaben zum Management des ökonomischen Risikokapitals werden im Abschnitt „Risikobericht“ des Konzernlageberichts dargestellt.

(50) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2016:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	6.383	2.853	1.827	1.422	92	0	236	295	13.108
Forderungen an Kunden	5.034	6.453	8.754	9.953	9.351	8.572	8.625	45.261	102.003
Handelsaktiva	–	39	27	17	21	43	34	294	475
Hedging-Derivate	–	10	–	–	2	1	0	99	112
Finanzanlagen	–	2.267	2.234	6.126	4.557	2.222	1.882	7.479	26.767
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	0	0	81	53	0	10	–	–	144
Latente Ertragsteueransprüche	0	0	37	16	3	2	59	81	198
Sonstige Aktiva	169	34	78	67	16	8	4	12	388
Gesamt	11.586	11.656	13.038	17.654	14.042	10.858	10.840	53.521	143.195
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	508	3.214	986	1.171	1.073	869	1.123	4.189	13.133
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	47.029	39.740	9.725	4.815	2.866	2.114	2.967	9.662	118.918
Verbriefte Verbindlichkeiten	83	0	61	10	123	1.141	1.115	806	3.339
Handelspassiva	–	56	91	31	11	26	30	164	409
Hedging-Derivate	–	7	0	5	8	3	1	18	42
Rückstellungen	14	36	271	180	119	53	28	206	907
Pensionsrückstellungen	–	3	10	13	12	12	12	192	254
Sonstige Rückstellungen	14	33	261	167	107	41	16	14	653
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	0	–	62	15	–	21	–	–	98
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	0	0	11	0	0	4	2	17
Sonstige Passiva	179	172	154	11	7	7	4	7	541
Nachrangkapital	0	9	128	401	133	14	25	1.857	2.567
Gesamt	47.813	43.234	11.478	6.650	4.340	4.248	5.297	16.911	139.971
Eventualverpflichtungen	362	0	0	0	0	0	0	0	362
Unwiderrufliche Kreditzusagen	7.752	0	0	0	0	0	0	0	7.752



Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note 44 ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2015:

	Täglich fällig	Bis 3 Mo- nate	3 Mo- nate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	1.534	7.124	3.993	1.092	1.143	85	598	307	15.876
Forderungen an Kunden ¹	4.495	9.415	8.684	9.222	9.162	8.174	7.934	41.851	98.937
Handelsaktiva	–	92	82	16	15	41	58	343	647
Hedging-Derivate	–	10	0	0	0	2	1	65	78
Finanzanlagen	–	1.517	3.072	4.972	6.234	3.743	2.372	8.858	30.768
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	0	15	82	4	0	0	–	–	101
Latente Ertragsteueransprüche ¹	0	0	24	8	10	6	5	24	77
Sonstige Aktiva ¹	189	179	76	44	10	5	2	9	514
Gesamt	6.218	18.352	16.013	15.358	16.574	12.056	10.970	51.457	146.998
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ¹	253	5.565	562	1.423	1.178	1.033	880	4.447	15.341
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	43.417	42.437	8.166	5.373	3.261	2.840	2.061	11.595	119.150
Verbriefte Verbindlichkeiten	84	10	67	61	10	123	1.154	1.937	3.446
Handelspassiva	–	85	64	97	45	52	41	281	665
Hedging-Derivate	–	46	18	9	33	16	17	69	208
Rückstellungen	9	25	169	273	117	47	12	51	703
Pensionsrückstellungen	–	1	2	2	2	2	2	45	56
Sonstige Rückstellungen	9	24	167	271	115	45	10	6	647
Tatsächliche Ertragsteuerpflichtungen	0	14	51	20	8	–	17	–	110
Latente Ertragsteuerpflichtungen	–	0	2	0	0	0	3	4	9
Sonstige Passiva	189	155	99	4	4	6	5	4	466
Nachrangkapital	50	4	724	86	402	134	14	1.825	3.239
Gesamt	44.002	48.341	9.922	7.346	5.058	4.251	4.204	20.213	143.337
Eventualverpflichtungen	404	0	0	0	0	0	0	0	404
Unwiderrufliche Kreditzusagen	5.788	0	0	0	0	0	0	0	5.788

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

(51) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnstPT), Postbeamtenversorgungskasse (PVK) in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfahig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können. Die Patronatserklärung für die Deutsche Postbank International S.A. (heute: PB International S.A.), Luxemburg, ist ab dem 1. Juli 2014 gegenstandslos geworden und wurde daher zu diesem

Stichtag hinsichtlich neu begründeter Verbindlichkeiten gekündigt, nachdem die Deutsche Postbank AG, Zweigniederlassung Luxemburg, den Geschäftsbetrieb der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, insgesamt unter fast vollständiger Übernahme der Aktiva und Passiva der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, zum 1. Juli 2014 aufgenommen hat.

Aus der Abgabe der Patronatserklrungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaften. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch die Gläubiger gegenüber.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	59	49
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	51	40
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	43	30
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	35	22
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	24	16
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	66	37
Gesamt	278	194

(52) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	1	1
Forderungen an Kunden	380	440
	381	441
Treuhandverbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	381	441
	381	441

(53) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2016	Gesamt 2015
Vollzeitkräfte		
Beamte	4.278	4.479
Angestellte	12.301	9.077
	16.579	13.556
Teilzeitkräfte		
Beamte	1.050	1.079
Angestellte	4.564	3.232
	5.614	4.311
	22.193	17.867

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(54) Beziehungen zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Gegenstand dieser Note sind Angaben zu Beziehungen mit strukturierten Unternehmen, die von der Postbank nicht beherrscht und somit nicht konsolidiert werden.

Unter Beziehungen zu strukturierten Unternehmen sind vertragliche und nichtvertragliche Geschäftsbeziehungen zu verstehen, die die Postbank schwankenden positiven und/oder negativen Renditen aus der Geschäftstätigkeit eines strukturierten Unternehmens aussetzen.

Ein strukturiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei dem – aufgrund der besonderen Ausgestaltung – die Stimmrechte oder vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Beurteilung der Beherrschung sind. Ein strukturiertes Unternehmen zeichnet sich oft durch nachfolgende charakterisierende Eigenschaften aus: beschränkte Aktivitäten, enger und genau definierter Unternehmenszweck, unzureichende Eigenkapitalausstattung und Finanzierung, die zur Konzentration von Kredit- oder anderen Risiken führt.

Die Postbank hat im Bereich der gewerblichen Immobilienfinanzierungen u. a. Kreditbeziehungen zu Immobilienobjektgesellschaften, deren Zweck Halten und Vermieten der gewerblichen Immobilien im Wesentlichen in Deutschland und in Europa ist, und zu nationalen und internationalen Immobilienfonds (Kategorie „Gewerbliche Immobilienfinanzierungen“). Die Finanzierung der Immobilien erfolgt durch Eigen- und Fremdkapitalaufnahme. Bei den Immobilienobjektgesellschaften kommt in der Regel ein höherer Fremdkapitalanteil zum Einsatz.

Unter die Beziehungen mit strukturierten Unternehmen fallen ebenfalls die im Bestand des Konzerns befindlichen von strukturierten Unternehmen (z. B. Verbriefungsgesellschaften) emittierten Wertpapiere (Kategorie „Sonstige“) und Fondszertifikate/-anteile (Kategorie „Fonds“).

Als maximales Ausfallrisiko wird der höchstmögliche Verlust aus den Beziehungen zu den strukturierten Unternehmen, denen die Bank ausgesetzt sein könnte, gezeigt. Das maximale Ausfallrisiko bei den zu Anschaffungskosten bewerteten Transaktionen setzt sich zusammen aus dem Bilanzwert und dem Wert der außerbilanziellen Verpflichtungen der Bank, die mit Beziehungen zu strukturierten Unternehmen

zusammenhängen. Das maximale Ausfallrisiko wird ohne Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten gezeigt.

Der Umfang der strukturierten Unternehmen wird mithilfe folgender Größen dargestellt:

- Gewerbliche Immobilienfinanzierungen und Fonds: Vermögenswerte des strukturierten Unternehmens,
- Sonstige: Nominalwerte der ausgegebenen Notes.

	Gewerbliche Immobilienfinan- zierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2016 Mio €
Aktiva				
Forderungen an Kunden	5.089	–	11	5.100
Handelsaktiva	–	–	–	–
Finanzanlagen	3	270	–	273
Risikovorsorge	–80	–	–	–80
Maximales Ausfallrisiko	5.139	270	11	5.420
Forderungen an Kunden	5.089	–	11	5.100
Handelsaktiva	–	–	–	–
Finanzanlagen	3	270	–	273
Risikovorsorge	–80	–	–	–80
Außerbilanzielle Verpflichtungen	127	–	–	127
Umfang der strukturierten Unternehmen	5.633	5.660	11	11.304

Die nachfolgende Tabelle enthält die Vergleichszahlen zum 31. Dezember 2015.

	Gewerbliche Immobilienfinan- zierungen	Fonds	Sonstige	Gesamt
	31.12.2015 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2015 Mio €	31.12.2015 Mio €
Aktiva				
Forderungen an Kunden	4.268	–	11	4.279
Handelsaktiva	1	–	–	1
Finanzanlagen	3	261	–	264
Risikovorsorge	–88	–	–	–88
Maximales Ausfallrisiko	4.365	261	11	4.637
Forderungen an Kunden	4.268	–	11	4.279
Handelsaktiva	1	–	–	1
Finanzanlagen	3	261	–	264
Risikovorsorge	–88	–	–	–88
Außerbilanzielle Verpflichtungen	181	–	–	181
Umfang der strukturierten Unternehmen	5.590	5.571	500	11.661

Die außerbilanziellen Verpflichtungen stellen vertragliche Verpflichtungen der Bank, eine finanzielle Unterstützung an die strukturierten Unternehmen zu leisten, dar. Die Bank hat in der Berichtsperiode finanzielle Unterstützung, zu der die Bank nicht vertraglich verpflichtet war, an die strukturierten Unternehmen weder erbracht noch hat sie vor, solche zu erbringen.

(55) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutschen Bank AG, die die Postbank beherrscht, sowie einer geringen Anzahl von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in den Postbank Konzernabschluss einbezogen werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG, die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der Postbank und der Deutschen Bank sowie deren Tochterunternehmen bezeichnet. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen und Personen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden, sind in der Anteilsbesitzliste (Note 60) verzeichnet.

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen Zahlungen an die BANstPT, PVK (vormals Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.) in Höhe von 96 Mio € (Vorjahr: 95 Mio €) umfassen. Weiterhin wurden Verwaltungsaufwendungen des BANstPT anteilig in Höhe von 12 Mio € (Vorjahr: 11 Mio €) abgegolten.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat die Postbank fünf Servicegesellschaften zurückerworben und ab diesem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen (weitere Informationen zu der Transaktion sind in der Note 2 „Konsolidierungskreis“ enthalten). Infolgedessen werden die Beziehungen zu diesen Gesellschaften ab dem Übertragungszeitpunkt nicht mehr in dieser Note offengelegt, da diese im Konzernabschluss gemäß IFRS 10 eliminiert werden.

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

Seit Anfang des Jahres 2012 besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der Deutschen Postbank AG als abhängigem Unternehmen und der DB Finanz-Holding GmbH, Frankfurt am Main (einer indirekten 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG), als herrschendem Unternehmen.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	2.288	1.330
Sonstige nahestehende Unternehmen	4	6.022
	2.292	7.352
Forderungen an Kunden		
Tochtergesellschaften	0	0
Sonstige nahestehende Unternehmen	42	98
	42	98
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	125	111
	125	111
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	1.118	1.066
	1.118	1.066
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	90	198
Sonstige nahestehende Unternehmen	5	12
	95	210

Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich im Wesentlichen um Geldmarktgeschäfte gegenüber der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften. Der Anstieg der Forderungen an die Deutsche Bank AG ist im Wesentlichen auf neu abgeschlossene Wertpapierpensionsgeschäfte zurückzuführen. Die Forderungen an sonstige nahestehende Unternehmen sind aufgrund des Auslaufens von Wertpapierpensionsgeschäften rückläufig (6 Mrd €).

Die Entwicklung der Kundenforderungen an sonstige nahestehende Unternehmen ist auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die fünf Servicegesellschaften zurückzuführen (siehe Note 2).

Der Anstieg der Handelsaktiva ist im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen.

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um Anleihen der Deutschen Bank AG.

Die Entwicklung der sonstigen Aktiva gegenüber der Deutschen Bank AG ist im Wesentlichen auf die Begleichung der Ansprüche aus der Beendigung der IT-Kooperation und aus der Änderung vertraglicher Regelungen zu Nutzungsrechten an Software in Höhe von 162 Mio € zurückzuführen. Zudem ist in den sonstigen Aktiva seit 2016 eine Forderung gegenüber der Deutschen Bank AG in Höhe von 40 Mio € aus der Teilnahme der Postbank an der von der Deutschen Bank als Leitinstitut geführten Bietergruppe an einem Refinanzierungsprogramm der Europäischen Zentralbank enthalten. Die von der Postbank vereinnahmte Vergütung ist in gleicher Höhe in den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

165

86

86

KONZERNABSCHLUSS

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	3.004	5.383
	3.004	5.383
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Tochtergesellschaften	8	8
Sonstige nahestehende Unternehmen	5	184
	13	192
Handelspassiva		
Deutsche Bank AG	237	220
	237	220
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	1	3
	1	3
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	35	39
DB Finanz-Holding GmbH	9	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	30
	45	71

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapierpensionsgeschäfte, deren Bestand sich aufgrund von Fälligkeiten im Vergleich zum 31. Dezember 2015 stark reduziert hat.

Die Entwicklung der Kundenverbindlichkeiten und der sonstigen Passiva gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen ist auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die fünf Servicegesellschaften zurückzuführen (siehe Note 2).

Der Anstieg der Handelspassiva ist im Wesentlichen auf Bewertungseffekte zurückzuführen.

Bei den sonstigen Passiva gegenüber der DB Finanz-Holding GmbH handelt es sich um die Effekte aus dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, die in den Gewinnrücklagen erfasst wurden.

Gegenüber der Deutschen Bank AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 41 Mio € (31. Dezember 2015: 68 Mio €).

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	2016 Mio €	2015 ¹ Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	12	17
Sonstige nahestehende Unternehmen	-11	-1
	1	16
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	4	3
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	53
	4	56
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	30	0
Sonstige nahestehende Unternehmen	27	22
	57	22
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	2	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	2
	2	4
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	6	13
	6	13
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	-18
	0	-18
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	24	28
Tochtergesellschaften	16	17
Sonstige nahestehende Unternehmen	16	14
	56	59
Sonstige Erträge		
Deutsche Bank AG	61	202
Tochtergesellschaften	3	3
Sonstige nahestehende Unternehmen	5	334
	69	539
Sonstige Aufwendungen		
Sonstige nahestehende Unternehmen	0	521
	0	521

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die Zinserträge gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen bestehen im Wesentlichen aus den in Verbindung mit der Vermittlung von Krediten anfallenden Aufwendungen, die in die Effektivverzinsung einbezogen werden. Bisher wurden diese Aufwendungen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen (siehe Note 6). Aus der retrospektiven Betrachtung der Ausweisänderung ergab sich für die Vergleichsperiode eine Reduzierung der Zinserträge und entsprechend auch der Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 8 Mio €.

86

98

Der Rückgang der Zinsaufwendungen an nahestehende Unternehmen ist auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die acht Funding-Gesellschaften (vier LLC- und vier Trust-Gesellschaften) zurückzuführen.

Die Entwicklung der sonstigen Erträge gegenüber der Deutschen Bank ist im Wesentlichen auf die Erträge aus der Beendigung der IT-Kooperation 2015 und der Änderung vertraglicher Regelungen zu Nutzungsrechten an Software in Höhe von 162 Mio € zurückzuführen. Die Entwicklung der sonstigen Erträge sowie der sonstigen Aufwendungen gegenüber nahestehenden Unternehmen ist auf die Erweiterung des Konsolidierungskreises um die fünf Servicegesellschaften zurückzuführen (siehe Note 2).



Personen in Schlüsselpositionen

Zum Bilanzstichtag hat die Postbank Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 891 T€ (Vorjahr: 127 T€) gewährt und Einlagen in Höhe von 2.198 T€ (Vorjahr: 1.530 T€) von nahestehenden Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Die nachfolgende Tabelle stellt den in der Berichtsperiode entstandenen Personalaufwand in Verbindung mit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG gemäß IAS 24.17 dar.

	2016 T€	2015 T€
Kurzfristig fällige Leistungen	5.024,3	5.160,8
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2.478,8	2.816,7
Andere langfristig fällige Leistungen	2.097,4	1.892,0
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	625,0	0,0
Anteilsbasierte Vergütung	2.097,6	1.927,5
Gesamtvergütung gemäß IAS 24.17	12.323,1	11.797,0

Die kurzfristig fälligen Leistungen beinhalten neben der Grundvergütung und dem unmittelbar in bar zu vergütenden Anteil der variablen Vergütung auch die Nebenleistungen, die im Wesentlichen aus geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagenutzung, Versicherungsprämien und geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern bestehen. Die Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses stellen den Dienstzeitaufwand der Berichtsperiode dar. Als andere langfristig fällige Leistungen ist der Periodenaufwand für die gewährte Barzuwendung mit langfristiger Anreizwirkung dargestellt.

Der Gesamtbuchwert der Verpflichtung aus gewährten Zuwendungen für Vorstandsmitglieder belief sich zum Bilanzstichtag auf 11.347,1 T€ (Vorjahr: 11.402 T€).

Der Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften aktiver Vorstandsmitglieder beläuft sich zum Jahresende auf 24.876 T€ (Vorjahr: 21.659 T€).

Die Gesamtvergütung der Aufsichtsratsmitglieder für die Berichtsperiode in Höhe von 1.137,7 T€ (Vorjahr: 1.541,3 T€) wird gemäß IAS 24.17 als kurzfristig fällige Leistung klassifiziert.

Eine detaillierte Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems entnehmen Sie dem nachfolgenden Kapitel „Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung“ und dem Vergütungsbericht des Konzernlageberichts.

Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Die Deutsche Postbank AG (Postbank) veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und die Struktur der Vergütung.

Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Zuständig für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und für die Festsetzung der individuellen Bezüge der Vorstandsmitglieder ist der Aufsichtsrat als Plenum. Unterstützt wird das Plenum in diesen Themen durch den Vergütungskontrollausschuss. Der Ausschuss ist insbesondere zuständig für die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Geschäftsleiter und Mitarbeiter, insbesondere für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Instituts haben. Der Vergütungskontrollausschuss bewertet die Auswirkungen der Vergütungssysteme auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement, bereitet die Beschlüsse des Aufsichtsrats über die Vergütung der Geschäftsleiter vor und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der ordnungsgemäßen Einbeziehung der internen Kontroll- und aller sonstigen maßgeblichen Bereiche bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2016

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Postbank festgelegt und regelmäßig überprüft. Im Mittelpunkt der Überprüfung stehen dabei insbesondere die Frage der Angemessenheit der Ausgestaltung des Systems sowie erforderliche Anpassungen an neue gesetzliche bzw. regulatorische Vorgaben.

Maßgebliche Zielsetzung für die Ausgestaltung des Vergütungssystems und die Höhe der Vorstandsvergütung ist, die Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben entsprechend ihrem Tätigkeits- und Verantwortungsbereich angemessen und unter Berücksichtigung des nachhaltigen Gesamterfolgs der Postbank sowie der gemeinsamen und der individuellen Leistungen des Vorstands markt- und wettbewerbsgerecht zu vergüten. Im Rahmen eines durchgeführten horizontalen sowie vertikalen Vergütungsvergleichs wurde die Angemessenheit der Vorstandsvergütung im Marktvergleich sowie innerhalb der Postbank Gruppe für das Geschäftsjahr 2014 bestätigt. Für das Jahr 2016 wurde ein vertikaler Vergütungsvergleich innerhalb der Postbank Gruppe durchgeführt, der ebenfalls die Angemessenheit der Vergütung als Ergebnis bestätigte; ein horizontaler Vergütungsvergleich ist gemäß Aufsichtsratsbeschluss im Drei-Jahres-Turnus und damit wieder für das Geschäftsjahr 2017 vorgesehen.

Die Mitglieder des Vorstands sollen durch die Ausgestaltung des Systems motiviert werden, die Unternehmensziele zu erreichen, dauerhaft eine positive Unternehmensentwicklung voranzutreiben sowie unverhältnismäßige Risiken zu vermeiden. Insoweit hat der Aufsichtsrat bereits vor Einführung des gesetzlichen maximalen Verhältnisses der variablen Vergütung zur fixen Vergütung eine Obergrenze für eben dieses Verhältnis bestimmt. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des § 25a Abs. 5 KWG hat die Hauptversammlung der Postbank ein maximales Verhältnis der festen zur variablen Vergütung von 1:2 für die Vorstandsmitglieder gebilligt.

Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Vorstands unterteilt sich in erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Komponenten.

a) Erfolgsunabhängige Komponenten

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Festvergütung) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Raten monatlich ausgezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus geldwerten Vorteilen aus Sachbezügen wie Firmenwagenutzung, Versicherungsprämien und dem Ersatz von geschäftsbezogenen Aufwendungen einschließlich der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern in gleicher Weise zu; die Höhe kann im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation variieren.

b) Erfolgsabhängige Komponente (variable Vergütung)

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung. Die Höhe der variablen Vergütung der Vorstandsmitglieder wird, ausgehend von einem vereinbarten Zielwert für die variable Vergütung, auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen mit Postbank Gruppen-, Ressort- und Individualzielen, auf der Basis von Messkriterien ermittelt, wobei einheitliche Postbank Gruppenziele in der Gewichtung die Hälfte der Leistungsmessung ausmachen. Die Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahr) zu treffenden Zielvereinbarung. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) von 150 % des vereinbarten Zielwertes begrenzt.

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung¹ der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutschen Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 nochmals modifiziert. Diese Modifikationen dienten dazu, die Positionierung der Postbank als künftig unabhängig von dem Deutsche Bank Konzern agierendes Kreditinstitut abzubilden und insoweit im Gefüge der Zurückbehaltungssystematik auch weiterhin die richtigen Anreize zu setzen. Dies ist mit den einzelnen Vorstandsmitgliedern jeweils durch Anpassung der entsprechenden Regelungen ihres Anstellungsvertrags vereinbart.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2016

Die Vergabemodalitäten der festgesetzten variablen Vergütung wurden mit Wirkung für die variable Vergütung für 2014 geändert und aufgrund der geänderten strategischen Planung der Deutschen Bank im Hinblick auf die Positionierung der Postbank für 2015 erneut modifiziert. Eine erneute Änderung der Vergabemodalitäten für das Geschäftsjahr 2016 war dementsprechend nicht erforderlich.

Die variable Vergütung wird unter Berücksichtigung der jeweils gültigen regulatorischen und bankspezifischen Vorgaben zu großen Teilen in aufgeschobener Form gewährt und über mehrere Jahre gestreckt. Auf diese Weise ist eine langfristige Anreizwirkung für einen mehrjährigen Zeitraum sichergestellt.

Den Vorgaben der Institutsvergütungsverordnung folgend, werden mindestens 60 % der gesamten variablen Vergütung aufgeschoben vergeben. Zusätzlich findet die im Deutsche Bank Konzern etablierte Zurückbehaltungsmatrix Anwendung, die in Abhängigkeit von der Höhe der variablen Vergütung zu einem höheren Prozentsatz aufgeschobener Vergütung führen kann. Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung ist auf insgesamt 225.000 € je Vorstandsmitglied begrenzt.

Der nicht zurückzubehaltende Anteil der variablen Vergütung wird zur Hälfte in Form eines aktienbasierten Vergütungselements (Equity Upfront Award) vergeben und zur anderen Hälfte unmittelbar bar (Cash-Bonus) ausgezahlt. Der aufgeschobene Teil der variablen Vergütung besteht zur Hälfte aus aktienbasierten Vergütungselementen (Restricted Equity Award), während der verbleibende andere Teil als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award) gewährt wird. Der Wert der aktienbasierten Vergütungselemente hängt während der Zurückbehaltungs- sowie Haltefristen von der Kursentwicklung der Deutsche Bank Aktie ab. Für die für das Geschäftsjahr 2016 zu gewährenden aktienbasierten Vergütungselemente ist bereits vertraglich eine Umwandlung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht zugeteilten Deutsche Bank Aktien-Awards in Postbank Aktien-Awards bzw. ein anderes wertbasiertes Vergütungselement für den Fall vorgesehen, dass die Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern herausgelöst wird. Die Wertentwicklung der noch aufgeschobenen Vergütungselemente bleibt damit auch für diesen Fall mit den Erfolgsbeiträgen der Vorstandsmitglieder verknüpft.

Equity Upfront Award

Der Anteil der nicht aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Equity Upfront Award (EUA) an die Vorstandsmitglieder vergeben. Der EUA ist sofort unverfallbar, es gilt jedoch eine weitere Haltefrist, während der besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen gelten. Für den für das Geschäftsjahr 2016 gewährten EUA beträgt die Haltefrist zwölf Monate. Nach Ablauf der Haltefrist wird der EUA nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert.

¹Gewährung meint in diesem Zusammenhang die Aufteilung der für das abgelaufene Geschäftsjahr festgesetzten variablen Vergütung auf die Vergütungselemente und Inaussichtstellung der festgelegten variablen Vergütung in diesen Vergütungselementen.

Restricted Equity Award

Der Anteil der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung wird als Restricted Equity Award (REA) vergeben. Die REA unterliegen einer dreijährigen Zurückbehaltungsfrist, und sie werden in einer Tranche unverfallbar (sogenanntes „Cliff Vesting“).

An die genannte Zurückbehaltungsfrist schließt sich für alle Vorstandsmitglieder eine zwölfmonatige Haltefrist an, bevor die aktienbasierten Vergütungselemente nach heutigem Stand in Form von Deutsche Bank Aktien geliefert werden. Während der Zurückbehaltungsfrist und, soweit zutreffend, während der Haltefrist gelten besondere, nachstehend gesondert dargestellte Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen.

Für das Geschäftsjahr 2016 bedeutet dies, dass die Vorstandsmitglieder einheitlich den Wert ihrer für das Jahr 2016 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2021 (vier Jahre nach Festlegung) realisieren können.

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2017 für das Geschäftsjahr 2016 in Form von EUA und REA gewährt werden, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2017 ermittelt.

Restricted Incentive Award

Der nicht aktienbasierte Teil der hinausgeschobenen Vergütung wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Award-RIA) gewährt, die in drei gleichen Tranchen über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar wird. Während der Zurückbehaltungsfrist gelten besondere Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen. Die letzte Tranche des den Vorstandsmitgliedern für das Jahr 2016 gewährten RIA wird frühestens im Jahr 2020 ausgezahlt.

Die genannten Awards berechtigen nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen.

Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen

Die Vergütungskomponenten EUA, RIA und REA unterliegen bestimmten Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen während der Zurückbehaltungs- bzw. Haltefristen. Diese Bedingungen und Fristen bilden ein zentrales Element der Struktur für die aufgeschobene Vergütung. Sie gewährleisten, dass die entsprechenden Awards an zukünftigem Verhalten und zukünftiger Leistung ausgerichtet und auch langfristig bestimmte Ereignisse in der Vergütung angemessen berücksichtigt sind. Für die zurückbehalten gewährten Vergütungselemente REA und RIA gelten sogenannte Leistungsbedingungen, d. h. Vorschriften über den Einbehalt im Hinblick auf den Erfolgsbeitrag der Postbank Gruppe bzw. des Deutsche Bank Konzerns. Danach können bis zu 100 % der anstehenden RIA- bzw. REA-Tranche verfallen, wenn die Leistungsbedingungen, bezogen auf das Ergebnis vor Steuern der Postbank Gruppe und/oder des Konzerns nicht erfüllt sind. So können bis zu 1/3 des für 2016 gewährten REA für jedes Jahr des Zurückbehaltungszeitraums verfallen, in dem die Leistungsbedingungen nicht erfüllt sind. Eine weitere Leistungsbedingung ist die sogenannte Common-Equity-Tier-1-Leistungsbedingung. Danach verfallen bis zu 100 % des noch nicht unverfallbaren REA, wenn an

einem beliebigen Quartalsende vor Ablauf der Zurückbehaltungsfrist die Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1) des Deutsche Bank Konzerns und der Postbank Gruppe unter der jeweils gültigen regulatorischen Minimumkapitalgrenze liegt (einschließlich eines zusätzlichen Risikopuffers von 200 Basispunkten). Der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern Rechnung tragend, ist ab 2017 keine Messung der Leistungsbedingungen mit Bezug auf die Deutsche Bank mehr vorgesehen. Das Ergebnis der Postbank bzw. die Leistung ihrer Vorstandsmitglieder wird nach der geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern keinen (nennenswerten) Einfluss mehr auf das Deutsche Bank Ergebnis haben.

Sämtliche zurückbehaltene gewährte Vergütungselemente (REA, RIA) sowie der EUA und der REA während der Haltefrist unterliegen darüber hinaus dem (gegebenenfalls teilweisen) Einbehalt, z. B. nach einem Verstoß des Vorstandsmitglieds gegen interne Richtlinien oder regulatorische Auflagen respektive wegen Wegfalls der Leistungsgrundlage.

Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014 und 2015

Der Aufsichtsrat hatte, der Empfehlung des Vergütungskontrollausschusses folgend, bereits mit Wirkung zum 1. Januar 2014 eine Anpassung der Gewährung der ermittelten variablen Vergütung und eine Harmonisierung mit den im Deutsche Bank Konzern geltenden Regelungen beschlossen. Nach Verkündung der Strategie 2020 der Deutschen Bank AG und der damit verbundenen geplanten Herauslösung der Postbank aus dem Deutsche Bank Konzern wurden die Gewährungsregelungen für die variable Vergütung durch Beschluss des Aufsichtsrats nochmals mit Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2015 modifiziert, wobei die Grundstrukturen unverändert geblieben sind. Vor diesem Hintergrund kann für die Gewährungs-, Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen der variablen Vergütung für 2014 und 2015 im Wesentlichen auf die vorstehenden Ausführungen für das Geschäftsjahr 2016 verwiesen werden. Dies gilt insbesondere für die Aufteilung der variablen Vergütung in die Vergütungselemente Cash-Bonus, Equity Upfront Award (EUA), Restricted Incentive Award (RIA) sowie Restricted Equity Award (REA). Folgende Besonderheiten sind zu berücksichtigen.

a) Geschäftsjahr 2015

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2016 für das Geschäftsjahr 2015 in Form von EUA und REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2016 (15,4705 €) ermittelt.

Die genannten Vergütungselemente für das Geschäftsjahr 2015 berechtigen nicht zum Bezug von Zins- oder Dividendenzahlungen.

b) Geschäftsjahr 2014

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2015 für das Geschäftsjahr 2014 in Form von REA gewährt wurden, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2015 (27,1080 €) ermittelt.

Den Verantwortlichkeiten innerhalb des Konzerngefüges Rechnung tragend, waren die Zurückbehaltungszeiträume der aufgeschobenen aktienbasierten Vergütung (REA) unterschiedlich ausgestaltet. Grundsätzlich wurde der für das Geschäftsjahr 2014 vergebene REA in drei gleichen Tranchen pro rata über einen Zeitraum von drei Jahren unverfallbar. Für Mitglieder des Vorstands, die im Geschäftsjahr 2014 zusätzlich der sogenannten Senior Management Group auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns zugeordnet waren (dies betraf Frau Klöß-Braekler sowie die Herren Strauß, Heß und Storr), fanden im Jahr 2014 Sonderregelungen Anwendung, und es gilt abweichend eine viereinhalbjährige Zurückbehaltungsfrist, nach der die Awards in einer Tranche unverfallbar werden (sogenanntes „Cliff Vesting“). Die sich an die Zurückbehaltungszeiträume anschließende Haltefrist für die REA beträgt einheitlich sechs Monate. Für das Geschäftsjahr 2014 bedeutet dies, dass Vorstandsmitglieder, die der Senior Management Group zugeordnet waren, den Wert ihrer für das Jahr 2014 gewährten REA unter Berücksichtigung der Leistungs-, Zurückbehaltungs- und Verfallbedingungen frühestens im Jahr 2020 (also fünf Jahre nach Gewährung) realisieren können. Für die übrigen Vorstandsmitglieder kann der Wert der letzten Tranche des REA frühestens im Jahr 2018 (also dreieinhalb Jahre nach Gewährung) realisiert werden.

Die für das Geschäftsjahr 2014 gewährten Vergütungselemente sahen folgende (Zins-)Aufschläge vor:

- **Equity Upfront Award:**
Gewährung eines Dividendenäquivalents während der Haltefrist.
- **Restricted Equity Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 5 % bei Vergabe. Mitglieder der sogenannten Senior Management Group erhalten ein Dividendenäquivalent.
- **Restricted Incentive Award:**
Gewährung eines einmaligen Aufschlags in Höhe von 2 % bei Vergabe.

Die Verfallbedingungen für die aufgeschoben gewährten Vergütungselemente RIA und REA sehen eine Messung sowohl am Postbank Gruppen- wie auch Deutsche Bank Konzernergebnis vor.

Gewährung und Auszahlung der variablen Vergütung bis Ende 2013

In dem bis Ende 2013 geltenden Vergütungssystem wurde die variable Vergütung aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente (Anteil 40 %) und eine Langfristkomponente (Anteil 60 %). Sie wurde, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig bar ausgezahlt. Für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 waren im Jahr 2016 noch Langfristkomponenten offen, die nach den bei Gewährung maßgeblichen Vertragsregelungen zu den vereinbarten Terminen zur Auszahlung anstanden bzw. anstehen.

Die Langfristkomponente wurde insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Erfolgs der Postbank Gruppe gewährt, der nach Maßgabe des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums während des sich anschließenden dreijährigen Bemessungszeitraums (drei Kalenderjahre nach dem Basisjahr) festgestellt wurde bzw. für das Vergütungsjahr 2013 noch zur Feststellung ansteht. Im unmittelbar auf

das zu vergütende Geschäftsjahr folgenden Jahr wurden das Erreichen der für das zu vergütende Jahr festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt sowie das Nachhaltigkeitskriterium für den Bemessungszeitraum festgesetzt. Dieses war für die variable Vergütung bis 2013 definiert als das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich oder besser oder – am Ende der Nachhaltigkeitsphase – durchschnittlich kumuliert besser als der Wert des AEK im Basisjahr war.

Die Langfristkomponente wurde – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum jeweils zur Hälfte zur Barauszahlung vorgesehen bzw. in Phantom Shares umgewandelt wurden bzw. für das Vergütungsjahr 2013 noch zur Umwandlung ausstehen.

Wird zum Ablauf eines jeden Jahres des dreijährigen Bemessungszeitraums für die noch ausstehenden Vergütungskomponenten die Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums durch den Aufsichtsrat festgestellt, erfolgt unmittelbar anschließend die Auszahlung der anteiligen Barkomponente sowie die Umwandlung des anteiligen Betrags in Phantom Shares, die nach Ablauf einer zwölfmonatigen Sperrfrist wieder in einen Eurobetrag umgewandelt werden.

Wird in einem Jahr des Bemessungszeitraums das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die Auszahlung der entsprechenden Tranchen der Langfristkomponente in das folgende Jahr zur erneuten Überprüfung anhand des Nachhaltigkeitskriteriums aufgeschoben. Ist das Nachhaltigkeitskriterium am Ende des Bemessungszeitraums nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller aufgeschobenen Langfristkomponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (sogenanntes Malus-System). In Form eines zusätzlichen Malus-Systems kann die Auszahlung von noch nicht ausbezahlten Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des einzelnen Vorstandsmitglieds während des Bemessungszeitraums rückwirkend gesenkt oder ganz aufgehoben werden.

Diese Vergütungsmechanismen wirken bei den für die Vergütungsjahre 2011 bis 2013 aufgeschoben gewährten Vergütungselementen noch nach und gelten insoweit fort.

Im Jahr 2016 wurden nach Ablauf der Sperrfrist die Umwandelungsbeträge aus den Phantom Shares der Langfristkomponenten aus den Basisjahren 2011 (dritte Tranche), 2012 (zweite Tranche) und 2013 (erste Tranche) ausgezahlt. Hierfür wurden die im Jahr 2015 in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG umgewandelten Vergütungskomponenten (Phantom Shares) mit dem Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie der letzten zehn Handelstage bis zum Ablauf der Sperrfrist (17,41 €) multipliziert. Im Jahr 2016 wurde darüber hinaus jeweils eine Tranche des Baranteils der Langfristkomponenten der Basisjahre 2012 (dritte Tranche) und 2013 (zweite Tranche) mit Erfüllung des Nachhaltigkeitskriteriums ausgezahlt. Die entsprechende andere Hälfte der genannten Tranchen wurde in virtuelle Aktien der Deutschen Bank AG (Phantom Shares) auf Basis des durchschnittlichen Kurswertes (Xetra-Schlusskurs) der letzten zehn Handelstage vor dem 23. März 2016 (17,47 €) umgewandelt und steht nach Ablauf der Sperrfrist zur Auszahlung im Jahr 2017 an.

Für die im Jahr 2016 am Tag der Hauptversammlung der Deutschen Bank AG gesperrten Phantom Shares wurde kein Dividendenäquivalent berechnet, da die Deutsche Bank für das Geschäftsjahr 2015 keine Dividende ausgeschüttet hat.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, wird die Postbank nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergütet und die Zahlung auf maximal zwei Jahresvergütungen (Abfindungs-Cap) begrenzt.

Bei vorzeitiger Beendigung von Vorstandsverträgen durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung (Grundvergütung sowie variable Vergütung) pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Im Jahr 2016 ist das Vorstandsmitglied, Herr Hans-Peter Schmid, mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2016 vorzeitig aus dem Vorstand ausgeschieden. Im Rahmen des Aufhebungsvertrags wurde eine Abfindungszahlung in Höhe von 625.000 € vereinbart. Die Abfindung wurde im Oktober 2016 ausgezahlt. Darüber hinaus wurden die im Anstellungsvertrag bereits geregelten Leistungen für diesen Fall des Ausscheidens betragsmäßig konkretisiert und die Auszahlungszeitpunkte bestimmt.

Weitere Regelungen

Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Der Aufsichtsrat kann bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Deren Höhe ist begrenzt durch die maximale Höhe der variablen Vergütung von 150 % des vereinbarten Zielwertes.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Beschlüsse des Aufsichtsrats zur Festlegung der variablen Vergütung für die Mitglieder des Vorstands wurden Ende Januar 2017 intensiv im Vergütungskontrollausschuss beraten und von diesem für das Gesamtplenium vorbereitet. Der Aufsichtsrat hat auf Vorschlag des Vergütungskontrollausschusses die variable Vergütung für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 festgelegt.

Die für das Geschäftsjahr 2016 festgelegte Vergütung für die sieben Mitglieder des Vorstands für ihre Vorstandstätigkeit beträgt insgesamt – ohne Berücksichtigung von Nebenleistungen und dem Versorgungsaufwand – 7.872,2 T€ (Vorjahr: 8.231,1 T€). Davon entfallen 4.150,0 T€ (Vorjahr: 4.250,0 T€) auf fixe, d. h. erfolgsunabhängige, und 3.722,2 T€ (Vorjahr: 3.981,1 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten.

Die nachfolgend angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Postbank hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt.

Gewährte und zugeflossene Zuwendungen

In den nachfolgenden Tabellen sind für jedes einzelne Mitglied des Vorstands einerseits die für das Geschäftsjahr gewährten Zuwendungen, andererseits die Zuflüsse im bzw. für das Berichtsjahr und der Versorgungsaufwand im bzw. für das Berichtsjahr nach Maßgabe der Empfehlungen der Ziffer 4.2.5 Abs. 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex, der auf freiwilliger Basis umgesetzt wird, individuell dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die gewährten Zuwendungen für das Geschäftsjahr 2016 (2015):

Gewährte Zuwendungen	Frank Strauß ² Vorstandsvorsitzender						Marc Heß Finanzen					
	01.01.–31.12.2016				01.01.–31.12.2015		01.01.–31.12.2016				01.01.–31.12.2015	
	Fest- gelegt	Ziel- wert	(Min)	(Max)	Fest- gelegt	Ziel- wert	Fest- gelegt	Ziel- wert	(Min)	(Max)	Fest- gelegt	Ziel- wert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	750,0	750,0	750,0	750,0	750,0	750,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0
Nebenleistungen	27,2	27,2	27,2	27,2	22,5	22,5	31,6	31,6	31,6	31,6	35,1	35,1
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	777,2	777,2	777,2	777,2	772,5	772,5	691,6	691,6	691,6	691,6	695,1	695,1
Einjährige variable Vergütung	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5
davon unmittelbar ausgezahlt	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5
Mehrfürige variable Vergütung	563,5	537,5	0	862,5	589,5	537,5	465,0	465,0	0	753,7	511,2	465,0
davon Equity Upfront Award	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5
davon Restricted Incentive Awards für 2015 (bis 2019) und für 2016 (bis 2020)	225,5	212,5	0	375,0	238,5	212,5	176,2	176,2	0	320,6	199,3	176,2
davon Restricted Equity Awards für 2015 (bis 2020) sowie für 2016 (bis 2021)	225,5	212,5	0	375,0	238,5	212,5	176,3	176,3	0	320,6	199,4	176,3
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	676,0	650,0	0	975,0	702,0	650,0	577,5	577,5	0	866,2	623,7	577,5
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.453,2	1.427,2	777,2	1.752,2	1.474,5	1.422,5	1.269,1	1.269,1	691,6	1.557,8	1.318,8	1.272,6
Versorgungsaufwand	534,9	534,9	534,9	534,9	617,4	617,4	519,6	519,6	519,6	519,6	592,5	592,5
Gesamtvergütung (DCGK)	1.988,1	1.962,1	1.312,1	2.287,1	2.091,9	2.039,9	1.788,7	1.788,7	1.211,2	2.077,4	1.911,3	1.865,1
Gesamtvergütung ¹	1.426,0	1.400,0	750,0	1.725,0	1.452,0	1.400,0	1.237,5	1.237,5	660,0	1.526,2	1.283,7	1.237,5

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. zu den vertraglich zugesagten Werten ergeben.

¹Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

²Interimistische Übernahme des Ressorts Filialvertrieb von Herrn Schmid durch Herrn Strauß mit Wirkung zum 1. Oktober 2016

³Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20% gesenkt.

⁴Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2016

Gewährte Zuwendungen	Susanne Klöß-Braekler ³ Produkte						Dr. Ralph Müller Firmen und Märkte					
	01.01.–31.12.2016				01.01.–31.12.2015		01.01.–31.12.2016				01.01.–31.12.2015	
	Fest- gelegt	Ziel- wert	(Min)	(Max)	Fest- gelegt	Ziel- wert	Fest- gelegt	Ziel- wert	(Min)	(Max)	Fest- gelegt	Ziel- wert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	480,0	480,0	480,0	480,0	480,0	480,0	550,0	550,0	550,0	550,0	500,0	500,0
Nebenleistungen	24,4	24,4	24,4	24,4	24,1	24,1	16,0	16,0	16,0	16,0	15,2	15,2
Summe (fixe Vergütungs- bestandteile)	504,4	504,4	504,4	504,4	504,1	504,1	566,0	566,0	566,0	566,0	515,2	515,2
Einjährige variable Vergütung	88,0	88,0	0	112,5	88,9	88,0	105,0	105,0	0	112,5	105,0	100,0
davon unmittelbar ausgezahlt	88,0	88,0	0	112,5	88,9	88,0	105,0	105,0	0	112,5	105,0	100,0
Mehrfährige variable Vergütung	352,0	352,0	0	547,5	355,5	352,0	420,0	420,0	0	675,0	420,0	400,0
davon Equity Upfront Award	88,0	88,0	0	112,5	88,9	88,0	105,0	105,0	0	112,5	105,0	100,0
davon Restricted Incentive Awards für 2015 (bis 2019) und für 2016 (bis 2020)	132,0	132,0	0	217,5	133,3	132,0	157,5	157,5	0	281,2	157,5	150,0
davon Restricted Equity Awards für 2015 (bis 2020) sowie für 2016 (bis 2021)	132,0	132,0	0	217,5	133,3	132,0	157,5	157,5	0	281,3	157,5	150,0
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	440,0	440,0	0	660,0	444,4	440,0	525,0	525,0	0	787,5	525,0	500,0
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	944,4	944,4	504,4	1.164,4	948,5	944,1	1.091,0	1.091,0	566,0	1.353,4	1.040,2	1.015,2
Versorgungsaufwand	251,2	251,2	251,2	251,2	278,7	278,7	359,4	359,4	359,4	359,4	415,7	415,7
Gesamtvergütung (DCGK)	1.195,6	1.195,6	755,6	1.415,6	1.227,2	1.222,8	1.450,4	1.450,4	925,4	1.712,9	1.455,9	1.430,9
Gesamtvergütung ¹	920,0	920,0	480,0	1.140,0	924,4	920,0	1.075,0	1.075,0	550,0	1.337,5	1.025,0	1.000,0

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. zu den vertraglich zugesagten Werten ergeben.

¹Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

²Interimistische Übernahme des Ressorts Filialvertrieb von Herrn Schmid durch Herrn Strauß mit Wirkung zum 1. Oktober 2016

³Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20% gesenkt.

⁴Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2016

Gewährte Zuwendungen	Hans-Peter Schmid ⁴ Filialvertrieb						Ralf Stemmer Ressourcen					
	01.01.–30.09.2016				01.01.–31.12.2015		01.01.–31.12.2016				01.01.–31.12.2015	
	Fest- gelegt	Ziel- wert	(Min)	(Max)	Fest- gelegt	Ziel- wert	Fest- gelegt	Ziel- wert	(Min)	(Max)	Fest- gelegt	Zielwert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	450,0	450,0	450,0	450,0	600,0	600,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0	660,0
Nebenleistungen	17,6	17,6	17,6	17,6	23,3	23,3	28,1	28,1	28,1	28,1	23,7	23,7
Summe (fixe Vergütungs- bestandteile)	467,6	467,6	467,6	467,6	623,3	623,3	688,1	688,1	688,1	688,1	683,7	683,7
Einjährige variable Vergütung	77,2	78,8	0	112,5	105,5	105,0	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5
davon unmittelbar ausgezahlt	77,2	78,8	0	112,5	105,5	105,0	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5
Mehrfährige variable Vergütung	308,7	315,0	0	478,1	422,2	420,0	459,3	465,0	0	753,7	485,3	465,0
davon Equity Upfront Award	77,2	78,8	0	112,5	105,5	105,0	112,5	112,5	0	112,5	112,5	112,5
davon Restricted Incentive Awards für 2015 (bis 2020) und für 2016 (bis 2020)	115,8	118,1	0	182,8	158,3	157,5	173,4	176,2	0	320,6	186,4	176,2
davon Restricted Equity Awards für 2015 (bis 2020) sowie für 2016 (bis 2021)	115,7	118,1	0	182,8	158,4	157,5	173,4	176,3	0	320,6	186,4	176,3
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	385,9	393,8	0	590,6	527,7	525,0	571,8	577,5	0	866,2	597,8	577,5
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	853,5	861,4	467,6	1.058,2	1.151,0	1.148,3	1.259,9	1.265,6	688,1	1.554,3	1.281,5	1.261,2
Versorgungsaufwand	373,3	373,3	373,3	373,3	424,0	424,0	147,9	147,9	147,9	147,9	163,0	163,0
Gesamtvergütung (DCGK)	1.226,8	1.234,7	840,9	1.431,5	1.575,0	1.572,3	1.407,8	1.413,5	836,0	1.702,2	1.444,5	1.424,2
Gesamtvergütung ¹	835,9	843,8	450,0	1.040,6	1.127,7	1.125,0	1.231,8	1.237,5	660,0	1.526,2	1.257,8	1.237,5

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. zu den vertraglich zugesagten Werten ergeben.

¹Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

²Interimistische Übernahme des Ressorts Filialvertrieb von Herrn Schmid durch Herrn Strauß mit Wirkung zum 1. Oktober 2016

³Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20% gesenkt.

⁴Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2016

Gewährte Zuwendungen	Hanns-Peter Storr Risikomanagement					
	01.01.–31.12.2016				01.01.–31.12.2015	
	Fest- gelegt	Ziel- wert	(Min)	(Max)	Fest- gelegt	Ziel- wert
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0	600,0
Nebenleistungen	12,5	12,5	12,5	12,5	17,9	17,9
Summe (fixe Vergütungs- bestandteile)	612,5	612,5	612,5	612,5	617,9	617,9
Einjährige variable Vergütung	109,2	105,0	0	112,5	112,1	105,0
davon unmittelbar ausgezahlt	109,2	105,0	0	112,5	112,1	105,0
Mehrfährige variable Vergütung	436,8	420,0	0	675,0	448,4	420,0
davon Equity Upfront Award	109,2	105,0	0	112,5	112,1	105,0
davon Restricted Incentive Awards für 2015 (bis 2019) und für 2016 (bis 2020)	163,8	157,5	0	281,2	168,1	157,5
davon Restricted Equity Awards für 2015 (bis 2020) sowie für 2016 (bis 2021)	163,8	157,5	0	281,3	168,2	157,5
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	546,0	525,0	0	787,5	560,5	525,0
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.158,5	1.137,5	612,5	1.400,0	1.178,4	1.142,9
Versorgungsaufwand	292,5	292,5	292,5	292,5	325,4	325,4
Gesamtvergütung (DCGK)	1.451,0	1.430,0	905,0	1.692,5	1.503,8	1.468,3
Gesamtvergütung ¹	1.146,0	1.125,0	600,0	1.387,5	1.160,5	1.125,0

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten bzw. zu den vertraglich zugesagten Werten ergeben.

¹Ohne Nebenleistungen und Versorgungsaufwand

²Interimistische Übernahme des Ressorts Filialvertrieb von Herrn Schmid durch Herrn Strauß mit Wirkung zum 1. Oktober 2016

³Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20% gesenkt.

⁴Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2016

Die nachstehende Tabelle zeigt den Zufluss im bzw. für das Geschäftsjahr 2016 (2015):

Zufluss	Frank Strauß ³		Marc Heß		Susanne Klöß-Braekler ⁴		Dr. Ralph Müller		Hans-Peter Schmid ⁵		Ralf Stemmer		Hanns-Peter Storr	
	Vorstands- vorsitzender		Finanzen		Produkte		Firmen und Märkte		Filialvertrieb		Ressourcen		Risiko- management	
	01.01.– 31.12. 2016	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2016	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2016	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2016	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 30.09. 2016	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2016	01.01.– 31.12. 2015	01.01.– 31.12. 2016	01.01.– 31.12. 2015
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Festvergütung	750,0	750,0	660,0	660,0	480,0	480,0	550,0	500,0	450,0	600,0	660,0	660,0	600,0	600,0
Nebenleistungen	27,2	22,5	31,6	35,1	24,4	24,1	16,0	15,2	17,6	23,3	28,1	23,7	12,5	17,9
Summe (fixe Vergütungsbestandteile)	777,2	772,5	691,6	695,1	504,4	504,1	566,0	515,2	467,6	623,3	688,1	683,7	612,5	617,9
Einjährige variable Vergütung	112,5	267,0	112,5	221,7	88,0	88,9	105,0	105,0	77,2	219,1	112,5	243,3	109,2	236,8
davon unmittelbar ausgezahlt ¹	112,5	112,5	112,5	112,5	88,0	88,9	105,0	105,0	77,2	105,5	112,5	112,5	109,2	112,1
davon Kurzfristkomponente II ²	0	154,5	0	109,2	0	0	0	0	0	113,6	0	130,8	0	124,7
Mehrfährige variable Vergütung	305,2	382,9	245,8	446,0	7,5	16,8	12,3	19,1	268,6	439,1	298,7	474,1	257,8	372,0
davon Langfristkomponente I														
Langfristkomponente I für 2011 (bis 2015), (2015 3. Tranche)	0	26,5	0	54,0	0	0	0	0	0	47,5	0	50,0	0	41,7
Langfristkomponente I für 2012 (bis 2016), (2015 2. und 2016 3. Tranche)	61,7	61,7	52,0	52,0	0	0	0	0	49,9	49,9	54,9	54,9	52,5	52,5
Langfristkomponente I für 2013 (bis 2017), (2015 1. Tranche und 2016 2. Tranche)	75,0	75,0	53,0	53,0	0	0	0	0	55,1	55,1	63,5	63,5	60,5	60,5
Restricted Incentive Award ausgezahlt (in den Vorjahren gewährte RIA)	72,3	0	47,1	0	7,5	0	8,5	0	50,9	0	56,0	0	53,6	0
davon Langfristkomponente II														
Langfristkomponente II für 2010 (bis 2015), (2015 3. Tranche)	0	0	0	72,1	0	0	0	0	0	72,1	0	72,1	0	0
Langfristkomponente II für 2011 (bis 2016), (2015 2. Tranche und 2016 3. Tranche)	15,6	27,3	31,8	55,6	0	0	0	0	28,0	48,9	29,5	51,5	24,6	43,0
Langfristkomponente II für 2012 (bis 2017), (2015 1. Tranche und 2016 2. Tranche)	36,4	63,6	30,6	53,5	0	0	0	0	29,4	51,4	32,3	56,5	30,9	54,1
Langfristkomponente II für 2013 (bis 2018), (2016 1. Tranche)	44,2	0	31,2	0	0	0	0	0	32,5	0	37,4	0	35,7	0
davon Equity Upfront Award ⁶	0	128,8	0	105,8	0	16,8	0	19,1	0	114,2	0	125,6	0	120,2
Restricted Equity Award ausgezahlt (aus den Vorjahren)	0	0	0	0	0	0	3,8	0	22,8	0	25,1	0	0	0
Summe (variable Vergütungsbestandteile)	417,7	649,9	358,3	667,7	95,5	105,7	117,3	124,1	345,7	658,2	411,2	717,4	367,0	608,8
Summe (fixe und variable Vergütungsbestandteile)	1.194,8	1.422,4	1.050,0	1.362,8	599,9	609,8	683,3	639,3	813,4	1.281,5	1.099,2	1.401,1	979,5	1.226,7
Versorgungsaufwand	534,9	617,4	519,6	592,5	251,2	278,7	359,4	415,7	373,3	424,0	147,9	163,0	292,5	325,4
Gesamtvergütung (DCGK)	1.729,7	2.039,8	1.569,6	1.955,3	851,0	888,5	1.042,7	1.055,0	1.186,7	1.705,5	1.247,1	1.564,1	1.272,0	1.552,1

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich zugeflossenen Werten ergeben.

¹Der Betrag beinhaltet den unmittelbar ausgezahlten Baranteil der variablen Vergütung für 2015 bzw. 2016.

²Der Betrag beinhaltet den aus dieser Komponente im Jahr zugeflossenen Betrag für das Vergütungsjahr 2013.

³Interimistische Übernahme des Ressorts Filialvertrieb von Herrn Schmid durch Herrn Strauß mit Wirkung zum 1. Oktober 2016

⁴Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20 % gesenkt.

⁵Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2016

⁶Für das Jahr 2016 aufgrund der (von 6 auf 12 Monate) verlängerten Haltefrist kein Zufluss

Bezüge nach Maßgabe der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 (DRS 17)

Unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17 betragen die Bezüge der Mitglieder des Vorstands im Geschäftsjahr 2016 für ihre Vorstandstätigkeit insgesamt 7.759,2 T€ (Vorjahr: 7.949,2 T€). Hiervon entfielen 4.307,4 T€ (Vorjahr: 4.411,8 T€) auf erfolgsunabhängige Komponenten, 2.734,9 T€ (Vorjahr: 2.788,4 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 716,9 T€ (Vorjahr: 749,0 T€) auf erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung.

Die Langfristkomponente I bzw. die Restricted Incentive Awards sind als eine hinausgeschobene, nicht-aktienbasierte Vergütung, die aber bestimmten (Verfall-)Bedingungen unterliegt, nach DRS 17 erst im Geschäftsjahr der Auszahlung (also in dem Geschäftsjahr, in dem die bedingungsfreie Auszahlung erfolgt) in die Gesamtbezüge einzubeziehen und nicht bereits in dem Geschäftsjahr, in dem die Zusage ursprünglich erteilt bzw. der Award gewährt wurde. Dementsprechend erhielten die einzelnen Vorstandsmitglieder für die Jahre bzw. in den Jahren 2016 und 2015 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand inklusive der Nebenleistungen.

DRS 17	Frank Strauß ²		Marc Heß		Susanne Klöß-Braekler ³		Dr. Ralph Müller		Hans-Peter Schmid ⁴		Ralf Stemmer		Hanns-Peter Storr		Summe	
	Vorstandsvorsitzender		Finanzen		Produkte		Firmen und Märkte		Filialvertrieb		Ressourcen		Risikomanagement			
	01.01.–31.12.2016	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2016	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2016	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2016	01.01.–31.12.2015	01.01.–30.09.2016	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2016	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2016	01.01.–31.12.2015	01.01.–31.12.2016	01.01.–31.12.2015
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Vergütung																
Erfolgsabhängige Komponenten																
Ohne langfristige Anreizwirkung																
unmittelbar ausbezahlt	112,5	112,5	112,5	112,5	88,0	88,9	105,0	105,0	77,2	105,5	112,5	112,5	109,2	112,1	716,9	749,0
Mit langfristiger Anreizwirkung																
Bar																
Langfristkomponente I ¹	136,7	163,2	105,0	159,0	0	0	0	0	105,0	152,5	118,4	168,4	113,0	154,7	578,0	797,8
Restricted Incentive Award ausgezahlt ⁵	72,3	-	47,1	-	7,5	-	8,5	-	50,9	-	55,9	-	53,6	-	295,8	-
Aktienbasiert																
Equity Upfront Award	112,5	112,5	112,5	112,5	88,0	88,9	105,0	105,0	77,2	105,5	112,5	112,5	109,2	112,1	716,9	749,0
Restricted Equity Award	225,5	238,5	176,3	199,4	132,0	133,3	157,5	157,5	115,7	158,3	173,4	186,4	163,8	168,2	1.144,2	1.241,6
Summe erfolgsabhängige Komponenten	659,5	626,7	553,4	583,4	315,5	311,1	376,0	367,5	426,0	521,8	572,7	579,8	548,8	547,1	3.451,8	3.537,4
Erfolgsunabhängige Komponenten																
Festvergütung	750,0	750,0	660,0	660,0	480,0	480,0	550,0	500,0	450,0	600,0	660,0	660,0	600,0	600,0	4.150,0	4.250,0
Nebenleistungen	27,2	22,5	31,6	35,1	24,4	24,1	16,0	15,2	17,6	23,3	28,1	23,7	12,5	17,9	157,4	161,8
Summe	1.436,7	1.399,2	1.245,0	1.278,5	819,9	815,2	942,0	882,7	893,6	1.145,1	1.260,8	1.263,5	1.161,3	1.165,0	7.759,2	7.949,2

Die Zahlen wurden auf volle Hunderter gerundet; hierdurch können sich insbesondere in den Summenbildungen marginale Abweichungen zu den tatsächlich gewährten Werten ergeben.

¹Zufluss aus der jeweils in den Vorjahren zugesagten Langfristkomponente I (Details siehe Zuflusstabelle)

²Interimistische Übernahme des Ressorts Filialvertrieb von Herrn Schmid durch Herrn Strauß mit Wirkung zum 1. Oktober 2016

³Aufgrund einer weiteren Tätigkeit für den gesamten Geschäftsbereich Private & Business Clients (PBC) im Deutsche Bank Konzern wurden die Festvergütung sowie die erfolgsabhängige Vergütung von Frau Klöß-Braekler um 20 % gesenkt.

⁴Mitglied des Vorstands bis zum 30. September 2016

⁵Zufluss aus jeweils in den Vorjahren gewährten Restricted Incentive Awards

Aktienanwartschaften

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2016 für das Geschäftsjahr 2015 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) sowie in Form von Restricted Equity Awards (REA) gewährt wurde, wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der ersten zehn Handelstage im Februar 2016 (15,4705 €) ermittelt. Hieraus ergab sich folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet):

Mitglieder des Vorstands	Jahr	Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist)	Restricted Equity Award(s) (aufgeschoben mit zusätzlicher Haltefrist)
Frank Strauß	2015	7.271,90	15.416,44
Marc Heß	2015	7.271,90	12.885,81
Susanne Klöß-Braekler	2015	5.745,19	8.617,69
Dr. Ralph Müller	2015	6.787,11	10.180,67
Hans-Peter Schmid ¹	2015	6.822,02	10.233,02
Ralf Stemmer	2015	7.271,90	12.048,74
Hanns-Peter Storr	2015	7.246,05	10.869,07

¹Vorstandsmitglied bis 30. September 2016

Die Anzahl der Aktienanwartschaften, die den Mitgliedern des Vorstands im Jahr 2017 für das Geschäftsjahr 2016 in Form von Equity Upfront Awards (EUA) sowie in Form von Restricted Equity Awards (REA) zu gewähren ist, wird mittels Division der jeweiligen Eurobeträge (siehe „festgelegte Werte“ in der Gewährungstabelle) durch den Durchschnitt der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2017 ermittelt. Dieser Kurswert lag bei Aufstellung des Konzernabschlusses noch nicht vor, sodass die errechneten Anwartschaften im Konzernanhang des Folgejahres abzulesen sind.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Festvergütung). Für die Vorstandsmitglieder Schmid (bis 30. September 2016) und Stemmer ist eine Obergrenze für die versorgungsfähige Festvergütung festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Postbank für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Strauß, Heß, Klöß-Braekler, Dr. Müller und Storr liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % der versorgungsfähigen Festvergütung. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Nach diesen Versorgungszusagen besteht ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Betriebliche Altersversorgung	Frank Strauß		Marc Heß		Susanne Klöß-Braekler		Dr. Ralph Müller		Hanns-Peter Storr	
	Vorstands-vorsitzender		Finanzen		Produkte		Firmen und Märkte		Risiko-management	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Versorgungsbaustein	187,5	187,5	165,0	165,0	120,0	120,0	137,5	125,0	150,0	150,0
Verzinsung	66,4	52,1	151,2	133,3	28,7	21,0	28,0	18,6	60,7	48,7
Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres	1.173,6	919,6	2.671,6	2.355,4	521,2	371,6	494,1	328,7	1.071,9	861,3
Dienstzeitaufwand (Service Cost (IFRS)) im Geschäftsjahr	534,9	617,4	519,6	592,5	251,2	278,7	359,4	415,7	292,5	325,4
Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, DBO) nach IFRS am Ende des Geschäftsjahres	3.976,3	2.550,6	10.029,3	7.220,2	1.364,4	845,2	1.701,4	918,5	2.284,7	1.648,3

Betriebliche Altersversorgung	Hans-Peter Schmid ¹		Ralf Stemmer	
	Filialvertrieb		Ressourcen	
	2016	2015	2016	2015
	T€	T€	T€	T€
Versorgungsgrad am Ende des Geschäftsjahres in %	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %
Maximaler Versorgungsgrad	60,00 %	60,00 %	60,00 %	60,00 %
Dienstzeitaufwand (Service Cost (IFRS)) im Geschäftsjahr	373,3	424,0	147,9	163,0
Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, DBO) nach IFRS am Ende des Geschäftsjahres	6.455,5	3.822,1	5.519,9	4.654,2

¹Mitglied des Vorstands bis 30. September 2016

Die Bezüge ehemaliger Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen betragen 3,74 Mio € (Vorjahr: 4,34 Mio €). Die Bezüge beinhalten die im jeweiligen Jahr zugeflossenen Versorgungsbezüge sowie Vergütungsbestandteile aus aktiver Vorstandstätigkeit.

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder belief sich auf 101,04 Mio € (Vorjahr: 85,05 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Das Vergütungssystem ist in § 15 der Satzung der Postbank festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich aus einer festen, erfolgsunabhängigen Vergütung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die feste jährliche Vergütung (Grundvergütung) beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 40.000 €. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache, sein Stellvertreter das 1,5-Fache der Grundvergütung.

Die Grundvergütung erhöht sich für die Mitgliedschaft und den Vorsitz in den Ausschüssen um folgende zusätzliche feste jährliche Vergütungen:

Die Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss und im Risikoausschuss wird mit zusätzlich 30.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 60.000 € vergütet. Die Mitgliedschaft im Präsidialausschuss, im Personalausschuss, im Vergütungskontrollausschuss und im Nominierungsausschuss wird mit zusätzlich 20.000 €, der Vorsitz in diesen Ausschüssen mit zusätzlich 40.000 € vergütet. Für Mitgliedschaft und Vorsitz im Vermittlungsausschuss wird keine zusätzliche feste Vergütung gewährt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen, ein Sitzungsgeld von 500 €.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung und das Sitzungsgeld nach der Hauptversammlung, die den Konzernabschluss für das jeweilige Geschäftsjahr entgegennimmt oder über seine Billigung entscheidet.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat und/oder seinen Ausschüssen angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig. Die Vergütung wird auf volle Monate auf- und abgerundet. Eine zeitanteilige Vergütung für die Ausschusstätigkeiten setzt voraus, dass der betreffende Ausschuss im entsprechenden Zeitraum zur Erfüllung seiner Aufgaben getagt hat.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Die Vergütung von Mandaten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten von Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns bleibt davon unberührt.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2016 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 1.137,7 T€ (Vorjahr: 1.541,3 T€).

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2016 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Geschäftsjahr 2016			Geschäftsjahr 2015		
	Fixum	Variabel ^{1a}	Summe	Fixum	Variabel ^{1b}	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ^{2,4}	–	–	–	–	–	–
Stefan Krause ^{2,4}	–	–	–	–	–	–
Werner Steinmüller ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	160,0	11,0	171,0	160,0	58,0	218,0
Rolf Bauermeister	10,0	1,0	11,0	40,0	19,5	59,5
Susanne Bleidt	60,0	3,5	63,5	60,0	29,0	89,0
Wilfried Boysen ⁵	–	–	–	–	7,6	7,6
Prof. Dr. Edgar Ernst	100,0	8,5	108,5	100,0	41,0	141,0
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	70,0	6,0	76,0	70,0	30,5	100,5
Dr. Tessen von Heydebreck	120,0	11,0	131,0	120,0	40,5	160,5
Dr. Peter Hoch ⁵	–	–	–	–	15,2	15,2
Jens Isselmann ³	–	–	–	–	–	–
Hans-Jürgen Kummert	40,0	2,0	42,0	40,0	19,5	59,5
Prof. Dr. Katja Langenbacher-Adolff	40,0	2,5	42,5	40,0	4,5	44,5
Karen Meyer ²	–	–	–	–	–	–
Dr. Christian Ricken ²	–	–	–	–	–	–
Christiana Riley ²	–	–	–	–	–	–
Karl von Rohr ²	–	–	–	–	–	–
Bernd Rose	100,0	8,5	108,5	100,0	41,0	141,0
Lawrence Rosen ⁴	–	–	–	26,7	14,8	41,5
Martina Scholze	26,7	1,5	28,2	–	–	–
Christian Sewing ²	–	–	–	–	–	–
Michael Spiegel ²	–	–	–	–	–	–
Eric Stadler	100,0	10,0	110,0	100,0	35,5	135,5
Gerd Tausendfreund	70,0	6,0	76,0	70,0	30,5	100,5
Renate Treis	90,0	4,5	94,5	90,0	38,0	128,0
Wolfgang Zimny	70,0	5,0	75,0	70,0	29,5	99,5
Summe	1.056,7	81,0	1.137,7	1.086,7	454,6	1.541,3

^{1a}Aufgrund der Änderung der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Vergütungsregelung entstehen ab dem Geschäftsjahr 2016 keine Ansprüche mehr auf eine erfolgsorientierte Vergütung. „Variabel“ umfasst nur noch das Sitzungsgeld.

^{1b}Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

²Vergütung entfällt aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG.

³Herr Isselmann gehört dem Aufsichtsrat seit dem 31. Dezember 2016 an. Ein Vergütungsanspruch für 2016 besteht gemäß § 15 Abs. 5 der Satzung damit nicht.

⁴2015 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden

⁵2014 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden

Herr Heider erhielt für seine Aufsichtsratsstätigkeit innerhalb der BHW Holding AG und der BHW Bausparkasse AG eine Vergütung in Höhe von 11,9 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2016 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 719,0 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsratsstätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Zum 31. Dezember 2016 befinden sich keine von der Deutschen Postbank AG ausgegebenen Aktien im Besitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands in Höhe von 0 T€ (Vorjahr: 0 T€) und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 48,5 T€ (Vorjahr: 58,2 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Im Schadenfall ist eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen.

(56) Andere Angaben

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Postbank hat eine Garantie gegenüber der BHW Bausparkasse AG, Luxemburg, in Höhe von 12 Mio € abgegeben, über die das First Loss Piece eines Retail-Kreditportfolios der BHW Niederlassung Luxemburg übernommen wird.

Wesentliche Beschränkungen des Transfers von Vermögenswerten innerhalb des Postbank Konzerns

Gesetzliche, regulatorische und vertragliche Regelungen können den Transfer von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten innerhalb eines Konzerns beschränken. Hiervon betroffen sind im Postbank Konzern Vermögenswerte in Höhe von 18.177 Mio € (Vorjahr: 19.515 Mio €), die zur Deckung von besicherten Emissionen (Pfandbriefen), und Vermögenswerte in Höhe von 2.918 Mio € (Vorjahr: 5.971 Mio €), die im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften als Sicherheiten verwendet werden, sowie Vermögenswerte in Höhe von 38 Mio € (Vorjahr: 38 Mio €), die als Abwicklungssicherheiten hinterlegt sind. Des Weiteren dienen erstmals Vermögenswerte in Höhe von 21 Mio € zur Deckung von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen.

Darüber hinaus existieren bei einzelnen Gesellschaften des Konzerns gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Gewinnausschüttung, insbesondere gemäß § 268 Abs. 8 HGB, § 253 Abs. 6 HGB und bezüglich des Mindestkapitals. Diese Beschränkungen sind aus Konzernsicht von untergeordneter Bedeutung.

(57) Namen und Mandate der Organmitglieder Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Frank Strauß, Bad Nauheim (Vorsitzender)	
Marc Heß, Bonn	
Susanne Klöß-Braekler, München	
Dr. Ralph Müller, Bonn	
Hans-Peter Schmid, Baldham	bis 30. September 2016
Ralf Stemmer, Königswinter	
Hanns-Peter Storr, Bonn	

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2016 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Frank Strauß Vorsitzender des Vorstands

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2016)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 12. Februar 2016)	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 29. Februar 2016)	norisbank GmbH, Bonn

Marc Heß

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

Susanne Klöß-Braekler

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzende des Aufsichtsrats (seit 1. Dezember 2016) Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2016)	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 12. Februar 2016)	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	Eurex Zürich AG, Zürich (Schweiz)

Dr. Ralph Müller

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Februar 2016)	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 14. April 2016)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Mai 2016)	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 24. Mai 2016)	MyMoneyPark AG, Zürich (Schweiz)

Hans-Peter Schmid**Mitglied des Vorstands bis 30. September 2016**

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2016)	Bayerische Börse AG, München
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. September 2016)	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2016)	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 30. September 2016)	PB Versicherung AG, Hilden

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Vorsitzender des Verwaltungsrats	PB International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 14. April 2016) Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Hanns-Peter Storr

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 8. Februar 2016)	Postbank Systems AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 17. März 2016)	norisbank GmbH, Bonn

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Werner Steinmüller, (Vorsitzender)
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG,
Dreieich-Buchschlag

Prof. Dr. Edgar Ernst
Präsident Deutsche Prüfstelle
für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn

Stefanie Heberling
Marktgebietsleiterin Privatkunden Ruhrgebiet Mitte
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG,
Wuppertal

Dr. Tessen von Heydebreck
Vorsitzender des Kuratoriums der
Deutsche Bank Stiftung, Berlin

Prof. Dr. Katja Langenbucher-Adolff
Professorin für Bürgerliches Recht,
Wirtschaftsrecht und Bankrecht
Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Frankfurt am Main

Karen Meyer seit 1. Februar 2016
Global HR Business Partner PWCC&AM
Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Dr. Christian Ricken bis 31. Januar 2016
Chief Operating Officer PBC Deutsche Bank AG,
Bad Homburg v.d. Höhe

Christiana Riley
CFO Corporate & Investment Banking
Deutsche Bank AG, Bad Homburg v.d. Höhe

Karl von Rohr
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG,
Oberursel

Christian Sewing
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG,
Osnabrück

Michael Spiegel
Global Head of Trade Finance and
Cash Management Corporates
Deutsche Bank AG, London

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske, (Stv. Vorsitzender)
Gewerkschaftssekretär, Vorsitzender
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di),
Berlin

Rolf Bauermeister bis 31. März 2016
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Bundesverwaltung, Berlin

Susanne Bleidt
Mitglied des Gesamtbetriebsrats
Postbank Filialvertrieb AG, Bell

Timo Heider
Vorsitzender des Konzernbetriebsrats
Deutsche Postbank AG und Vorsitzender des
Gesamtbetriebsrats BHW Kreditservice GmbH,
Emmerthal

Jens Isselmann seit 31. Dezember 2016
Leitender Angestellter Deutsche Postbank AG,
Bornheim

Hans-Jürgen Kummert
Beamter, Köln

Bernd Rose
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
Postbank Filialvertrieb AG/Postbank Filial GmbH,
Menden (Sauerland)

Martina Scholze seit 21. April 2016
Gewerkschaftssekretärin Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), München

Eric Stadler
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center
für Banken AG, Markt Schwaben

Gerd Tausendfreund
Gewerkschaftssekretär, Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau

Renate Treis
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats
Deutsche Postbank AG, Brühl

Wolfgang Zimny bis 30. Dezember 2016
Bankjurist, Abteilungsleiter
Deutsche Postbank AG, Zentrale, Bornheim

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2016 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner:

Werner Steinmüller Vorsitzender des Aufsichtsrats

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 30. Juni 2016)	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Mitglied des Beirats (bis 30. Oktober 2016)	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	DMG SEIKI AG, Bielefeld
Mitglied des Aufsichtsrats	TUI AG, Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats	VONOVIA SE, Düsseldorf
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 3. Januar 2016)	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

Dr. Tessen von Heydebreck

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats	IFA Rotorion Holding GmbH, Haldensleben
Mitglied des Stiftungsrats	Dussmann Stiftung & Co. KGaA, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall GmbH, Berlin
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 31. Dezember 2016)	Kommanditgesellschaft CURA Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG, Hamburg
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2016)	DECM Deutsche Einkaufs-Center-Management G.m.b.H., Hamburg

Karen Meyer Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Februar 2016

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Beirats	Deutsche Bank HR Solutions GmbH, Frankfurt am Main

Dr. Christian Ricken Mitglied des Aufsichtsrats bis 31. Januar 2016

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Beirats (bis 31. Januar 2016)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2016)	norisbank GmbH, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2016)	Deutsche Bank Europe GmbH, Rotterdam
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 31. Januar 2016)	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Board of Directors (bis 31. Januar 2016)	HuaXia Bank Co., Ltd., Beijing

Karl von Rohr

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 24. Juni 2016)	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 24. Juni 2016)	BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (bis 15. März 2016)	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

Christian Sewing

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 11. Juni 2016)	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer:

Frank Bsirske

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. Juli 2016)	innogy SE, Essen
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Rolf Bauermeister

Mitglied des Aufsichtsrats bis 31. März 2016

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Susanne Bleidt

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

Timo Heider

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2015)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Bernd Rose

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	ver.di Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Martina Scholze

Mitglied des Aufsichtsrats seit 21. April 2016

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzende des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	ERGO Group AG, Düsseldorf

Eric Stadler

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 30. Juni 2016)	PBC Banking Services GmbH, Frankfurt am Main

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis

Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung (bis 31. Dezember 2016)	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

(58) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2016 Mio €	2015 Mio €
Abschlussprüfungen	4,7	5,5
Andere Bestätigungsleistungen	2,7	2,1
Steuerberatungsleistungen	0,1	0,4
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	2,5	2,7
Gesamt	10,0	10,7

Die Honorare werden im Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Anforderungen des IDW RS HFA 36 „Anhangangaben nach §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB über das Abschlussprüferhonorar“ ohne Umsatzsteuer angegeben.

(59) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die folgenden vollkonsolidierten Tochterunternehmen nehmen für das Geschäftsjahr 2016 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB in Anspruch:

- PB Firmenkunden AG
- Postbank Beteiligungen GmbH
- Postbank Filialvertrieb AG
- Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH
- Postbank Systems AG.

(60) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Anteilsbesitzliste

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahres- ergebnis ¹ T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	190.835	0 ^{3b}
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	915.274	10.205
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ^{3a}
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ^{3a}
BHW Holding AG, Hameln	100,0	727.503	0 ^{3a}
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	2.870	0 ^{3b}
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	2.620	500
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0		4
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0		5
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0		6
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0		7
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	14	-19 ⁴
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	5	-44 ⁵
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	35	-13 ⁶
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	225	8 ⁷
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	5.177	33
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	57	1
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ^{3a}
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ^{3a}
PB International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	55.389	-361
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Bonn		3.554.867	-47.320 ²
Teilgesellschaftsvermögen PB 02	100,0	499.630	-4.062
Teilgesellschaftsvermögen PB 08	100,0	541.205	-7.542
Teilgesellschaftsvermögen PB 09	100,0	575.202	-6.221
Teilgesellschaftsvermögen PB 11	100,0	658.085	-8.498
Teilgesellschaftsvermögen PB 13	100,0	355.835	-4.092
Teilgesellschaftsvermögen PB 14	100,0	355.849	-5.604
Teilgesellschaftsvermögen PB 21	100,0	218.233	-4.079
Teilgesellschaftsvermögen PB 26	100,0	293.773	-6.828
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310.970	0 ^{3a}
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	15.858	0 ^{3b}
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	31.135	-4.357 ^{3a}
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	65.214	-5.309
Postbank Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.908	0 ^{3a}
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ^{3a}
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	22.566	6.486
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ^{3a}
Postbank Service GmbH, Essen	100,0	125	0 ^{3b}
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	60.172	-1.394 ^{3a}
VÖB-ZVD Processing GmbH, Frankfurt am Main	75,0	15.177	0 ^{3b, 8}

Fußnoten siehe Seite 166.

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahres- ergebnis ¹ T€
a) Verbundene Unternehmen			
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.020	-62
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ^{3a}
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG in Insolvenz, Hamburg	65,2	-10.390	-6.745
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	74,9	0	-63
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.004	-163
SAB Real Estate Verwaltungs GmbH, Hameln	100,0	33	4
b) Andere Unternehmen, an denen mindestens 20 % der Kapitalanteile gehalten werden			
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	30,6	0	-23
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v.d.Höhe	41,2	0	9
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	20
Starpool Finanz GmbH, Berlin	49,9	339	12
c) Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet			
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	29.208	109
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mit beschränkter Haftung, Leezen	11,0	45.611	3.152

¹ Die Angaben zu Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den jeweils zuletzt festgestellten Jahresabschlüssen der Gesellschaften.

² In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des Postbank Konzerns gehalten werden.

^{3a}Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag im Konzern Deutsche Postbank

^{3b}Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag mit Dritten bis einschließlich 31. Dezember 2015

⁴Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust I. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust I als auch die Deutsche Postbank Funding LLC I.

⁵Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust II. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust II als auch die Deutsche Postbank Funding LLC II.

⁶Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust III. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust III als auch die Deutsche Postbank Funding LLC III.

⁷Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Jahresabschluss der Deutsche Postbank Funding Trust IV. Dieser umfasst sowohl die Deutsche Postbank Funding Trust IV als auch die Deutsche Postbank Funding LLC IV.

⁸Ein Geschäftsanteil von 25 % des Stammkapitals wird treuhänderisch vom Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) für die Deutsche Postbank AG gehalten.

(61) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Seit dem 14. Januar 2016 ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr börsennotiert. Seitdem unterliegen Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG nicht mehr der Pflicht zur Abgabe einer sogenannten Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG. Die zuletzt von Vorstand und Aufsichtsrat abgegebene Entsprechenserklärung vom 17. Dezember 2015 und die darin enthaltenen Begründungen haben keine Gültigkeit mehr. Die Postbank hat sich auch nicht anderweitig verpflichtet, den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zu entsprechen.

VERSICHERUNG DES VORSTANDS

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 21. Februar 2017

Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Frank Strauß



Marc Heß

Susanne Klöß-Braekler



Dr. Ralph Müller



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG, Bonn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen- und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 22. Februar 2017

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christian F. Rabeling
Wirtschaftsprüfer

REGULATORISCHE ANGABEN

Aufsichtsrechtliche Offenlegung

Seit Dezember 2010 ist die Postbank Teil der Deutsche Bank Institutsgruppe und veröffentlicht seitdem alle für die aufsichtsrechtliche Offenlegung relevanten Informationen im Rahmen der Säule-III-Berichterstattung des Deutsche Bank Konzerns. Gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation – CRR) ist seit 2014 zusätzlich auch auf Ebene wesentlicher Tochter-

gesellschaften von EU-Mutterinstituten eine aufsichtsrechtliche Offenlegung erforderlich. Alle folgenden Angaben beziehen sich auf den Postbank Konzern (im Folgenden: Postbank) als Teilkonzern der Deutsche Bank Institutsgruppe.

Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die von der Postbank gemäß Teil 8 i. V. m. Art. 13 der CRR sowie gemäß den auf der Capital Requirements Directive (CRD) basierenden nationalen Umsetzungen im Kreditwesengesetz (KWG) zu veröffentlichenden Angaben und nennt den Teil des Geschäftsberichts 2016, in dem die Veröffentlichung erfolgt:

Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Offenlegungsanforderungen

Säule-III-Offenlegungsthema	Ort im Geschäftsbericht
Angaben zu Eigenmitteln gemäß Art. 437 CRR und zu Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 438 CRR	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Angaben zum Kapitalpuffer gemäß Art. 440 CRR	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Angaben zu Kreditrisikooanpassungen gemäß Art. 442 CRR und zu Kreditrisikominderungstechniken gemäß Art. 453 CRR, soweit nicht bereits über die qualitativen Angaben im Konzernlagebericht 2016 (s. u.) abgedeckt	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Rechtliche und organisatorische Struktur sowie Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung (§ 26a KWG)	- Konzernlagebericht 2016, „Geschäfts- und Rahmenbedingungen“ - Konzernrisikobericht 2016, „Organisation des Risikomanagements“ - Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“
Qualitative Angaben zu Kreditrisikooanpassungen gemäß Art. 442 a) und b) CRR und zu Kreditrisikominderungstechniken gemäß Art. 453 a) bis e) CRR	- Konzernrisikobericht 2016, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“
Angaben zur Vergütungspolitik (Art. 450 CRR)	- Konzernlagebericht 2016, „Vergütungsbericht“
Angaben zur Verschuldung (Art. 451 CRR)	- Weitere Informationen, „Regulatorische Angaben“

Angaben zu den aufsichtsrechtlichen Ansätzen

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Risikopositionsklassen gemäß CRR – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2016 die regulatorische Eigenmittelunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Mortgage)), Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften, Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 17 Solvabilitätsverordnung (SolV) ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Die Postbank nutzt für die Kalkulation der Eigenmittelanforderungen neben dem IRB-Basis-Ansatz und dem IRB-Ansatz für das Mengengeschäft auch den fortgeschrittenen Ansatz (A-IRBA) für die Portfolios Staaten, Banken, Versicherungen, Firmenkunden sowie Gewerbliche Immobilienfinanzierungen (Commercial Mortgage). Vorbehaltlich der noch ausstehenden Zulassung ist für 2017 eine Überführung des Ratingsystems für Retail-Dispositions kredite in den A-IRB-Ansatz vorgesehen.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisikostandardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Dispositionskredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Portfolios der anderen Tochter-

gesellschaften der Postbank mit Ausnahme der BHW Baufinanzierungen und der PB Factoring GmbH, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisikostandardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenmittelunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes mittels externer Ratings kalkuliert.

Zum Berichtsstichtag hatte der Postbank Konzern keine aufsichtsrechtlich relevante Originatorverbriefung im Bestand.

Für sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen und Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenmittelunterlegung auf Basis von aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten. Die Postbank hält aktuell keine Beteiligungen, für die die Eigenmittelunterlegung auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten ermittelt wird. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenmittelunterlegung ausgenommen und werden gemäß Kreditrisikostandardansatz kalkuliert.

Die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für die Marktrisiken erfolgt bei der Postbank derzeit nach den aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Für die Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Operationelle Risiken nutzt die Postbank den Standardansatz.

Angaben zur regulatorischen Konsolidierung

Der regulatorische Konsolidierungskreis entspricht den bilanziell konsolidierten Unternehmen, wie in Note 2 des Konzernanhangs 2016 dargestellt, wobei die folgenden zwei Gesellschaften bilanziell, aber nicht aufsichtsrechtlich konsolidiert werden:

- Postbank Finanzberatung AG,
- Postbank Immobilien GmbH.

Die Postbank besitzt keine Tochtergesellschaften, die aufsichtsrechtlich, aber nicht bilanziell zu konsolidieren sind.

Angaben zum Gesamtportfolio

In den nachstehenden Tabellen sind die Angaben zum Gesamtportfolio mit Durchschnittsbeträgen je Risikopositionsklasse während des Berichtszeitraums sowie aufgeschlüsselt nach Branchen, Regionen und Restlaufzeiten gemäß Art. 442 CRR dargestellt. Die Tabellen stellen jeweils das Kreditvolumen, differenziert nach Risikopositionsklassen, zum Offenlegungstichtag dar. Ausgewiesen sind die Risikopositionswerte (Exposure at Default (EAD) – erwartete Inanspruchnahmen zum

Zeitpunkt eines möglichen Ausfalls) vor Berücksichtigung von Kreditrisikominderung/Substitutionseffekten und nach Anwendung von Kreditumrechnungsfaktoren. Derivate werden mit ihren positiven Wiederbeschaffungswerten zusätzlich eines regulatorischen Add-on ausgewiesen. Die Risikopositionsklassen, bei denen die Postbank kein Engagement hält, sind in den Tabellen nicht dargestellt. Dabei handelt es sich um die Risikopositionsklassen „Institute und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung“ sowie „Mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen“. Die Risikopositionsklasse „Sonstige Aktiva ohne Kreditverpflichtungen“ wird nicht innerhalb der nachstehenden Tabellen ausgewiesen. Der Gesamtwert der entsprechenden Risikopositionen betrug zum Berichtsstichtag 2.912 Mio € (per 31. Dezember 2015: 2.698 Mio €). Darüber hinaus lag der Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP) zum Berichtsstichtag bei 121 Mio € (per 31. Dezember 2015: 56 Mio €).

Die folgende Tabelle zeigt die Durchschnittsbeträge der Risikopositionen während des Berichtszeitraums ohne Berücksichtigung der Wirkung der Kreditrisikominderung, differenziert nach Risikopositionsklassen:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte und Durchschnittsbeträge je Risikopositionsklasse

Risikopositionsklassen	Durchschnittsbeträge		Gesamt	
	01.01.2016 – 31.12.2016 Mio €	01.01.2015 – 31.12.2015 Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	171	145	169	171
IRBA Institute	7.837	10.808	6.124	9.706
IRBA Unternehmen	22.875	21.486	23.323	22.228
IRBA Mengengeschäft	81.298	77.487	83.097	78.943
IRBA Beteiligungen	106	422	38	419
IRBA Verbriefungen	253	1.215	55	53
KSA Staaten und Zentralbanken	13.603	10.882	17.890	11.107
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.886	8.409	8.612	8.682
KSA Sonstige öffentliche Stellen	1.931	2.309	1.633	2.170
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	836	931	794	937
KSA Internationale Organisationen	1.339	1.417	1.292	1.396
KSA Institute	1.948	1.870	2.330	1.717
KSA Unternehmen	944	923	783	864
KSA Mengengeschäft	2.187	2.386	2.199	2.334
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	1.464	2.568	1.194	2.467
KSA Ausgefallene Positionen	135	286	100	263
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	12	–	–
KSA Verbriefungen	75	495	–	376
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	1.039	–	–
KSA Beteiligungen	228	228	233	227
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–
Gesamt	146.116	145.316	149.866	144.060

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte, differenziert nach Risikopositionsklassen und aufgegliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen bzw. Schuldnergruppen, aus:

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen

Risikopositionsklassen	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	-	-	-	-	169	171	-	-	-	-	-	-	-	-	169	171
IRBA Institute	-	-	5.968	9.704	126	2	30	0	0	-	-	-	0	-	6.124	9.706
IRBA Unternehmen	288	299	2.135	2.268	0	1	7.741	6.630	7.058	7.236	4.443	4.087	1.658	1.707	23.323	22.228
IRBA Mengengeschäft	83.097	78.943	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	83.097	78.943
IRBA Beteiligungen	-	-	29	418	-	-	-	-	9	1	-	-	0	0	38	419
IRBA Verbriefungen	-	-	55	53	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	55	53
KSA Staaten und Zentralbanken	-	-	6.282	396	11.190	10.711	-	-	418	-	-	-	-	-	17.890	11.107
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	-	-	-	8.596	8.664	16	18	0	0	-	-	-	-	8.612	8.682
KSA Sonstige öffentliche Stellen	-	-	1.317	1.819	231	265	-	-	49	45	-	-	36	41	1.633	2.170
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	794	937	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	794	937
KSA Internationale Organisationen	-	-	787	863	505	533	-	-	-	-	-	-	-	-	1.292	1.396
KSA Institute	-	-	2.330	1.676	-	-	-	-	-	-	-	-	-	41	2.330	1.717
KSA Unternehmen	3	5	51	55	-	0	166	255	321	253	149	155	93	141	783	864
KSA Mengengeschäft	2.199	2.334	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.199	2.334
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	1.144	2.349	0	-	-	-	45	111	3	3	0	0	2	4	1.194	2.467
KSA Ausgefallene Positionen	58	211	0	0	0	0	14	13	19	23	0	3	9	13	100	263
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Verbriefungen	-	370	-	6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	376
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Beteiligungen	-	-	223	54	-	-	-	-	5	21	-	-	5	152	233	227
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	86.789	84.511	19.971	18.249	20.817	20.347	8.012	7.027	7.882	7.582	4.592	4.245	1.803	2.099	149.866	144.060

Von den ausgewiesenen Werten entfallen nachstehende Risikopositionswerte auf Engagements mit kleinen und mittleren Unternehmen (im Folgenden: KMU):

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Branchen bzw. Schuldnergruppen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Risikopositionsklassen	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
IRBA Mengengeschäft	342	280	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	342	280
IRBA Unternehmen	0	0	22	11	-	-	-	29	610	600	332	449	120	93	1.084	1.182
KSA Unternehmen	-	-	17	-	-	-	4	39	24	31	40	42	23	9	108	122
KSA Mengengeschäft	47	36	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	47	36
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	-	-	-	-	-	-	7	5	0	0	-	-	-	1	7	6
Gesamt	389	316	39	11	-	-	11	73	634	631	372	491	143	103	1.588	1.626

Die nachstehende Tabelle weist die Risikopositionen, differenziert nach Risikopositionsklassen und aufgegliedert nach den für die Postbank wesentlichen geografischen Geschäftsgebieten, aus. Die Zuordnung erfolgt nach dem juristischen Sitzland des Kreditnehmers.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach geografischen Gebieten

Risikopositionsklassen	Deutschland		Westeuropa		Nordamerika		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €								
IRBA Staaten und Zentralbanken	-	-	138	140	-	-	31	31	169	171
IRBA Institute	3.986	6.111	1.995	3.405	138	184	5	6	6.124	9.706
IRBA Unternehmen	14.857	13.906	7.432	7.288	537	578	497	456	23.323	22.228
IRBA Mengengeschäft	81.090	78.580	1.935	286	22	26	50	51	83.097	78.943
IRBA Beteiligungen	23	419	-	-	15	-	-	-	38	419
IRBA Verbriefungen	-	-	55	53	-	-	-	-	55	53
KSA Staaten und Zentralbanken	7.548	865	10.225	10.174	-	-	117	68	17.890	11.107
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.612	8.682	-	0	-	-	-	-	8.612	8.682
KSA Sonstige öffentliche Stellen	1.565	2.100	68	70	-	-	-	-	1.633	2.170
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	794	937	-	-	-	-	794	937
KSA Internationale Organisationen	-	-	1.292	1.396	-	-	-	-	1.292	1.396
KSA Institute	1.266	1.108	1.062	609	2	-	-	-	2.330	1.717
KSA Unternehmen	678	764	48	37	0	0	57	63	783	864
KSA Mengengeschäft	2.127	2.251	69	80	1	1	2	2	2.199	2.334
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	183	270	1.010	2.196	0	0	1	1	1.194	2.467
KSA Ausgefallene Positionen	85	122	15	136	0	0	0	5	100	263
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Verbriefungen	-	-	-	376	-	-	-	-	-	376
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KSA Beteiligungen	228	223	5	4	-	-	-	-	233	227
KSA Sonstige Positionen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	122.248	115.401	26.143	27.187	715	789	760	683	149.866	144.060

Die aufsichtlichen Risikopositionswerte, differenziert nach Risikopositionsklassen und den für die Postbank wesentlichen Restlaufzeitbändern, werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Girokonten, Avale und Geschäfte in Abwicklung sind grundsätzlich dem Restlaufzeitband „unter ein Jahr“ zugeordnet. Das im Laufzeitband „über fünf Jahre“ ausgewiesene Volumen ist zum Großteil geprägt durch längerfristige Anleihen sowie private Baufinanzierungen und gewerbliche Finanzierungen.

Gesamtbetrag der Risikopositionswerte nach Restlaufzeiten

Risikopositionsklassen	< 1 Jahr		1–5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €						
IRBA Staaten und Zentralbanken	7	8	83	84	79	79	169	171
IRBA Institute	1.458	4.006	2.773	4.186	1.893	1.514	6.124	9.706
IRBA Unternehmen	4.742	5.092	7.637	6.788	10.944	10.348	23.323	22.228
IRBA Mengengeschäft	3.902	3.686	6.620	6.557	72.575	68.700	83.097	78.943
IRBA Beteiligungen	–	–	–	–	38	419	38	419
IRBA Verbriefungen	55	53	–	–	–	–	55	53
KSA Staaten und Zentralbanken	8.111	614	7.332	7.654	2.447	2.839	17.890	11.107
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.438	1.050	3.710	3.612	3.464	4.020	8.612	8.682
KSA Sonstige öffentliche Stellen	233	627	1.052	1.173	348	370	1.633	2.170
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	175	137	544	636	75	164	794	937
KSA Internationale Organisationen	219	102	682	855	391	439	1.292	1.396
KSA Institute	916	201	–	42	1.414	1.474	2.330	1.717
KSA Unternehmen	74	101	324	332	385	431	783	864
KSA Mengengeschäft	978	1.034	373	411	848	889	2.199	2.334
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	541	974	169	427	484	1.066	1.194	2.467
KSA Ausgefallene Positionen	100	263	–	–	–	–	100	263
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Verbriefungen	–	–	–	6	–	370	–	376
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Beteiligungen	–	–	–	–	233	227	233	227
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	22.949	17.948	31.299	32.763	95.618	93.349	149.866	144.060

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikopositionswerte für die gemäß Art. 153 Abs. 5 CRR kalkulierten Spezialfinanzierungen, aufgeteilt nach Risikogewichtsklassen. Dabei handelt es sich um gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Kredite an Bauträger, Betreibermodelle, Geschäfte im Bereich Immobilienleasing sowie Kredite im privaten Wohnungsbau für Objekte mit mehr als zehn Wohneinheiten. Die Verschlechterung der Risikogewichtsverteilung ist Folge einer Rekalibrierung des Ratingverfahrens für Spezialfinanzierungen.

Risikopositionswerte für IRBA-Spezialfinanzierungen

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Risikogewichtskategorie 1 (stark)	1.088	1.398
Risikogewichtskategorie 2 (gut)	401	46
Risikogewichtskategorie 3 (befriedigend)	81	22
Risikogewichtskategorie 4 (schwach)	37	11
Risikogewichtskategorie 5 (ausgefallen)	29	40
Gesamt	1.636	1.517

Die folgende Tabelle weist die Risikopositionswerte für Beteiligungen aus, die mit einfachem Risikogewicht gemäß Art. 155 Abs. 2 CRR kalkuliert werden. Der Rückgang der IRBA-Beteiligungen ist in dem Rückerwerb der in der PBC Banking Services GmbH gebündelten Servicegesellschaften durch die Postbank und deren Konsolidierung begründet. Neben diesen Beteiligungswerten hielt die Postbank zum Berichtsstichtag weitere Risikopositionswerte in Höhe von 233 Mio € (per 31. Dezember 2015: 227 Mio €), die sich auf bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene – befristet vom IRBA ausgenommene – Beteiligungen beziehen, denen auf Basis der Ausnahmeregelung gemäß Art. 495 Abs. 1 CRR in Verbindung mit Art. 17 SolvV (sogenanntes „Grandfathering“) ein aufsichtliches Risikogewicht in Höhe von 100 % zugewiesen wird.

Risikopositionswerte für IRBA-Beteiligungen nach einfacher Risikogewichtsmethode

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios (Risikogewicht 190 %)	–	–
Börsengehandelte Beteiligungspositionen (Risikogewicht 290 %)	–	–
Sonstige Beteiligungspositionen (Risikogewicht 370 %)	38	419
Gesamt	38	419

Angaben zu Kreditrisikominderungstechniken

Die beiden nachstehenden Tabellen zeigen die besicherten IRBA- bzw. KSA-Risikopositionswerte. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 453 CRR sind im Konzernlagebericht im Abschnitt „Sicherheitenmanagement und Kreditrisikominderungstechniken“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ enthalten.

51

Besicherte Risikopositionswerte in den internen Ratingansätzen

Risikopositionsklassen	Gesamter Risikopositionswert		Finanzielle Sicherheiten		Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate		Sonstige Sicherheiten		Gesamter besicherter Risikopositionswert	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 ¹ Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 ¹ Mio €
IRBA Staaten und Zentralbanken	169	171	–	–	–	–	–	–	–	–
IRBA Institute	6.124	9.706	–	–	0	0	–	–	0	0
IRBA Unternehmen	23.323	22.228	–	–	630	726	6.233	5.239	6.863	5.965
IRBA Mengengeschäft	83.097	78.943	–	–	25	42	69.278	66.717	69.303	66.759
IRBA Beteiligungen	38	419	–	–	–	–	–	–	–	–
IRBA Verbriefungen	55	53	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	112.806	111.520	–	–	655	768	75.511	71.956	76.166	72.724

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Im Kreditrisikostandardansatz können finanzielle Sicherheiten sowie in begrenztem Umfang Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate angerechnet werden. Die nachstehende Tabelle weist keine grundpfandrechtlichen Sicherheiten aus, da im Standardansatz durch Immobilien besicherten Positionen ein bevorzugtes Risikogewicht zugewiesen wird.

Besicherte Risikopositionswerte im Kreditrisikostandardansatz

Risikopositionsklassen	Gesamter Risikopositionswert		Finanzielle Sicherheiten		Garantien, Bürgschaften und Kreditderivate		Gesamter besicherter Risikopositionswert	
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
KSA Staaten und Zentralbanken	17.890	11.107	–	–	–	–	–	–
KSA Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	8.612	8.682	–	–	–	–	–	–
KSA Sonstige öffentliche Stellen	1.633	2.170	–	–	–	–	–	–
KSA Multilaterale Entwicklungsbanken	794	937	–	–	–	–	–	–
KSA Internationale Organisationen	1.292	1.396	–	–	–	–	–	–
KSA Institute	2.330	1.717	–	–	–	–	–	–
KSA Unternehmen	783	864	–	–	33	6	33	6
KSA Mengengeschäft	2.199	2.334	–	–	–	–	–	–
KSA Durch Immobilien besicherte Positionen	1.194	2.467	–	–	–	–	–	–
KSA Ausgefallene Positionen	100	263	–	0	–	–	–	0
KSA Gedeckte Schuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Verbriefungen	–	376	–	–	–	68	–	68
KSA Organismen für gemeinsame Anlagen	–	–	–	–	–	–	–	–
KSA Beteiligungen	233	227	–	–	–	–	–	–
KSA Sonstige Positionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesamt	37.060	32.540	–	0	33	74	33	74

Angaben zur Risikovorsorge

Die in den nachstehenden Tabellen ausgewiesenen Risikovorsorgebeträge beziehen sich auf das gesamte Portfolio der Postbank Gruppe, d. h., sie umfassen die Portfolios der IRB-Ansätze und des KSA-Ansatzes. Die zugehörigen qualitativen Angaben gemäß Art. 442 (a) und (b) CRR sind in den Abschnitten „Überfällige und notleidende Engagements“ sowie „Kreditrisikovorsorge“ des Kapitels „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ des Konzernlageberichts 2016 enthalten.

51

Die gebildete Risikovorsorge bezieht sich auf Forderungen gegenüber Kunden und Kreditinstituten. Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und nicht konsolidierten Anteilen an Tochterunternehmen werden im Folgenden nicht ausgewiesen, sondern fließen in das Finanzanlageergebnis ein (siehe Note 12 des Konzernanhangs 2016).

102

In der nachfolgenden Tabelle werden die Positionswerte notleidender und überfälliger Kredite sowie die Stichtagsbestände der Einzelwertberichtigungen, der Portfoliowertberichtigungen und der Rückstellungen bzw. deren jeweilige Veränderungen (einschließlich Direktabschreibungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen) im Berichtsjahr 2016 sowie des Vorjahres ausgewiesen, jeweils bezogen auf die für die Postbank wesentlichen Branchen. Die ausgewiesenen Nettoaufwendungen ergeben sich als Differenz zwischen Zuführungen und Auflösungen der Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen. Die Rückstellungen beziehen sich im Wesentlichen auf offene Zusagen und Avale.

Insgesamt spiegelt sich auch in der Darstellung der Risikovorsorge – aufgliedert nach den für die Postbank wesentlichen Branchen und Schuldnergruppen – die Fokussierung der Postbank auf das Retail-Geschäft wider. Die Positionswerte notleidender Engagements umfassen auch die aufgrund der Ausfallvererbung als notleidend gekennzeichneten Forderungen eines Kunden.

Risikovorsorge, aufgliedert nach Branchen und Schuldnergruppen

		Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
		31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 Mio €
Positionswerte	Notleidende Engagements	1.732	1.760	54	53	7	8	201	266	88	88	90	99	35	39	2.207	2.313
	Überfällige Engagements	134	168	0	407	–	–	4	7	2	6	3	8	0	2	143	598
Bestände	Einzelwertberichtigungen	593	514	–	–	4	4	79	95	35	28	56	59	31	25	798	725
	Portfoliowertberichtigungen	174	179	–	0	–	–	11	7	–	–	12	10	3	3	200	199
	Rückstellungen	14	22	–	–	–	–	15	6	–	–	16	15	–	–	45	43
Aufwendungen der Periode	Einzelwertberichtigungen	162	137	–	–	–	4	–5	6	7	3	–	4	11	11	175	165
	Portfoliowertberichtigungen	–5	48	–	–	–	–	5	–4	–	–	2	1	–	0	2	45
	Rückstellungen	–8	–5	–	0	–	–	9	6	–	–	5	0	–	–	6	1

Analog zeigt die folgende Übersicht eine Aufgliederung der Risikovorsorge nach den für die Postbank bedeutenden geografischen Regionen/Gebieten. In dieser Tabelle werden in Übereinstimmung mit der CRR keine Veränderungen der Bestände an Risikovorsorge ausgewiesen. Die Verteilung der Risikovorsorge entspricht der Verteilung der Positionswerte in den zugrunde liegenden Kreditportfolios.

Risikovorsorge, aufgliedert nach geografischen Gebieten

		Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
		31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €						
Positionswerte	Notleidende Engagements	1.813	1.926	382	351	12	36	2.207	2.313
	Überfällige Engagements	137	549	6	42	0	7	143	598
Bestände	Einzelwertberichtigungen	695	616	103	100	–	9	798	725
	Portfoliowertberichtigungen	196	190	4	9	–	–	200	199
	Rückstellungen	45	43	–	–	–	–	45	43



Hinsichtlich der Änderungen der Risikovorsorge im Laufe des Berichtsjahres und der Angaben gemäß Art. 442 i) CRR wird auf Note 9 des Konzernanhangs verwiesen.

Eigenmittelzusammensetzung und Eigenmittelüberleitung

Die Eigenmittel der Postbank werden auf Basis des IFRS-Konzernabschlusses sowie unter Berücksichtigung der Vorgaben der CRR und der SolvV ermittelt. Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Kapitaladäquanz der für bankaufsichtliche Meldezwecke konsolidierten Institutsgruppe gemäß Art. 11 ff. CRR bzw. gemäß KWG und dient der Offenlegung der Eigenmittelelemente während der Übergangszeit gemäß Art. 492 Abs. 3 CRR bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) und der Abstimmung der Eigenmittelbestandteile mit den Bilanzpositionen gemäß Art. 437 Abs. 1 a) CRR.

Die nachstehende Tabelle zeigt zunächst die Werte der IFRS-Konzernbilanz auf Basis des handelsrechtlichen Konsolidierungskreises und in der darauffolgenden Spalte die Werte der sogenannten regulatorischen Bilanz auf Basis des regulatorischen Konsolidierungskreises. Im Gegensatz zur IFRS-Konzernbilanz werden in der regulatorischen Bilanz die Tochtergesellschaften Postbank Finanzberatung AG und Postbank Immobilien GmbH nicht konsolidiert. Die Delta-Spalte zeigt die Differenz zwischen den Werten der IFRS-Konzernbilanz und denen der regulatorischen Bilanz. Die Referenzen in der letzten Spalte verweisen auf die nachfolgenden Tabellen zur Darstellung der Eigenmittelzusammensetzung. Zur Abstimmung der für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen mit den regulatorischen Eigenmittelbestandteilen werden die Referenzen am Ende dieses Abschnitts im Anschluss an die Tabelle „Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen“ erläutert.



Darstellung der Bilanz gemäß handelsrechtlichem und regulatorischem Konsolidierungskreis

	IFRS-Bilanz		Regulatorische Bilanz		Delta		Referenz
	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 ¹ Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 ¹ Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 ¹ Mio €	
Aktiva							
Barreserve	2.291	1.357	2.291	1.357	0	0	
Forderungen an Kreditinstitute	13.108	15.876	13.108	15.876	0	0	
Forderungen an Kunden	102.003	98.937	101.996	98.930	-7	-7	
Risikovorsorge	-998	-923	-998	-923	-	-	
Handelsaktiva	475	647	475	647	-	-	
Hedging-Derivate	112	78	112	78	-	-	
Finanzanlagen	26.767	30.768	26.975	30.976	208	208	
Immaterielle Vermögenswerte	1.963	1.902	1.534	1.473	-429	-429	f
Goodwill	1.581	1.581	1.152	1.152	-429	-429	
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	382	321	382	321	0	0	
Sachanlagen	699	678	698	676	-1	-2	
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	144	101	143	99	-1	-2	
Latente Ertragsteueransprüche	198	77	171	67	-27	-10	
Sonstige Aktiva	388	514	379	509	-9	-5	
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	47	489	47	489	-	0	
Summe der Aktiva	147.197	150.501	146.931	150.253	-266	-247	
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.133	15.341	13.133	15.341	-	-	
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	118.918	119.150	119.002	119.232	84	82	
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.339	3.446	3.339	3.446	-	-	
Handelspassiva	409	665	409	665	-	-	
Hedging-Derivate	42	208	42	208	-	-	
Rückstellungen	907	703	858	680	-49	-23	
Tatsächliche Ertragsteuerpflichtungen	98	110	97	109	-1	-1	
Latente Ertragsteuerpflichtungen	17	9	17	3	0	-6	
Sonstige Passiva	541	466	496	422	-45	-44	
Nachrangkapital	2.567	3.239	2.567	3.239	0	0	g
Eigenkapital	7.226	7.164	6.971	6.908	-255	-256	
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	-	-	a
b) Kapitalrücklage	2.191	2.010	2.191	2.010	-	-	b
c) Andere Rücklagen	4.171	3.991	3.922	3.748	-249	-243	
Gewinnrücklagen	4.381	4.044	4.110	3.787	-271	-257	c
AOCl	-210	-53	-189	-39	21	14	d
d) Konzerngewinn	317	610	311	597	-6	-13	e
Anteile in Fremdbesitz	-	6	-	6	-	-	
Summe der Passiva	147.197	150.501	146.931	150.253	-266	-247	

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die regulatorischen Eigenmittel werden in die drei Kapitalklassen hartes Kernkapital, zusätzliches Kernkapital und Ergänzungskapital unterteilt. Gemäß den Übergangsregelungen der CRR werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen regulatorischen Anpassungen sukzessive eingeführt werden.

Die nachstehende Tabelle informiert gemäß Art. 492 Abs. 3 bzw. Art. 437 Abs. 1 d) und e) CRR über die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals sowie über die Korrekturposten, Abzüge und Beschränkungen. Die Tabelle basiert auf dem „Muster für die Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit“ des Anhangs VI der Durchführungsverordnung Nr. 1423/2013 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards für die Offenlegungspflichten der Institute in Bezug auf Eigenmittel gemäß CRR (CRR-DVO).

Die Spalte „Betrag der Eigenmittelposition“ enthält dabei den Betrag, der die Grundlage für die Berechnung der Eigenmittel der Postbank zum Berichtsstichtag bzw. zum Vorjahresultimo bildet. Die darauffolgende Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen. Die nächste Spalte enthält die Referenzen zu den für die Berechnung der Eigenmittel verwendeten Bilanzpositionen. Die Spalte „CRR-Verweis“ gibt die anwendbaren Vorschriften aus der CRR an.

Die nachfolgenden Angaben zum 31. Dezember 2016 werden unter Berücksichtigung des Zwischengewinns zum 30. September 2016 ausgewiesen; in den Vergleichswerten aus der Meldung zum 31. Dezember 2015 war der Konzerngewinn nicht berücksichtigt worden.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen

Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €		
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen							
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	2.738	2.557			a+b	26 (1), 27, 28, 29
	davon: Gezeichnetes Kapital	547	547			a	
	davon: Kapitalrücklage	2.191	2.010			b	
2	Einbehaltene Gewinne	3.980	3.768			c	26 (1) (c)
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	-71	-120			d	26 (1)
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-				26 (1) (f)
4	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (3) CRR zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das harte Kernkapital ausläuft	-	-				486 (2)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	-				483 (2)
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem hartem Kernkapital)	-	-	-	-		84, 479, 480
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne abzüglich aller vorhersehbarer Abgaben oder Dividenden	174	-			e	26 (2)
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	6.821	6.205				
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen							
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-71	-20				34, 105
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-888	-596	-592	-895	f	36 (1) (b), 37, 472 (4)
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-18	-2	-12	-3		36 (1) (c), 38, 472 (5)
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	-	-				33 (a)
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-156	-170	-104	-255		36 (1) (d), 40, 159, 472 (6)
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt (negativer Betrag)	-	-				32 (1)
14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten ³	-3	-1	-2	-1		33 (b)
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (e), 41, 472 (7)
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (f), 42, 472 (8)
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (g), 44, 472 (9)
18	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) (3), 79, 472 (10)
19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79, 470, 472 (11)
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	-	-				36 (1) (k)
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (i), 89 bis 91
20c	davon: Verbriefungspositionen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258
20d	davon: Vorleistungen (negativer Betrag)	-	-				36 (1) (k) (iii), 379 (3)
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt (negativer Betrag)	-	-	-	-		48 (1)
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-	-	-	-		36 (1) (i), 48 (1) (b), 470, 472 (11)
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	-	-	-	-		36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Angaben angepasst (siehe Note 6)

³Darin enthalten sind auch gemäß Art. 33 c) CRR Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko der Postbank resultieren.

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen

Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 ² Mio €	31.12. 2016 Mio €	31.12. 2015 ² Mio €		
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen							
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres (negativer Betrag)	-71	-	-47	-	d	36 (1) (a), 472 (3)
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-	-	-		36 (1) (l)
26	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung unterliegen	-	-				
26a	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468	28	59				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne aus Risikopositionen gegenüber Staaten der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ des von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 39	-	-32				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für andere nicht realisierte Gewinne aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	-	-				
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste aus Risikopositionen gegenüber Staaten der Kategorie „zur Veräußerung verfügbar“ des von der EU übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards IAS 39	-	-				467
	davon: Abzugs- und Korrekturposten für andere nicht realisierte Verluste aus Eigenkapital- und Schuldinstrumenten	28	91				468
26b	Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	-				481
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	-	-30				36 (1) (j)
28	Gesamte regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1)	-1.179	-759				
29	Hartes Kernkapital (CET1)	5.642	5.446				
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente							
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	-	-				51, 52
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	-	-				
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	-	-				
33	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das zusätzliche Kernkapital ausläuft	853	991			g	486 (3)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	-				483 (3)
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	-	-				85, 86, 480
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	-	-				486 (3)
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	853	991			g	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen							
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-	-				52 (1) (b), 56 (a), 57, 475 (2)
38	Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-				56 (b), 58, 475 (3)
39	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				56 (c), 59, 60, 79, 475 (4)
40	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				56 (d), 59, 79, 475 (4)
41	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d.h. CRR-Restbeträge)	-644	-1.021				
41a	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-644	-1.021				472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)
	davon: immaterielle Vermögensgegenstände	-592	-894				
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-52	-127				
	davon: eigene Instrumente	-	-				
41b	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-				477, 477 (3), 477 (4) (a)
41c	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	-				467, 468, 481

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Angaben angepasst (siehe Note 6)

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen

Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €		
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen							
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet (negativer Betrag)	-	-				56 (e)
43	Gesamte regulatorische Anpassungen am zusätzlichen Kernkapital (AT1)	-644	-1.021				
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	209	0				
45	Kernkapital insgesamt (T1 = CET1 + AT1)	5.851	5.446				
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen							
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	918	1.000			g	62, 63
47	Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 Abs. 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das Ergänzungskapital ausläuft	125	111			g	486 (4)
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	-	-				483 (4)
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	47	64	-16	-27	g	87, 88, 480
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	-	-				486 (4)
50	Kreditrisikoanpassungen	-	-				62 (c) und (d)
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	1.090	1.175			g	
Ergänzungskapital (T2): Regulatorische Anpassungen							
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen (negativer Betrag)	-	-				63 (b) (i), 66 (a), 67, 477 (2)
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen (negativer Betrag)	-	-				66 (b), 68, 477 (3)
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				66 (c), 69, 70, 79, 477 (4)
54a	davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	-	-				
54b	davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	-	-				
55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-	-				66 (d), 69, 79, 477 (4)
56	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	-52	-127				
56a	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-52	-127				472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)
	davon: negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-52	-127				
56b	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Art. 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-				475, 475 (2) (a), 475 (3), 475 (4) (a)
56c	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	-	-				467, 468, 481
57	Gesamte regulatorische Anpassungen am Ergänzungskapital (T2)	-52	-127				
58	Ergänzungskapital (T2)	1.038	1.047				
59	Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	6.889	6.493				
Risikogewichtete Aktiva							
59a	Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	616	305				
	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, resultierend aus temporären Differenzen	616	305				472, 472 (5), 472 (8) (b), 472 (10) (b), 472 (11) (b)
	davon: Instrumente des harten Kernkapitals relevanter Entitäten, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-	-				475, 475 (2) (b), 475 (2) (c), 475 (4) (b)
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	41.997	45.173				

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Angaben angepasst (siehe Note 6)

Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen

Nr.	Eigenmittelposition gemäß CRR-DVO Anhang VI	Betrag der Eigenmittelposition		Vor-CRR-Betrag/Restbetrag ¹		Referenz	CRR-Verweis
		31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ² Mio €		
Eigenkapitalquoten und -puffer							
61	Harte Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,43 %	12,06 %				92 (2) (a), 465
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,93 %	12,06 %				92 (2) (b), 465
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	16,40 %	14,37 %				92 (2) (c)
64	Institutspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Art. 92 Abs. 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	5,13 %	4,50 %				CRD 128, 129, 130
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	0,63 %	–				
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	0,00 %	–				
67	davon: Systemrisikopuffer	–	–				
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	–	–				CRD 131
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	7,93 %	6,06 %				CRD 128
Abzüge vom harten Kernkapital							
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	32	5				36 (1) (h), 45, 46, 472 (10), 56 (c), 59, 60, 475 (4), 66 (c), 69, 70, 477 (4)
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0	0				36 (1) (i), 45, 48, 470, 472 (11)
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Art. 38 Abs. 3 erfüllt sind)	246	122				36 (1) (c), 38, 48, 470, 472 (5)
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital							
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	–				62
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	41	54				62
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	–	–				62
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	195	206				62
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten (anwendbar nur vom 1. Januar 2013 bis zum 1. Januar 2022)							
80	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des harten Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	–	–				484 (3), 486 (2) und (5)
81	Wegen Obergrenze aus hartem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	–	–				484 (3), 486 (2) und (5)
82	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	853	991				484 (4), 486 (3) und (5)
83	Wegen Obergrenze aus zusätzlichem Kernkapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	214	161				484 (4), 486 (3) und (5)
84	Derzeitige Obergrenze für Instrumente des Ergänzungskapitals, für die die Auslaufregelungen gelten	125	111				484 (5), 486 (4) und (5)
85	Wegen Obergrenze aus Ergänzungskapital ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	88	50				484 (5), 486 (4) und (5)

¹Diese Spalte weist die Restbeträge aus, die im Rahmen der Übergangsregelung von anderen Kapitalklassen oder gar nicht in Abzug gebracht werden, und Beträge, die bei Vollumsetzung nicht mehr zur Anrechnung kommen.

²Angaben angepasst (siehe Note 6)

Das harte Kernkapital (Zeile 29) besteht aus dem gezeichneten Kapital und der Kapitalrücklage (Zeile 1), den Gewinnrücklagen (Zeile 2), sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen (Zeile 3) sowie dem Konzerngewinn (Zeile 5a) und berücksichtigt die in den Zeilen 7 bis 27 aufgeführten regulatorischen Anpassungen.

Das zusätzliche Kernkapital besteht aus Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter und den Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-IV (Zeile 33). Die Anrechnung dieser Instrumente auf das zusätzliche Kernkapital unterliegt den Übergangsregelungen des Art. 486 Abs. 3 CRR. Die Anrechnung der Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-III läuft gemäß dieser Regelung bis zum 31. Dezember 2021 aus. Die Anrechnung der Trust Preferred Securities des Funding Trusts IV endet aufgrund des wählbaren Kündigungstermins in Verbindung mit einer Step-up-Klausel bereits zum 29. Juni 2017. Die Anrechnung der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter endet aufgrund des Fälligkeitstermins bereits zum 31. Dezember 2018. Nach Berücksichtigung der regulatorischen Anpassungen in den Zeilen 37 bis 42 wird das zusätzliche Kernkapital in Zeile 44 ausgewiesen.

Das Ergänzungskapital (Zeile 58) umfasst Genussrechtskapital, nachrangige Verbindlichkeiten und anteilig die Trust Preferred Securities der Funding Trusts I-III, soweit diese nicht im Rahmen der Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2021 dem zusätzlichen Kernkapital zuzurechnen sind (Zeile 46). Die Anrechnung der Trust Preferred Securities des Funding Trust IV und der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter auf das Ergänzungskapital unterliegt ebenso den Übergangsregelungen des Art. 486 Abs. 4 CRR (Zeile 47). Zum Ergänzungskapital zählende Eigenmittelinstrumente, die vom Tochterunternehmen BHW Bausparkasse AG begeben worden sind und von Dritten gehalten werden (Zeile 48), sowie die regulatorischen Anpassungen, die in den Zeilen 52 bis 56c aufgeführt werden, sind ebenfalls Bestandteile des Ergänzungskapitals. Die regulatorischen Anpassungen bestanden dabei zum Berichtsstichtag analog zum Vorjahresresultimo ausschließlich aus Abzugspositionen, welche aus den Übergangsbestimmungen (Zeile 56) resultieren.

Zu den einzelnen Referenzen werden folgende zusätzliche Erläuterungen gegeben:

- (a+b) Die harten Kernkapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio in Höhe von 2.738 Mio € (31. Dezember 2015: 2.557 Mio €) entsprechen dem Gezeichneten Kapital in Höhe von 547 Mio € (31. Dezember 2015: 547 Mio €) zuzüglich der Kapitalrücklage in Höhe von 2.191 Mio € (31. Dezember 2015: 2.010 Mio €).
- (c) Die Differenz zwischen den einbehaltenen Gewinnen in Höhe von 3.980 Mio € (31. Dezember 2015: 3.768 Mio €¹) und den Gewinnrücklagen von 4.110 Mio € (31. Dezember 2015: 3.787 Mio €¹) ergibt sich aus der Abzugspflicht des Fonds zur baupartetechnischen Absicherung in Höhe von 21 Mio € (31. Dezember 2015: 21 Mio €). In den Eigenmitteln bleibt zusätzlich die Veränderung der Gewinnrücklagen im vierten Quartal 2016 in Höhe von 109 Mio € unberücksichtigt.
- (d) Das kumulierte sonstige Ergebnis in Höhe von –71 Mio € (31. Dezember 2015: –120 Mio €) weicht von dem in der regulatorischen Bilanz ausgewiesenen Wert in Höhe von –189 Mio € (31. Dezember 2015: –39 Mio €) ab. Die Differenz von –118 Mio € entspricht der Entwicklung dieser Bilanzposition im vierten Quartal und wird als Verlust des laufenden Geschäftsjahres ausgewiesen.
- (e) Der Zwischengewinn zum 30. September 2016 in Höhe von 174 Mio € wurde in den Eigenmitteln auch zum 31. Dezember 2016 angesetzt; per 31. Dezember 2015 war der Konzerngewinn nicht in der Meldung angerechnet worden.
- (f) Der Unterschied im Ausweis der immateriellen Vermögenswerte zwischen der Eigenmittelübersicht 1.480 Mio € (31. Dezember 2015: 1.490 Mio €) und dem Buchwert in der regulatorischen Bilanz in Höhe von 1.534 Mio € (31. Dezember 2015: 1.473 Mio €) resultiert aus der Berücksichtigung latenter Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 64 Mio € (31. Dezember 2015: 66 Mio €). Zusätzlich wurden aufgrund der Nichtanrechnung der Ergebnisse des vierten Quartals Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von –10 Mio € nicht in den Eigenmitteln berücksichtigt.
- (g) Von dem bilanziellen Nachrangkapital in Höhe von 2.567 Mio € (31. Dezember 2015: 3.239 Mio €) sind vor Abzugspositionen insgesamt 1.943 Mio € in den Eigenmitteln anrechenbar, davon entfallen 853 Mio € (31. Dezember 2015: 991 Mio €) auf das zusätzliche Kernkapital und 1.090 Mio € (31. Dezember 2015: 1.175 Mio €) auf das Ergänzungskapital.

Das regulatorisch anrechenbare Ergänzungskapital in Höhe von 1.090 Mio € (31. Dezember 2015: 1.175 Mio €) setzt sich aus folgenden Positionen zusammen:

- 562 Mio € (31. Dezember 2015: 736 Mio €) anrechenbare Ergänzungskapitalinstrumente der Deutschen Postbank AG (Amortisation in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit) (siehe Zeile 46),
- 479 Mio € (31. Dezember 2015: 372 Mio €) im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Trust Preferred Securities der Deutsche Postbank Funding Trusts I-IV (siehe Zeile 46 und 47),
- 2 Mio € (31. Dezember 2015: 3 Mio €) im Rahmen der Übergangsregelung im Ergänzungskapital anrechenbarer Betrag der Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter der Deutschen Postbank AG (siehe Zeile 47),
- 47 Mio € (31. Dezember 2015: 64 Mio €) zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende Instrumente der BHW Bausparkasse AG (siehe Zeile 48).

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Eigenmittelzusammensetzung unter Anrechnung des gesamten Konzerngewinns 2016

Unter Anrechnung der Ergebnisse aus dem vierten Quartal 2016 würden sich, abweichend von den zu meldenden Werten der Tabelle „Offenlegung der Eigenmittel während der Übergangszeit und Bilanzreferenzen“, folgende Kapitalgrößen (regular phased-in) ergeben:

- Hartes Kernkapital: 5.952 Mio € (Zeile 29)
- Kernkapital insgesamt: 6.180 Mio € (Zeile 45)
- Eigenmittel insgesamt: 7.232 Mio € (Zeile 59)

Somit würde unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen (regular phased-in) die harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier1 Capital Ratio) 14,2 % und die Kernkapitalquote (Tier 1 Capital Ratio) 14,7 % betragen. Für die Gesamtkapitalquote (Total Capital Ratio) würde sich ein Wert in Höhe von 17,2 % ergeben.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Seit 2015 beläuft sich die geltende Mindestanforderung an das harte Kernkapital auf 4,5 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die vollständige Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,5 % zusätzliches Kernkapital und bis zu 2 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden. Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen müssen Institute die folgenden Kapitalpuffer in Form von hartem Kernkapital vorhalten: Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10c KWG wird sich 2019 auf 2,5 % der risikogewichteten Aktiva belaufen und wurde im Rahmen der Übergangsphase für den Berichtszeitraum auf 0,625 % der risikogewichteten Aktiva festgesetzt. Die institutsspezifische antizyklische Kapitalpufferquote gemäß § 10d KWG berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpufferquoten jener Länder, in denen die Postbank relevante kreditbezogene Positionswerte verzeichnet. Auch hier ist ein Übergangszeitraum von 2016 bis 2019 vorgesehen. Per 31. Dezember 2016 belief sich die antizyklische Kapitalpufferquote für die Postbank auf 0,004 %.

Die Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers zum 31. Dezember 2016 ist der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers

		010
010	Gesamtforderungsbetrag	41.977 Mio €
020	Institutsspezifische Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	0,00 %
030	Anforderung an den institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer	2 Mio €

Die folgende Abbildung zeigt die geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen der Postbank zum Berichtsstichtag:

Geografische Verteilung der für die Berechnung des antizyklischen Kapitalpuffers wesentlichen Kreditrisikopositionen

	Allgemeine Kreditrisikopositionen		Risikopositionen im Handelsbuch		Verbriefungsrisikopositionen		Eigenmittelanforderungen			Gewichtungen der Eigenmittelanforderungen	Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	
	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Summe der Kauf- und Verkaufspostition im Handelsbuch	Wert der Risikoposition im Handelsbuch (interne Modelle)	Risikopositionswert (SA)	Risikopositionswert (IRB)	Davon: Allgemeine Kreditrisikopositionen	Davon: Risikopositionen im Handelsbuch	Davon: Verbriefungsrisikopositionen			
	010	020	030	040	050	060	070	080	090	100	110	120
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	%	%
Belgien	101	329	-	-	-	-	9	-	-	9	0	0,00
Dänemark	0	132	-	-	-	-	7	-	-	7	0	0,00
Deutschland	3.301	101.469	-	-	-	-	2.425	-	-	2.425	87	0,00
Finnland	0	406	-	-	-	-	8	-	-	8	0	0,00
Frankreich	10	2.288	-	-	-	-	56	-	-	56	2	0,00
Großbritannien	1	1.903	-	-	-	-	58	-	-	58	2	0,00
Irland	0	85	-	-	-	-	4	-	-	4	0	0,00
Italien	4	2.153	-	-	-	-	46	-	-	46	2	0,00
Luxemburg	982	631	-	-	-	-	56	-	-	56	2	0,00
Niederlande	2	1.295	-	-	-	-	42	-	-	42	2	0,00
Österreich	3	484	-	-	-	-	11	-	-	11	0	0,00
Polen	5	198	-	-	-	-	9	-	-	9	0	0,00
Portugal	0	85	-	-	-	-	1	-	-	1	0	0,00
Schweden	0	352	-	-	-	-	6	-	-	6	0	1,50
Slowakei	0	10	-	-	-	-	0	-	-	0	0	0,00
Spanien	5	507	-	-	-	-	14	-	-	14	1	0,00
Tschechien	5	34	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
Sonstige EU	1	58	-	-	-	-	1	-	-	1	0	0,00
Summe EU	4.420	112.419					2.755			2.755	98	
Hongkong	0	3	-	-	-	-	0	-	-	0	0	0,63
Norwegen	0	147	-	-	-	-	2	-	-	2	0	1,50
Russische Föderation	22	3	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
Schweiz	25	159	-	-	-	-	8	-	-	8	1	0,00
Türkei	0	41	-	-	-	-	2	-	-	2	0	0,00
USA	1	345	-	-	-	-	55	10	0	10	1	0,00
Sonstige Drittstaaten	35	158	-	-	-	-	7	-	-	7	0	0,00
Summe Drittstaaten	83	856					55	31	0	31	2	
Summe	4.503	113.275					55	2.786	0	2.786	100	

Ein Kapitalpuffer für systemische Risiken gemäß § 10e KWG wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bisher nicht angeordnet. Ebenso wenig wurde die Postbank als global systemrelevantes (§ 10f KWG) oder anderweitig systemrelevantes (§ 10g KWG) Institut eingestuft und unterliegt daher aktuell keinen weiteren Kapitalpufferanforderungen. Daher beläuft sich die aktuelle kombinierte Kapitalpufferanforderung gemäß § 10i KWG für die Postbank auf eine Quote von 0,629 %. Über diese Kapitalpufferanforderungen hinaus kann die zuständige Aufsichtsbehörde

gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) Banken zusätzliche Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die über den gesetzlichen Mindestanforderungen liegen. An die Postbank wurden von den Aufsichtsbehörden für 2016 keine derartigen zusätzlichen Kapitalanforderungen gerichtet.

Eigenkapitalsteckbriefe sowie Verträge bzw. Prospekte der begebenen Eigenkapitalinstrumente

Gemäß Art. 437 Abs. 1 b) und c) CRR haben Institute im Anwendungsbereich der CRR eine Beschreibung der Hauptmerkmale sowie die vollständigen Bedingungen der von ihnen begebenen Instrumente des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals offenzulegen. Dieser Verpflichtung kommt die Postbank im Rahmen der Veröffentlichung auf ihrer Internetseite nach. Die entsprechenden Angaben werden vierteljährlich aktualisiert. Die Angaben sind unter folgendem Link abrufbar: https://www.postbank.de/postbank/ir_kapitalinstrumente_prospekte.html.



Eigenmittelanforderungen

Im Nachfolgenden wird die auf Basis regulatorischer Bemessungsgrundlagen ermittelte Eigenmittelunterlegung, getrennt nach Risikoarten und Ansatz, dargestellt, wobei die Eigenmittelunterlegung – unter Berücksichtigung der gültigen Übergangsbestimmungen der CRR und der SolvV – die jeweils mit 8 % multiplizierte Summe der anzurechnenden Risikopositionen darstellt. Die Gesamtsumme der Eigenmittelunterlegung betrug zum 31. Dezember 2016 insgesamt 3.360 Mio € (31. Dezember 2015: 3.614 Mio €).

Eigenmittelunterlegungen nach Risikoarten und Ansatz

	31.12.2016 Mio €	31.12.2015 Mio €
Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert im Standardansatz		
Staaten und Zentralbanken	–	–
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	0	0
Öffentliche Stellen	4	5
Multilaterale Entwicklungsbanken	–	–
Internationale Organisationen	–	–
Institute	5	14
Unternehmen	60	68
Mengengeschäft	131	139
Durch Immobilien besicherte Positionen	34	70
Ausgefallene Positionen	10	24
Gedekte Schuldverschreibungen	–	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	–	0
Standardansatz insgesamt	244	320
Gesamtrisikobetrag für Kreditrisiken, kalkuliert auf Basis interner Einstufungen		
IRB-Basis-Ansatz		
Staaten und Zentralbanken	–	–
Institute	31	73
Unternehmen	318	287
IRB-Basis-Ansatz insgesamt	349	360
Fortgeschrittener IRBA		
Staaten und Zentralbanken	1	1
Institute	81	107
Unternehmen	543	568
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, gegenüber KMU	0	0
Mengengeschäft, durch Immobilien besichert, nicht gegenüber KMU	1.062	1.067
Mengengeschäft, qualifiziert revolving	7	6
Mengengeschäft, Sonstige, gegenüber KMU	7	6
Mengengeschäft, Sonstige, nicht gegenüber KMU	389	358
Fortgeschrittener IRBA insgesamt	2.090	2.113
Sonstige Aktiva, ohne Kreditverpflichtungen	145	149
IRB-Ansätze insgesamt	2.584	2.622
Gesamtrisikobetrag für Verbriefungspositionen		
Verbriefungspositionen (IRBA)	0	0
Verbriefungspositionen (Standardansatz)	–	7
Risiken aus Verbriefungspositionen insgesamt	0	7
Gesamtrisikobetrag für Beteiligungspositionen		
Beteiligungspositionen bei Methodenfortführung/Grandfathering	19	18
Beteiligungspositionen (einfacher Risikogewichtungsansatz im IRBA)	11	124
Börsengehandelt	–	–
Positionen aus privatem Beteiligungskapital in ausreichend diversifizierten Portfolios	–	–
Sonstige Beteiligungspositionen	11	124
Beteiligungspositionen mit aufsichtsrechtlichem Risikogewicht gemäß Art. 48 CRR	0	0
Risiken aus Beteiligungspositionen insgesamt	30	142
Weitere Gesamtrisikobeträge		
Börsengehandelte Schuldtitel (kalkuliert im Standardansatz)	–	–
Fremdwährungspositionen (kalkuliert im Standardansatz)	5	3
Sonstige Marktrisikopositionen (kalkuliert im Standardansatz)	–	–
Gesamtrisikobetrag für Operationelle Risiken (kalkuliert im Standardansatz)	466	490
Gesamtrisikobetrag für Operationelle Risiken (kalkuliert mit fortgeschrittenen Messansätzen)	–	–
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung (CVA, kalkuliert im Standardansatz)	20	30
Risikopositionsbetrag für Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei (ZGP)	11	0
Sonstige Gesamtrisikobeträge	–	–
Summe	3.360	3.614

Verschuldungsquote

Mit der Umsetzung von Basel III in europäisches Recht wurde die Verschuldungsquote als neue Beobachtungskennzahl definiert. Für 2015 erfolgte erstmals die Offenlegung gemäß Art. 451 CRR, und für 2018 wird die Einführung einer verbindlichen Mindestquote als Säule 1 Anforderung erwartet. Ziel der Festlegung einer Verschuldungsquote sind die Begrenzung der Verschuldung in der Bankenbranche und die Verringerung des Risikos eines ungeplanten, destabilisierenden Schuldenabbauprozesses in wirtschaftlichen Stresssituationen.

Die Verschuldungsquote ist der Quotient aus dem Kernkapital und der Gesamtrisikopositionsmessgröße. Die Gesamtrisikopositionsmessgröße ist die Summe aller Aktiva und außerbilanziellen Positionen. Insbesondere bei Derivaten, Pensionsgeschäften und außerbilanziellen Geschäften werden spezifische Anrechnungsvorgaben gemäß Art. 429 CRR angewendet.

Die nachfolgenden Angaben zur Verschuldungsquote entsprechen den Anforderungen gemäß Art. 429 CRR sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2016/200 für die Offenlegung der Verschuldungsquote vom 15. Februar 2016. In Übereinstimmung mit der Offenlegung der Eigenmittel wird das Kernkapital unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen ausgewiesen.

In der nachstehenden Tabelle wird die Bilanzsumme der Postbank auf die Gesamtrisikopositionsmessgröße übergeleitet. Die Anrechnung der Aktiva für die Verschuldungsquote und die in der Tabelle dargestellten Anpassungseffekte ergeben sich aus den Bestimmungen der CRR:

- Anpassung durch Konsolidierung: Für die Ermittlung der Gesamtrisikopositionsmessgröße ist der gleiche regulatorische Konsolidierungskreis einzubeziehen wie für die Berechnung der Eigenmittel.
- Anpassungen für derivative Finanzinstrumente: Derivatepositionen werden auf Basis der aktuellen Wiederbeschaffungskosten unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlich anerkannter Nettingvereinbarungen angesetzt; dieser Betrag kann um erhaltene Sicherheiten reduziert werden. Für einen möglichen Anstieg der Wiederbeschaffungskosten wird ein Aufschlag nach der Marktbewertungsmethode ermittelt.
- Anpassungen für Pensionsgeschäfte: Unter bestimmten Bedingungen dürfen Barforderungen mit Barverbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften aufgerechnet werden; es ist ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko zu ermitteln.
- Anpassung für außerbilanzielle Geschäfte: Bei außerbilanziellen Positionen wird deren Nominalbetrag mit den Umrechnungsfaktoren des Kreditrisikostandardansatzes gewichtet. Dabei ist eine Untergrenze von mindestens 10 % zu beachten; gebildete Risikovorsorge darf diesen Anrechnungsbetrag nicht mindern.
- Sonstige Anpassungen: Aktiva, die in der Eigenmittelberechnung als Kapitalabzugsposten berücksichtigt werden, sind nicht Bestandteil der Gesamtrisikopositionsmessgröße.

Überleitung der Bilanzsumme zur Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote

		31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
1	Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	147.197	150.501
2	Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	-266	-247
3	(Anpassung für Treuhandvermögen, das nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen in der Bilanz angesetzt wird, aber gemäß Art. 429 Abs. 13 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleibt)	-	-
4	Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	366	369
5	Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	300	49
6	Anpassung für außerbilanzielle Posten (d. h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	5.623	4.634
EU-6a	(Anpassung für gruppeninterne Risikopositionen, die gemäß Art. 429 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleiben)	-	-
EU-6b	(Anpassung für Risikopositionen, die gemäß Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 bei der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote unberücksichtigt bleiben)	-	-
7	Sonstige Anpassungen	-1.090	-1.415
8	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	152.130	153.891

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die folgende Tabelle zeigt Teilbeträge der Gesamtrisikopositionsmessgröße für alle Aktiva und außerbilanziellen Geschäfte sowie mögliche Ausnahmetatbestände gemäß Art. 429 CRR und das Kernkapital unter Berücksichtigung der gesetzlichen Übergangsregelungen:

Berechnung der Verschuldungsquote

		31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
Bilanzielle Risikopositionen (ohne Derivate und SFT)			
1	Bilanzwirksame Posten (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen, aber einschließlich Sicherheiten)	141.105	136.789
2	(Bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogene Aktivabeträge)	-1.629	-1.728
3	Summe der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und Treuhandvermögen) (Summe der Zeilen 1 und 2)	139.476	135.061
Risikopositionen aus Derivate			
4	Wiederbeschaffungswert aller Derivatgeschäfte (d. h. ohne anrechenbare, in bar erhaltene Nachschüsse)	332	387
5	Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert in Bezug auf alle Derivatgeschäfte (Marktbewertungsmethode)	567	616
EU-5a	Risikoposition gemäß Ursprungsrisikomethode	-	-
6	Hinzurechnung des Betrags von im Zusammenhang mit Derivaten gestellten Sicherheiten, die nach dem geltenden Rechnungslegungsrahmen von den Bilanzaktiva abgezogen werden	-	-
7	(Abzüge von Forderungen für in bar geleistete Nachschüsse bei Derivatgeschäften)	-	-
8	(Ausgeschlossener ZGP-Teil kundengeclearter Handelsrisikopositionen)	-	-
9	Angepasster effektiver Nominalwert geschriebener Kreditderivate	-	-
10	(Aufrechnungen der angepassten effektiven Nominalwerte und Abzüge der Aufschläge für geschriebene Kreditderivate)	-	-
11	Summe der Risikopositionen aus Derivaten (Summe der Zeilen 4 bis 10)	899	1.003
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)			
12	Brutto-Aktiva aus SFT (ohne Anerkennung von Netting), nach Bereinigung um als Verkauf verbuchte Geschäfte	9.852	18.279
13	(Aufgerechnete Beträge von Barverbindlichkeiten und -forderungen aus Brutto-Aktiva aus SFT)	-4.020	-5.135
14	Gegenparteausfallrisikoposition für SFT-Aktiva	300	49
EU-14a	Abweichende Regelung für SFT: Gegenparteausfallrisikoposition gemäß Art. 429b Abs. 4 und Art. 222 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-
15	Risikopositionen aus als Beauftragter getätigten Geschäften	-	-
EU-15a	(Ausgeschlossener ZGP-Teil von kundengeclearnten SFT-Risikopositionen)	-	-
16	Summe der Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (Summe der Zeilen 12 bis 15a)	6.132	13.193
Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen			
17	Außerbilanzielle Risikopositionen zum Bruttonominalwert	24.206	22.089
18	(Anpassungen für die Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge)	-18.583	-17.455
19	Sonstige außerbilanzielle Risikopositionen (Summe der Zeilen 17 und 18)	5.623	4.634
(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Art. 429 Abs. 7 und 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unberücksichtigt bleiben dürfen			
EU-19a	(Gemäß Art. 429 Abs. 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 nicht einbezogene (bilanzielle und außerbilanzielle) gruppeninterne Risikopositionen (Einzelbasis))	-	-
EU-19b	(Bilanzielle und außerbilanzielle) Risikopositionen, die nach Art. 429 Abs. 14 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unberücksichtigt bleiben dürfen	-	-
Eigenkapital und Gesamtrisikopositionsmessgröße			
20	Kernkapital	5.851	5.446
21	Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote (Summe der Zeilen 3, 11, 16, 19, EU-19a und EU-19b)	152.130	153.891
Verschuldungsquote			
22	Verschuldungsquote	3,85 %	3,54 %
Gewählte Übergangsregelung und Betrag ausgebuchter Treuhandpositionen			
EU-23	Gewählte Übergangsregelung für die Definition der Kapitalmessgröße	Übergangsregelung	Übergangsregelung
EU-24	Betrag des gemäß Art. 429 Abs. 11 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 ausgebuchten Treuhandvermögens	-	-

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

177

Im Berichtszeitraum hat sich die Verschuldungsquote der Postbank verbessert. Zum Berichtsstichtag betrug die Verschuldungsquote 3,85 % gegenüber 3,54 % zum Vorjahresstichtag. Wesentliche Treiber dieser Entwicklung sind ein Anstieg des Kernkapitals (vgl. hierzu Kapitel „Eigenmittelzusammensetzung und Eigenmittelüberleitung“) und die planmäßige Reduzierung der Bilanzsumme.

Durch die Optimierung der Bilanzsumme wurde die Gesamtrisikopositionsmessgröße auf 152.130 Mio € (31. Dezember 2015: 153.891 Mio €) reduziert. Dem Rückgang bei den Wertpapierfinanzierungsgeschäften um 7.061 Mio € auf 6.132 Mio € (31. Dezember 2015: 13.193 Mio €) steht ein

Anstieg bei den bilanziellen Risikopositionen um 4.415 Mio € auf 139.476 Mio € (31. Dezember 2015: 135.061 Mio €) gegenüber. Die außerbilanziellen Risikopositionen sind im Berichtszeitraum um 989 Mio € auf 5.623 Mio € angestiegen und der Anrechnungsbetrag für Derivate ging um 104 Mio € auf 899 Mio € zurück.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über sämtliche bilanzielle Risikopositionen mit Ausnahme von Derivaten und Pensionsgeschäften, aufgeteilt nach aufsichtsrechtlichem Handelsbuch und Anlagebuch sowie den Risikopositionsklassen für das Adressenausfallrisiko.

Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und ausgenommene Risikopositionen)

		31.12.2016 Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €
EU-1	Gesamtsumme der bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate, SFT und ausgenommene Risikopositionen)	141.105	136.789
EU-2	Risikopositionen im Handelsbuch	–	–
EU-3	Risikopositionen im Anlagebuch	141.105	136.789
	davon:		
EU-4	Gedekte Schuldverschreibungen	3.910	4.993
EU-5	Risikopositionen, die wie Risikopositionen gegenüber Staaten behandelt werden	30.671	24.641
EU-6	Risikopositionen gegenüber regionalen Gebietskörperschaften, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und öffentlichen Stellen, die nicht wie Risikopositionen gegenüber Staaten behandelt werden	255	291
EU-7	Institute	3.048	4.727
EU-8	Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besichert	75.706	73.049
EU-9	Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	10.637	11.113
EU-10	Unternehmen	11.139	11.363
EU-11	Ausgefallene Positionen	1.393	1.710
EU-12	Sonstige Risikopositionen (z. B. Beteiligungen, Verbriefungen und sonstige Aktiva, die keine Kreditverpflichtungen sind)	4.346	4.902

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

Die Verschuldungsquote stellt im Rahmen des internen Risikomanagementprozesses der Postbank einen wesentlichen Indikator für das Risiko einer übermäßigen Verschuldung des Instituts dar. Aus diesem Grund hat die Postbank die Steuerung der Verschuldungsquote fest in das Risikomanagement und ebenfalls in die Risikostrategie integriert. Der Fachbereich Meldewesen und Capital Management erstellt jährlich eine Mittelfristplanung (3-Jahres-Horizont) für das Kernkapital und die Gesamtrisikopositionsmessgröße sowie fortlaufend Forecast- und Szenarioberechnungen sowie Abweichungsanalysen. Aufbauend hierauf sind die Bilanzvolumen der Aktiv- und Passivprodukte limitiert und ein Frühwarnsystem implementiert. Die Verschuldungsquote (auch unter Stressszenarien) ist fester Bestandteil der vierteljährlichen internen Risikoberichterstattung. Die Ergebnisse zur Verschuldungsquote werden dem Bankrisikokomitee, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat zugeleitet.

Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung (§ 26 a KWG)

Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Werte und Prinzipien der Postbank, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gesamten Postbank Gruppe ausrichten soll, sind im „Postbank Leitbild“ dokumentiert. Das Leitbild konkretisiert mit Vision und Mission die strategische Ausrichtung der Postbank. Sechs Werte definieren den Weg dahin. Wort und Geist dieser Werte und Prinzipien finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z. B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Arbeits- und Geschäftsleben bestimmen. Sie reflektieren die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln. Das Leitbild ist für alle leitenden Angestellten der Postbank Gruppe verbindlich und spiegelt sich in den Zielvereinbarungen der Bank wider. Der Stand der Implementierung wird im Rahmen der jährlichen Mitarbeiterbefragung überprüft.

Die folgenden Werte der Postbank Gruppe bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- Kundenorientierung
- Integrität
- Nachhaltige Leistung
- Innovation
- Partnerschaft
- Disziplin

Sämtliche Mitarbeiter der Postbank Gruppe unterliegen dem „Verhaltens- und Ethikkodex für die Deutsche Bank“. Des Weiteren gilt der Ethikkodex mit besonderen Verpflichtungen für „Senior Financial Officers“ der Deutschen Bank, für den Chief Financial Officer der Postbank, die Bereichsleiter des Ressorts Finanzen der Postbank sowie den Chief Financial Officer der Postbank Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG.

Darüber hinaus hat für die Postbank das Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. In ihrer Policy „Grundsätze unternehmerischer Verantwortung – Postbank Gruppe“ hat sie die Ziele, Rollen, Anforderungen und Verantwortlichkeiten nachhaltiger Unternehmensführung definiert. Diese Grundsätze sind auch für die leitenden Angestellten der Postbank verbindlich.

Für die Postbank ist Nachhaltigkeit der verantwortungsvolle Umgang mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Ressourcen, um eine dauerhaft lebenswerte Zukunft für nachfolgende Generationen zu sichern. Als fester Bestandteil der Geschäftsstrategie wird Nachhaltigkeit aktiv in der täglichen Zusammenarbeit gelebt. Lieferanten der Bank werden zur Einhaltung dieser Werte mit dem „Supplier Code of Conduct“ verpflichtet.

Als Unternehmen sind wir ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, in der wir agieren. Wir sind überzeugt, dass wir langfristig Vorteile im Wettbewerb gewinnen, indem wir die direkten und mittelbaren Auswirkungen unseres Geschäftsbetriebs auf Umwelt und Gesellschaft aktiv managen. Dadurch können wir ökologische und soziale Chancen besser nutzen, Risiken in unserem Einflussbereich verringern und so nachhaltigen Mehrwert für unsere Stakeholder generieren.

Wir verpflichten uns insbesondere, für unsere Mitarbeiter attraktive und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen und natürliche Ressourcen zu schonen.

Der Fokus der Unternehmensführung richtet sich insbesondere auf eine nachhaltige Wertschöpfung. Klare Werte und Mindeststandards für das Verhalten im täglichen Geschäft sowie die Ausrichtung der Vergütung von Mitarbeitern, Führungskräften, Vorständen und Aufsichtsräten nach Maßgabe nachhaltiger, insbesondere dem Unternehmenserfolg verpflichteter Vorgaben sind hierzu die Grundlage.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Entsprechend der ihm durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe, nimmt der Vorstand seine Unternehmensführungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat übt seine Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsaufgaben aus. Die Aktionäre und damit die Eigentümer der Postbank üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Deutsche Postbank AG und vertritt diese nach außen. Die Mitglieder des Vorstands tragen dabei gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Über die Gesamtverantwortung hinaus führen die einzelnen Mitglieder des Vorstands die durch sie vertretenen Ressorts in eigener Verantwortung.

Zum Wohle der Gesellschaft stellen die Mitglieder des Vorstands untereinander die Verfolgung einheitlicher Ziele sicher. Die Abstimmung und Festlegung gemeinsamer Pläne und Ziele sowie der Maßnahmen zu deren Erreichung ist dabei genauso selbstverständlich wie die Entwicklung und Durchsetzung unternehmensweit verbindlicher Richtlinien. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation. Er ist für die Aufstellung der Quartals- und der Halbjahresberichte, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG sowie des Gesamtkonzerns einschließlich der Lageberichte verantwortlich. Weiterhin trägt der Vorstand Sorge für die Einhaltung von Rechtsvorschriften und von behördlichen Regelungen.

Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens sowie die Unternehmensplanung regelmäßig mit dem Aufsichtsrat ab und unterrichtet ihn über den Stand der Zielerreichung und der Strategieumsetzung.

Der Vorstand berät sich in regelmäßigen Vorstandssitzungen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen, der die Arbeit im Vorstand koordiniert. Die Einberufung einer Sitzung durch den Vorstandsvorsitzenden außerhalb des Sitzungsturnus erfolgt bei Eilbedürftigkeit oder auf Antrag zweier Vorstandsmitglieder. Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Mehrheitsanforderungen, die der Verantwortung des Gesamtvorstands vorbehaltenen Angelegenheiten und die jeweils gültige Ressortverteilung der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt. Für die Erleichterung der Amtseinführung sowie für Fortbildungen werden den Vorstandsmitgliedern angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand Komitees mit eigener Beschluss- bzw. Entscheidungsvorbereitungskompetenz gebildet. Die Gremien dienen sowohl dem Informationsaustausch zu bedeutenden steuerungsrelevanten Themen wie auch der Vorbereitung von Entscheidungen des Vorstands. Die Zusammensetzung und die Zuständigkeiten der Komitees sind in den jeweiligen Geschäftsordnungen geregelt. Änderungen in den Geschäftsordnungen bedürfen der Zustimmung des Gesamtvorstands. Die gebildeten Ausschüsse sind gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig.

In der Zuständigkeit des Operating Committee liegen das Kosten- und Ressourcenmanagement sowie die Steuerung von Investitions- und Projektvorhaben.

Aufgabenschwerpunkte des Reputationskomitees sind die Festlegung von Leitlinien und Prüfkriterien für Produkte und Prozesse zur Erkennung, Beurteilung und Eskalierung von möglichen Reputationschäden sowie die Überwachung dieser Leitlinien.

Das Bankrisikokomitee stellt die risikoartenübergreifende Steuerung, Planung und Überwachung aller wesentlichen und unwesentlichen Risiken in der Postbank Gruppe sicher. Dem Komitee obliegt die strategische Gesamtsteuerung der Risikosituation und des Risikoprofils der Postbank Gruppe innerhalb der vom Gesamtvorstand gesetzten Rahmenbedingungen (ICAAP- und ILAAP-Prozess; Kapitalmanagement). Das Bankrisikokomitee wird bei der Ausübung seiner Aufgaben durch das Marktrisikokomitee, das Komitee für Operationelle Risiken, das Deckungsgeschäftskomitee, das Modell- und Validierungskomitee, das Kreditrisikokomitee, das Data-Quality-Komitee, das Bankrisikokomitee BHW, das Regulatorik RADAR Komitee, das Auslagerungskomitee sowie durch das NCOU-Komitee unterstützt.

Der Kundenbankausschuss hat eine beratende, koordinierende und entscheidungsvorbereitende Funktion für den Vorstand der Postbank. Er arbeitet die Vertriebsstrategie aus, führt eine regelmäßige Überwachung der Vertriebswege und der Produktmaßnahmen durch und gibt Impulse für die Weiter- und Neuentwicklung von Produkten.

Das Investitionskomitee verantwortet die Bewertung über Kapitalinvestitionen und M&A-Transaktionen einschließlich

der Umstrukturierungsportfolios im Beteiligungsmanagement.

Aufgabenschwerpunkte des Asset-Liability-Komitees sind die Verzahnung der strategischen Gesamtbanksteuerung mit der Risiko- und Produktsteuerung sowie die Optimierung der Bilanz- und Kapitalstruktur und der Liquiditätssteuerung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Seine Mitglieder erfüllen die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen persönlichen und fachlichen Voraussetzungen und widmen ihren Aufgaben ausreichend Zeit. Zur Amtseinführung sowie zur Fortbildung der Aufsichtsratsmitglieder werden angemessene personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt. In Geschäfte von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen wird der Aufsichtsrat unmittelbar – auch über satzungsgemäße bzw. in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegte Zustimmungsvorbehalte – eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des 20-köpfigen Aufsichtsrats. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur Wahl durch die nächste Hauptversammlung ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Davon sind sieben Mitglieder des Aufsichtsrats Arbeitnehmer des Unternehmens, darunter ein leitender Angestellter. Drei weitere Aufsichtsratsmitglieder sind Vertreter von den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften.

Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sieben Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Risiko-, Vergütungskontroll-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss.

Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung und Arbeitsweise, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse.

Für die Besetzung des Aufsichtsrats der Postbank wurden Zielsetzungen formuliert, die sicherstellen sollen, dass seine Mitglieder insgesamt über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen für eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands verfügen. Bei den zur Wahl vorgeschlagenen Personen soll auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit geachtet werden. Dem Aufsichtsrat sollen mindestens elf unabhängige Mitglieder angehören. Es wird davon ausgegangen, dass der Umstand der Arbeitnehmervertretung und eines Beschäftigungsverhältnisses die Unabhängigkeit der Arbeitnehmervertreter an sich nicht in Frage stellt. Mitglieder des Aufsichtsrats sollen insbesondere keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats bestehen eine Regelaltersgrenze von 72 Jahren und eine Regelzugehörigkeitsgrenze von 20 Jahren. Bei der Besetzung des Aufsichtsrats ist ferner auf das Vorliegen von internationaler Erfahrung zu achten.

Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 30 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Im Berichtszeitraum gehörten sechs Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 30 %. Der Aufsichtsrat hat damit den bis zum Jahr 2017 auf 30 % festgelegten Zielwert bereits erreicht.

Die Effektivität der Aufsichtsratsarbeit wird regelmäßig, mindestens einmal jährlich im Rahmen einer Effizienzprüfung überprüft. 2016 wurden erneut zudem Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands sowie des Aufsichtsrats und die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder beider Gremien sowie der Organe in ihrer Gesamtheit bewertet.

Die aktuelle Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse und die Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat wurden positiv bewertet. Diskutiert wurde indessen über die Anforderungen an die Einrichtung eines Ausschusses des Aufsichtsrats zur „Digitalen Transformation“. Die Mitglieder beider Gremien verfügen über die wesentlichen Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten für eine effektive Geschäftsleitungs- und Aufsichtsrats Tätigkeit in der Postbank. Im Falle von Nachbesetzungen werden die im Rahmen der Effizienzprüfung gewonnenen Erkenntnisse zu den Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen zu berücksichtigen sein.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat basiert auf einer ausreichenden Informationsversorgung des Aufsichtsrats über die Themen des Unternehmens. Dies sicherzustellen ist Aufgabe und gemeinsames Bestreben von Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat – sowie seiner Ausschüsse – und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs-, Kontroll- und Beratungspflichten nachzukommen hat. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in einem intensiven Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen in der Regel zur Beendigung des Mandats. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des Präsidialausschusses.

KONZERNABSCHLUSS: QUARTALS- UND MEHRJAHRESÜBERSICHTEN

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT¹

	2016				2015 ¹				2016	2015 ¹
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.– Dez. Mio €	Jan.– Dez. Mio €
Zinserträge	975	956	1.004	992	992	1.043	1.057	1.073	3.927	4.165
Positive Zinsen auf finanzielle Verbindlichkeiten	8	8	7	6	4	4	4	3	29	15
Zinsaufwendungen	-434	-408	-455	-436	-502	-462	-464	-495	-1.733	-1.923
Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte	-16	-15	-13	-10	-7	-5	-4	-3	-54	-19
Zinsüberschuss	533	541	543	552	487	580	593	578	2.169	2.238
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-63	-45	-35	-41	-64	-64	-27	-54	-184	-209
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	470	496	508	511	423	516	566	524	1.985	2.029
Provisionserträge	288	263	266	282	259	278	258	279	1.099	1.074
Provisionsaufwendungen	-62	-65	-63	-66	-65	-59	-72	-56	-256	-252
Provisionsüberschuss	226	198	203	216	194	219	186	223	843	822
Handelsergebnis	30	11	0	9	21	10	-1	26	50	56
Ergebnis aus Finanzanlagen	66	18	130	44	-30	13	15	29	258	27
Verwaltungsaufwand	-751	-684	-711	-707	-797	-579	-602	-615	-2.853	-2.593
Sonstige Erträge	69	20	23	29	588	111	101	89	141	889
Sonstige Aufwendungen	-15	-12	-63	-27	-209	-149	-144	-144	-117	-646
Ergebnis vor Steuern	95	47	90	75	190	141	121	132	307	584
Ertragsteuern	44	-9	-16	-9	44	-4	-6	-7	10	27
Ergebnis nach Steuern	139	38	74	66	234	137	115	125	317	611
Ergebnis Konzernfremde	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	-1
Konzerngewinn	139	38	74	66	233	137	115	125	317	610
Bereinigtes/unbereinigtes Ergebnis je Aktie in €	0,64	0,17	0,34	0,30	1,06	0,63	0,53	0,57	1,45	2,79

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

VERKÜRZTE GESAMTERGEBNISRECHNUNG – QUARTALSÜBERSICHT

	2016				2015 ¹				2016	2015 ¹
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.– Dez. Mio €	Jan.– Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern ¹	139	38	74	66	234	137	115	125	317	611
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	-125	-24	-79	70	72	115	-185	88	-158	90
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-39	-93	-60	-33	-10	124	6	-12	-225	108
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	-39	-93	-60	-33	-10	124	6	-12	-225	108
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	19	4	2	10	-5	-4	0	1	35	-8
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können, vor Steuern	-106	65	-21	93	87	-5	-192	100	31	-10
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-106	65	-21	93	87	-5	-192	100	31	-10
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode vor Steuern	-121	32	61	91	81	-14	-191	96	63	-28
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste vor Steuern	15	33	-82	2	6	9	-1	4	-32	18
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	1	0	0	0	0	0	1	-1	1	0
Gesamtergebnis Konzernfremde	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	-1
Gesamtergebnis	14	14	-5	136	305	252	-70	213	159	700

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €
Zinserträge	6.100	5.158	4.734	4.180	3.956
Zinsaufwendungen	-3.397	-2.695	-2.249	-1.942	-1.787
Zinsüberschuss	2.703	2.463	2.485	2.238	2.169
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-384	-319	-265	-209	-184
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	2.319	2.144	2.220	2.029	1.985
Provisionserträge	1.423	1.376	1.210	1.074	1.099
Provisionsaufwendungen	-269	-256	-259	-252	-256
Provisionsüberschuss	1.154	1.120	951	822	843
Handelsergebnis	-103	-53	-6	56	50
Ergebnis aus Finanzanlagen	-15	274	415	27	258
Verwaltungsaufwand	-2.991	-3.177	-2.754	-2.593	-2.853
Sonstige Erträge	148	129	364	889	141
Sonstige Aufwendungen	-118	-119	-758	-646	-117
Ergebnis vor Steuern	394	318	432	584	307
Ertragsteuern	-106	13	-172	27	10
Ergebnis nach Steuern	288	331	260	611	317
Ergebnis Konzernfremde	-1	-1	-1	-1	0
Konzerngewinn	287	330	259	610	317
Cost Income Ratio (CIR)	80,0 %	83,8 %	83,4 %	80,3 %	85,8 %
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	6,8 %	5,5 %	6,9 %	8,8 %	4,3 %
nach Steuern	4,8 %	5,7 %	4,2 %	9,2 %	4,5 %

¹Angaben angepasst (siehe Note 6)

BILANZ – MEHRJAHRESÜBERSICHT

Aktiva	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	31.12.2016 Mio €
Barreserve	2.054	1.739	1.230	1.357	2.291
Forderungen an Kreditinstitute	27.646	20.096	19.602	15.876	13.108
Forderungen an Kunden	106.266	101.313	98.340	98.937	102.003
Risikovorsorge	-1.745	-1.478	-1.361	-923	-998
Handelsaktiva	5.135	1.824	697	647	475
Hedging-Derivate	565	113	119	78	112
Finanzanlagen	37.021	34.015	33.477	30.768	26.767
Immaterielle Vermögenswerte	2.248	2.028	1.952	1.902	1.963
Sachanlagen	768	698	683	678	699
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	113	115	148	101	144
Latente Ertragsteueransprüche	127	101	73	77	198
Sonstige Aktiva	719	717	283	514	388
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	7.039	157	-	489	47
Summe der Aktiva	187.956	161.438	155.243	150.501	147.197

¹Angaben angepasst

Passiva	31.12.2012 ¹ Mio €	31.12.2013 Mio €	31.12.2014 ¹ Mio €	31.12.2015 ¹ Mio €	31.12.2016 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.334	18.282	17.425	15.341	13.133
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	131.732	121.450	120.493	119.150	118.918
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.436	7.342	4.571	3.446	3.339
Handelsspassiva	5.953	1.681	767	665	409
Hedging-Derivate	1.002	460	298	208	42
Rückstellungen	3.033	688	854	703	907
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.530	93	155	56	254
b) Sonstige Rückstellungen	1.503	595	699	647	653
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	115	80	104	110	98
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	137	70	41	9	17
Sonstige Passiva	721	833	526	466	541
Nachrangkapital	3.196	4.358	3.699	3.239	2.567
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	9.382	168	–	–	–
Eigenkapital	5.915	6.026	6.465	7.164	7.226
a) Gezeichnetes Kapital	547	547	547	547	547
b) Kapitalrücklage	2.010	2.010	2.010	2.010	2.191
c) Andere Rücklagen	3.067	3.134	3.644	3.991	4.171
d) Konzerngewinn	287	330	259	610	317
Anteile in Fremdbesitz	4	5	5	6	–
Summe der Passiva	187.956	161.438	155.243	150.501	147.197

¹Angaben angepasst

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG – MEHRJAHRESÜBERSICHT

	Retail Banking					Firmenkunden					Transaction Banking	Financial Markets				
	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €		2012 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 ¹ Mio €
Zinsüberschuss	2.461	2.485	2.591	2.303	2.222	390	302	277	358	342	1	-44	115	47	5	-41
Handelsergebnis	-29	17	-10	22	13	0	-2	1	1	7	0	-4	-52	3	33	31
Finanzanlageergebnis	0	0	0	0	90	-3	0	-10	-2	0	0	70	22	50	29	143
Provisionsüberschuss	974	908	877	731	681	89	90	83	126	126	294	-3	-14	-15	-21	-25
Gesamterträge	3.406	3.410	3.458	3.056	3.006	476	390	351	483	475	295	19	71	85	46	108
Verwaltungsaufwand	-1.773	-1.980	-1.707	-1.434	-1.456	-97	-95	-79	-91	-108	-277	-77	-63	-51	-44	-30
Risikovorsorge	-242	-210	-221	-172	-128	-48	-38	-37	-36	-42	0	5	-2	1	1	0
Sonstige Erträge	32	31	4	49	34	8	9	16	2	2	11	0	19	1	1	1
Sonstige Aufwendungen	-23	-31	-222	-146	-171	0	0	-1	-1	0	0	0	0	-3	0	-1
Verrechnungen	-700	-516	-783	-832	-791	-91	-92	-99	-149	-152	-6	-51	-33	-38	-42	-39
Ergebnis vor Steuern	700	704	529	521	494	248	174	151	208	175	23	-104	-8	-5	-38	39
Cost Income Ratio (CIR)	72,6 %	75,1 %	79,8 %	79,7 %	81,3 %	39,5 %	49,8 %	51,2 %	53,2 %	58,0 %	95,9 %	673,7 %	107,5 %	107,3 %	178,9 %	70,8 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	28,3 %	28,3 %	19,9 %	17,2 %	14,1 %	35,1 %	27,1 %	25,2 %	42,3 %	32,1 %	-	-7,6 %	-0,7 %	-0,5 %	-2,6 %	2,4 %

¹Angaben angepasst (siehe Note 40)

	NCOU					Cost Center/ Konsolidierung					Konzern				
	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €	2012 Mio €	2013 Mio €	2014 Mio €	2015 ¹ Mio €	2016 Mio €
Zinsüberschuss	-109	-416	-430	-369	-357	4	-23	0	-59	3	2.703	2.463	2.485	2.238	2.169
Handelsergebnis	-66	-15	0	0	0	-4	-1	0	0	-1	-103	-53	-6	56	50
Finanzanlageergebnis	-98	-60	-10	13	11	16	312	385	-13	14	-15	274	415	27	258
Provisionsüberschuss	10	18	6	6	-1	-210	118	0	-20	62	1.154	1.120	951	822	843
Gesamterträge	-263	-473	-434	-350	-347	-194	406	385	-92	78	3.739	3.804	3.845	3.143	3.320
Verwaltungsaufwand	-61	-27	-25	-13	-9	-706	-1.012	-892	-1.011	-1.250	-2.991	-3.177	-2.754	-2.593	-2.853
Risikovorsorge	-99	-69	-8	-2	-14	0	0	0	0	0	-384	-319	-265	-209	-184
Sonstige Erträge	55	1	3	4	1	41	69	340	833	103	147	129	364	889	141
Sonstige Aufwendungen	-25	-32	-100	-16	-5	-69	-56	-432	-483	60	-117	-119	-758	-646	-117
Verrechnungen	-102	-53	-40	-38	-41	950	694	960	1.061	1.023	0	0	0	0	0
Ergebnis vor Steuern	-495	-653	-604	-415	-415	22	101	361	308	14	394	318	432	584	307
Cost Income Ratio (CIR)	-62,0 %	-23,7 %	-38,4 %	-19,8 %	-16,0 %	-	-	-	-	-	80,0 %	83,8 %	83,5 %	80,3 %	85,8 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	-36,2 %	-44,3 %	-31,7 %	-25,7 %	-30,1 %	-	-	-	-	-	6,8 %	5,5 %	6,9 %	8,8 %	4,3 %

¹Angaben angepasst (siehe Note 40)

ANGEWANDTE RECHNUNGSLEGUNGSVORSCHRIFTEN (STAND 31. DEZEMBER 2016)

Vorschrift ¹	Stand (letztes Revised) ²	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ³	Übernommen durch EU-Verordnung ^{4,7}
1. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	rev. 2007 (2014)	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	2015/2406 v. 18.12.2015
IAS 2	rev. 1993	Inventories	Vorräte	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	rev. 2011	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	475/2012 v. 05.06.2012
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2008	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 23	rev. 2007	Borrowing Costs	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	1260/2008 v. 10.12.2008
IAS 24	rev. 2009	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahe-stehenden Unternehmen und Personen	01.01.2011	632/2010 v. 19.07.2010
IAS 28	rev. 2012	Investments in Associates and Joint Ventures	Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	01.01.2006	1154/2012 v. 11.12.2012
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenbericht-erstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2005 (2009)	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
IFRS 2	rev. 2009	Share-based payment	Anteilsbasierte Vergütung	01.01.2011	244/2010 v. 23.03.2010
IFRS 3	rev. 2008	Business Combinations	Unternehmens-zusammenschlüsse	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008

Vorschrift ¹	Stand (letztes Revised) ²	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ³	Übernommen durch EU-Verordnung ^{4,7}
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁵					
IFRS 7	2004 (2009)	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1156/2012 v. 13.12.2012
IFRS 8	2007	Operating Segments	Geschäftssegmente	01.01.2009	1358/2007 v. 21.11.2007
IFRS 10	2012	Consolidated Financial Statements	Konzernabschlüsse	01.01.2014	1154/2012 v. 11.12.2012
IFRS 12	2012	Disclosures of Interest in Other Entities	Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	01.01.2014	1154/2012 v. 11.12.2012
IFRS 13	2012	Fair Value Measurement	Bemessung des beizulegenden Zeitwertes	01.01.2013	1154/2012 v. 11.12.2012
1.3. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)					
IFRIC 4	2004	Determining Whether an Arrangement Contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Reassessment of Embedded Derivatives	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 21	2013	Levies	Bilanzierung von Abgaben	01.07.2014	634/2014 v. 13.06.2014
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁶					
DRS 16	2016	n. r.	Halbjahresfinanzberichterstattung	21.06.2016	n. r.
DRS 17	2016	n. r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	21.06.2016	n. r.
DRS 20	2016	n. r.	Konzernlagebericht	21.06.2016	n. r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2016	n. r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	31.03.2016	n. r.

¹Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.

²Die Postbank wendet immer aktuelle Standards inklusive Amendments an.

³Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS erstmals verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang explizit darauf hingewiesen.

⁴Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).

⁵IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.

⁶Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.

⁷Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 sowie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

ADRESSEN

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Deutsche Postbank AG
Zweigniederlassung Luxemburg
PB Finance Center
Parc d'Activité Syrdall 2
18–20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31-1
Telefax: +352 34 95 32-550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

Tochtergesellschaften (Auswahl)

Betriebs-Center für Banken AG
Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postfach
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: bcb.direkt@bcb-ag.de

BHW Bausparkasse AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach
31781 Hameln
Telefon: 05151 18-6700
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

BHW Kreditservice GmbH
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 02 16
Telefon: 05151 18-8000
Telefax: 05151 18-8999
E-Mail: info@bhw-kreditservice.de

PB Factoring GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3311
Telefax: 0228 5500-3339
E-Mail: factoring@postbank.de

PB Firmenkunden AG
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3300
Telefax: 0228 5500-3399
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

Postbank Direkt GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Filialvertrieb AG
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Finanzberatung AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Telefon: 0228 5500-1555
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Immobilien GmbH
Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 10 13 42
31763 Hameln
Telefon: 0228 5500-1155
Telefax: 05151 18-5101
E-Mail: immobilien@postbank.de

Postbank Leasing GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 5500-3322
Telefax: 0228 5500-3323
E-Mail: leasing@postbank.de

Postbank Service GmbH
Kruppstraße 2
45128 Essen
Postfach
45125 Essen
Telefon: 0201 819-8001
Telefax: 0201 819-8009
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Systems AG
Baunscheidtstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

VÖB-ZVD Processing GmbH
Sitz der Geschäftsleitung
Alemannenstraße 1
53175 Bonn
Postfach 26 01 32
53153 Bonn
Telefon: 0228 9377-0
Telefax: 0228 9377-599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 - 18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Konzept, Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations

Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

